

Reiner Zilkenat (Hrsg.)

Deutschland im 20. Jahrhundert

Aus dem Nachlass von Rolf Richter

Manuskripte

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Manuskripte 93

Rosa-Luxemburg-Stiftung

REINER ZILKENAT (HRSG.)

Deutschland im 20. Jahrhundert

Aus dem Nachlass von Rolf Richter

Karl Dietz Verlag Berlin

Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe: Manuskripte, 93

ISBN 978-3-320-02268-6

Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2011

Satz: Elke Jakubowski

Druck und Verarbeitung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Printed in Germany

Inhalt

Reiner Zilkenat

Einleitung, Gedanken zum Werk von Rolf Richter 7

Verzeichnis der ursprünglichen Erscheinungsorte 16

Zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Gänzlich neu die Geschichte der Arbeiterbewegung erforschen 18

Die deutsche Sozialdemokratie in den Jahren von 1925 bis 1928 23

Die Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands (ASPD) 37

Bruch mit dem Stalinismus.
Zum Erscheinen der Geschichte der KPD in vier Bänden 43

Zur Geschichtsschreibung über den Faschismus und den antifaschistischen Widerstand

On some aspects of recent historiography in the
German Democratic Republic about fascist terror and antifascism 47

Zur politischen und geistigen Abrechnung in der DDR
mit der faschistischen Judenverfolgung und mit dem Antisemitismus 54

Der italienische Faschismus und der antifaschistische Kampf
in Italien in der Geschichtswissenschaft der DDR 67

Über einige Aspekte der Faschismuskussion im
emigrierten Frankfurter Institut für Sozialforschung 75

Vergangenheit, die nie vergeht. Bemerkungen zum Historiker-Streit in der BRD über den Faschismus	82
Geschichte der Geschichtswissenschaft marxistisch betrachtet	87

Überlegungen zum Antifaschismus seit 1989

In der Pflicht des Antifaschismus	95
Antifaschismus vor neuen Anforderungen	99
Sechs Jahrzehnte »hilfloser«, »verordneter« und »missbrauchter« Antifaschismus? Antifaschismus als Erfahrungsgeschichte	107
Über Theoretisches und Praktisches im heutigen Antifaschismus	112

Evangelische Kirchen in der DDR

Über evangelische Kirchen in der DDR, Religion und Geschichtsschreibung. Beobachtungen, Erfahrungen und Erkenntnisse	146
Versöhnungsarbeit mit Polen. Zu einer vom Vergessen bedrohten Leistung der Evangelischen Kirchen in der DDR	157
Auswahl-Bibliographie Rolf Richter	192

Einleitung

Gedanken zum Werk von Rolf Richter

Rolf Richter, geboren am 12. März 1945 in Pirna, verstorben am 21. Mai 2009 in Berlin, wuchs als Kind einer Lehrerfamilie in der Sächsischen Schweiz auf.¹ Es war sein Geschichtslehrer auf der Erweiterten Oberschule, Hugo Jentsch, der nachhaltig sein Interesse für historische Themen weckte, und er blieb mit ihm bis zu seinem Tode freundschaftlich verbunden. Nach dem Abitur studierte er an der Pädagogischen Hochschule »Friedrich Wilhelm Wander« in Dresden Geschichte und Germanistik, um sich auf den Lehrerberuf vorzubereiten. Seine 1967 verteidigte, unmittelbar aus den Akten erarbeiteten Diplomarbeit über »Die Alte Sozialdemokratische Partei« (ASP)², hätte auch als Dissertation eingereicht werden können. 1969 bewarb er sich während seiner Zeit als Wehrdienstleistender bei der Nationalen Volksarmee erfolgreich um eine Aspirantur an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED in Berlin. Wichtigster Bestandteil der Aufnahme-prozedur war die Ausarbeitung einer kleinen, von Gerhard Lozek begutachteten Studie, die sich kritisch mit den Werken des damals in Marburg lehrenden Historikers und Faschismustheoretikers Ernst Nolte auseinandersetzte. Sein zukünftiger wissenschaftlicher wie beruflicher Werdegang war damit vorgezeichnet.

Rolf Richter, von 1970 bis 1990 am Institut Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin tätig, zuletzt als ordentlicher Professor und Direktor dieser wissenschaftlichen Einrichtung, hat eine Vielzahl von Beiträgen in Fachzeitschriften und Sammelbänden publiziert. Neben Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, der Entwicklung der protestantischen und russisch-orthodoxen Kirchen in der DDR sowie zur Aufschließung und Weiterentwicklung des antifaschistischen Erbes in sich dramatisch wandelnden gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, bilden zahlreiche Aufsätze zur marxistischen sowie zur bürgerlichen und sozialdemokratischen Faschismusanalyse den Schwerpunkt seiner Publikationsliste. Wichtig ist es hervorzuheben, dass an der Akademie für Gesellschaftswissen-

1 Vgl. die folgenden biographischen Skizzen über Leben und Werk von Rolf Richter: Horst Helas u. Reiner Zilkenat: Zur Biographie von Rolf Richter, in: Antifaschismus als humanistisches Erbe in Europa. Festschrift zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter, hrsg. v. Roland Bach u. a., Berlin 1985, S. 9 ff.; Norbert Madloch, 15 schwierige Jahre – Gedanken zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Richter, in: ebenda, S. 13 ff.; Klaus Böttcher: Persönliche Erinnerungen und Anregungen zur antifaschistischen Arbeit der PDS seit 1990 und Dank an einen Weggefährten, in: ebenda, S. 99 ff.; Reiner Zilkenat: In memoriam Prof. Dr. Rolf Richter, in: Rundbrief, Heft 2/2009, S. 41 f.

2 Vgl. Rolf Richter: Die Gründung der Alten Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1926, Staatsexamensarbeit, Dresden 1967.

schaften – verglichen mit anderen Partei-Einrichtungen, an denen zur Geschichte der Arbeiterbewegung sowie zur bürgerlichen und sozialdemokratischen Historiographie geforscht und gelehrt wurde – eine weniger von dogmatischen Anschauungen geprägte und für neue Fragestellungen offenere Atmosphäre vorherrschte. Hierfür trug nicht zuletzt der langjährige Direktor des Instituts, Walter Schmidt, die Verantwortung. Dies wirkte sich überaus produktiv auf die wissenschaftliche Entwicklung Rolf Richters aus.

In seinen 1974 und 1980 verteidigten, außerordentlich umfangreichen Dissertationen A und B hat er die maßgeblichen faschismustheoretischen »Schulen« in den USA und in der Bundesrepublik einer präzisen Analyse und Kritik unterzogen.³ Der Faschismusbegriff eines Ernst Nolte, die von der Modernisierungstheorie beeinflussten Studien David Schoenbaums, die auf die Person Hitlers zentrierte Faschismusinterpretation von Joachim C. Fest – um nur sie an dieser Stelle zu nennen – trafen auf fundierte marxistische Kritik.

Rolf Richter ging es aber um mehr. Er fragte danach, erst zögerlich, später immer nachdrücklicher, ob es nicht Gemeinsamkeiten mit dem einen oder anderen bürgerlichen oder sozialdemokratischen Forscher geben könnte. Dabei nahm er nicht zuletzt das emigrierte Frankfurter Institut für Sozialforschung und die in seiner Tradition forschenden Gesellschaftswissenschaftler in den Blick, in besonderer Weise Franz L. Neumann, und analysierte zum Beispiel mit Interesse die sogenannte Alltagsgeschichtsschreibung, die um 1980 auch ihren Einzug in die Faschismusforschung der Bundesrepublik hielt. In seinen Publikationen bemühte er sich um ein differenziertes Herangehen an die Arbeiten der von ihm analysierten Autoren. Hier wurde nicht vordergründig die Keule mit der Aufschrift »Bürgerliche Ideologie« geschwungen, die alle diejenigen, die keine Marxisten sein wollten oder es nicht im Sinne des »Marxismus-Leninismus« waren, unterschiedslos zu treffen hatte. Vor allem wusste Rolf Richter – anders als manche seiner Historikerkollegen in der DDR – zwischen Nicht- und Antikommunisten zu unterscheiden. Es war der Zeit geschuldet, dass Rolf Richter dabei im Vortrag und in mündlichen Diskussionsbeiträgen sehr viel weitergehen konnte als in seinen Publikationen, in denen er Konzessionen an das vorherrschende, von der politischen Führung der SED weitgehend vorgegebene Geschichtsbild zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Faschismus praktizieren musste. Aber er versuchte immer wieder, Spielräume auszuloten und auszuschreiten, um neue Interpretationen zumindest anzudeuten. Die Begrenztheit, die einem solchen Unterfangen in den Jahren vor 1989 eigen war, ist ihm stets bewusst gewesen.

3 Vgl. Rolf Richter: Historisch-politische Grundprobleme der Faschismusinterpretation der dominierenden bürgerlichen US-Historiographie (unter besonderer Berücksichtigung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zur bürgerlichen BRD-Historiographie), Phil. Diss. A, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1974; derselbe: Beiträge zur Analyse und Kritik bürgerlicher und anderer nichtmarxistischer Faschismusinterpretationen und -darstellungen, Phil. Diss. B, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1980.

Alle diese Anstrengungen standen im Zusammenhang mit der Fragestellung, ob und inwieweit die auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale und auf der Brüsseler Konferenz der KPD im Jahre 1935 vorgetragenen politisch-strategischen Schlussfolgerungen, die aus der furchtbaren Niederlage der deutschen wie internationalen Arbeiterbewegung von 1933 gezogen worden waren, für die Politik und die Wissenschaft am Ende des 20. Jahrhunderts weiter Bestand haben konnten oder ob sie unter veränderten sozialökonomischen und politischen Rahmenbedingungen hinterfragt, modifiziert, weiterentwickelt, ja zum Teil sogar über Bord geworfen werden müssten. Allerdings trat er stets dafür ein, die theoretischen Arbeiten der KI, die auf die Erarbeitung einer möglichst umfassenden und präzisen Analyse des Faschismus abzielten, nicht, wie es häufig geschieht, auf einen einzigen Satz des umfangreichen Referates zu verkürzen, das Georgi Dimitroff auf dem VII. Kongress der Kommunistischen Internationale in Moskau gehalten hatte: »Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das XIII. Plenum des EKKI⁴ richtig charakterisiert hat, die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.«⁵

Die Beiträge von Palmiro Togliatti⁶ und Antonio Gramsci⁷, nicht zuletzt die klugen, bereits in der Mitte der zwanziger Jahre veröffentlichten Analysen Clara Zetkins über die sich gerade in Deutschland etablierende und in Italien bereits an der Macht befindliche faschistische Bewegung⁸ brachte er seinen Aspiranten nahe. Ebenso das vom deutschen Kommunisten Hans Günther verfasste Buch »Der Herren eigener Geist«⁹, in dem die Ideologie des deutschen Faschismus unter die Lupe genommen wurde und das 1935 allen Delegierten des VII. KI-Kongresses vorlag.

Rolf Richter interessierten dabei besonders die Auswirkungen einer weitgehend sektiererischen Politik der damaligen KI- und KPD-Führungen, ihr eindimensionales, statisches, zum Teil völlig undifferenziertes und wirklichkeitsfremdes Bild von der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und ihren positiven Entwicklungspotenzialen, die bei ihnen dominierende lebensfremde Erwartung einer in nicht allzu großer Ferne liegenden proletarischen Revolution, auf die

4 Vgl. XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale/Dezember 1933. Thesen und Beschlüsse, Moskau und Leningrad 1934, S. 5.

5 VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale. Referate – Aus der Diskussion – Schlusswort – Resolutionen, hrsg. v. IMSF, Frankfurt a. M. 1971, S. 75. Vgl. auch: Georgi Dimitroff: Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften, hrsg. v. Rolf Richter, Leipzig 1982.

6 Vgl. Palmiro Togliatti: Lektionen über den Faschismus, hrsg. v. IMSF, Frankfurt a. M. 1973.

7 Vgl. Antonio Gramsci: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, hrsg. u. mit einem Nachwort versehen von Guido Zambis, Leipzig 1980.

8 Vgl. Clara Zetkin: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, hrsg. v. Katja Haferkorn u. Heinz Karl, Leipzig 1974, S. 292 ff.

9 Vgl. Hans Günther: Der Herren eigener Geist. Die Ideologie des Nationalsozialismus, Moskau und Leningrad 1935, Reprint Berlin 1984. Vgl. auch derselbe: Der Herren eigener Geist. Ausgewählte Schriften, hrsg. v. Werner Röhr, Berlin u. Weimar 1981.

theoretische und praktisch-politische Herangehensweise an den Faschismus. Vieles, was er in diesem Zusammenhang geschrieben hat (verwiesen sei hier auf seinen 1980 mit Gerhard Lozek verfassten Beitrag »Der VII. Kongress der Kommunistischen Internationale und die Interpretation des Faschismus: Forschungsstand und neue Aufgaben«), kann bis zum heutigen Tage den Leserinnen und Lesern produktive Anregungen vermitteln.

Angesichts der unübersehbaren Tendenzen einer Entpolitisierung der bürgerlichen Geschichtswissenschaft im Zeichen des »cultural«, des »spatial« und des »linguistic turns« – um nur diese Kreationen der haute couture zeitgenössischer bürgerlicher Theorieschöpfer zu erwähnen – sei an dieser Stelle ausdrücklich hervorgehoben, dass für Rolf Richter der genetische Zusammenhang von Monopolkapital und Faschismus, verdichtet in der viel zitierten Aussage Max Horkheimers: »Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen!«¹⁰, stets außer Frage stand. Der unter bürgerlichen wie sozialdemokratischen Historikern weit verbreiteten, undifferenzierten und häufig offenbar auf der Unkenntnis der einschlägigen Quellen beruhenden Anschauung von der vermeintlichen »Agententheorie«, die von der Kommunistischen Internationale und der KPD verbreitet worden sei, trat er mit Recht in seinen Veröffentlichungen entgegen, ohne zu leugnen, dass der VII. Kongress der Komintern, der einer kritischen Historisierung bedarf, nicht das letzte und einzige Wort linker Faschismusanalyse gewesen sein konnte und durfte.

Die Aussagen des US-amerikanischen Historikers Henry A. Turner verdeutlichen die unverändert geltende politische Brisanz dieser Thematik: »Entspricht die weit verbreitete Ansicht, dass der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen. Ist diese Meinung jedoch falsch, dann ist es auch die Voraussetzung, auf der die Einstellung vieler Menschen im Osten wie im Westen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruht. Diese Frage gehört zu denen, über die eine Einigung geboten ist, wenn die Menschheit zu einem friedlichen Neben- und Miteinander kommen soll.«¹¹

Im Laufe der Jahre erweiterte sich das Spektrum seiner wissenschaftlichen Interessen. Neben die Faschismusthematik traten die Geschichte der KPD in der Weimarer Republik, aber auch die Politik und Programmatik der SPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in den Jahren vor der Machtübernahme durch den Faschismus, deren höchst einseitige Interpretation in der Geschichtswissenschaft der DDR er aufbrechen und überwinden wollte. Dabei war vor allem sein Manuskript für den Band 7 der »Deutschen Geschichte«

10 Max Horkheimer: Die Juden und Europa (1939), in: derselbe, Gesammelte Werke, Bd. 4 (Schriften 1936–1941), Frankfurt a. M. 1988, S. 308 f.

11 Vgl. Henry A. Turner, jr.: Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen 1972, S. 7.

von Belang, in dem er in wohlthuend sachlicher Diktion die Entwicklung der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik nachzeichnete und dabei auch einige ihrer hervorhebenswerten und bleibenden Leistungen zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitenden, vor allem in den Jahren der »relativen Stabilisierung« des Kapitalismus von 1924 bis 1929, beim Namen nannte: So zum Beispiel ihre Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik, die Hunderttausenden Arbeiterinnen und Arbeitern ein modernes und menschenwürdiges Dach über den Kopf und Freizeitmöglichkeiten in Volksparks, Sportstadien, Schwimmbädern und anderen sozialen Einrichtungen bot. Nicht zu vergessen die Versuche sozialdemokratischer Reformpädagogen, das Bildungsprivileg der Herrschenden zu brechen und Arbeiterkindern endlich den Besuch weiterführender Schulen zu ermöglichen. Damit verbunden waren Bestrebungen, die autoritären Traditionen in der Institution Schule zu überwinden und die Schülerinnen und Schüler zu selbstbewussten Persönlichkeiten zu erziehen. Dies hervorzuheben war in der DDR-Geschichtswissenschaft ein Novum, zumindest in einer Gesamtdarstellung zur Geschichte der Weimarer Republik. Denn nach wie vor perpetuierte die Parteiführung der SED ein Bild der damaligen Sozialdemokratie, das weitgehend den zeitgenössischen Anschauungen der KPD-Führung entsprach, also auf unversöhnliche Gegnerschaft und die Leugnung jeglicher positiver Errungenschaften der SPD und des ADGB zugunsten der Arbeiterklasse ausgerichtet war.

In diesen Zusammenhang gehörte für ihn auch das Aufschließen und Nutzbarmachen des Erbes sozialdemokratischer Theoretiker wie beispielsweise Otto Kirchheimer, Theodor Geiger, Emil Lederer, Ernst Fraenkel oder des schon genannten Franz L. Neumann. Von Letzterem plante er im Leipziger Reclam Verlag dem interessierten Publikum in der DDR eine Auswahl von Aufsätzen zugänglich zu machen, ein Vorhaben, das leider nicht durchgesetzt werden konnte. Darüber hinaus ging es Rolf Richter um die Befragung des gesamten theoretischen Erbes, das die Antifaschisten unterschiedlichster politischer und weltanschaulicher Herkunft, weit über die Linke hinausreichend, uns hinterlassen haben. Er sprach in diesem Zusammenhang gern und wohl mit vollem Recht von einer Vielzahl von »Antifaschismen«, deren Nutzen bei der Analyse des historischen wie aktuellen Faschismus noch längst nicht hinreichend erschlossen worden sei.

Ein Alleinstellungsmerkmal besaßen die von Rolf Richter angeregten Dissertationen und die aus ihnen hervorgegangenen, leider nicht sehr zahlreichen Publikationen¹² zum sozialpolitischen Wirken der KPD in der Zeit der Weimarer Repu-

12 Vgl. z. B. Marie-Anette Beyer: Die KPD gegen Wohnungsnot und Mietwucher im Jahre 1921, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 23. Jg., 1981, H. 4; Dorothea Reschwamm: Der sächsische Metallarbeiterkampf im Mai 1928. Ein Beispiel des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die verschärfte Kapitaloffensive der deutschen Monopolbourgeoisie, in: Sächsische Heimatblätter, 30. Jg., 1984, H. 5, S. 209 ff.; Marie-Anette Beyer: Anfänge der proletarischen Kontrollausschussbewegung, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 28. Jg., 1986, H. 1, S. 68 ff.; Hans-Joachim Hinz: Zur Wohnungspolitik der KPD Anfang der dreißiger Jahre, in: Geschichte und Staatsbürgerkunde, 28. Jg., 1986, H. 10, S. 759 ff.; Reiner Zilkenat: Der Berliner Metallarbeiterstreik 1930, in: Bulletin des Arbeitskreises Zweiter Weltkrieg, Nr. 3-4/1987, S. 67 ff.;

blik, ein bis heute weithin unbeackertes Forschungsfeld in Ost und West. Die seinerzeit entstandenen Untersuchungen über die Mieten- und Wohnungspolitik der Partei, über ihre sozialpolitischen Initiativen im außerparlamentarischen Kampf wie in den Parlamenten, die Kooperation mit sozialpolitischen und anderen Interessenverbänden unterschiedlicher Provenienz, wie zum Beispiel dem Reichsbund Deutscher Mieter oder dem Reichsverband der Mieter gewerblicher Räume e.V., die Erarbeitung biographischer Skizzen weitgehend »vergessener« Sozialpolitiker der KPD wie Georg Schumann oder Emil Höllein sowie zur Analyse von Arbeitskämpfen, an denen die KPD führend beteiligt war, ermöglichten neue Aufschlüsse über die alltägliche Arbeit der Partei zur unmittelbaren Interessenvertretung der Arbeitenden in der Weimarer Republik sowie zur Sozialgeschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland.¹³

Zugespißt formuliert: Nicht mehr die programmatischen Aussagen der Partei, die Beschlüsse des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale oder des Zentralkomitees der KPD, die Parteitagsreden führender Funktionäre und die Leitartikel in der »Roten Fahne« standen allein im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern das konkrete Wirken für die »Tagesinteressen« der Arbeitenden. Plastisch treten uns hier immer wieder die Mitglieder und Anhänger der KPD wie die Arbeiterinnen und Arbeiter der zwanziger und frühen dreißiger Jahre entgegen, werden die sozialen Bedingungen transparent, unter denen sie wohnten, arbeiteten, ihre Interessen durchzusetzen versuchten, »Politik machten«. Auch das unermüdliche Engagement der kommunistischen Parlamentarier im Reichstag und in den Landtagen, nicht zuletzt die Kleinarbeit in den Parlamentsausschüssen für die

derselbe: Arbeiterkultur als politische Waffe in der Weimarer Republik. Die kulturellen Aktivitäten der revolutionären Arbeiterbewegung während des Berliner Metallarbeiterstreiks im Oktober 1930, in: Antifaschistisches Magazin, Heft 3/1987, S. 9 ff.; Horst Helas u. Hans-Joachim Hinz: Der Kampf der KPD für die Interessen der Mieter in der Weimarer Republik, in: Konsequent, 1988, S. 104 ff. Vgl. auch: Beiträge zur Geschichte der sozialen und ökonomischen Kämpfe der KPD in der Weimarer Republik, Heft 1, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Redaktion: Elke Reuter u. Rolf Richter, Berlin 1985 und Heft 2, Redaktion: Horst Helas u. Ingelore Andresen, Berlin 1989.

- 13 Vgl. z. B. die folgenden, von Rolf Richter betreuten Arbeiten in chronologischer Reihenfolge: Bernd Drechsler: Die Auseinandersetzung der KPD mit der kapitalistischen Rationalisierung und ihren Folgen vom Herbst 1925 bis Ende 1927, Phil. Diss. A 1982; Dorothea Reschwamm: Grundzüge des Kampfes der KPD für die ökonomischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse bei der Abwehr der Kapitaloffensive der deutschen Monopolbourgeoisie (Frühjahr 1928 bis März 1930), Phil. Diss. A 1983; Hanni Nessau: Der Kongress der Werktätigen vom 3. bis 5. Dezember 1926 und die Kongress-der-Werk-tätigen-Bewegung – ein Versuch der KPD zur Formierung eines breiten antimonopolistischen Bündnisses um die Verteidigung und Erweiterung der sozialen Errungenschaften und demokratischen Rechte der Werktätigen (Sommer 1926 bis Sommer 1927), Phil. Diss. A 1984; Heidemarie Gerr: Die KPD als konsequente Verteidigerin sozialer und ökonomischer Interessen der Arbeiterklasse in der Zeit des ersten Brüning-Kabinetts (30. März 1930 bis 8. Oktober 1931), Phil. Diss. A 1985; Helga Weller: »...jedem Deutschen eine gesunde Wohnung...« – Verfassungsanspruch und gesellschaftliche Realität in der Weimarer Republik (1924–1928), Zulassungsarbeit zur Promotion 1985; Maria-Annetta Beyer: Die Sozialpolitik der KPD zwischen ihrem 7. und 8. Parteitag (Sommer 1921 bis Dezember 1922), Phil. Diss. A 1987; Hans-Joachim Hinz: Die Wohnungspolitik der KPD in den Jahren 1929 und 1930, Phil. Diss. A 1988; Reiner Zilkenat: Der Berliner Metallarbeiterstreik 1930 und die Gründung des Einheitsverbandes der Metallarbeiter Berlins (EVMB), Phil. Diss. A 1989; Ingelore Andresen: Die Wohnungspolitik der KPD 1931 bis Januar 1933, Phil. Diss. A 1990.

Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse, gerieten hier in den Fokus. Diese leider nicht gedruckten Dissertationsschriften seien der Aufmerksamkeit heutiger Historiker der Arbeiterbewegung sehr nachdrücklich anempfahlen. Sie könnten einen wichtigen Baustein einer noch zu schreibenden Sozialgeschichte der KPD darstellen.

Hervorhebenswert ist in diesem Zusammenhang, dass sich in der aktuellen Forschung zur Geschichte der KPD die von Rolf Richter und seiner Forschungsgruppe an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften praktizierte grundsätzliche Herangehensweise an die Entwicklungen kommunistischer Politik in der Zeit der Weimarer Republik partiell wieder auffinden lässt: Als Paradigmenwechsel von einer »Ideologie«- und »Parteiführungsgeschichte« hin zu einer »Sozialgeschichte« der KPD und ihrer Vorfeldorganisationen, in denen zuvörderst die Mitgliedschaft und die konkrete Tätigkeit der Parteigruppierungen »an der Basis« als Subjekte zum Forschungsgegenstand werden. Verbunden sind diese Forschungen mit Namen wie zum Beispiel Klaus-Michael Mallmann¹⁴, Ulrich Eumann¹⁵ und Stefan Heinz¹⁶. Die von Hermann Weber und von bürgerlichen wie sozialdemokratischen Historikern und Politologen Jahrzehnte vehement vertretene These einer »Stalinisierung« der KPD¹⁷, als gleichsam »von außen« aufgezwungene Entwicklung zu einer Partei des Leninschen »neuen Typus« unter der Knute Jossif Stalins, wird hier ebenso in Frage gestellt wie die relative Autonomie der Parteigruppierungen an der Basis gegenüber den oft realitätsblinden und sektiererischen Anweisungen höherer Parteigremien nachgewiesen werden kann. Manche Erscheinungen von Sektierertum und Linksradikalismus waren im Übrigen durchaus von Parteiführung *und* Basis gleichermaßen zu verantworten. Dies galt insbesondere nach dem Berliner »Blutmai« von 1929, als die beinahe hysterische »Sozialfaschismus«-Propaganda der Parteiführung auf eine durchaus positive Resonanz in weiten Teilen der Mitgliedschaft stieß. Wie auch immer: Die KPD als ein lebendiger, vielen Veränderungen unterworfenen Organismus funktionierte eben nicht oder nicht nur »auf Knopfdruck«, im Sinne des militärischen Prinzips von Befehl und Gehorsam. Die Dinge waren, nach allem, was vor allem neuere Studien belegen, doch etwas komplizierter.

14 Vgl. Klaus Michael Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996.

15 Vgl. Ulrich Eumann: »Kameraden vom roten Tuch«. *Die Weimarer KPD aus der Perspektive ehemaliger Mitglieder*, in: *Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit*, 16. Jg., 2001, S. 97-164; derselbe: *Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus*, Frankfurt a. M. 2007.

16 Vgl. Stefan Heinz: *Moskaus Söldner? Der »Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins«*. *Entwicklung und Scheitern einer kommunistischen Gewerkschaft*, Hamburg 2010.

17 Vgl. Hermann Weber: *Die Wandlungen des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt a. M. 1969, 2 Bde.; derselbe: *Kommunismus in Deutschland 1918–1945*, Darmstadt 1983, S. 97 ff., bes. S. 111 ff.

Nach der »Wende« in der DDR, die sich endgültig mit der Maueröffnung am 9. November 1989 vollzog, galt Rolf Richters Sorge dem in seinem Lande gepflegten antifaschistischen Erbe, das in den achtziger Jahren zunehmend an Überzeugungskraft und Massenwirksamkeit verloren und durch ritualisierte Veranstaltungen und »Bekennnisse« an Glaubwürdigkeit, vor allem unter jungen Leuten und in der kritischen Intelligenz, eingebüßt hatte. Er gehörte zu den Ersten, die in Zeiten, wo manches andere viel wichtiger zu sein schien, öffentlich dafür eintraten, den Antifaschismus nicht preiszugeben. Er stritt in Publikationen und zahlreichen Diskussionen dafür, ihn stattdessen zu erneuern, indem man ihn von Einseitigkeiten befreit und die Bewusstseinslagen der jungen Generation, die manche Fragen neu aufwirft und »alte« Fragen legitimerweise anders stellt, stets im Blick behält. »In Sachen Antifaschismus darf uns nichts wegrutschen!«, rief er als einer der Redner Tausenden Demonstranten im »Wendemonat« November zu, die sich vor dem Gebäude des Zentralkomitees der SED eingefunden hatten, um lautstark eine erneuerte sozialistische Partei einzufordern.

Ein wie auch immer »verordneter« Antifaschismus war seine Sache nie. Von anderen aufgerichtete Tabus waren es erst recht nicht – seien es zum Beispiel fehlerhafte, sektiererische Strategien der Kommunistischen Internationale und der KPD im antifaschistischen Kampf, sei es der Deutsch-Sowjetische Nichtangriffsvertrag vom August 1939, einschließlich des geheimen Zusatzprotokolls, mit ihren überaus negativen Folgen für den Kampf der Antifaschisten in Nazideutschland und im Exil. Schon vor der »Wende« machte er keinen Bogen um diese Fragen, diskutierte sie erfrischend offen mit seinen Kollegen und Doktoranden, suchte mit seinem marxistischen Kopf nach wissenschaftlich wie politisch überzeugenden Antworten.

Rolf Richter war mit einigen seiner Kollegen an der Jahreswende 1989/90 einer der Initiatoren, die beim Parteivorstand der PDS die Gründung einer »Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus« initiierten. Nicht zuletzt seinem Wirken ist es zu verdanken, dass der Antifaschismus von Beginn an zur »Grundausrüstung« dieser Partei gehörte und für programmatische Dokumente sowie politische Stellungnahmen Zuarbeiten formuliert wurden, die von Sachverstand geprägt waren. Mehrere Kongresse, Seminare und Diskussionsveranstaltungen wurden im Verlaufe der Jahre organisiert, manches davon ist in Sammelbänden und Zeitschriften, nicht zuletzt im seit 1997 publizierten »Rundbrief« der Arbeitsgemeinschaft, nachlesbar. Aber Rolf Richter beließ es nicht bei Veröffentlichungen und zahlreichen Vorträgen, die er in großer Anzahl in den alten wie neuen Bundesländern hielt. Er war sich auch nicht zu schade dafür, zum Beispiel gemeinsam mit Kollegen und Genossen den Imbiss eines türkischstämmigen Bürgers in Fürstenwalde zu beschützen, gegen den Neonazis unmissverständliche Drohungen ausgesprochen hatten. Der Antifaschismus war für ihn ganz persönlich eben eine Sache von Theorie *und* politischer Praxis.

Die im Folgenden abgedruckten Beiträge werden unverändert und damit auch ungekürzt abgedruckt. Sie belegen für den Zeitraum bis 1989 die Einseitigkeit –

um nicht zu sagen: Widersinnigkeit – der unter bundesdeutschen Historikern kultivierten Anschauung, dass die Geschichtswissenschaft der DDR nichts (oder nur wenig) Aufhebenswertes und Produktives geleistet habe. Sie demonstrieren natürlich zugleich die Erkenntnisdefizite und Konzessionen, die auch ein Autor wie Rolf Richter sich und seinen Leserinnen und Lesern nicht ersparen konnte. Die Nachdenklichkeit und zugleich die Leidenschaft seiner Schriften, die seit der »Wende« für eine durchgreifende Erneuerung der Geschichtsschreibung in der DDR (bzw. im wiedervereinigten Deutschland) zum Faschismus und Antifaschismus sowie zur Geschichte der Arbeiterbewegung warben, vermögen uns wichtige Hinweise und Ratschläge zu geben, wie man in Theorie und Praxis mit den unter immer neuen Parolen und Organisationsformen auftretenden Rechtsextremen und Neofaschisten umgehen sollte. Rolf Richters Veröffentlichungen zu historischen wie gegenwärtigen Themen haben an Aktualität nichts eingebüßt.

Für Hinweise, Ratschläge und Hilfestellungen bei der Zusammenstellung dieses Sammelbandes bin ich Ursula Richter, Dr. Angelika Rudolph und Dr. Horst Helas, alle Berlin, zu Dank verpflichtet.

Reiner Zilkenat

Verzeichnis der ursprünglichen Erscheinungsorte

Gänzlich neu die Geschichte der Arbeiterbewegung erforschen,

in: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR,
Jg. 1990, Heft 1, S. 20-25.

Die deutsche Sozialdemokratie in den Jahren von 1925 bis 1928,

unveröffentlichtes Manuskript (1989).

Die Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands (ASPD),

in: Rundbrief, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/
Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Heft 3/2006, S. 24-26.

Bruch mit dem Stalinismus. Zum Erscheinen der Geschichte der KPD in vier Bänden,

in: ebenda, Heft2/2009, S62 f.

On some aspects of recent historiography in the German Democratic Republic about fascist terror and antifascism,

unveröffentlichtes Manuskript eines Vortrages an der Princeton University,
Mai 1989.

Zur politischen und geistigen Abrechnung in der DDR mit der faschistischen Judenverfolgung und mit dem Antisemitismus,

unveröffentlichtes Manuskript eines Vortrages an der Akademie der
Wissenschaften der DDR vom 1. November 1988.

Der italienische Faschismus und der antifaschistische Kampf in Italien in der Geschichtswissenschaft der DDR,

unveröffentlichtes Manuskript eines Vortrages an der Humboldt-Universität
zu Berlin 1989.

Über einige Aspekte der Faschismuskussion im emigrierten Frankfurter Institut für Sozialforschung,

in: Rostocker Wissenschaftstheoretische Manuskripte der Wilhelm-Pieck-
Universität Rostock, Heft 17, Rostock 1987, S. 35-41.

Vergangenheit, die nie vergeht. Bemerkungen zum Historiker-Streit in der BRD über den Faschismus,

in: Die Wochenpost, 20.3.1987, S. 16/17 (zusammen mit Gerhard Lozek).

Geschichte der Geschichtswissenschaft marxistisch betrachtet,

in: Initial – Berliner Debatte, 10. Jg., 1999, Heft 4/5, S. 229-234.

In der Pflicht des Antifaschismus,

in: Einheit, 44. Jg., 1989, Heft 12, S.1143-1146.

Antifaschismus vor neuen Anforderungen,

in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 32. Jg., 1990, Heft 6, S. 772-778.

Sechs Jahrzehnte »hilfloser«, »verordneter«, und »missbrauchter« Antifaschismus? Antifaschismus als Erfahrungsgeschichte,

in: 1933 – 1993, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen, Jena 1993.

Über Theoretisches und Praktisches im heutigen Antifaschismus,

in: Klaus Kinner u. Rolf Richter, Hrsg., Berlin 2000, S. 14-44.

Über evangelische Kirchen in der DDR, Religion und Geschichtsschreibung. Beobachtungen, Erfahrungen und Erkenntnisse,

unveröffentlichtes Manuskript 1999.

Versöhnungsarbeit mit Polen. Zu einer vom Vergessen bedrohten Leistung der Evangelischen Kirchen in der DDR,

in: Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Forschungen und Betrachtungen – Gewidmet Kurt Pätzold zum 70. Geburtstag, hrsg. von Reinhard Kühnl u. Manfred Weißbecker, Köln 2000, S. 365-392.

Gänzlich neu die Geschichte der Arbeiterbewegung erforschen

Mit dem Wort »Vertrauensverlust« ist das Verhältnis vieler Menschen in unserem Land zur Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung und über den Sozialismus nicht zutreffend erfasst. Es handelt sich wohl eher um eine tiefe Krise des Geschichtsbewusstseins, eine Art Sinnkrise, z. T. auch um Geschichtspessimismus. Zugleich aber sind wir Zeugen – manche von uns auch Mitgestalter – eines geschichtsträchtigen Aufbruches, der ohne erkennbares demokratisches Geschichtsverständnis und ohne freiheitliche Perspektivvorstellungen undenkbar ist. Die politische Situation ist offen: Sie enthält Chancen und Gefahren für die Demokratie und auch noch für einen demokratischen Sozialismus.

Anders als in der Literatur und in den Künsten, die relativ früh als Seismographen, als Mahner, Kläger oder Anreger auftraten und auf Gebrechen und Krisensymptome der DDR-Gesellschaft aufmerksam machten, erwies sich die Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung, zum Sozialismus und auch zur Geschichte der DDR weitgehend als unfähig, authentisch und wahrheitsgemäß Zeugnis zu legen vom dialektischen Gang der Geschichte, von der Lage der Dinge, um so auch Ratgeber (in höherem Verständnis) der Politik zu werden und so die Sinne der Gesellschaft zu schärfen.

Ich übernehme meinen Teil an Verantwortung und spreche mich nachdrücklich für eine Fehlerdiskussion aus, freilich nicht in einem kurzatmigen, konjunkturellen, opportunistischen Sinne, sondern mit dem Gedanken, dass in gründlichen Forschungen dauerhafte Denkhaltungen und Fähigkeiten entwickelt werden, um ein vielschichtiges, dialektisches Bild von der Geschichte der Arbeiterbewegung, die SED eingeschlossen, und der DDR zu zeichnen, in dem Fehler, Alternativen, Widersprüche, Defizite u. v. a. m., was zum geschichtlichen Gang gehört, auf normale, eben wissenschaftliche Weise Eingang finden können. Es muss ein gänzlich neues Bild von der Arbeiterbewegung und von dem »Versuch Sozialismus« gewonnen werden. Genetische Fehler, seit Marx und Lenin, Irrwege, Deformationen und versäumte Alternativen müssen dabei unterschieden wie »zusammengedacht« werden mit Leistungen für den Fortschritt der Menschheit, für mehr Freiheit und Gerechtigkeit.

Ganz offensichtlich wurde die vorherrschende und meinungsbildende Geschichte der KPD und der SED von einem völlig falschen Kontinuitätsbegriff, von einer linear-aufsteigenden Linie geprägt, die fahrlässig die Widerspruchsdiagnostik ausspart. In starkem Maße war die sogenannte Kontinuität auf einzelne Führerpersönlichkeiten ausgerichtet. Widersprüche, nach Marx die »Springquelle der Entwicklung«¹ wurden – wenn überhaupt – im Regelfall beiläufig dort

1 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S. 623.

erwähnt, wo sie als überwunden angesehen wurden; sie wurden aber nicht organisch aus dem Geschichtsprozess heraus entwickelt, sondern eher als Abszess begriffen und oft in einem Atemzug mit Fehlern und subjektiven Irrtümern erwähnt. Brüche, Diskontinuitäten und die dadurch bewirkten Innovationen und Verluste in der Parteigeschichte wurden unterschätzt.

Im Mai des Jahres 1990 wurde in einer Veranstaltung von Historikern der DDR und der Historischen Kommission der SPD die These vertreten, dass in der Politik der KPD Linksradikalismus und Linkssektierertum immer wieder durchbrachen, sich als eine schwere Last erwiesen, dass sich das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus und die Unterschätzung demokratischer Regeln wie »strategischer« demokratischer »Zwischenschritte« als außerordentlich ernste, nur schwer zu bewältigende Entwicklungsprobleme der KPD von Anfang an stellten.² Offensichtlich muss man noch weitergehen. Lenin irrte in grundlegender Weise, als er im April 1920 »auf eine rasche und vollständige Heilung der internationalen kommunistischen Bewegung von der Kinderkrankheit des ›linken‹ Kommunismus«³ hoffte. Möglicherweise handelte es sich nicht um eine Kinderkrankheit, sondern um ein geprägtes und prägendes Muster, ein Kindheitsmuster, das bis zur Gegenwart die deutschen Revolutionäre als Realität und als Gefahr begleitet hat. Wir haben das in der Geschichtsschreibung zur KPD unterschätzt, nie tiefgründig und abgewogen behandelt, zwar verbal verurteilt, aber immanent in den Darstellungen legitimiert. Hängt nicht aber auch damit die Ausgrenzung kritischer Potentiale, z. B. der KPD(0), von den 20er Jahren bis zur jüngsten Gegenwart, zusammen? Auch über die Ausgrenzungen haben wir als Historiker nie sorgfältig diskutiert. So fehlte dann, als es in den 70er und 80er Jahren zu erneuten Ausgrenzungen kam, an sensiblen und klugen Geschichtsdarstellungen. Der Historiker konnte nicht zum Mahner, zum »raunenden Beschwörer«⁴ werden, der aus der Geschichte im Imperfekt für die Geschichte zu erzählen vermochte.

Gewiss, hier wird manches verkürzt. Aber es sei dafür plädiert, das Parteiverständnis der KPD und SED genauestens zu untersuchen, dabei kritisch die Politik Thälmanns zur Bolschewisierung zu betrachten und alles, was mit dem sogenannten Stalinismus-Problem in der Arbeiterbewegung und Geschichte der DDR zusammenhängt und was natürlich nicht schlankweg identisch ist mit Bolschewismus oder mit Linksradikalismus, aber mit ihnen verknüpft ist, zu klären. Ganz offensichtlich geht es dabei auch um geschichtliche Mentalität, die in Jahrzehnten geprägt worden ist.

2 Rolf Richter: Über die Demokratieauffassung als Lernprozess, in: Perspektive und Aktion. Erfahrungen deutscher Arbeiterbewegung. Protokoll eines Geschichtsforums über August Bebel und die Arbeiterbewegung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sowie über Massenbewegungen und parlamentarische Demokratie in den ersten Jahren der Weimarer Republik (30./31. Mai 1989), Jena 1989, S. 83 ff. (ebenso in: ZfG, 12/89, S. 1078-1082).

3 W. I. Lenin: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Werke, Bd. 31, S. 91.

4 Thomas Mann: Der Zauberberg. Erster Band, Berlin 1926, S. 9.

Die Geschichtswissenschaft der DDR legitimierte weitgehend bedenkenlos ein Traditionsbild, das in der SED seit 1948/49 festgezurr worden war und das in verhängnisvoller Weise im Parteiprogramm der SED 1976 und im Parteistatut erneut dogmatisch festgeklopft wurde und das geradezu blind und bedingungslos auf die sogenannte revolutionäre Linie, worunter die KPD – namentlich seit Thälmann – verstanden wurde, ausgerichtet war. Diese Geschichtskonzeption zerschellte an den Realitäten des Lebens. Sie begünstigte jedoch die These von der Zwangsvereinigung im Nachhinein. Von einigen Historikern wurde dieses »Bild« bekanntlich in dieser ordinären Weise nie akzeptiert. Es geriet seit Ende der 70er Jahre – etwa mit der »Thälmann-Biographie« und der »Geschichte der SED. Abriss« zunehmend in Widerspruch zum Selbstverständnis vieler Mitglieder der SED. Vor allem aber trug es bei, die lebensnotwendige, unersetzbare, unabdingbare politische, geistige, moralische Höherentwicklung der SED, für die auch Historiker vehement eintraten, in den 80er Jahren zu blockieren, als solche theoretischen und praktischen Problemkomplexe wie Reformen und Revolution; Individuum, Partei(en) und Gesellschaft; Vision und Realität; Identität und Toleranz; Bewahren und Umgestalten, Aktualität und Historizität des Antifaschismus; Individuum – Region – Staat – Nation; Gleichgesinnte und Andersdenkende, Wandlung und revolutionär-demokratischer Bruch; alte und neue Antriebskräfte der sozialistischen Gesellschaft immer drängender Fragen auch an die Geschichtswissenschaft stellten.

Das Erschöpfen der Bewegungsmöglichkeiten der bisherigen Sozialismuskonzeption, zumal an der Staatsspitze von Kräften getragen, die im Denken, in ihrer Mentalität, in Habitus und Psychologie wie in ihren Lebenshorizonten mit dem – eben unvollkommenen – Demokratieverständnis der Thälmann-Partei verschweißt waren und vor allem: blieben, ging mit einem erstarrten und extrem linkslastigen, oberflächlichen Traditionsbild einher. Das eine begünstigte das andere.

Das galt übrigens über weite Strecken auch für den Umgang mit dem Antifaschismus in der Gesellschaft und auch in der Geschichtsschreibung der DDR.

Es zeigte sich in der Geschichtswissenschaft der DDR seit Mitte der 70er Jahre eine widersprüchliche Entwicklung: Die Erbe- und Traditions-Diskussion befruchtete durchaus das geistige Leben in der DDR und führte manche Bereiche der Geschichtswissenschaft voran. In dem Maße aber, in dem das geschah, verfestigte sich in der dominierenden Parteigeschichtsschreibung zur SED und KPD eine einseitige, dogmatische, undialektische Sicht.

Es gelang z. B. 1975/76 nicht, die Frage nach dem sozialdemokratischen Erbe und der mehrstromigen Herkunft der SED öffentlich zu thematisieren. Natürlich sollen die verdienstvollen Arbeiten von Heinz Niemann und Mitautoren, von Heinz Deutschland und Kollegen, von Klaus Kinner und seinem Kreis, die Bemühungen mancher Fichtenauer KPD-Kolloquien, von Kautsky- und Bauer-Diskussionen in Berlin und Halle, die Beiträge von Werner Paff und Ulla Plener, die Lassalle-Arbeiten von Kollegen Friederici, Wolfgang Ruges große Rede in

Jena, vor allem aber die gewichtigen, aber nichtöffentlichen Diskussionen am Band 7 der Deutschen Geschichte (Die Weimarer Jahre) nicht vergessen werden. Ebenso wenig die Initiative Kurt Gossweilers, der als erster den verkrusteten und KPD-okkupierten Antifaschismusbegriff aufbrach und der 1982 auf einem der kostbaren (weil gehaltvollen und freimütigen) Faschismuskolloquien in Jena neue Überlegungen entwickelte, worauf ihn einige seiner unbelehrbaren, dogmatischen, starrsinnigen Kollegen wütend attackierten und nur sehr wenige Historiker aus Parteieinrichtungen der SED und aus Universitäten zu ihm standen und den konzeptionellen Ansatz mittragen und fürderhin weiter auszuformen suchten.

Das waren feinädrige Versuche, ein genaueres Bild »mit mehr Dialektik« zu gewinnen, aber sie verblieben doch mehr oder minder in einem bestimmten, einem engen Rahmen.

Es gab Situationen in der Forschungsgeschichte, in der eine Wende und Erneuerung hätte zumindest vorbereitet oder in Angriff genommen werden können. So gelang nicht – was einige wenige Historiker anstrebten –, das historisch einzigartige Dokument von SED und SPD »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«⁵ für die geschichtswissenschaftliche Diskussion in der DDR, die in die Gesellschaft hätte ausstrahlen können, zu nutzen: als Hebel, als Ferment, als »Anstoß«.

Einflussreiche Historiker, die die damalige Führung der SED hinter sich wussten, erwiesen sich politisch wie intellektuell als unfähig, die Bedeutung und die Chancen dieses Dokuments für die Wissenschaft und Politik zu erfassen, so etwa für die Ausarbeitung der Thesen zum 70. Jahrestag der KPD.

Ebenso scheiterten Versuche, auch aus historischen Erfahrungen heraus, im 1. Halbjahr 1989 eine veränderte Sozialismus-Konzeption zu formulieren und an die SED-Führung heranzutragen, eine Konzeption, die auf eine völlig neue Qualität des Sozialismus in der DDR abzielte.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus muss völlig neu erforscht werden. Ich plädiere für eine intensive, ungebremste Forschung und Diskussion, die alle Ströme der Arbeiterbewegung erfassen sollte. Ich schlage vor, dem – neuen – Erforschen des Partei- und Identitätsverständnis in der deutschen wie internationalen Arbeiterbewegung größere Aufmerksamkeit zu widmen und auch Lenin sehr kritisch zu befragen. Generell sollte der auf die Sozialdemokratie bezogene Opportunismus-Begriff, von Lenin zu einer »theoretischen« Größe erhoben, nicht mehr verwendet werden. Nicht zuletzt aus der Überlegung, dass Lenin mehr Zeit seines Lebens auf die Loslösung von der alten Bewegung verwendet hat und entschieden weniger Lebensjahre den neuen Fragen nach 1917/18 (zeitgenössisches Stichwort: Einheitsfront, neue Qualität der Arbeiterbewegung und völlig neue Fragen) widmen konnte. Außerdem ist der Opportunismus-Vor-

5 Dokumente der SED. Beschlüsse und Erklärungen des ZK sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. XXI, Berlin 1989, S. 420-429.

wurf nur allzugern von manchen Historikern der DDR verwendet worden, um kritische Stimmen und anders denkende Kollegen mundtot zu machen.

Ohne sorgfältige Klärung des Stalinismus-Problems als Teil des Komplexes »Krise des Sozialismus«, eingebunden in revolutions-, gegen- und konterrevolutionsgeschichtliche Forschungen, wird es keinen Fortschritt in der Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung geben. Neu muss das Verhältnis von Geschichte der Arbeiterbewegung und Menschheitsgeschichte gestellt und offensichtlich manches von der Rolle der Arbeiter und Arbeiterbewegung entmythologisiert und entmystifiziert werden. Generell brauchen wir wohl ein historisch fundiertes neues Fortschrittsverständnis.

Es liegt ein harter Weg vor uns. Im Pluralismus der Konzeptionen, Forschungsansätze und Methoden, auch neuen, bislang in der DDR ungeübten, in Diskussionen, im Austausch der Erkenntnisse, nicht aber in einem neuen »verordneten« Geschichts»bild«, das aus manchem sogenannten Positionspapier – schon wieder! – bedrohlich monopolistisch aufsteht, liegt eine Chance für die Weiterentwicklung und Bereicherung historischer Forschung hierzulande.

Die deutsche Sozialdemokratie in den Jahren 1925 bis 1928

Das Heidelberger Programm der SPD

Die Sozialdemokratie bildete einen starken, einflussreichen und eigenständigen Strom der deutschen Arbeiterbewegung. Die SPD vereinte 1925 in 8 240 Ortsvereinen 84 4495 Mitglieder. Bei den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 gaben mit ca. 7,9 Millionen Wählern 26 Prozent der Abstimmenden der SPD ihr Vertrauen, worauf diese, wie schon mehrfach in der Vergangenheit, die stärkste Fraktion im Reichstag stellen konnte. Die Partei verfügte über ein großes Potential. In der Sozialistischen Arbeiter-Internationale gehörte sie zu den stärksten Parteien. Viele Arbeiter erblickten in der SPD die Partei, die ihre Interessen vertrat und der sie, über deren Versagen und Versäumnisse, opportunistisches Verhalten und prinzipienlose Handlungen hinweg, die Treue hielten.

Der Parteivorstand achtete darauf, dass die verschiedenen sozialdemokratischen Organisationen leistungsfähig blieben. Einige von ihnen, so die Sozialistische Arbeiterjugend, die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, der Reichsausschuss für sozialdemokratische Bildungsarbeit und der Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt, wurden 1925 zum Sozialistischen Kulturbund zusammengeschlossen. Eine zielstrebige Arbeit entfalteten der Zentrale Parteiverlag J. H. W. Dietz.

An der freien Sozialistischen Hochschule in Berlin und in der Heimvolkshochschule Tinz sowie an weiteren Einrichtungen erfolgte eine ausgedehnte Bildungs- und Schulungsarbeit. Im Jahre 1925 wurde die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin gegründet. Im April 1928 gelang es der Konzentrations AG, der Dachgesellschaft aller Wirtschaftsunternehmen der SPD, das Geburtshaus von Karl Marx in Trier, Brückenstraße 91, zu dem sehr hohen Preis von 93 739 Goldmark zu kaufen. Seit 1924 wurden von der SPD und dem ADGB eine Reihe von Zeitungen und Zeitschriften neu herausgegeben oder wiederbelebt, darunter die »Gewerkschaftszeitung«, »Lachen links«, die »Frauenwelt«, »Die Gesellschaft«, »Die Arbeit«, »Die Gemeinde«, »Die Genossin«. Im Jahre 1925 verfügte die SPD über 170 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 1 089 000, was 4,5 Prozent aller in Deutschland erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften entsprach.

Mit der Gründung sozialdemokratisch geführter Berufsverbände versuchte die SPD-Führung, ihren Einfluss auch auf nichtproletarische Schichten auszudehnen.

So entstanden 1924 die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und die Arbeitsgemeinschaft religiöser Sozialisten; 1925 folgten die Vereinigung sozialdemokratischer Juristen und 1926 die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte Deutschlands sowie der sozialdemokratisch orientierte Allgemeine Deutsche Beamtenbund. Zu überparteilichen, aber wesentlich von der SPD beein-

flussten Organisationen gehörten neben dem Deutschen Freidenker-Verband die Arbeiter-Turn-und-Sportbewegung (ATUS), eine Dachorganisation von Arbeitersportverbänden, zu der u. a. der Arbeiter-Turn-und-Sportbund, der Arbeiter-Radfahrbund »Solidarität«, »Die Naturfreunde«, der Arbeiter-Athletenbund, der Arbeiter-Schachbund und der Arbeiter-Samariterbund zählten. Eine große Anziehungskraft auf Sozialdemokraten übte die 1924 von der SPD, der DDP und dem Zentrum gegründete Wehrorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold aus.¹

Über dieses Organisationssystem war die SPD mit vielen Teilen der Gesellschaft verbunden. Entscheidende Grundlage ihres politischen Wirkens blieb der Reformismus.

Mit dem Heidelberger-Programm, für das Karl Kautzky einen Entwurf ausgearbeitet hatte, sollte die Konzeption des demokratischen Sozialismus, wie sie im Görlitzer Programm (1921) niedergelegt war, bewahrt und vervollständigt werden, zugleich aber mit marxistischem Vokabular und Teilerkenntnissen für linke Kräfte akzeptabel oder tolerierbar gemacht werden.

Das neue Parteiprogramm, das vom Parteitag mit nur sechs Gegenstimmen angenommen wurde, stellte fest: »Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten.«² Die SPD wurde als Partei gekennzeichnet, die für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen kämpft.

Im Programm wurde ausgesagt, dass imperialistisches Machtstreben, vor allem des Finanzkapitals, die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr bedroht.

Die Notwendigkeit, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen, wurde erkannt. Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale sprach sich die SPD für gemeinsame Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und faschistische Vorstöße sowie gegen die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern aus. Sie forderte die friedliche Lösung internationaler Konflikte und trat für internationale Abrüstung ein.

Das Aktionsprogramm enthielt in seinen acht Teilen – Verfassung, Verwaltung, Justiz, Sozialpolitik, Kultur- und Schulpolitik, Finanzen und Steuern, Wirtschaftspolitik, Internationale Politik – viele Gedanken, die damaligen Forderungen wie perspektivischen Interessen der Werktätigen entsprachen.

Bemerkenswert war in diesem Parteiprogramm der Versuch, aus sozialdemokratischer Sicht neue Entwicklungsprozesse im Kapitalismus zu erfassen. So vor allem die Konzentration des Kapitals und die Entwicklung von Produktivkräften,

1 Nach Autorenkollektiv unter Leitung von Heinz Niemann: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1917 bis 1945, Berlin 1982, S.145 f.

2 Das Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Angenommen auf dem Heidelberger Parteitag), im Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1925, S. 6.

deren Ergebnisse Großkapital und Großgrundbesitz als natürliche Verbündete für sich zu nutzen suchten.

Trotz dieser Aussagen, die ein – freilich oft plakatives – Aufgreifen von marxistischen Gedanken und Formulierungen erkennen ließen und die dem Heidelberger Programm ein Gepräge verliehen, das es von anderen Plattformen der SPD im zwanzigsten Jahrhundert abhoben, war es kein der revolutionär-marxistischen Kampf Tradition verpflichtetes Dokument, sondern ein reformistisches Programm.

Im Heidelberger Programm wurde der bestimmende Charakter der kapitalistischen Produktionsverhältnisse für den Klassencharakter des Staates ignoriert. Generell wurde die Kraft des Finanzkapitals auf die ökonomische Sphäre begrenzt gesehen, so dass der organische Zusammenhang von Basis und Überbau verloren gehen musste. Damit wurden Voraussetzungen geschaffen für die Auffassung einer »reinen« politischen Demokratie. Die grundlegende Erfahrung der Arbeiterbewegung und die Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus, dass wirtschaftliche Macht zur politischen Macht gerinnt, wurde geleugnet.

Die kapitalistische Gesellschaft der Weimarer Republik wurde in diesem Politik- und Ökonomie-Verständnis nicht mehr durch den Grundwiderspruch zwischen Bourgeoisie bzw. Monopolbourgeoisie und Arbeiterklasse sowie anderen Werktätigen bewegt, sondern es wurde nur ein arg reduzierter Gegensatz zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten gesehen. In der Ausweitung dieses Gesellschaftsbildes, die Rudolf Hilferding in seinem Referat »Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik« auf dem Kieler Parteitag 1927 vornahm,³ erschien als Ausdruck der Konzentrationsprozesse ein »Organisierter Kapitalismus«, der den Weg für eine reformistische Politik des Hineinwachsens in den Sozialismus zu öffnen schien. Dem in Heidelberg formulierten Gedanken, dass die Arbeiterklasse die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken kann, ohne die politische Macht zu besitzen, lag die reformistische Vorstellung zugrunde, durch Erringung der parlamentarischen Mehrheit in der bürgerlichen Republik die politische »Macht« im imperialistischen Klassenstaat zu erhalten. Unter Vergesellschaftung der Produktionsmittel wurde dabei der Gewinn an Einfluss, an Verfügungsrecht und Mitsprache in der ökonomischen Sphäre verstanden.

Ungeklärt blieb die Frage nach dem Weg zum Sozialismus. Die evolutionäre, schrittweise Einführung »sozialistischer Elemente« in das imperialistische Herrschaftssystem der Weimarer Republik wurde als zeitgemäße Aufgabe angesehen und der Arbeiterklasse als ureigenes Anliegen empfohlen.

Zu den Charakteristika des Programms gehörte das Fehlen einer Strategie des Kampfes der Partei und der Werktätigen zur Verwirklichung jener gewichtigen demokratischer und sozialer Forderungen, die innerhalb des Aktionsprogramms

3 Rudolf Hilferding: Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik, in: Sozialdemokratischer Parteitag in Kiel 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Berlin 1927, S. 165 ff.

aufgestellt wurden. Das Programm verzichtete darauf, die Arbeiterklasse und mit ihr weitere Werktätige zu kämpferischer Aktivität zu motivieren und zu mobilisieren. Es gab keine Auskunft über die politische, ökonomische und soziale Hauptstoßrichtung des Kampfes der Arbeiterbewegung, der objektiv gegen Politik und gegen das Herrschaftssystem des Imperialismus geführt werden musste.

Auch das Agrarprogramm der SPD, das 1927 auf dem Kieler Parteitag beschlossen wurde,⁴ umging die Kernfrage proletarischer Agrarpolitik in Auseinandersetzung mit dem deutschen Imperialismus: eine konsequent-demokratische Bodenreform.

Die politische Praxis mußte entscheiden, ob und in welchem Maße es linken Kräften in der SPD gelingen konnte, den antiimperialistischen Interessen der Arbeiterklasse nachhaltig Geltung zu verschaffen und revolutionäre, marxistische Interessen zu akzentuieren.

Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie zwischen dem Breslauer (1925) und dem Hamburger (1928) Kongress des ADGB

Ein hervorstechendes Merkmal des ADGB in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre bestand in der Suche nach einer langfristigen Konzeption seines Wirkens in der Weimarer Republik. Diese Konzeption ging unter dem Begriff »Wirtschaftsdemokratie« in die Gewerkschaftsgeschichte ein und wurde zwischen dem 12. ADGB-Kongress 1925 in Breslau und dem 13. ADGB-Kongress 1928 in Hamburg von Theoretikern und Funktionären des ADGB ausgearbeitet und in einer eigenständigen gewerkschaftlichen Schrift »Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel« zusammengefasst. Maßgeblich beteiligt an diesen Arbeiten waren Theodor Leipart, Fritz Naphtali, Rudolf Hilferding und Fritz Tarnow.

Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie war ein reformistisches Programm. Es war in sich widersprüchlich: Es enthielt richtige Teilerkenntnisse und Beobachtungen über die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland und das verbale Bekenntnis zum traditionellen Ziel und Ideal des Sozialismus. Die Kräfte sollten, so die Forderung, auf den Kampf um die sofortige Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Werktätigen gelenkt werden. In ihm war die Forderung nach Ausgestaltung der Unternehmen der Arbeiterbewegung enthalten. Entscheidend geprägt wurde diese Konzeption jedoch von dem illusionären Bild eines schrittweisen Vordringens reformistischer Kräfte der Arbeiterbewegung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. In Zusammenarbeit und in Auseinandersetzung mit dem Monopolkapital sollten »zahllose Teillösungen« geschaffen werden, die darauf hinauslaufen sollten, »die Diktatur der kapitalistischen Klasse über die Wirtschaft zu brechen«.⁵

4 Agrarprogramm, in: ebenda, S. 273-282.

5 Fritz Tarnow: Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus, in: Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928, Berlin o. J., S. 342.

Als praktische Beispiele für eine funktionierende Wirtschaftsdemokratie galten z. B. die Zusammenarbeit von Gewerkschaftsfunktionären und Vertretern der Monopolbourgeoisie in verschiedenen Körperschaften, die Entwicklung »öffentlicher« (staatlicher und kommunaler) Unternehmen, die Sozialgesetzgebung, die Entwicklung von Selbsthilfeformen und -unternehmen, Betrieben und Genossenschaften der Arbeiterbewegung, die Betätigung des Staates im »sozialen Sinn«.

Von diesen »Keimen wirtschaftsdemokratischer Entwicklung« ausgehend, sollte schrittweise eine Umgestaltung der Wirtschaft und der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse erzielt werden – bis »hin zum Sozialismus.«⁶

Ein derartiges Gesellschafts- und Geschichtsverständnis beruhte auf einer Überschätzung der ins Auge gefassten reformistischen Mittel und Methoden, vor allem der Zusammenarbeit mit Vertretern des Monopolkapitals. Verkannt wurde das Wesen des imperialistischen Staates, der schon als demokratische Kraft, die die Demokratisierung der Wirtschaft weiter befördern könne, begriffen wurde.

Der Gedanke, dass der Kapitalismus, bevor er gebrochen wird, auch gebogen werden kann, verband sich in der Darstellung des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie mit der Erklärung, den Kampfwillen der Arbeiterbewegung zu beleben. In den »Richtlinien für die Aktion« wurden u. a. solche Punkte genannt, wie Ausgestaltung des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung, planmäßige Lohnpolitik, Sicherung der Rechte der Betriebsräte, paritätische Vertretung der Arbeiterklasse in allen entsprechenden Körperschaften, Errichtung eines staatlichen Kontrollamtes für alle monopolartigen Unternehmen, Ausgestaltung der Wirtschaftsbetriebe öffentlicher Hand, Förderung der Genossenschaften, Entwicklung der gewerkschaftlichen Eigenbetriebe, Durchbrechung des Bildungsmonopols.

Das waren zweifelsfrei wichtige Bereiche der Interessenvertretung der Werktätigen. Als der Weg zum Sozialismus – über die »Demokratisierung der Wirtschaft« – erwiesen sich diese Richtlinien jedoch als irrig und als illusionär. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie unterschätzte in verhängnisvoller Weise die gewaltige ökonomische, politische, ideologische, militärische, kulturelle – die gesamtgesellschaftliche – Macht der deutschen Monopolbourgeoisie und ihre auf militärische Expansion und Revanche angelegte dominierende Politik. Zugleich überschätzte dieses reformistische Konzept selbstsicher die Errungenschaften der Werktätigen in der Weimarer Republik.

Auf dem Hamburger Kongress des ADGB sagte zwar der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart: »Der Krieg zwischen Kapital und Arbeit tobt wieder in erhöhtem Maße im ganzen Lande.«⁷ Dem wurde jedoch die Konzeption der Wirtschaftsdemokratie nicht im entferntesten gerecht. Die begrenzten Chancen, die das Konzept bot, hätten zugunsten der Arbeiterklasse nur wirksam werden und in

6 Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wegen, Weg und Ziel, Berlin 1928, S. 179.

7 Protokoll der Verhandlungen des 12. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (2. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes). Abgehalten in Breslau vom 31. August bis 4. September 1925, Berlin 1925, S. 91.

nachhaltige Ergebnisse umgesetzt werden können, wenn sich die Gewerkschaftsführungen ureigener proletarischer Kampfformen bedient hätten, die auf die kämpferische Mobilisierung der Arbeiterklasse hätten gerichtet werden müssen: der Formen des Massenkampfes, der effektiven Verbindung von parlamentarischen und außerparlamentarischen Methoden, der Mittel der proletarischen Einheitsfrontpolitik und einer breiten antiimperialistischen Bündnispolitik. Die Chancen lagen in einer praktischen klassenkämpferischen Position, aus der heraus das Kräfteverhältnis innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft verändert und – auch unter wirtschaftsdemokratischen Losungen – mehr Demokratie zugunsten der Volkskräfte hätte erkämpft werden müssen.

Das aber bildete nicht die Grundlinien der Strategie der ADGB-Führung in der Weimarer Republik, sie war primär auf reformistische Klassenzusammenarbeit und bürgerliche Koalitionspolitik ausgerichtet. Die Konzeption der Wirtschaftsdemokratie führte nicht zum Erfolg. Sie scheiterte.

Der ADGB bildete in der kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland gleichwohl eine Macht, mit der die herrschende Klasse ständig rechnen musste. Im Jahre 1928 gehörten ihm ca. 4,2 Mill Mitglieder an, wobei die Frauen mit ca. 750 000 eine Minderheit blieben.

Aus dem Wirken des ABGB gewann die deutsche Arbeiterklasse politischen, ideellen und moralischen Rückhalt wie materielle Möglichkeiten für die Verwirklichung kultureller Interessen. Im Jahre 1925 entstand die von den Gewerkschaften getragene Büchergilde Gutenberg, die bald auf einen Jahresabsatz von etwa 200 000 Büchern und 1933 auf ca. 85 000 Mitglieder verweisen konnte. Die im ADGB vereinten Verbände besaßen 1927 über 130 Gewerkschaftshäuser.

Der ADGB erschloss sich Möglichkeiten, viele seiner Mitglieder und Funktionäre theoretisch weiterzubilden, so z. B. an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M., die 1921 eröffnet worden war. Einen bedeutsamen Schritt in der Entwicklung des Bildungs- und Schulungssystems wurde gegangen, als im Mai 1930 die Bundesschule des ADGB in Bernau eröffnet wurde, für deren Bau 4,5 Millionen Gewerkschaftsmitglieder je 50 Pfennige beigesteuert hatten.

Im Mai 1924 gründete der ADGB die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die 1933 über Einlagen in Höhe von 135,5 Mill. Reichsmark verfügte. Die Arbeiterbank übernahm 1926 die Lindcear-Fahrradwerke Berlin-Lichtenrade. Mit der Büropa, der Bürobedarf und Papier-Handelsgesellschaft mbH, entstand 1926 ein weiterer gewerkschaftlicher Betrieb.

Die freien Gewerkschaften, der ADGB und der Allgemeine freie Angestelltenbund (Afa-Bund) sowie der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (ADB), die sich in der Weimarer Republik ungleich stärker entfalteten als im Kaiserreich, stellten auch im internationalen Vergleich eine starke Kraft in der deutschen Gesellschaft dar. Der ADGB war 1919 Mitglied des neugegründeten Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) geworden.

Einflussgrößen der SPD in der Weimarer Republik Mitgliederentwicklung, Kommunalvertretungen, Reichstagswahlresultate⁸

	Orte		mit SPD-Fraktion		Kommunalvertreter			Reichstagswähler		
	Mitglieder	Ortsvereine	Gesamt	davon Städte	Landgem.	Gesamt+	davon SV	GV	SV u. GV zus.	in %
1920	1180203	9236	6723	1041	5682	45149	7978	28983	36961	21,7
1921	1221059	9734	7472	947	6525	47962	7729	32126	39856	
1924	940078	8669	8571	1083	7488	63350	9254	42093	51347	Mai 20,5 Dez. 26,0
1925	844495	8240	8047	1080	6967	45488	6503	30497	37450	
1926	806268	8043	8091	1122	6969	41166	6773	29090	35863	
1927	823520	8284	8529	1242	7287	43317	7560	29580	37140	
1928	867671	8648	9366	1214	8152	45691	7662	31348	39010	29,8
1929	949306	9054	10788	1372	9416	53993	9057	37709	46766	
1930	1021777	9544	11382	1478	9904	55402	8924	38892	47816	24,5
1931	1037384	9844	11641	1471	10170	54692	8733	38391	47124	

+) Einschließlich Bürgermeister, Stadträte, Gemeindevertreter, Kreisstags- und Provinzial-Landtagsabgeordnete SV = Stadtverordneter GV = Gemeindevertreter

8 Nach Manfred Hötzel: Programmik und Organisation der Kommunalpolitik der SPD 1924–1929. Dissertation, Karl-Marx-Universität Leipzig 1986, S. 3.

Wie sich diese starken Kräfte zu entfalten vermochten, musste sich jedoch in den Klassenauseinandersetzungen in Deutschland immer wieder neu zeigen.

Über das kommunalpolitische Programm der SPD

»Was wir schufen« – so hieß ein Dokumentarfilm, der in den zwanziger Jahren als Wahl- und Werbefilm von der SPD produziert wurde. Er verdeutlichte einprägsam, dass die kommunalpolitische Arbeit für viele Mitglieder und Funktionäre der SPD ein gewichtiges Stück Interessenvertretung der Werktätigen darstellte und den Masseneinfluss der Partei sichern half.

Zum Zeitpunkt der allgemeinen Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 gab es im Deutschen Reich 63 556 politische Gemeinden. Fast zwei Drittel der Bevölkerung lebten in 3 430 Gemeinden, mit jeweils über 2 000 Einwohnern. In mindestens 18 000 Gemeinden, in denen mehr als 85 Prozent der Bevölkerung lebten, bestanden Kommunalvertretungen.

Als Hochburgen sozialdemokratischer Kommunalpolitik galten vor allem die Städte Berlin, Magdeburg, Dortmund, Leipzig, Hamburg, Bremen, Frankfurt a. M., Chemnitz und Dresden.

Die kommunalen Richtlinien der SPD, die 1928 verabschiedet wurden, stellten das bedeutendste kommunalpolitische Dokument der Partei in der Weimarer Republik dar. Sie forderten die »an die Gesetze des Staates gebundene, freie Gemeinde« als Grundlage des »demokratischen Volksstaates«. Wahre Selbstverwaltung erheischte die Übertragung von Verwaltungsfunktionen, die bislang staatliche Instanzen ausübten, an die Gemeinden und gesetzgeberische Maßnahmen, die es diesen ermöglichten, die Wirtschaft ihres Betriebes im Sinne der Gemeinwirtschaft umzuformen und die dem Kapitalismus innewohnende Tendenz zur Verelendung des Volkes durch eine umfassende Fürsorge zu bekämpfen.⁹ Die Richtlinien enthielten ca. 130 Forderungen an die Gesetzgebung und an die Gemeinden. Sie sprachen sich für die Wahrung und Erweiterung des politischen, sozialen, ökonomischen, finanziellen und kulturellen Besitzstandes der Werktätigen aus. Die kommunalpolitischen Richtlinien waren zugleich Träger und Teil der reformistischen Gesamtkonzeption, mit Hilfe des Staates, mit »gesellschaftlichen Regelungen« – vor allem mit parlamentarischen und gewaltlosen Wegen – die Wirtschaft und die Gesellschaft umzuwandeln, indem die von den Kapitalisten geleitete Wirtschaft durch den demokratischen Staat geführt und so allmählich eine sozialistische Ordnung geformt wurde. Über eine »gegenseitige Durchdringung« von kapitalistisch organisierter Wirtschaft und Staatsorganisation sollte das Problem »Sozialismus« gelöst werden.

9 Die kommunalen Richtlinien der SPD, im Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1928, Berlin o. J., S. 396-403.

Von dieser Sicht auf die anzustrebende gesellschaftliche Entwicklung ausgehend und in Überschätzung des tatsächlich von der Sozialdemokratie nach 1918 gewonnenen Macht- und Einflusspotentials entstand die Auffassung, dass es für die SPD nicht mehr um die Aufgabe gehe, »in die Hochburgen der herrschenden Klasse einzudringen, sondern darum, auf dem kommunalen Gebiet für die weitere Umgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse im Interesse der Arbeiterklasse zu wirken«.¹⁰

Dieser sozialreformistische Rahmen bot gleichwohl Chancen für eine proletarische Interessenvertretung. Fritz Naphtali, einer der bekanntesten Theoretiker der Sozialdemokratie, forderte 1928, »mit neuer Energie den Kampf um die völlige Befreiung, um das Endziel, aber auch täglich den Kampf um die sofortige Neugestaltung der sozialen Verhältnisse« zu führen.¹¹ Von diesen Gedanken war das kommunalpolitische Wirken vieler Sozialdemokraten, unter ihnen Max Fechner und Otto Grotewohl, die sich auf kommunalpolitischem Gebiet aktiv betätigten, bestimmt. Im ersten Heft der Zeitschrift »Die Gemeinde« schrieb die Kommunalpolitische Zentralstelle: »Gerade in Gemeinden spielt sich der Kampf der Klassen oft in den schärfsten Formen ab, einseitige Interessenpolitik ist nur allzu häufig die Triebfeder des Verhaltens der Bourgeoisie...«¹²

Die Interessen der Werktätigen hätten im energischen Kampf gegen die verschiedensten reaktionären politischen Kräfte des imperialistischen Staates durchgesetzt, verteidigt und möglichst ausgebaut werden müssen.

Als Hauptform dieses Kampfes wurden jedoch parlamentarische Aktivitäten, vor allem im Rahmen der Koalitionspolitik mit bürgerlichen Kräften, Mitarbeit in staatlichen und kommunalen Gremien und Formen wirtschaftlicher Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung gesehen. Abgelehnt oder entschieden unterschätzt wurden hingegen die Formen proletarischen Massenkampfes. Nur punktuell wurden die Möglichkeiten zur Aktionseinheit mit der KPD, der effektivsten Methode auch zur Vertretung kommunaler Anliegen der Werktätigen, genutzt. Es dominierte jedoch in hohem Maße eine Praxis, die objektiv der Bindung proletarischer Kräfte an den bürgerlichen Staat förderlich war. So wurde die sozialdemokratische Kommunalpolitik neben der illusionären grundlegenden Zielvorstellung, mit ihrer Hilfe im Kapitalismus Inseln des Sozialismus zu schaffen, auch durch inkonsequente und der Schärfe des politischen, ökonomischen und sozialen Kampfes nicht entsprechende Methoden geprägt.

10 Emma Woytinsky: Sozialdemokratie und Kommunalpolitik, Berlin 1929, S. 7.

11 Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Berlin 1928, S. 13.

12 Die Gemeinde, Jg. 1, 1924, H. 1, S. 3.

Wohnungspolitik und Volksbildungswesen – Felder sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Als eine zentrale Angelegenheit wurde von der SPD und den ihr nahestehenden Organisationen der Wohnungsbau angesehen. Um ihn zu entwickeln, wurden, in der Regel von Sozialdemokraten initiiert, Arbeiterbaugenossenschaften – sogenannte Bauhütten – gegründet. Am 16. September 1920 wurde in Berlin der Verband Sozialer Baubetriebe, vor allem mit gewerkschaftlichen Mitteln, gegründet; am 14. März 1924 folgte die Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G. für Beamte, Angestellte und Arbeiter (DEWOG).

Im Rahmen der reformistischen Kommunal- und vor allem Wohnungspolitik konnten achtenswerte Leistungen erzielt werden. Sie stachen aus dem Wohnungsbau der Weimarer Republik hervor, weil sie den sozialen Interessen der Werktätigen weit besser zu entsprechen suchten: in erschwinglichen Mieten für kleinere Einkommen und im Ausstattungsgrad der Wohnungen, in der Mehrzahl mit Bad und Loggien, Gasöfen, teilweise mit Zentralheizung und Einbaumöbeln, eingebauten Waschküchen sowie großzügigen Wohnhöfen, mit der Errichtung von Läden, Kindergärten, Wäschereien und Grünanlagen im Wohngebiet. In der Regel verband sich dieses Bauen mit neuen ästhetischen, architektonischen und technischen Lösungen bei der Gestaltung der Häuser, Häuserzeilen und Siedlungen.

Aufsehen erregte die Hufeisensiedlung in Britz (Berlin-Neukölln), die zu einem Vorbild für den modernen Wohnungsbau der Baugenossenschaften der Arbeiterorganisationen wurde. In den Jahren von 1925 bis 1932 entstanden hier 1 300 Geschosswohnungen und fast 700 Einfamilienhäuser. Bauherr war die Gemeinnützige Heimstätten-Spar und Bau-AG (GEHAG), die Berliner Tochtergesellschaft der DEWOG. In scharfen Auseinandersetzungen mit bürgerlich-konservativen Kräften wurden Beispiele eines humaneren Wohnens von Vertretern der Arbeiterbewegung entwickelt. Seit 1926 baute die GEHAG in Berlin-Zehlendorf die zweite Großsiedlung, die Waldsiedlung Onkel Tom. Bis 1932 entstanden über 1 100 Wohnungen in zweigeschossigen, flachgedeckten Häuserzeilen sowie 800 Einfamilienhäuser als einheitliche städtebauliche Anlage. In Berlin-Reinickendorf begann 1929 die Errichtung der Großsiedlung Schillerpromenade, die ca. 1 300 Kleinwohnungen mit Zentralheizung, Warmwasserversorgung sowie eine Gemeinschaftswäscherei, Läden, Ärztehaus und Kindertagesstätte umfasste. Auch die 1925 eingeweihte Friedrich-Ebert-Siedlung in Berlin-Wedding stellte eine bemerkenswerte städteplanerische Leistung dar. Zu der Bilanz gehörten weiterhin solche Projekte, wie die nach Friedrich Ebert benannten Siedlungen in Hamburg-Altona, Bremen, Ludwigshafen, der August-Bebel-Hof in Braunschweig, die Erwerbslosensiedlungen in Bissingheim und Frankfurt a. M., der AfA-Hof in Berlin-Treptow, das Carl-Legien-Viertel in Berlin-Prenzlauer Berg, Wohnungsbauten in Berlin-Weißensee. Zum Ergebnis sozialdemokratischen Wirkens auf kommunaler Ebene zählten Volkshäuser und Genossenschaftsheime, wie in Ham-

burg-Berne, Bielefeld und Augsburg, Wohlfahrts- und Verwaltungsgebäude, wie in Stuttgart, Berlin-Lichtenberg und Lübeck, Jugendheime, wie in Striegnitz. Besondere Aufmerksamkeit erfuhren die Leistungen, die in Magdeburg unter Führung von Sozialdemokraten im Wohnungswesen erzielt wurden.

In der unweit von Dresden gelegenen Stadt Heidenau, in der die Arbeiterparteien im Stadtparlament die Mehrheit besaßen, gründeten vorwiegend proletarische Kräfte die Licht-Luftbad-Genossenschaft, die als Rechtsträger für den Bau eines Schwimmbades fungierte. Im steten Druck auf kapitalistische Kreise, den Widerwärtigkeiten der Inflation ausgesetzt, erbrachten vorwiegend Arbeiter, darunter viele Arbeitslose, in vielen unbezahlten Stunden wesentliche Leistungen für ihr Schwimmbad. Besoldete sozialdemokratische Funktionäre, Abgeordnete und Minister spendeten Geld. Dieser Einsatzbereitschaft war es zu danken, dass 1923 der Badebetrieb aufgenommen werden konnte. Unweit von diesem Bad entstand auf ähnliche Weise 1926/27 ein Sportkomplex, der vor allem durch seine Radrennbahn bekannt wurde. Das verbesserte die kulturelle Lage in dieser Stadt, deren Sozialstruktur von Metall-, Chemie- und Papierarbeitern und ihren Familien bestimmt wurde.

Derartige Ergebnisse wurden durch den politischen Einsatz, das organisatorische Geschick, die finanzielle Opferbereitschaft und handwerkliche Tatkraft vieler Arbeiter und Arbeiterfunktionäre geschaffen. Diese Projekte brachten Interessen der Werktätigen zum Ausdruck. Sie trugen vor allem dazu bei, der Wohnungsnot entgegenzuwirken. Sie halfen, den grundlegenden Anspruch der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Klassen und Schichten auf das Recht auf Wohnung gleichsam anzumelden und ihm in der Gesellschaft Publizität zu verschaffen. Mit diesen Leistungen wurde ein Beitrag zum Fortschritt im Wohnungs- und Städtebau und zur Kulturentwicklung in Deutschland geschaffen.

In der Weltwirtschaftskrise gerieten viele Unternehmen der Arbeiterbewegung ins Wanken. Im Konkurrenzkampf erwiesen sich die privaten Unternehmen und Monopole als die Stärkeren. Viele Arbeiter mußten erneut die Erfahrung machen, dass ihre ökonomischen und sozialen Errungenschaften im Kapitalismus höchst zerbrechlich sind.

Die Weimarer Republik löste nicht die Wohnungsfrage für die Arbeiterklasse. Auch die reformistischen Maßnahmen vermochten diese Aufgabe nicht zu bewältigen und nicht einmal in Angriff zu nehmen. Die Vorstellung, dass die reformistische Bauhütten- und DEWOG-Bewegung die erste Stufe zum Sozialismus bildet oder dass sie zumindest eine festungsartige Machtstellung schüfe, die einen Sieg der Arbeiterbewegung sicherstelle, erwies sich als eine Illusion. Dieser Wohnungspolitik war keine systemüberwindende Kraft eigen. Sie verwechselte soziale Verbesserungen für zahlenmäßig geringe Teile der Werktätigen mit Schritten zum Sozialismus.

Neben dem Wohnungsbau erwiesen sich Maßnahmen zur Förderung des Volkswesens als ein gewichtiges Feld sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Auf gesetzgeberischem Gebiet sind das Sächsische Übergangsschulgesetz von 1919 und die Greilsche Schulreform in Thüringen 1921–1923 Ausdruck demokratischen Kampfes geworden. Der jüngste Minister der Weimarer Republik, der siebenundzwanzigjährige Sozialdemokrat Otto Grotewohl, 1921/22 Volksbildungsminister im Freistaat Braunschweig, zielte mit dem sogenannten Grotewohlschen Schulerlass darauf, die Bildungsmöglichkeiten für Arbeiterkinder zu verbessern und den religiösen Zwang aus den staatlichen Schulen zu verbannen.

Sozialdemokraten setzen sich in den Jahren der Weimarer Republik engagiert für die materielle Besserstellung besonders der Volksschulen ein. Sie forderten den Neu- und Ausbau von Schulen, wirkten für die Verlängerung der durchschnittlichen Schulzeit, für die Schaffung neuer Fachunterrichtsräume und für die Senkung der Klassenfrequenzen. Sie entwickelten Initiativen für die Sicherung von Schulspeisungen und für die schulärztliche und -zahnärztliche Betreuung der Kinder. Sie lenkten das Augenmerk auf die Einbeziehung neuer Medien, wie Radio und Kino, in den Unterricht der Volksschulen. Mancherorts gelang es, wie 1924 in Leipzig, die Lernmittelfreiheit für Volks- und Fortbildungsschulen durchzusetzen, was insbesondere proletarischen Familien zugute kam. Sozialdemokratische Lehrer und Funktionäre engagierten sich, um von der Kommune getragene Freistellen, Beihilfen und Förderklassen an höheren Schulen für Kinder von Arbeiter und Bauern zu erkämpfen. Sie forderten nachdrücklich die vollständige Abschaffung der Prügelstrafe in allen deutschen Schulen. Gefördert wissen wollten sie das Hilfs- und Sonderschulwesen. Viele Sozialdemokraten setzten sich neben kommunistischen und anderen demokratischen Kräften für ein einheitliches, weltliches Bildungssystem ein. Sie traten damit sowohl der konservativen, reaktionären Bildungspolitik wie auch rechten sozialdemokratischen Führungskräften entgegen, welche die Bildungspolitik in rein bürgerlichen Bahnen belassen wollten. Sie standen ein für eine grundlegende Erneuerung des Bildungs- und Erziehungsinhaltes der deutschen Schulen. Sie konnten zwar keinen umfassenden Erfolg erringen; beachtliche Teilergebnisse wurden jedoch erfochten.

Den Vertretern der Arbeiterbewegung gelang es, eine Reihe von konfessionellen Volksschulen in weltliche Sammelschulen umzuwandeln. Berlin lag mit 42 derartigen Schulen an der Spitze der weltlichen Schulbewegung der Weimarer Zeit.

Viele Mitglieder und Freunde der SPD setzten sich beharrlich für die Veränderung des Lehrstoffes und der Verbesserung der Unterrichtsgestaltung ein. Im Zuge schulreformistischer Bemühungen wurde dem Unterricht der unteren Volksschulklassen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. So wurde in Berlin, einem Zentrum der Schulreformbewegung in den zwanziger Jahren, die Methodik des Lesenlernens diskutiert, eine neue Berliner Fibel herausgegeben und dem heimatkundlichen Prinzip stärker Geltung verschafft. Einen reformpädagogischen Ausbau erfuhren der Werkunterricht und die Schulgartenbewegung. Aufgewertet wurde der Turnunterricht. Vertreter der Arbeiterbewegung setzten sich ein für eine höherwertige Ausstattung der Schulen mit Lehrmitteln, besonders in Heimatkunde, Geo-

graphie und Naturkunde. Sie forderten regelmäßig Exkursionen und Wandertage. Sie sorgten sich in Berlin um das neueingeführte Fach Staatsbürgerkunde. Eine Reihe von Pädagogen, wie Paul Oestreich, Robert Alt, Adolf Jensen, Wilhelm Heise, Wilhelm Paulsen, Karl Wittbrodt, engagierte sich, stets im Widerstreit mit reaktionären Vertretern der Kommunalorgane, namentlich der Schulaufsichtsbehörde, für sogenannte Lebensgemeinschaftsschulen. Auf Drängen sozialdemokratischer Funktionäre und Pädagogen musste die preußische Schulaufsichtsbehörde die Genehmigung erteilen, dass in Berlin ab 1923 von ca. 600 Volksschulen zehn nach einem Sonderstatus als Versuchsschulen arbeiten durften. Zu ihnen gehörten die Rütlichschule in Berlin-Neukölln und die 11. Volksschule in der Bismarckstraße in Berlin-Pankow. Unter Leitung des sozialdemokratischen Rektors Fritz Karsen, einem deutschen Schulreformer, erlangte das Kaiser-Friedrich-Realgymnasium, 1929 in Karl-Marx-Schule umbenannt, einen weit über Berlin hinausreichenden Ruf. Hier wurden, wie auch an einer anderen proletarischen Versuchsschule, der Humboldt-Schule in Chemnitz, völlig neue Wege beschritten, um fortschrittliche Bildungspolitik Wirklichkeit werden zu lassen.

Sozialdemokratische Aktivitäten hatten großen Anteil daran, dass die Aufwendungen z. B. für das Berliner Schulwesen von 51 Millionen Mark im Jahre 1924 auf 119 Millionen Mark im Jahre 1929 stiegen.

Über viele Fragen praktischer Kommunalpolitik hielten in der SPD über Jahre hinweg kontroverse Diskussionen an, und es konnten oft keine praktischen Antworten gefunden werden. Die Situation verschärfte sich in dem Maße, da den Städten und Gemeinden vom imperialistischen Staat die ganze Last der Fürsorge für langfristig Arbeitslose aufgebürdet wurde. In manchen Städten bezogen auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise 40 Prozent der Bevölkerung in irgendeiner Weise eine Unterstützung aus dem städtischen Haushalt. Dazu gehörten Fürsorgegelder, Winterbeihilfen, Sachlieferungen, städtische Suppenküchen, Kleiderspenden und anderes. Auch hierbei leisteten Mitglieder und Funktionäre der SPD in den Städten und Gemeinden eine hingebungsvolle Arbeit. Immer lauter wurden jedoch ihre Hilferufe, »die kommunale Selbstverwaltung nicht vor die Hunde gehen zu lassen«.¹³

Angesichts der Unberechenbarkeiten und Widerwärtigkeiten des Kapitalismus gewannen solche proletarisch dominierten Organisationen wie die Konsumgenossenschaften, die sich im Zentralverband deutscher Konsumvereine zusammenschlossen hatten und die Ende der zwanziger Jahre auf ca. drei Millionen Mitglieder verweisen konnten, an Wert für die Arbeiterklasse.

Eine Berliner Arbeiterfrau erinnert sich: »Einkaufen gingen wir immer in die Lübbener Straße – beim Konsum. Zu Hause wurde ins Einkaufsbuch geschrieben, was wir brauchten, da mussten wir gleich überlegen, was wirklich notwendig war,

13 Zitiert nach Dieter Rebentisch: Deutsche Sozialdemokratie und kommunale Selbstverwaltung 1890–1975, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXV. Band, Bonn 1985, S. 51.

und wurden nicht im Laden, so wie heute, durch Sonderangebote verführt. Mit dem Buch ging man dann in den Laden und warf es durch einen Schlitz in den Kasten, der auf der Theke stand. Die Verkäuferinnen nahmen dann die Bücher der Reihe nach heraus und suchten die Waren zusammen, die man aufgeschrieben hatte. Während man wartete, bis man dran kam, konnte man sich immer mit den anderen Kunden unterhalten. Wir kannten uns ja alle. Entweder vom Arbeiter-Turn- und Sport-Bund oder von der Sozialistischen Jugend oder von der SPD und Gewerkschaft. Im Konsum kauften fast nur organisierte Arbeiter ein. Das war unser Laden. Am Ende des Jahres wurde abgerechnet, wie viel wir insgesamt eingekauft hatten, und darauf bekamen wir dann Prozente. Bei uns wurden von dem eingesparten Geld immer die Kohlen gekauft. Einmal im Monat gingen wir in das große Kaufhaus Konsum am Oranienplatz.«¹⁴

Neben dem Konsum errangen im proletarischen Milieu die Volksfürsorge, die 1927 über eine Million Werktätige versicherte, sowie die Arbeiterwohlfahrt Bedeutung. Letztere schuf ein differenziertes Netz von Einrichtungen für Sozialleistung, wie Nähstuben, Kinderheilstätten, Erziehungsheimen, Kindergärten, Freizeitstätten für erwerbslose Jugendliche, Müttererholungsheime, Beratungsstätten, Stellen für Bekleidungshilfen u. v. a. m., welches Not lindern half.

Der Anspruch sozialdemokratischer Kommunalpolitik, Macht umzuverteilen, eine wirksame und dauerhafte Bresche in die kapitalistische Gesellschaft zu schlagen, einen Gemeindesozialismus zu errichten, die Gemeinde als Keimzelle des demokratischen Staates zur Befestigung der deutschen Republik auszugestalten, war Illusion geblieben.

»Durch die sozialistische Gemeinde, die Gemeinwirtschaft, zum sozialistischen Staat!«¹⁵ – diese Konzeption – 1930 noch von der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt a. M. wiederholt – zerschellte an der Realität des Kapitalismus.

Der stolze Verweis der SPD aus den zwanziger Jahren auf das, was wir schufen«, war am Ende der Weimarer Republik, in der Weltwirtschaftskrise und im Zeichen des zur Macht drängenden Faschismus, der verzweifelten Frage gewichen, »ob denn alles umsonst gewesen sein soll«.¹⁶

14 Zitiert nach Klaus Novy, Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, Berlin (West) – Bonn 1985, S. 81.

15 Zitiert nach Dieter Rebentisch: »Die treuesten Söhne der deutschen Sozialdemokratie«. Linksopposition und kommunale Reformpolitik in der Frankfurter Sozialdemokratie der Weimarer Epoche, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, Frankfurt a. M., 61, 1987, S. 345.

16 Bauen, Siedeln, Wohnen, Jg. 12, 1932, H. 18, S. 266.

Die Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands (ASPD)¹

Es waren etwa 100 Sozialdemokraten, die sich am Sonntag, dem 6. Juni 1926, im Plenarsaal des Sächsischen Landtages zusammenfanden. Sie gründeten die Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens.² Wilhelm Buck wurde Parteivorsitzender. Im Jahre 1927 existierten 61 Ortsgruppen. Die Einnahmen des Parteivorstandes aus Beiträgen und Spenden wurden 1927 mit ca. 53 000 Reichsmark beziffert. Der Sitz des Parteivorstandes befand sich in Dresden-A.

Schätzungsweise dürfte die Mitgliederzahl zwischen 1 200 und 3 000 geschwankt haben. Der Haupteinfluss der Partei lag in den Städten Dresden sowie Leipzig und Chemnitz, ferner Bautzen, Zwickau und Plauen.

Sachsen war ein Land mit hoher Besiedlungsdichte. Es dominierten kleine und mittlere Betriebe der Verfeinerungs- und Veredlungsindustrie, die auf den Auslandsmarkt angewiesen waren. Acht Prozent der deutschen Bevölkerung lebte im Freistaat Sachsen. Ein Siebtel der SPD-Mitglieder Deutschlands kam aus Sachsen.

Diesem Schritt zur eigenständigen Gründung einer Partei, der auch in dem an Arbeiterkultur und Vereinsgründungen reichen Sachsen ungewöhnlich war, waren jahrelange, tief greifende Auseinandersetzungen innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie und mit der Mutterpartei SPD vorausgegangen. Politisches und Persönliches, Historische und Aktuelles, Schwerwiegendes und Triviales vermischten sich dabei. Diese Auseinandersetzungen sind in die Historiographie unter dem in jener Zeit geprägten Begriff »Sachsenkonflikt« eingegangen.

In Sachsen bestand vor und nach der Novemberrevolution eine sehr starke linke Strömung in der sächsischen SPD, die nicht schlankweg auf die Koalitionspolitik mit bürgerlichen Kräften setzte, sondern auf starke Eigenständigkeit orientierte und die gar in der Zusammenarbeit mit Kommunisten Vorteile sah. Am 10. Oktober 1923 wurde im Freistaat Sachsen unter dem Ministerpräsidenten Dr. Erich Zeigner (SPD) aus Sozialdemokraten und Kommunisten eine Arbeiterregierung gebildet. Diese Regierung wurde vom Reichspräsidenten Ebert (SPD) am 27. Oktober 1923 für abgesetzt erklärt. Die Reichswehr rückte ein (Reichsexekution gegen Sachsen).

- 1 Dieser Beitrag stützt sich auf Rolf Richter: Die Gründung der Alten Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1926. Staatsexamensarbeit, Pädagogisches Institut »K. F. W. Wander«, Historisch-philologische Fachrichtung, Dresden 1967, V, 195 S., 55 S. Anhang, 42 S. Materialanhang; ders.: Alte Sozialdemokratische Partei resp. Sachsens resp. Deutschlands (ASP resp. ASPS resp. ASPD). Beitrag für das Projekt »Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945. Handbuch, Projektleiter: Prof. Dr. Kurt Finker, Potsdam, Ms., Berlin, 29. Mai 1990, 20 S.
- 2 Protokoll des 1. Parteitages der Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens am 6. Juni 1926 in Dresden, in: Protokoll des 1. und 2. Parteitages der Alten Sozialdemokratischen Partei, o. O., o. J. (Dresden 1927). Siehe auch: Was will die Alte Sozialdemokratische Partei? Programm nebst Erläuterungen. Hrsg. vom Parteivorstand der ASP, Dresden o. J. (1928/1929).

Diese Zusammenarbeit mit den Kommunisten wie die Reichsexekution bildeten fortan zentrale Punkte der politischen Auseinandersetzungen. Am 4. Januar 1924 wurde im Freistaat Sachsen eine Koalitionsregierung gebildet, der Sozialdemokraten, Mitglieder der DDP und der DVP angehörten. Ministerpräsident wurde der Sozialdemokrat Max Heldt. Das Besondere beim Aushandeln dieses Koalitionskabinetts lag darin, dass sich nur ein Teil der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, 25 (später 23) Abgeordnete für diese Regierungsbildung aussprach, während eine Fraktionsminderheit, zu der etwa Arthur Arzt und Hermann Liebmann gehörten, gegen eine Regierung mit bürgerlichen Parteien stimmte. Die Fraktionsmehrheit, die Dreiundzwanzig³ wie sie fürderhin oft genannt wurden, verletzten mit ihrem Vorgehen Beschlüsse des Landesparteitages der sächsischen SPD vom 1. Dezember 1923. Der Landesparteitag der SPD vom 6. Januar 1924 bezeichnete diese Art von Koalitionspolitik als »glatte Unterwerfung unter die Gewalttaktik der Bourgeoisie, die in Sachsen und Thüringen durch Staatsstreich und Reichsexekution die Zerschlagung der sozialistischen Positionen erstrebt«.⁴

Zwischen Januar 1924 und Juni 1926 lagen vielfältige Auseinandersetzungen in der sächsischen SPD, im Sächsischen Landtag und auf den Parteitagen der SPD von Berlin und Heidelberg.

Die Dreiundzwanzig vertraten Positionen, von denen sie auch die Politik des Parteivorstandes der SPD gleichsam von rechts kritisieren konnten. Sie vermochten sich jedoch lange Zeit auf die Sympathie und Toleranz des SPD-Parteivorstandes zu stützen, mit dessen Billigung sie im Januar 1924 die Koalitionsregierung in Sachsen gebildet hatten. Unter dem Begriff der »unbedingten Staatsbejahung«⁵, gepaart mit einer antikommunistischen Grundhaltung, forderten sie immer wieder neu, dass die moderne Arbeiterbewegung in Deutschland »Einzel- und Klasseninteressen zugunsten der Staatsinteressen zurückzustellen« habe.⁶ Sie betrieben Koalitionspolitiken mit DDP, DVP und DNVP und später mit Wirtschaftspartei und Volksrecht-Partei.⁷ Beharrlich hielten sie an ihrer Weigerung fest, den Landtag aufzulösen. Als trotz eines Schreibens von SPD-Vorsitzenden Otto Wels⁸ und der Zusage, für die Auflösung zu stimmen, am 25. März 1926 ein Auflösungsantrag der Fraktionsminderheit und der KPD scheiterte, wurden die dreiundzwanzig

3 Es handelte sich um Karl Bethke, Otto Berger, Eva Büttner, Ernst Castan, Karl Drescher, Alfred Franz, Gustav Göldner, Oskar Günther, Anton Hagen, Max Heldt, Otto Kühn, Friedrich Langhorst, Hermann Müller, Max Müller, Hugo Sachse, Otto Schembor, Karl Schnirch, Otto Schurig, Friedrich Strube, Ernst Völkel, Helene Wagner, Max Winkler, Robert Wirth.

4 Dresdner Volkszeitung, Dresden, vom 7. Januar 1924.

5 Warum Staatsbejahung? In: Mitteilungsblatt der Alten Sozialdemokratischen Fraktion (23er Fraktion) im Sächsischen Landtag, Dresden, Nr. 13, vom Mai 1926, S. 71-73.

6 Der Sachsenkonflikt. Zum Parteitag in Heidelberg, hrsg. von der Fraktionsmehrheit des Sächsischen Landtages, Dresden 1925, S. 9.

7 Zu derartigen Parteien und Organisationen siehe Lexikon zur Parteiengeschichte 1789–1945 in vier Bänden, hrsg. von Dieter Fricke (Leiter), Werner Fritsch, Herbert Gottwald, Siegfried Schmidt und Manfred Weißbecker, Leipzig 1983 bis 1986.

8 Mitteilungsblatt der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Dresden, Nr. 11, vom April 1926, S. 60.

zig Landtagsabgeordneten von den für sie zuständigen Bezirksorganisationen der SPD aus der Partei ausgeschlossen.

In der Landtagssitzung vom 15. April 1926 traten die Dreiundzwanzig erstmals als Alte Sozialdemokratische Fraktion auf und verkündeten ein Manifest, in dem sie zu »positiver Staatsmitarbeit« aufforderten.⁹

Am 6. Juni 1926 konstituierte sich die Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens. Sie bekräftigte die Positionen der Dreiundzwanzig und bekannte sich zum Heidelberger Programm der SPD. Vor allem aber sollte die starke linke Orientierung in den sächsischen Basisorganisationen überwunden und die Landespartei unter ASP-Führung zur Gesamtpartei finden.

Die ASPD trat im Volksentscheid für die Fürstenenteignung für die Stimmenthaltung ein, sie ging konform mit DVP und DDP in der Steuergesetzgebung, sie widersetzte sich wirksamen Erwerbslosenhilfen. Sie halfen die Gemeindeordnung wieder zu verschlechtern. Der linke Sozialdemokrat Walter Fabian listete 1930 in seinem – inzwischen berühmten und nachgedruckten – Buch »Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918–1930« die Ergebnisse jener Politik der Dreiundzwanzig auf, die »gegen den Willen der Arbeiterschaft«¹⁰ erzielt wurden.

Die Landtagswahlen im Freistaat Sachsen vom 31. Oktober 1926 brachten für die ASPD eine große Enttäuschung. Nun 9 885 Stimmen wurden für sie abgegeben, während die SPD 75 005 und die KPD 34 382 Stimmen erhielten. Lediglich vier Landtagsmandate vermochte die ASPD zu retten. Sie wurde indes zum Zünglein an der Waage und stellte mit Max Heldt den sächsischen Ministerpräsidenten, der dem Kabinett, in dem nunmehr auch die DNVP vertreten war, bis zum Mai 1929 vorstand.

Einen Aufschwung erhoffte sich die ASP, wie sich die Partei ab Juli 1927 nannte, von Ernst Niekisch, der seit 1926 der Partei angehörte, Chefredakteur des Parteiorgans »Der Volksstaat« wurde sowie 1927 von August Winnig, der der Partei beitrug, eine Berliner Ortsgruppe eröffnete und unter ASP-Namen die Zeitschrift »Morgen« herausgab.

Niekisch, einst USPD-Mitglied, hatte wegen seiner Verbindungen zur Münchener Räterepublik zwei Jahre Festungshaft hinter sich. Er plädierte für eine »sozialistische und nationalrevolutionäre«, eine »antiwestliche Politik«. Für die Arbeiterbewegung forderte er eine strikt »nationale Zielrichtung«.¹¹ Winnig, 1920 aus der SPD wegen seines Sympathisierens mit den Kapp-Putschisten ausgeschlossen und als Oberpräsident von Ostpreußen abgesetzt, sah im marxistischen Sozialismus eine »große unheilbare Krankheit« und plädierte ebenfalls für einen »nationalen Sozialismus«.¹²

9 Verhandlungen des Sächsischen Landtages, Siebenter Band, Dresden 1926, S. 6055/6056.

10 Dr. Walter Fabian: Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918–1930, Löbau 1930, S. 187.

11 Widerstand. Blätter für sozialistische und nationalrevolutionäre Politik, in Verbindung mit Benedikt Obermayr und Otto Jacobsen, hrsg. von Ernst Niekisch, Dresden, Nr. 3/4, 1926, S. 28.

12 August Winnig: Wir hüten das Feuer. Aufsätze und Reden aus zehn Jahren (1923–1933), Hamburg 1933, S. 144, 161.

Niekisch und Winnig versuchten, der ASP Verbindung zum Jungdeutschen Orden und zur Bündischen Jugend zu schaffen. Am 7. Oktober 1928 fand auf Initiative Niekischs und unter Winnigs Leitung eine gemeinsame Führertagung »nationaler Kampfbünde« statt. An ihr nahmen Vertreter des Stahlhelms, des Bundes Oberland, des Wehrwolfs, des Niedersachsenrings, des Frontkämpferbundes Westküste und des Jungdeutschen Ordens teil. Einige mögen dabei auch an eine neue Front ohne Hitlerfaschisten gedacht haben. Angesichts des völkischen, nationalistischen Wirkens Winnigs zeigte indes die NSDAP Interesse an einem Zusammengehen mit der ASP. Sie erblickten in ihr einen »Keimpunkt, von dem aus die ASP einen Vormarsch auf unseren Weg antreten kann«, zumal Winnig Gedanken geäußert habe, »die denen Adolf Hitlers nahe kommen«.¹³ Eugen Mossakowsky, ASP-Reichstagskandidat von 1928 und Leiter der ASP-Geschäftsstelle des Bezirksvorstandes von Berlin, trat im März 1929 der NSDAP bei.¹⁴

Die Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928, in die die ASPD, wie sie sich nunmehr nannte, mit einem von Winnig verfassten nationalistischen Wahlprogramm, das die »Verschmelzung von Arbeitertum und Nation« forderte,¹⁵ ging, brachten der ASPD ein weiteres Fiasko. Sie erhielt nur 65 573 Stimmen, davon 34 869 im Freistaat Sachsen, davon wiederum 8 024 in der Stadt Dresden.

Im Jahre 1928 schloss das Reichsbanner die ASPD aus seinen Reihen aus, da diese Partei nicht mehr als republikanisch anzusehen sei.

Die ASPD hatte eine Entwicklungsrichtung genommen, die in Bezug auf ihre Nähe zu nationalistischen, völkischen und militaristischen Organisationen und Parteien den originären Ambitionen und Biographien ihrer sozialdemokratischen Gründer, unter denen sich auch Funktionäre jüdischer Herkunft befanden, nicht entsprach. »Mit Hakenkreuzlern und Stahlhelmeuten hat die ASPD keine Gemeinschaft«, meinte 1928 Parteivorsitzender Wilhelm Buck.¹⁶ »Der Volksstaat« nannte die NSDAP-Politik »politisches Verbrechen«.¹⁷

Am 12. Mai 1929 zog die ASPD mit zwei Abgeordneten, Wilhelm Buck und Max Heldt, letztmalig in den Sächsischen Landtag ein. Nach Ablösung Heldts als Ministerpräsident durch Wilhelm Bünger (DVP) verblieb bis zum 20. Januar 1930 in dessen Kabinett lediglich das ASPD-Mitglied Georg Elsner als Minister für Arbeit und Wohlfahrt.

13 Alt oder Jungsozialisten?; Völkischer Beobachter, vom 10. Dezember 1927; siehe auch die ähnlichen Formulierungen in: ebenda, vom 14. September 1927, sowie in: National-Sozialistische Briefe, Nr. 9, vom 1. November 1928.

14 Diesen Fakt übernahm ich von Christopher Hausmann: Die »Alte Sozialdemokratische Partei 1926–1932. Ein gescheitertes Experiment zwischen den parteipolitischen Fronten, in: Helga Grebing/Hans Mommsen/Karsten Rudolph (Hg.): Demokratie und Emanzipation zwischen Saale und Elbe, Essen 1993, S. 292. Mehrere Beiträge dieses Band strotzen von einer beklemmenden Kenntnislosigkeit und Ignoranz gegenüber Forschungen zur Geschichte der SPD und der deutschen Arbeiterbewegung, die in der DDR, insbesondere an der Karl-Marx-Universität Leipzig und auch an der Pädagogischen Hochschule »K. F. W. Wander« Dresden, erbracht worden sind.

15 Gestern, Heute und Morgen, in: Morgen, Berlin, vom 26. April 1928.

16 Der Deutsche Vorwärts, Berlin, 4. Oktobernummer 1928.

17 Der Volksstaat, Dresden, vom 10. Januar 1931.

Die Einsicht in die eigene politische Unwirksamkeit und das Gefühl der Bedrohung durch den Faschismus vertieften in der ASPD das Bedürfnis nach Wiedereingliederung in die SPD. Im Februar 1931 schrieb »Der Volksstaat«: »Heute geht die SPD viel weiter als wir Altsozialisten gegangen sind.«¹⁸ Von der SPD waren 1931 linke Sozialdemokraten getrennt worden und hatten die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) gegründet. Das erleichterte politisch und mental die Wiedereingliederung der ASP-Kräfte.

Am 1. Juli 1932 erfolgte die offizielle Wiedervereinigung mit der SPD.¹⁹ Die Zugehörigkeit zur ASP wurde nicht als Abspaltung betrachtet, sondern die Mitglieder als ununterbrochen zur SPD zugehörig betrachtet.²⁰

Für die Zeit nach 1945 ist nachweisbar, dass ehemalige Führer der ASPD, wie Robert Wirth, in der demokratischen Neugestaltung aktiv waren.²¹ Eva Büttner, Verfolgte des Naziregimes, nahm am Vereinigungsparteitag von KPD und SPD im April 1946 teil, gründete die SED mit und arbeitete bis zu ihrem Tode in ihr mit.

Die ASPD, die zeitweilige Rechtsabsplittung der SPD, war keine antifaschistische Partei. Sie kannte keine entsprechenden Konzeptionen oder Praktiken. Sie war eher im Kern nationalistisch und in der Suche nach einem »neuen Nationalismus«²² begriffen, dabei blind »dem Staat« vertrauend. Sie hatten nicht begriffen, dass es im Weimarer Staat starke, einflussreiche Kräfte gab unter den Industriellen und Junkern, unter den Beamten, in der Justiz und Bildung, Kultur, in den Kirchen, in der Reichswehr, die den Staat »Schritt für Schritt nach rechts wenden«.²³ Die ASP hätte den Teufel mit dem Belzebub austreiben müssen. Die ASP beteiligte sich am Abbau von demokratischen Errungenschaften, die 1918/19 und in folgenden Jahren im Freistaat Sachsen durch starke linke Kräfte in der Arbeiterbewegung erfochten werden konnten. Sie war stark antikommunistisch; die Sicherung individueller Landtagsmandate stand über einem übergreifenden Bündnisdenken mit anderen aus der Arbeiterbewegung. Sie konnte auch nicht zu einem bewussten Sammelbecken einzelner Hitlergegner werden und diesen Halt und Richtung verleihen.

18 Der Volksstaat, Dresden, vom 14. Februar 1931.

19 Deutsches Zentralarchiv Potsdam-Merseburg, Reichsministerium des Inneren, ASP, Nr. 26152/1, Blatt 9; Der Volksstaat, vom 2. Juli 1932.

20 Brief von Frau Eva Büttner an Rolf Richter vom 11. März 1967 (im Besitz des Verf., wiedergegeben in Richter: Staatsexamensarbeit, siehe Fußnote 1).

21 Sozialdemokratische Partei des Landes Sachsen. Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Landes-Parteitages, abgehalten am 7., 8. und 9. Oktober 1945 in Dresden (Freital), Dresden (1945); Rolf Helm: Anwalt des Volkes, Berlin 1978, S. 112, Abb. 17; Walter Janke: Die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien und ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung im Kreis Kamenz. Diplomarbeit, Pädagogische Hochschule »K. F. W. Wander« Dresden (1972); Abschied von Wilhelm Buck, in Volksstimme, Dresden 1945, Nr. 73, S. 3; Nr. 78, S. 4.

22 Über Niekisch u. a. siehe Stefan Breue: Anatomie der Konservativen Revolution, 2. durchg. und korrigierte Aufl., Darmstadt 1995.

23 Macht und Ohnmacht der Weimarer Republik, hrsg. von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Manfred Weißbecker, Freiburg, Berlin 1990, S. 192.

In ihren Reihen gab es indes Hitlergegner, die die Gefahren des Hitlerfaschismus mehr oder minder scharf erfassten. Frau Eva Büttner, Trägerin des Vaterländischen Verdienstordens der DDR, eine der Dreiundzwanzig, schrieb im März 1967 an den Verfasser, dass sie als Jüdin »einen besonders starken Widerwillen und Angst-Neurose« gegen den Hitlerfaschismus hatte. Sie habe die Erwartung gehabt, »alte sozialdemokratische Genossen und neue Jugend – darunter die Bodenreformbewegung der Artamanen und allerhand Bündler – zusammenzuschweißen in *eine* Front gegen den Faschismus«. Aber: Niekischs Zeitschrift »Widerstand« wurde 1934 verboten und er zu lebenslänglichem Zuchthaus von den Nazis verurteilt.

Eva Büttners Brief endete mit den Worten: »...das Unheil nahm seinen Lauf«. ²⁴

24 Brief von Frau Eva Büttner vom 11. März 1967.

Bruch mit dem Stalinismus

Zum Erscheinen der Geschichte der KPD in vier Bänden

Die neue linke Geschichtswissenschaft in Deutschland meldet sich nachdrücklich zu Wort: vier Bände zur Geschichte der KPD vom 31.12.1918 bis zum 20. April 1946 liegen vor.¹ Keine Beschlüsse einer Parteiführung orientieren sie. Die Autorinnen und Autoren werden geleitet von dem Leipziger Geschichtswissenschaftler Klaus Kinner. Sie haben in der DDR ihre Ausbildung und ihre Sozialisation erhalten. Sie wurden nach 1989 verjagt aus wissenschaftlichen Funktionen, von Lehrstühlen, aus dem akademischen Lehrbetrieb, ihre Forschungsprojekte wurden zertrümmert. Der Artikel 5 des Grundgesetzes von der Freiheit der Wissenschaft und des Wortes galt nicht für sie.

Hier schreibt nicht mehr eine Altgarde in machtgeschützter Innerlichkeit, sondern die nächste Wissenschaftlergeneration, die sich mühselig ihr Brot verdient. Ausschließlich wissenschaftlicher wie politischer Verantwortung folgend, haben sie dieses recht ehrgeizige Vorhaben verwirklicht.

Sie wirken im Umfeld der Partei DIE LINKE. Stalins Tod 1953 haben sie nicht beweint. Sie waren zu jung. Bereichert wird diese Gruppe durch Frau Ruth Stoljarowa und Günter Benser.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltsystems und der DDR war es unumgänglich geworden, auch historisch alles auf den Prüfstand zu rufen. Es ging um nicht weniger als um eine neue Legitimierung der Linken. Neuen theoretischen Bedürfnissen war zu entsprechen.

Das Bild, das wir heute von der KPD haben, ist anders als etwa jenes aus dem Jahr 1970: Wir wissen vom Ende der Partei. Wir haben ungleich mehr Quellen aus den Archiven zur Verfügung. Massiv werden neue Fragen an die Geschichte dieser Partei gestellt.

Gleichwohl flossen Ergebnisse von mehr oder minder internen Diskussionsprozessen aus den Jahren der DDR mit ein, als die Situation in der offiziellen Parteigeschichtsschreibung zur KPD immer unerträglicher wurde.

Einen zentralen Raum nimmt die Rekonstruktion des Selbstverständnisses der KPD ein. Welches Bild machten sich die Kommunisten vom aktuellen Kapitalismus? Welche Handlungsspielräume ergaben sich daraus? Das Oszillieren im Erkenntnisprozess der KPD zwischen Realitätsverbundenheit und Wirklichkeits-

¹ Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, 4 Bde.: Klaus Kinner: Bd. 1: Die Weimarer Zeit; Klaus Kinner u. Elke Reuter: Gegen Faschismus und Krieg (1933 bis 1939); Bd. 3: Klaus Kinner unter Mitarbeit von Elke Reuter, Ruth Stoljarowa, Günter Benser, Hans Coppi, Gerald Diesener u. Wladislaw Helder: Im Krieg (1939 bis 1945); Bd. 4: Günter Benser: Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46). Alle Bände erscheinen im Karl Dietz Verlag, Berlin.

ferne, zwischen Revolutionsutopie und schmerzhaft fühlbar wachsender Kraft des Faschismus wird sorgfältig nachgezeichnet.

Gleichwohl erscheint es nicht selten, als würden die Autoren die Theorielatte zu hoch legen. »Wir waren bettelarm«, sagte ein alter Kommunist 1961. »Ich lief von Frühling bis zum Spätherbst in Holzpantinen. Unsere Wohnung war dunkel und feucht. Vater war arbeitslos. Wir wollten heraus aus dieser Lage. Die KPD gab uns die Perspektive. Und nur die KPD. In Russland, das keiner von uns gesehen hatte, erkannten wir, gewiss hochgläubig, die Perspektive – auch für uns.« Diese »roots« der KPD wollen wir, bitte, stets mitdenken.

Diese Geschichtsdarstellung bricht radikal mit dem Stalinismus in der Partei-geschichtsschreibung. Damit wird endlich eine alte Aufgabe erfüllt. Es geht nicht ohne Schmerzen ab, wenn der Leser präsentiert bekommt, welche furchtbaren Wirkungen der Stalinismus auf die deutsche Arbeiterbewegung hatte, wie er diese strategisch völlig fehlorientierte, wie er viele ihre Kader verfolgte, moralisch ver-lumpte und ermordet. Der Abschnitt über den Hitler-Stalin-Pakt lässt die Haare sträuben.

Diese Darstellung verabschiedet sich von allen nur denkbaren Mythen und Ver-dikten. Namen wie Paul Levi tauchen wieder auf, Anton Ackermann wird grund-sätzlich gewürdigt, Herbert Wehners Verabschiedung aus der kommunistischen Bewegung sachlich dargestellt, ebenso die Arbeit von Paul Merker und August Thalheimer. Nein, der Thälmann-Ernst wird nicht demontiert. Er wird als kämp-fender, irrender, strategisch überforderter, dem Stalinismus dienender, leidender, standhafter, 1939 überraschter, der Haft Tribut zollender, als von Stalin und seinen Gesellen gedemütigter und schließlich vorsätzlich fallen gelassener gezeichnet. Er ist keine Ikone mehr. Er ist uns zurückgegeben worden. Das ist viel.

Die Darstellung verabschiedet sich von einem primitiven Verständnis des Ver-hältnisses von Kontinuität und Diskontinuität. Sie erkennt keinen glatten, einem selbstverständlichen Aufstieg folgenden Weg der Partei »in Kontinuität«. Wenn in der alten Parteigeschichtsschreibung Widersprüche auftauchten, so in aller Regel dort, wo sie als überwunden angesehen wurden. Die neue Geschichtswissenschaft sucht und nutzt den Widerspruch, »der in den Dingen liegt« (Brecht), auf selbst-verständliche Weise. Nicht nur der als Gegner erkannte wird verantwortlich ge-macht für Nichterreichtes, sondern die eigene Strategie, die eigene Intelligenz und Wirkung werden nüchtern in Anschlag gebracht. Auch von der berüchtigten stali-nistischen Strukturierung von Parteigruppierungen Mitte, Linksradikal, Rechts haben sich die Autoren getrennt. Dies kommt frisch und unkonventionell herüber.

Die Geschichte des Antifaschismus der Partei wird höchst differenziert geschildert. Vor uns entfaltet sich eine Partei, deren Widerstand nie erlosch. Es wird deut-lich, was es sie kostete, »die Anstrengung, mitten im Dröhnen, Geschrei und Röcheln auszuharren« (Peter Weiss). Namen wie Knöchel, Kunz bleiben fest ver-ankert; in Saefkows Gruppe wird eine tiefer gehende theoretische Diskussion registriert. Die schwere Niederlage 1933 wurde von der KPD-Führung als ein-

schneidender, grundlegender Umbruch verkannt. Es entsteht ein Bild verzehrender Unfähigkeit, den Faschismus adäquat zu erfassen. Die deutsche Sektion der Kommunistischen Internationale, einer Weltpartei, hielt an ihrer Generallinie, für die Revolution und ein Sowjetdeutschland zu kämpfen, auch nach dem 30. Januar 1933 verbissen fest. Schritt für Schritt verfolgten die Autoren, ob und wie sich die Strategie der Führung veränderte.

Immer wieder zeigt sich, wie in der aufopferungsvoll kämpfenden Partei wirklichkeitsfremde, irrige und absurde Orientierungen durchbrachen und Oberhand gewannen. Das gilt besonders für die SPD als ausgemachter Dauergegner. Noch im November 1939 wurde die deutsche proletarische Revolution angestrebt. Die Autoren würdigen auch bemerkenswerte Politikansätze, etwa um das Jahr 1935. Sie sehen in 1935 indes »eine verlorene Wende«.

Freilich, manchmal wollte es dem Rezensenten scheinen, dass die Stärke der Autoren, die Theorieanalyse, überdehnt wurde. Es soll deshalb mit Goethe festgehalten werden: Am Anfang stand nicht das Wort, sondern die Tat! Es gab sehr viele Kommunisten, die noch nie etwas von den Analysen etwa eines Varga oder Günther gehört hatten. Sie warfen dennoch ihr Leben in die Schanze – nicht weil sie die Faschismustheorie bereichern wollten, sondern weil sie die einzigartige Gefährlichkeit des deutschen Faschismus erkannt hatten. Weil sie schlicht für Menschlichkeit waren, wurden sie mit ihrem Schädel an die Wände des KZ Hohnstein geschlagen.

Die Bücher zeigen, dass das damalige antifaschistische Modell moskautreuer KP-Führer – linientreues Führungsumfeld, Kampf um die revolutionäre Einheit der Partei, Kampf um die antifaschistische Einheitsfront der Arbeiterklasse unter KP-Führung, schließlich Volksfront – nicht funktionierte. Berührt kann der Leser noch einmal aufnehmen, welche Namen mit Klang mit dem Volksfrontgedanken verbunden waren: Heinrich Mann, Leonhard Frank, Lion Feuchtwanger, Karl Böchel, Willy Brandt, Konrad Heiden u. v. a. m. In diesem Prozess des Suchens nach antihitleristischen Alternativen entstand die Idee von der neuen demokratischen Republik nach Hitler. Aber nach dem Scheitern der Volksfronten in Spanien und Frankreich, nach dem Ausbruch des großen Terrors in der UdSSR, der den Kampf gegen den Trotzismus verstärkt nach vorn rückte und damit in der Volksfront anerkannte Funktionäre wie Münzenberg in die Optik des Stalinschen Terrors gerieten, vor allem aber der Hitler-Stalin-Pakt führten zum Scheitern der Volksfrontidee. Die Politik der KPD war selten so weit von der Realität entfernt wie in der Paktzeit. Grundpositionen des Antifaschismus wurden von der Moskauer Führung der KPD gnadenlos aufgegeben.

Diese KPD-Geschichte löst sich von dem Märchen, dass die antifaschistische Arbeit der Kommunisten im Lande von einer klugen Parteiführung in Moskau gesteuert wurde. Ein außerordentlich differenziertes Bild entsteht. Besonders wertvoll hierzu ist der Exkurs von Hans Coppi über die Rote Kapelle. Methodisch werden Ergebnisse der kollektivbiographischen Forschung und des Netzwerkgedankens aus der Soziologie genutzt.

Der antifaschistische Widerstand, so marginal er war, zeigte den Horizont für ein demokratisches Deutschland nach Hitler.

Der Band 4 stammt aus der Feder des Altmeisters der Geschichtsforschung zu den vierziger Jahren, Günter Benser. Er zeichnet ein faktenmäßig opulentes Bild von der KPD als nunmehr gestaltender Kraft. Er zieht in den Neubeginn die »Altlasten« mit ein: den Blutzoll, den die KPD nicht nur den Nazis entrichtete. In den Opfern der politischen Emigranten u. a. in der Sowjetunion »erblickt er das dunkelste Kapitel der deutschen kommunistischen Bewegung«. Dieses blieb ob des Vertuschens eine »Zeitbombe im Gepäck« der KPD. Der Autor präsentiert eindrucksvoll die umfassenden Anstrengungen der KPD zur Neugestaltung. Hier ist viel Neues zu holen! Listig umgeht Benser das bekannte Ulbricht zugeordnete Wort, wonach alles demokratisch aussehen solle, und rückt hingegen Ackermanns Wort vom Juni 1946 »Undemokratisches wird sich rächen« ins Zentrum. Er verdeutlicht vorbildlich Förderndes, Kreatives und Hemmendes, der kommunistischen Lagermentalität Verpflichtetes in der Parteiarbeit jener Jahre 1945/46.

Der Vierbänder schließt: »Warum blieb den Bemühungen um völlige Abkehr von Fehlentwicklungen und pathologischen Zuständen in der kommunistischen Bewegung (bis 1989 – R. R.) der durchschlagende Erfolg versagt?« So bleibt eine Aufgabe.

Diese Parteigeschichte ist ein wirkungsvoller Beitrag zum Bruch mit dem Stalinismus. In der linkssozialistischen Bewegung mögen diese packend geschriebenen Bände den Sinn für Realität und für Perspektive und nicht zuletzt für die Gewissenspflicht des Einzelnen verstärken helfen.

Es wird für die Autoren keine Orden regnen. Dem Karl Dietz Verlag sei eine Präsentation bei hoffentlich kontroverser Diskussion empfohlen. Auch ein charaktervoller Wein sollte dabei nicht fehlen.

Es darf auch etwas Kaviar sein.

On some aspects of recent historiography in the German Democratic Republic about fascist terror and antifascism

The question of resistance against fascist terror and the question of the causes of the inconceivable events has been from the beginning a matter of extreme interest to the historiography of the GDR.¹

GBR historiography therefore identified with a tradition for which Thomas Mann set an example. In 1938, when the University of Princeton granted him in an unforgottenly magnanimous way the right to hospitality and the chance to freely expound and declare his antifascist ideas he called in his works from the United States for a »militant determination«² and denounced the »world-menacing union of Junkers, generals and heavy industries« and demanded the destruction of their rule. He highly appreciated the resistance within the German people and considered the task of informing the German people about crimes and guilt as a huge and challenging work.³ GDR historians have always felt very much concerned about this task. Social sciences research in the GDR including historical research sees itself as a dynamic process involving an expansion of research areas, a sophistication of the questions dealt with, the enrichment of research methods, a process of preserving and overcoming. It is a process in the course of which the dialectics of continuity and renewal are constantly a new implemented in research. When Schiller as a professor of history gave his inaugural lecture titled »Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?« (»What does universal history mean and to what end is it studied?«) at Jena University on May 26, 1789 – almost precisely 200 years ago, he pointed as soon as in his first sentences to the fact that the »whole moral world« lies in the circle of history.⁴ The relationship between history – morals – politics obviously has a considerable impact on the topic of this very paper. In the last few years the topical area »Terror and Resistance under Fascism« for various reasons – actually for reasons of totally different nature – became a – morally – extremely explosive subject.

First of all the escalation of the politics of arms buildup and confrontation as well as the danger of a nuclear holocaust led on the international level to an extraordinary sensitization of public consciousness including historical thinking.

- 1 See Rolf Richter: »Faschistischer Terror und antifaschistischer Widerstand in der Historiographie in der DDR«, in: »Faschistischer Terror und antifaschistischer Widerstand«, brochure for the IREX Conference, May 1989, Princeton, USA, edited by: Academy of Social Sciences attached to the Central Committee of the SED, Berlin 1989.
- 2 Thomas Mann: »Vom kommenden Sieg der Demokratie«, in: Thomas Mann: »Zeit und Werk« Berlin and Weimar 1965, p. 822.
- 3 Thomas Mann: »What is German?«, in: Atlantic Monthly, May 1944.
- 4 Friedrich Schiller: »Was heißt und zu welchem Ende studiert man Universalgeschichte?« Jena 1739, p. 2.

There has emerged a new way of »listening to history«, of referring to experiences, especially to those of German history during the years of Nazi dictatorship; the awareness of the value of alliances for the preservation of life increases in a new way.

Second, the development of socialism in the GDR asks again and again new questions concerning its historical pre-conditions, pre-socialist history and the whole heritage socialism took over. This applies also for fascism and antifascism as well as, e. g., for the differentiated evaluation of the bourgeois-parliamentarian Weimar Republic. The historian notes a considerably grown interest – particularly among young people especially as regards the concrete history of fascism, everyday life under the fascist dictatorship in Germany and the power mechanism of fascism. There is now to be seen an increased interest in the lives of antifascists, in their daily struggle, in the sufferings of the Jews, in the concrete history of alliances between people from different political, social and religious backgrounds, in their plans for the future. Society, state and science promote this intercourse with history without being able to satisfy in all respects the differentiated and individual needs. Each generation asks their own and thus new questions to history, e. g. the question how the GDR acquired its antifascist identity and in what way break and transformation in 1945 and later concretely on GDR territory took place.

Third, the examination of the Nazi past was reinforced by the well-known activities, by distortions and manipulations on the part of historians from the Federal Republic of Germany and in West Berlin like Ernst Nolte especially since summer 1986 as well as by the renewed massive emergence of extreme right-wing and neofascist forces who took their seats in several parliaments of our western neighbouring country and West Berlin.

Fourth, GDR history when describing the history of German antifascism has to responsibly and carefully make statements on the consequences of the personality cult around Stalin and of the reprisals and crimes on the German resistance movement. The GDR took its stand on these questions already some decades ago and condemned these crimes.⁵ This position was reaffirmed in 1988 in a historical document of the Socialist Unity Party (SED) which is the strongest of the five political parties existing in the GDR.⁶ But the current debate in the Soviet Union as well as USSR archives and records to which GDR historians now have access have raised new questions on this painful issue.

The further historical research into terror and antifascism is carried out in close connection with an intensive debate on »heritage and tradition« which started in the mid-seventies. In this controversial and extremely fruitful discussion the

5 See also: »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden«, vol. 5, Berlin 1966.

6 »70 Jahre Kampf für Sozialismus und Frieden, für das Wohl des Volkes. Thesen des Zentralkomitees der SED zum 70. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Beschluss der 6. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.« June 9/10, 1988, Berlin 1988.

examination of the historical heritage and traditions of socialism in the GDR reached a hardly ever seen breadth, intensity and aura within society. A bibliography of selected documents on this debate itself fills about 85 pages. The discussion made also clear that the traditions of revolutionary, democratic and humanistic progress of history represent the life nerve and the reference point of the socialist conception of heritage and tradition. Therefore the rejection of any reactionary movement in history is an elementary, essential and indispensable precondition of the marxist conception of heritage and tradition. The discussion covered pre-capitalist structures of society and medieval history, Martin Luther, Thomas Müntzer, the Reformation period, early bourgeois revolution, Prussian history and regional or territorial history, the bourgeois upheaval, history of revolutionary working class movement, GDR history as national history, ethnology and research into developing countries issues.

In this debate it was brought out clearly that the heritage of socialism comprises the entirety of historic heritage and that we cannot make an arbitrary choice of it but we have to take it over »in its entirety«. Phenomena, personalities and phases of history in which progressive as well as reactionary moments blend with one another received a more balanced and differentiated evaluation.

Finally a differentiated evaluation of the whole heritage was required. In the struggle of the revolutionary forces the GDR obviously finds its major and central traditions. At the same time more attention was paid to the fact that under imperialist conditions apart from the most determined working class representatives also other classes and strata including even parts of the bourgeoisie got into conflict with the most reactionary, aggressive politics. To evaluate this controversial heritage in a more differentiated manner remains a task for GDR history. The debate also reaffirmed that elementary traditions and values of socialism are to be found in the struggle against imperialism and war, against militarism, fascism, racism, antisemitism and nationalism.

More or less directly connected with this debate research into the history of anti-fascism gained status within GDR history. The fascism researcher and antifascist resistance fighter Kurt Gossweiler supported a broad but not boundless concept of antifascism. In 1981 he said: »He who thinks an antifascist alliance to be possible only on condition that the ally has to consider and evaluate fascism in exactly the same way he does and that the ally has to fight fascism for the same reasons he does in fact makes any antifascist alliance impossible. For each class, each stratum, for each political or ideological group and organization has its own and very specific reasons to oppose fascism: the antifascism embodied by non-communist groups has its very specific and more or less limited character. An antifascism uniting all these specific antifascist positions into one popular movement can only develop on condition that all these different antifascist motivations be respected legitimate antifascism. And antifascism as a broad popular movement never exists at the beginning of the struggle against fascism but it develops as a result of a per-

sistent struggle led by those antifascists who are the most consistent ones and who best understand the nature of fascism and the preconditions for a successful struggle against it for the unification of all antifascist forces.

Moreover most non-communist antifascist forces initially do not primarily show an attitude of acting against fascism but an attitude of disapproving of fascism, an attitude of rejecting fascism or some aspects of it. It would be wrong to underestimate this passive attitude in its importance. It is the precondition for antifascist action. In most cases the transition from an antifascist attitude to antifascist action does not take place but under the pressure exerted by fascism itself, a pressure which forces also the non-communist opponents of fascism into making a decision between self-surrender and resistance.

Gossweiler added that one must not underrate the fact that people »who are opponents of communism can also be honest and militant antifascists«⁷. In a controversial discussion Kurt Gossweiler and some of his colleagues faced the new questions arising from research. Several historians were not able to immediately develop the necessary awareness of problems, others based on a narrow conception intended to emphasize only communist resistance against fascism. Finally it was possible to give a much more differentiated description of different classes and strata, political and ideological forces. Throughout all phases of the development of GDR historiography works on christian resistance, on the persecution and the annihilation of Jews or on the events of July 20, 1944 can be found. In the 1980s scientists managed to cover this resistance in much greater detail than before. The action of July 20, 1944 was described more profoundly in its contradictiveness, e. g. the inner poles of the action, its patriotic substance and the harmony in their action with the major need of their time as well as their anticommunist limitations were demonstrated. The brave attempt of putting an end to the war, the bloodshed, the mass destruction and the concentration camp state on which the leading forces of the German resistance movement later could base their policy of alliances was properly appreciated. There has been a more detailed and extended research into the antifascism shown by Christians of various Churches. For this purpose communist and non-communist scientists developed new material and information and used them for forcible and convincing descriptions. Much greater attention than in the years before was paid to the German-speaking exile. This is for instance to be seen in the description in seven volumes of »Kunst und Literatur im Exil 1933–1945« (»Art and Literature in the Exile 1933–1945«).

Of particular importance is a project which – supported by the Central Party Archives of the SED – since 1983 has collected information, materials and records about all German antifascist resistance fighters. This card index to which all GDR archives contribute at present contains data about 350,000 German resistance fighters partly including very detailed biographical information.

7 Kurt Gossweiler: »Was ist Antifaschismus? Welche Bedeutung hat er heute?«, in: Kurt Gossweiler: »Aufsätze zum Faschismus« (with a preface by Rolf Richter), Berlin 1986, pp. 652.

Since as we have said before revolutionary forces form in a way the central element in the GDR conception of tradition historians dedicate a large amount of the research potentials to the research in the field of the activities of the Communist Party of Germany (KPD) and its antifascist struggle. In the past 15 years we have succeeded in substantially completing our knowledge about the antifascist struggle of the KPD. Monographs on the Party's resistance struggle from 1933 to 1945, about marxist historical thinking before 1933, about the Party's antifascism before 1933, about the communist fascism theory, about the Party's activities during the last months of the war, about the KPD's situation in 1945 show this grown knowledge. An extensive and detailed biography of Ernst Thälmann as well as studies on other communist leaders were published. The publication of Gestapo records on the activities of KPD organizations met with a positive response among scientists. The task of describing KPD history in the years from 1933 to 1945 in its hardness and in all its contradictiveness proved to be a demand which we have to face time and again. For the solution of this task it is also necessary to exactly prove how the KPD overcame wrong orientations such as the one directed towards a dictatorship of the proletariat as being on the agenda of the day at the end of the Weimar Republic.

Another research area: An important contribution to the overcoming of fascism and its basis as well as to the construction of a new society was made by the debate with antisemitism in general and with fascist practices of persecuting and annihilating Jewish people. In the GDR the commemoration in 1988 of the pogrom of November 1938 made clear that this aspect of German history has been dealt with since 1945 in a very serious and extremely responsible manner in research, in education and in public. At the same time the activities in science accompanying the commemoration in the GDR in 1988 firmly demonstrated the new results which could be achieved in the last few years in the field of history mainly by Kurt Pätzold. This increase in knowledge also shows that the searching for the deep historical roots of our society makes people feel a stronger need for comprehensive knowledge also about the history of German Jews, about Jewish religion and history, about the role played by Jews in German history and culture. We become aware of deficits; unnoticed aspects and unsolved questions become perceptible. GDR society finds itself in the process of a broad and profound reconstruction of the heritage of German Jews for the socialist society in the GDR. Our conception of heritage and tradition is thereby extended, our outlook broadens, the ideas of our historical roots are enriched, they become more differentiated, more precise. Public interest in the history of German Jews has increased – and this among people of all age groups.

This increased interest is shown by the activities in the framework of the League of Culture, of the Society of Local History as well as of the working group »Jewish Cemeteries«. It is proved by members of the socialist youth organization FDJ (»Free German Youth Organization«) attending to Jewish cemeteries as well

as by series of publications in the daily newspapers. Dissertations and theses at universities and exam papers submitted to the »Clara Zetkin« Teacher-training College at Berlin deal with those questions* The grown interest becomes visible when exhibitions such as the one shown at the Berlin Ephraim Palace »And teach them: MEMORY« draw large crowds of people (more than 60,000 visitors within a few weeks). It is reflected in the numbers of visitors attending exhibitions in commemoration of the pogrom which were shown in Eberswalde-Finow, Karl-Marx-Stadt, Schwerin and Dresden, it can be observed in discussions between young people, historians, state functionaries, representatives of the Committee of Antifascist Resistance Fighters and Jewish Communities. The Foundation »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum« created in 1988 will be of far-reaching influence. In its work the foundation will express its commitment to the commemoration of the millions of Jewish victims of fascism, their martyrdom and their antifascist resistance. The GDR pays more attention than ever before to Jewish literature and arts, there is a growing number of publications of writings by authors of Jewish origin and Jewish belief. Apart from that comprehensive description such as »Der gelbe Fleck« (»The yellow stain«) by Rudolf Hirsch and Rosemarie Schuder are published. An increase in activities offering information on specific aspects of Jewish culture and arts and of the history of Jews in Germany and Europe can be stated.

The intensification of research into fascist terror, expansion and occupation and the summarizing and classifying of the results of this research is part of the development of GDR historiography. The description »Deutschland im Zweiten Weltkrieg« (»Germany in the years of World War II«) in six volumes was the first work written by marxist German historians to give such a detailed analysis on this topic. Apart from source publications the reader is offered in a so far unique manner a systematic, self-contained description of the situation in Germany, of terror and power mechanisms, of the resistance against fascism as well as of the fascist expansion and the peoples reaction to it in a »synopsis«. The volume »Fascism Research« contained an analysis of the terror system of German Fascism written by Klaus Drobisch. The question of continuity and modification in the wartime economy of the Hitler regime was discussed by Dietrich Eichholtz. The topic »Foreign Workers under German imperialism 1900–1985« was particularly dealt with by Lothar Eisner, Joachim Lehmann and Laurenz Demps. There has also been some research into the question of »German Fascism and Euthanasia«.

By means of these research works in correspondence historians as Manfred Weißbecker and Kurt Patzold dealt with the question of »masses« under fascism. To be more precise, they examined the system of manipulation being a combination of demagogy and corruption. Special works on demagogy under fascism by Joachim Patzold and on the role played by Hitler by Wolfgang Ruge were published.

As regards the topical area »Resistance and Terror« GDR historians face new or so far unsolved questions and tasks. Probably each searcher in the GDR could

set up his own catalogue of questions. Seen from the lecturer's viewpoint the following tasks and projects will require particular attention In the years to come: a systematic description of the history of the concentration camp system from 1333–1345 and of the fascist People's Court is urgently necessary. A complete description written by GDR historians of the history of the »Rote Kapelle« with particular attention being paid to the breadth of its political spectrum would be of high value. Work on a multi-volumed complete history of German antifascism from the early 1920^s till now should be started. A special investigation involving new sources including those from Soviet archives has to be dedicated to the history of communist fascism theory and other antifascist forces fascism image from the early 1920^s to 1945.

GDR history which – as we have already mentioned – in its development connects continuity and renewal will have to answer new questions on the history of communist theory such as the question of the relationship between reform and revolution, bourgeois democracy and overcoming of capitalism, national issues and international issues or the question of truth. The topic »Denazification and antifascism in the GDR from 1945 till today« remains to be dealt with by contemporary historians. More regional case studies on the history of fascism and its opponents are required. A biographical reference work on the resistance of German trade unionists would be of high scientific value. The relationship between masses and power under fascist dictatorship and the work of the fascist leaders call for better clarification. There is an urgent need for cross-national studies on fascism.

For GDR historians fascism is a past which never ends. To GDR history as to GDR society fascism and antifascism are part of history which has to be questioned and listened to again and again. From the knowledge about guilt a feeling may arise for the new generation of being responsible for present and future. It was no accident that on the VIII congress of GDR historians which was held under the general topic »War and Peace and Social Progress in History« from Jan 31 to Feb 3, 1989 at Berlin with 1 600 historians participating the sessions on history in the years from 1317 to 1945 and on ways of dealing with antifascism attracted the largest numbers of participants and met with particular response. For the »oecumene of historians« Klemens von Klemperer's warnings from a »trivialization« of nazi history and his demand for respect for all those who in darkest times made sacrifices for the fate of mankind⁸ must be part of the general consensus.

8 Klemens von Klemperer: »Reflections and Reconsiderations on the German Resistance«, in: »Kirchliche Zeitgeschichte« 1988/1, p. 28.

Zur politischen und geistigen Abrechnung in der DDR mit der faschistischen Judenverfolgung und mit dem Antisemitismus

Als sich Dr. Martin Riesenburger, der langjährige Rabbiner der Jüdischen Gemeinde in Berlin und späterer Landesrabbiner des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, an den Tag erinnerte, der ihm auf dem Jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee, wo er wirkte, die Befreiung von der faschistischen Diktatur brachte, schrieb er über diesen Montag, den 23. April 1945: »Als es 15.00 Uhr nachmittags war..., da durchschritt das Tor unseres Friedhofs der erste sowjetische Soldat! Aufrecht und gerade war sein Gang. Ich hatte das Gefühl, dass er mit jedem Schritt bei seinem Kommen zu uns ein Stück des verruchten Hakenkreuzes zertrat... – Wenn ich vieles aus meinem Leben vergessen habe..., diesen einen Augenblick der Erlösung, diese Minute, welche für uns alle das Tor zur Freiheit öffnete, wird mir unvergessen bleiben bis zur letzten Stunde meines Lebens.«¹ So Landesrabbiner Riesenburger.

Jeder, der in der DDR über die Abrechnung mit dem Antisemitismus und der Judenverfolgung spricht, wird auf die Befreiungsmision der Sowjetunion und ihrer Verbündeten zurückverwiesen. Aus dem Kampf der Völker und Staaten der Anti-Hitler-Koalition, an ihrer Seite deutsche Widerstandskämpfer, erwuchs jene Möglichkeit auf Leben, eröffnete sich durch die Befreiung des deutschen Volkes eine große geschichtliche Chance zum Bruch mit der reaktionären Vergangenheit und zur Neugestaltung der deutschen Geschichte.

Auf die Nutzung dieser Möglichkeit zielte der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945, der die Konzeption für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau enthielt. Für die Entfaltung jener Kräfte, die zur Umgestaltung der Geschichte fähig waren, war es von entscheidender, ja, von überragender Bedeutung, dass vor allem die sozialökonomischen und politischen Ursachen von Faschismus und Krieg aufgedeckt, erklärt und begriffen wurden. Die Konzeption der KPD war darauf gerichtet, nicht einzelne Personen oder Personengruppen auszutauschen und von der Macht zu entfernen, sondern der Hauptstoß wurde gegen die sozialökonomischen Grundlagen, gegen die Nazi- und Kriegsverbrecher und ihre ökonomische, soziale, politische, ideologische Macht gerichtet.

In diesem Programm nahm die Abrechnung mit dem faschistischen Antisemitismus und Rassismus einen festen, erklärten und unersetzbaren Platz ein. Die demokratische Erneuerung Deutschlands war nur denkbar, wenn zu den »unmittelbarsten und dringendsten Aufgaben« die »strengste Bestrafung aller Äußerungen des Rassenhasses«, die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz ohne Unterschied

1 Martin Riesenburger: Das Licht verlöschte nicht, 2. erw. Aufl., Berlin 1984, S. 49/50.

der Rasse, die systematische Aufklärung über den barbarischen Charakter der Nazi-Rassentheorie gehörten«.²

Über das Ausmaß dessen, was zu leisten war, sagte Johannes R. Becher im Dezember 1945: »Was den Juden angetan wurde, wurde uns angetan. Die Judenverfolgung, die systematische Ausrottung unserer jüdischen Mitbürger hat uns solch eine Bürde von Schmach aufgeladen, dass wir daran noch zu tragen haben werden, wenn der Staub der Naziverbrecher längst in alle Winde verweht sein wird...«³

Für den Bruch mit der reaktionären Vergangenheit wie für die politische und moralische Festigkeit der zu schaffenden neuen Gesellschaft gewann die von Becher angesprochene Frage ein eigenes, hohes Gewicht.

Drei miteinander verknüpfte Gesichtspunkte erheischen dabei Aufmerksamkeit:

Zum ersten die Tatsache, dass die KPD in ihrer Geschichte nicht nur die sogenannte jüdische Frage nicht kannte, sondern dass sie – selbst verfolgt – konsequent gegen faschistischen Rassenwahn gekämpft und auch in dieser Hinsicht zur Führung des Aufbauwerkes legitimiert und verpflichtet war.

Zum zweiten die Politik der KPD, die – wie im Aufruf vom 11. Juni 1945 nachzuvollziehen ist – darauf gerichtet war, dem deutschen Volk, das in seiner übergroßen Mehrheit Opfer und Instrument des Faschismus geworden war, die Mitschuld, die Mitverantwortung, die brennende Scham vor Augen zu führen: so jenen, die für Hitler gestimmt hatten; jenen, die willenlos und widerstandslos zugehört hatten, wie Hitler die Macht an sich gerissen und die besten Deutschen hatte einsperren und ermorden lassen; jenen, die zu Millionen der Nazidemagogie verfallen waren und das Gift der Rassenlehre aufgenommen hatten; jenen breiten Bevölkerungsschichten, die das elementare Gefühl für Anstand und Gerechtigkeit verloren hatten.

Zum dritten aber gewann die Haltung der KPD an Bedeutung, die Zeugnis legte von dem Schuldgefühl der deutschen Kommunisten. Im Aufruf vom 11. Juni 1945 werden Schuld und Verantwortung dafür übernommen, dass trotz der Blutopfer der Kommunisten nicht das geschichtliche Versagen des deutschen Volkes verhindert werden konnte.

Aus diesem Gesamtverständnis wurden wesentliche politische, ideologische und moralische Kräfte freigesetzt für die Stärkung des Antifaschismus, in dem die Abrechnung mit dem Antikommunismus und mit dem Antisemitismus eingeschlossen war.

Die Abrechnung mit dem faschistischen Antisemitismus erfolgte wesentlich auf der Ebene praktischer politischer und sozialökonomischer Maßnahmen: in der Bodenreform, im Volksentscheid über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, in der Schul- und Verwaltungsreform. In diesem Prozess wurden ge-

2 Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend! (Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945), in: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin 1964, S. 197.

3 J. R. Becher: Deutschland klagt an! Rede in Schwerin, in: ders.: Deutsches Bekenntnis. Fünf Reden zu Deutschlands Erneuerung, 3. erw. Aufl., Berlin 1946, S. 51/52.

schichtmächtige Leistungen vollbracht. Hierbei formte sich jenes antifaschistisch-demokratische Grundverständnis, das breite Schichten des Volkes erfasste, das auch die Mentalität der entstehenden neuen Gesellschaft stark prägte und das sich in Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen wusste. Alle Parteien hatten daran Anteil.

Es war Friedrich Wolf, der zu Beginn des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses deutlich auf Stimmen aufmerksam machte, die von der »ewigen Schuldfrage« nichts mehr hören wollten.⁴ Führende Funktionäre der SED, wie Fred Oelsner, Anton Ackermann, Paul Wandel, Lene Berg, forderten nachdrücklich auf der ersten zentralen Arbeitstagung der Abteilung Werbung und Schulung, Kultur und Erziehung, Presse, Rundfunk und Information sowie auf der Sonderkonferenz der Abt. Werbung und Schulung des Parteivorstandes der SED am 5. und 6. Juni 1946 bzw. am 7. Juni 1946, jeweils in Kleinmachnow veranstaltet, eine zielgerichtete, wirksamere und theoretisch stärkere Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie, besonders aber mit dem faschistischen Rassismus und Antisemitismus.⁵

Auf diesen Konferenzen wurde vor dem Irrglauben gewarnt, dass der Antisemitismus tot sei im deutschen Volk; es wurden Lücken in der Erziehungs-, Publikations- und in der theoretischen Arbeit, im kulturellen und künstlerischen Wirken benannt und vereinfachte Sichtweisen kritisiert, die die Härte der Umerziehung verkleinern konnten. Anton Ackermann forderte, für die Auseinandersetzung mit den faschistischen Irrlehren, den Rassismus und Antisemitismus eingeschlossen, »das Beste ein(zu)setzen, was wir haben«.⁶

In der Folgezeit erschienen eine Reihe spezieller Arbeiten, die z. T. beträchtlichen Einfluss erlangten und eigenständig zur Auseinandersetzung mit dem faschistischen Antisemitismus beitrugen: Stephan Heymanns »Marxismus und Rassenfrage« (1948), Siegbert Kahns »Antisemitismus und Rassenhetze« (1948), Wilhelm Girnus' »Wer macht Geschichte?« (1946), Georg Rehbergs »Hitler und die NSDAP in Wort und Tat« (1946), Alexander Abuschs »Der Irrweg einer Nation«, Albert Nordens »Lehren deutscher Geschichte« (1947), Walter Ulbrichts »Die Legende vom »Deutschen Sozialismus« (1945, Neuaufl. 1946), Victor Klemperers »LTI« (1947), Georg Lukács »Die Zerstörung der Vernunft« (1953).

Einen bedeutenden Beitrag zur antifaschistischen Erziehung und zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus leisteten die DEFA-Filme »Ehe im Schatten« (1947) und »Affaire Blum« (1948).

Diese Leistungen erreichten Millionen von Menschen, sie erschütterten und erzwangen Nachdenken und Positionsbestimmung. Sie erhellten wesentliche

4 Zitiert nach: Vaterland, Muttersprache. Deutsche Schriftsteller und ihr Staat von 1945 bis heute, Berlin (West) 1979, S. 31.

5 Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Zentrales Parteiarchiv) IV 2/1.01/5; IML, ZPA, IV 2/1.01/6.

6 Ebenda, IV 2/1.01/6.

Funktionen des Antisemitismus, zeigten – oft populär – seinen Boden und seine geschichtlichen Wurzeln und Kontinuitäten. Sie demonstrierten die Verquickung des faschistischen Antisemitismus mit dem faschistischen Weltherrschaftsstreben und unterstützten den aktuellen Kampf für eine neue Demokratie.

»Durch unseren Kampf gegen die Rassenbarbarei«, so schrieb Stephan Heymann, »tragen wir wesentlich zur Stärkung der demokratischen Kräfte im eigenen Volk und bei allen Völkern bei.«

Der Literaturwissenschaftler Walter Nowojcki erinnert sich im Abstand von über vierzig Jahren an Victor Klemperers Buch »LTI«: »Dieses Buch ging von Hand zu Hand; es machte uns, die wir, Studenten der ABF, nun erst mit Sprache und Geist umzugehen lernten, sensibel für die Worte und ihre Inhalte überhaupt. Und es half uns, den bedenkenlosen Gebrauch mancher Begriffe und die damit verbundene Denk- und Empfindungsweise zu prüfen. Uns beeindruckte ... das unbeugsame Trotzallem im tiefsten Leid.«⁷ So Walter Nowojcki.

Als die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurde, konnten die antifaschistisch-demokratischen Kräfte auf wichtige Ergebnisse bei der Abrechnung mit der faschistischen Judenverfolgung und in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus verweisen: Den Schuldigen an zwei Weltkriegen, den Wegbereitern und Nutznießern war die Macht entzogen worden. Mit der DDR war ein deutscher Friedensstaat entstanden, der kein anderes Volk bedrohte, keine Grenze in Frage stellte, und dem es oberste Verpflichtung war, alles zu tun, damit von deutschem Boden niemals mehr Krieg ausgeht. Mit der Politik eines breiten Bündnisses, mit seinem Mehrparteiensystem, mit seiner Verfassung und seiner konsequenten antifaschistischen und Friedenspolitik bot er einen weiten Rahmen für die Entwicklung und Ausprägung seiner Identität als sozialistischer und antifaschistischer deutscher Staat. Die Verfolgung der Nazi- und Kriegsverbrecher gehörten ebenso zur Staatspolitik wie die moralische, finanzielle und soziale Fürsorge für die Verfolgten des faschistischen Regimes. Es entsprach der antifaschistischen Verpflichtung, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen, alles zu tun für die Integration der Umsiedler in den demokratischen Staat und keiner Form von Revanchismus, Völkerhass und Antisemitismus neuen Boden zu gewähren. Bis Ende 1953 leistete die DDR bzw. die sowjetische Besatzungszone Reparationszahlungen in Höhe von 4,3 Milliarden Dollar.⁸

Diese ihre antifaschistische Identität nahm die DDR mit auf ihren neuen Entwicklungsabschnitt, in dem die Übergangsperiode zum Sozialismus abgeschlossen wurde. In ihr wuchs das antifaschistische Selbstverständnis; die Gesellschaft der DDR versicherte sich fürderhin ihrer antifaschistischen Herkunft und ihrer Verpflichtung, jedweden Antisemitismus den Boden zu entziehen. Diese Politik war eindeutig, und sie war auf Kontinuität ausgerichtet.

7 Walter Nowojcki: Der gelbe Fleck, in: neue deutsche Literatur, Heft 10/1988, S. 5/6.

8 Geschichte der SED, Abriss, Berlin 1978, S. 300.

Schwierige Situationen entstanden dennoch im Umgang des jungen Staates und seiner führenden Partei mit einer Reihe von Mitbürgern, auch Funktionären, jüdischer Herkunft oder jüdischen Glaubens, so 1952/53 in Auswirkung des Slánsky-Prozesses auf die DDR unter Bedingungen, da die imperialistischen Kräfte massiv zum Sturz des sozialistischen und antifaschistischen Staates ansetzten, die junge Staatsmacht noch über ungenügende Erfahrungen verfügte und mancher der Verschwörung verdächtigt wurde, der ehrlich und treu zur Sache stand. Der Fortgang der Entwicklung brachte auch hierzu Gerechtigkeit gegenüber jenen, die ungerecht behandelt worden waren.

Geprägt wurde diese Zeit hinsichtlich unseres Themas von drei völlig anderen Entwicklungen:

Erstens wurde die sich herausbildende sozialistische Nationalkultur durch eine Reihe von Werken bereichert, die genauer dem jüdischen Einzelschicksal, der jüdischen Individualität, der Kraft der antifaschistischen Solidarität und dem antifaschistischen Kampf deutscher Juden nachspürten. Millionen von Schulkindern und Jugendlichen begegneten dem »Professor Mamlock« (1961 als Film von vielen als Impuls zu klarer Positionsbestimmung begriffen), lasen das »Tagebuch der Anne Frank« (1959) oder wurden von Apitz' großen Gestalten aus »Nackt unter Wölfen« (1958) bewegt. Die Schule der DDR nahm diese Stoffe in ihr Lehrprogramm auf, ebenso wie z. B. Bechers »Kinderschuhe aus Lublin«. Ungezählte Menschen sahen den Film »Sterne« (1959) und lasen in Büchern Arnold Zweigs. Unergründet bleibt, in wie vielen FDJ- Veranstaltungen über Stefan Hermlins »Die erste Reihe« (1951) gesprochen wurde.

Ein Buch darf nicht vergessen werden: Im Jahre 1950 erschien die erste Fibel, die von Autoren aus der DDR verfasst wurde. Maßgeblich beteiligt an diesem Buch »Lesen und Lernen« war Prof. Dr. Robert Alt: ein erfahrener Lehrer und hervorragender Wissenschaftler, in der Weimarer Republik Mitglied der SPD und Lehrer an der Karl-Marx-Schule in Berlin-Neukölln, nach 1933 aus dem Schuldienst entlassen, später als Lehrer an jüdischen Bildungseinrichtungen tätig, von den Faschisten auch ob seiner jüdischen Herkunft verfolgt, Häftling in Auschwitz, einer der Überlebenden des KZ-Schiffes »Cap Arcona«.⁹

Die Fibel, von der weit über zwei Millionen Exemplare erschienen, war durchdrungen vom Geist der Humanität, der Völkerfreundschaft, der Gleichheit der menschlichen Rassen und der Heimatliebe.

Diesen Geist verkörperte auch die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, deren Einweihung sich im September 1958 zu einem Ereignis von nationalem Rang gestaltete.

9 Robert Alt: Erziehung und Gesellschaft. Pädagogische Schriften, Berlin 1975; J. Feuer, Robert Alt, H. Baltzer: Lesen und Lernen, Berlin-Leipzig 1950; E. Meumann: Traditionen deutscher Geschichte: Robert Alt – Ein Wegbereiter unserer Pädagogik, in: Lausitzer Rundschau, 22. November 1979.

Hanns Eisler, der Komponist der Nationalhymne, sowie Ernst Hermann Meyer und Paul Dessau setzten sich in ihren Werken, besonders 1959/60, mit der Judenverfolgung durch die Nazis auseinander.

Zweitens entstanden aus der Feder von Historikern Arbeiten, die stets den faschistischen Antisemitismus mit erfassten und sich mit ihm als Element der Faschismusanalyse auseinandersetzten. Dazu gehört das von der SED herausgegebene Lehrbuch für die Politischen Grundschulen, das generell zum ersten Male in der DDR eine Darstellung der Geschichte des deutschen Volkes vom Bauernkrieg bis zur Gegenwart bot und das in seinem 1952 erschienenen Teil »1933 bis 1945« sich mit dem faschistischen Antisemitismus auseinandersetzte;¹⁰ ebenso wie die von Walter Bartel verfasste erste zusammenhängende Darstellung der deutschen Geschichte 1933 bis 1945¹¹ und die Schriften von Leo Stern¹².

Bedeutsam war zugleich, dass sich die Geschichtswissenschaft der DDR über das Thema Zweiter Weltkrieg schrittweise an neue Fragen, neue Probleme und Quellen heranarbeitete, gefördert von der sowjetischen Geschichtswissenschaft, wovon vor allem die Tagung 1957 in Leipzig Zeugnis legte.¹³

Drittens trat das von der Jüdischen Gemeinde repräsentierte religiöse Wirken stärker hervor. Der Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR wurde gebildet. Im Herbst 1953 konnte die Renovierung der Synagoge in der Rykestraße (in Berlin) abgeschlossen werden. Sie wurde von Rabbiner Riesenburger als Friedentempel geweiht. Auch die neuerrichteten Synagogen in Dresden (1951) und Erfurt (1952) wurden eingeweiht, ebenso Gemeindezentren in Magdeburg, Karl-Marx-Stadt, Halle und Schwerin. Vierzehntägig hielt Rabbiner Riesenburger anlässlich der Sabbatfeiern Predigten, die 1958 in erster Auflage veröffentlicht wurden.¹⁴ Seit 1961 erscheint ein Nachrichtenblatt des Verbandes der Jüdischen Gemeinden. Zu herausragenden politischen Aktivitäten, vor allem im Kampf um die Erhaltung des Friedens, bei der Ausprägung des humanistischen, antifaschistischen und sozialistischen Charakters unseres Staates und unserer Gesellschaft, erhob der Verband seine Stimme und trug diese Ideen eigenständig mit.¹⁵

10 Lehrbuch für die Politischen Grundschulen der SED, Zweiter Teil, Thema VIII/6, Berlin 1952, bes. S. 370/371.

11 Walter Bartel: Deutschland in der Zeit der faschistischen Diktatur (1933–1945), Berlin 1955, S. 92 ff., 2. Auflage: Berlin 1956, S. 110 ff. – Die erste Fassung des Geschichtslehrbuches für das 8. Schuljahr, das 1951 erschien und von Wissenschaftlern der Deutschen Verwaltungsakademie und Mitarbeitern des Volksbildungswesens verfasst wurde, charakterisierte ausführlich die Rassenhetze und den Antisemitismus als »alte Waffe jeder Reaktion« und zeichnete ein eindringliches Bild der faschistischen Vernichtungspolitik gegenüber den Juden. Siehe: Lehrbuch für den Geschichtsunterricht. 8. Schuljahr, IV. Teil: Die faschistische Diktatur in Deutschland und der Zweite Weltkrieg, Berlin 1951, S. 17 ff.

12 Leo Stern: Die westdeutsche Geschichtsschreibung im Dienste der psychologischen Kriegsführung, in: Einheit, Heft 2/1959, S. 254 ff. – Nicht oder nur in sehr kurzer Berührung behandelt wurden diese Fragen jedoch in: Otto Winzer: Zwölf Jahre Kampf gegen Faschismus und Krieg, Berlin 1955; Paul Wandel: Der deutsche Imperialismus und seine Kriege – das nationale Unglück Deutschlands, Berlin 1955; 35 Jahre KPD, Berlin 1954.

13 Probleme der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, Berlin 1958.

14 Martin Riesenburger: Also spricht dein Bruder, Berlin 1958.

15 Nachvollziehbar in: Nachrichtenblatt des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik, Dresden, 1. Heft, März 1961 ff.

Sucht man das Jahrzehnt etwa von der ersten Hälfte der sechziger Jahre bis zur ersten Hälfte der siebziger Jahre zu umgreifen, so fallen die grundlegenden Linien auf, die auf die Wahrung, Ausprägung und Bereicherung des Antifaschismus und die auch stets gegen den Antisemitismus gerichtet waren. Das gilt zunächst für die Belletristik, die z. B. durch Peter Edels »Die Bilder des Zeugen Schattmann« (1969), durch Jurek Beckers »Jacob der Lügner« (1969) und Gertrud Kolmars und Else Lasker-Schülers Lyrik bereichert wurde.

Außerordentlich intensiviert wurden in jener Zeit die Forschungen zum Terror-system des faschistischen Antisemitismus. Vor dem Hintergrund des Eichmann-Prozesses in Israel und des Globke-Prozesses in der DDR wurden nicht nur neue Darstellungen von forschersischem Wert geschaffen, sondern viele von ihnen erfuhren in der breiten Öffentlichkeit eine hohe Wertschätzung und Verbreitung.

Das gilt z. B. für den von Helmut Eschwege 1966 herausgegebenen Band »Kennzeichen J«¹⁶, der in der DDR die bis dahin umfassendste Dokumentation der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden darstellt, wenn man absieht von den Publikationen des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg. Zwischen Helmut Eschweges Darstellung 1966 und Kurt Pätzolds Monographie von 1975 »Faschismus – Rassenwahn – Judenverfolgung«¹⁷ liegen ca. zwanzig wissenschaftliche Darstellungen, Dokumentationen, populärwissenschaftliche Abhandlungen, darunter Arbeiten von Klaus Drobisch, Heinz Kühnrich, F. K. Kaul und Walter Mohrmann, die detailliert den Terror gegenüber Juden in einzelnen faschistischen Lagern untersuchten, die der Rolle des Antisemitismus in der Politik der deutschen Reaktion nachspürten, die das System des KZ-Staates systematisch zu ergründen und die Verfolgungs- und Vernichtungspolitik historisch-konkret Zug um Zug zu erforschen begannen.¹⁸

Fortgesetzt wurde die Pflege jüdischer Gedenkstätten in der DDR. Im Jahre 1966 wurde z. B. der Jüdische Ehrenfriedhof Tröbitz eingeweiht, dessen Gräber vom Rat des Kreises und der Gemeinde in Pflege genommen worden sind. Schule, Pionierorganisation »Ernst Thälmann«, Betriebe, der Kulturbund und Organe des Staates wirken gut zusammen.¹⁹

16 Kennzeichen J. Bilder, Dokumente, Berichte zur Geschichte der Verbrechen des Hitlerfaschismus an den deutschen Juden 1933–1945. Herausgegeben von Helmut Eschwege. Mit einem Geleitwort von Arnold Zweig, einer Einleitung von Rudi Goguel und einer Chronik der faschistischen Judenverfolgung von Klaus Drobisch, Berlin 1966.

17 Kurt Pätzold: Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung. Eine Studie zur politischen Strategie und Taktik des faschistischen deutschen Imperialismus (1933–1935), Berlin 1975.

18 Auswahlweise seien genannt: Friedrich Karl Kaul: Dokumentation über Auschwitz, Berlin 1966; ders.: Ärzte in Auschwitz, Berlin 1968; Autorenkollektiv: Damals in Sachsenhausen, Berlin 1974; Autorenkollektiv unter Leitung von Rudi Goguel: Juden unterm Hakenkreuz, Berlin 1973; Walter Mohrmann: Antisemitismus. Die Rolle des Antisemitismus in der Politik der deutschen Reaktion, Berlin 1972; die Dokumentationen über die Nürnberger Nachfolgeprozesse: Fall 3, Berlin 1969; Fall 5, Berlin 1965; Fall 6, Berlin 1970; Fall 7, Berlin 1965; Fall 1, Berlin 1971; Klaus Drobisch: Wider den Krieg, Berlin 1970; Heinz Kühnrich, Der KZ-Staat. Rolle und Entwicklung der faschistischen Konzentrationslager 1933 bis 1945, Berlin 1960; ders.: Judenmörder Eichmann – Kein Fall der Vergangenheit, Berlin 1961. – Weitere Angaben bei Marion Damaschke: Auswahl von Titeln zur Geschichte der Juden und zum Antisemitismus, die seit 1964 in den wissenschaftlichen Verlagen erschienen sind, unveröff. Ms., in: Ministerium für Kultur, Hauptabteilung Bücher und Verlage, Handakte Dr. Marion Damaschke.

Es wird aber im Rückblick noch etwas anders deutlich:

In den fünfziger und sechziger Jahren wurden nicht alle Fragen in gleicher Intensität behandelt; manche blieben unbeachtet oder traten zurück oder wurden von anderen zurückgedrängt. Das gilt z. B. für das Erfassen der Massenbasis und des Masseneinflusses des Faschismus. Hier brachten erst die siebziger Jahre einen Durchbruch in der geschichtswissenschaftlichen Forschung.

Im »Lebensgefühl der Gesellschaft« – hier, verzeihen Sie, taste ich, da ich keine Forschungsergebnisse über Mentalität und Stimmungen in jener Zeit zur Verfügung habe – gewannen das Wissen und auch das Glück, auf der richtigen Seite zu stehen, verantwortungsbewusst zu handeln beim Mitwirken an einer neuen Gesellschaft, damit keine neue Schuld entstehen muss, auch bei vielen von jenen zentralen Platz, die einst Hitler gefolgt und die das Jahr 1945 seinerzeit nicht als Befreiung begriffen hatten. Der Antifaschismus, zu dem sie sich bekannten und den sie mit ihrem Staat stärken halfen, bewies auch darin seine geschichtsgestaltende Kraft.

Seit reichlich zehn Jahren – mit Schwerpunkt auf den letzten Jahren – sind wir Zeugen und Mitgestalter eines ungleich intensiveren Prozesses der Auseinandersetzung mit dem faschistischen Antisemitismus und der Judenverfolgung.

Dabei sind zwei Grundprozesse, die miteinander verbunden sind, zu unterscheiden:

Zum einen erwachsen mit der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft das Interesse, die Fragen und die Sensibilität gegenüber allen geschichtlichen Voraussetzungen dieser Gesellschaft in ihrer Weite und Vielfalt, in ihren Verästelungen. »In dem Maße, in dem sich die neugeschaffene sozialistische Gesellschaft ihres historischen Platzes bewusst wird, findet sie auch ein neues Verhältnis zur ganzen Geschichte, aus der sie hervorging.«²⁰ In diesem Spüren nach tieferen historischen Wurzeln unserer Gesellschaft wächst das Bedürfnis nach umfassenderem Wissen, so auch über die Geschichte der deutschen Juden, über die jüdische Religion und Geschichte, über den Anteil von Juden an der deutschen Geschichte und Kultur. Dabei werden Defizite bewusst, wird Ungehobenes und Unbegriffenes fühlbar.

Wir stehen inmitten eines breiteren und genaueren Erschließens des Erbes der deutschen Juden für die sozialistische Gesellschaft in der DDR. Unser Erbe- und Traditionsverständnis wird damit erweitert; unser Blick wird schärfer; unsere Vorstellungen von unseren historischen Wurzeln werden reicher, differenzierter, genauer.

19 Staatssekretär für Kirchenfragen bei der Regierung der DDR, Archiv, Akte Jüdischer Ehrenfriedhof Tröbitz; Nachrichtenblatt des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der Deutschen Demokratischen Republik, Heft März 1987.

20 Walter Schmidt: Erbe und Tradition im Geschichtsverständnis der DDR, in: Einheit, Heft 7/1988, S. 637; ders.: Aspekte der Erbe- und Traditionsdebatte in der Geschichtswissenschaft, Berlin 1988.

Zugleich aber bleibt die Auseinandersetzung mit den reaktionären, verbrecherischen Seiten deutscher Geschichte eine sich stetig erneuernde Aufgabe. Es bleibt ein zentrales Anliegen, dem sich jede Zeit, jede Generation und mehrere Generationen miteinander neu stellen müssen, um sich den Antifaschismus unverlierbar anzueignen.

Aus der Fülle entsprechender Aktivitäten seien folgende herausgegriffen:

Erstens erschloss die Gesellschaftswissenschaft der DDR, die auf eine eigenständige Faschismusforschung verweisen kann,²¹ eine Reihe neuer Themen. Dazu gehören zuvörderst die weitere Erforschung der Geschichte der faschistischen Judenverfolgungen und Studien über das System der faschistischen Manipulation als eines Systems von Terror, Ideologie und Korruption.

Herausragende Bedeutung und internationale Ausstrahlungskraft gewannen dabei die Forschungsergebnisse von Kurt Pätzold (geb. 1930), seit 1973 Ordentlicher Professor für Deutsche Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin.²²

Die sechsbändige Darstellung Deutschland im Zweiten Weltkrieg,²³ die Geschichte der NSDAP von Manfred Weißbecker und Kurt Pätzold,²⁴ die Hitler-Darstellung von Wolfgang Ruge,²⁵ die Monographie von Joachim Petzold zur faschistischen Demagogie,²⁶ die Aufsätze und Monographien von Kurt Gossweiler,²⁷ die Forschungen von Eva Seeber, Dietrich Eichholtz und Klaus Drobisch zum faschistischen Zwangsarbeitersystem,²⁸ die Arbeiten von Olaf Groehler und Wolfgang Schumann über deutsche Geschichte und Geschichte des Zweiten Weltkrieges,²⁹ Untersuchungen zum Masseneinfluss des Faschismus,³⁰ zeugen von der

21 Einen Überblick vermitteln: Faschismusforschung, hrsg. von Dietrich Eichholtz/Kurt Gossweiler, Berlin 1980; Rolf Richter: Vorwort zur 2. Auflage, in: Kurt Gossweiler: Aufsätze zum Faschismus, 2. durchgesehene Auflage, Berlin 1988, S. XI ff.; Rolf Richter: Zur Faschismusforschung in der DDR (Positionen – Kristallisationspunkte – Ergebnisse – Aufgaben), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, erscheint 1988/89; Margarete Piesche: Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Bibliographie der geschichtswissenschaftlichen Literatur der DDR, in: Bulletin des Arbeitskreises »Zweiter Weltkrieg«, Berlin 1982, Nr. 1-4.

22 Kurt Pätzold: Zur innen- und außenpolitischen Funktion des Rassismus in faschistischen Deutschland (1933–1945), in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 37/38, Jena 1976; ders.: Die faschistische Manipulation des deutschen Volkes. Zu einem Forschungsproblem, in: Soziale Grundlagen und Herrschaftsmechanismen des deutschen Faschismus. Der antifaschistische Kampf, Teil 1, Halle 1980; ders.: Rassismus und Antisemitismus in der Kriegsideologie des faschistischen Deutschen Reiches (1939–1941), in: La propagande la deuxième guerre mondiale, Bukarest 1980; ders.: Hrsg., Verfolgung, Vertreibung, Vernichtung, Leipzig 1983; Kurt Pätzold/Irene Runge: Pogromnacht 1938, Berlin 1988.

23 Bd. 1-6, Berlin 1974–1985.

24 Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker: Hakenkreuz und Totenkopf, Berlin 1981.

25 Wolfgang Ruge: Das Ende von Weimar, Berlin 1983.

26 Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus, Berlin 1982.

27 Kurt Gossweiler: Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919–1924, Berlin 1982; ders.: Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1988; ders.: Großbanken – Industriemonopole – Staat, Berlin 1971.

28 Eva Seeber: Zwangsarbeit in der faschistischen Kriegswirtschaft, Berlin 1964; Klaus Drobisch/Dietrich Eichholtz: Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des Zweiten Weltkrieges, Moskau 1970.

29 So deren Arbeiten für das Projekt Deutschland im Zweiten Weltkrieg; Olaf Groehler: Die Krise des deutschen Faschismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 7/1984; Wolfgang Schumann (Leiter des Autorenkollektivs): Konzept für die »Neuordnung« der Welt, Berlin 1977.

30 Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Jena 1971–1980, z. B. Nr. 43, Februar 1978.

gewachsenen Kraft der marxistisch-leninistischen Faschismusforschung in der DDR. Spezialstudien erschlossen genauer antifaschistische Leistungen deutscher Juden.³¹

Zweitens ist das Interesse der Öffentlichkeit – und offensichtlich in den verschiedenen Altersstufen – an der Geschichte der deutschen Juden gewachsen, hat sich das Bedürfnis nach historischer Vergewisserung ausgeprägt.

Es ist nachweisbar an den Aktivitäten im Kulturbund, in der Gesellschaft für Heimatgeschichte wie im Arbeitskreis »Historische Friedhöfe«; es umgreift die Pflege jüdischer Friedhöfe durch FDJ-Mitglieder wie Publikationsreihen in Bezirkstageszeitungen; es ist nachweisbar an Diplomarbeiten und Dissertationen an Universitäten wie Belegarbeiten des Institutes für Lehrerbildung »Clara Zetkin« Berlin; es ist beobachtbar beim Andrang zu Ausstellungen wie in der im Ephraim-Palais »Und lehrt sie: G E D Ä C H T N I S !« sowie in Ausstellungen zum Pogrom in Eberswalde-Finow, Karl-Marx-Stadt, Schwerin, Dresden; es findet seinen Niederschlag in Diskussionsrunden zwischen Vertretern der FDJ, Historikern, Staatsfunktionären, Vertretern des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer und der jüdischen Gemeinden. Es ist sichtbar an wirksamen Fernsehsendungen.³²

Das vollzieht sich auf einem festen politischen Boden: Es charakterisiert den sozialistischen deutschen Staat, dass das Staatsoberhaupt, das Parlament, die Regierung, alle Parteien, der Nationalrat der Nationalen Front der DDR dem antifaschistischen Vermächtnis zutiefst verpflichtet und dies als eine sich ständig erneuernde Aufgabe ansehen.

Drittens sind hier jene bedeutsamen Maßnahmen zu nennen, die mit der Errichtung einer Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum« verbunden sind. Ihr Wirken wird dem Gedenken an die Millionen von jüdischen Opfern des

31 Als Beispiel seien genannt: Margot Pikarski: Jugend im Berliner Widerstand. Herbert Baum und Kampfgefährten, Berlin 1978; Peter Kirchner: Leiden und Kampf Berliner Juden während der Nazidiktatur, in: Und Friede der Stadt, Berlin 1957; Rolf Richter: Die Faschismusanalyse des emigrierten Frankfurter Instituts für Sozialforschung in den USA 1941/42, in: ders.: Beiträge zur Analyse und Kritik bürgerlicher und anderer nichtmarxistischer Faschismuskonzeptionen und -darstellungen, Diss. B, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1980; ders.: Über einige Aspekte der Faschismuskonzeption des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, in: Wissenschaftshistorische Hefte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, erscheint 1988/89; Hermann Simon: Vorwort zu: Ludwig Geiger: Geschichte der Juden in Berlin. Reprint, Berlin 1988; Gedenke! Vergiss nie!, Berlin 1979; Dem Vergessen entrissen, Rostock 1988; F. Schröder: Zwischen Emanzipation und Verfolgung. Aus der Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rostock, in: Norddeutsche Neueste Nachrichten, Rostock, ab 16. Juli 1986 (in 17 Zeilen); Michael Buddrus: Judenverfolgung in Mecklenburg, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 5/1988.

32 Als Auswahl seien genannt: »Und lehrt sie: G E D Ä C H T N I S !« Eine Ausstellung des Ministeriums für Kultur und des Staatssekretärs für Kirchenfragen in Zusammenarbeit mit dem Verband der Jüdischen Gemeinden in der DDR zum Gedenken an den faschistischen Novemberpogrom vor fünfzig Jahren, Berlin 1988; H. Simon, Interviews, in: Deutsche Lehrer-Zeitung, Berlin, Nr. 43/88 und in: Für Dich, Berlin, Nr. 42/88; Stephan Hermlin: Dies ist das Schicksal der Antifaschisten: Sisyphus sein, in: Junge Welt, Berlin, 16. September 1988; Fernsehbeiträge zum 50. Jahrestag der Pogromnacht, in: Neues Deutschland, Berlin, 21. Oktober 1988; Uwe Berger: Forderungen für die Gegenwart, in: Sonntag, Nr. 39/88.

Faschismus, an ihr Märtyrertum und an ihren antifaschistischen Widerstand verpflichtet sein.³³

Viertens vollzieht sich eine verbreitete Rezeption jüdischer Literatur und Kunst in unserem Land, eine Aufnahme von Werken von Schriftstellern jüdischer Herkunft und jüdischen Glaubens. Zugleich erscheinen umfassende Darstellungen wie »Der gelbe Fleck« von Rudolf Hirsch und Rosemarie Schuder. Gewachsen sind die Aktivitäten, die Auskünfte über spezifische Seiten der jüdischen Kultur, Kunst und der Geschichte der Juden in Deutschland und Europa vermitteln.³⁴

Lin Jaldati sowie der seit 1962 bestehende Leipziger Synagochor, der einzige Chor dieser Art in Europa, haben in der DDR künstlerische Maßstäbe für die Pflege jüdischer Kultur, jiddischer Folklore und hebräischer Gebetsmusik gesetzt.

Fünftens gehört es seit eh und je zur Außenpolitik der DDR, die Existenz des Staates Israel anzuerkennen. Vielen ist zudem bewusst, dass in diesem Staat viele ein zu Hause finden suchten, die aus Deutschland vertrieben worden waren. In einer Zeit, da im Nahen Osten Aggression, Krieg und Besetzung herrschen, verkörpert für viele in der DDR die Kommunistische Partei Israels *die* Friedenskraft in Israel.

Unterschätzt wurde oftmals, welche Rolle Israel im Denken und Fühlen für viele unserer jüdischen Mitbürger darstellt. Gewachsen ist in jüngster Zeit die Hoffnung auf eine gerechte, dauerhafte Nahostlösung, die allen Völkern der Region eine friedliche und sichere Zukunft garantiert.

Im Vorfeld des Gedenkens an den Pogrom des Jahres 1938 können wir festhalten: In der DDR sind dem Antisemitismus und Rassismus der gesellschaftliche Boden entzogen worden.

Der Antifaschismus ist fest und hat in der sozialistischen Gesellschaft klare Ausprägungen erhalten. Der Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Siegmund Rotstein, erklärte:

»Wir jüdischen Bürger, die wir die faschistische Barbarei überlebten, haben uns nach der Befreiung dafür entschieden, gemeinsam mit den anderen Antifaschisten und allen Menschen guten Willens einen demokratischen Staat zu errichten. Ein solcher, zutiefst humanistischer Staat ist unsere Deutsche Demokratische Republik...

33 Verordnung über die Errichtung einer Stiftung »Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum«, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 13, 1988, 4. Juli 1988, S. 145 ff.

34 Als Auswahl seien genannt: Rudolf Hirsch, Rosemarie Schuder: *Der gelbe Fleck*, Berlin 1988; Alfred Etzold, Joachim Frait, Peter Kirchner, Heinz Knobloch: *Jüdische Friedhöfe in Berlin*, Berlin 1987; Wissenschaftliche Konferenzen 188: z. B. der Historiker-Gesellschaft der DDR; des Kulturbundes über *Jüdische Friedhöfe in Berlin*; der Akademie der Wissenschaften der DDR zur Wissenschaftsgeschichte; Marion Damaschke: »Und lehrt sie Gedächtnis!« – Bücher zum Gedenken an den faschistischen Novemberpogrom vor fünfzig Jahren, in: Börsenblatt für den deutschen Buchhandel, Leipzig, Nr. 42/88: dies.: *Literatur über Geschichte, Kultur und Kunst des jüdischen Volkes*, in: *Handakte Dr. Marion Damaschke*, a. a. O.

Wir ... wirken als geachtete Bürger gleichberechtigt an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft mit.«³⁵ So Präsident Rotstein.

In der DDR erfolgt die Besinnung auf den Pogrom, wie Erich Honecker betonte, 1988 »als ein gesamtgesellschaftliches Anliegen«.³⁶

In dieser Aufforderung scheint mir zugleich der Gedanke zu liegen, im gesamtgesellschaftlichen Interesse über den Gedenktag hinauszuschauen und vieles von dem klug zu bewahren und weiterzutragen, was wir uns in den vergangenen Monaten und Jahren bewusst gemacht haben.

Den Antifaschismus als ideologische und moralische Triebkraft zu erhalten, ihn als Bindeglied zwischen allen Klassen und Schichten, allen Parteien und Organisationen unseres Landes zu bewahren, bleibt eine Aufgabe.³⁷ Das Gespräch zwischen den Generationen ist auch fürderhin notwendig, um die antifaschistische Einheit der Generationen zu wahren, zu festigen und vor allem auch, damit jede jüngere etwas Eigenständiges in die antifaschistische Substanz unserer Gesellschaft einbringen kann. In diese Aufgabe einbezogen ist das entschlossene Vorgehen gegen die beklemmenden Erscheinungen, die mit dem Auftreten sogenannter Skinheads verbunden sind, unter Einsatz der Machtmittel des Staates und der Rechtsprechung. Die Justiz der DDR hat in diesem Sinne gehandelt.

Wenn wir verstärkt über die Entwicklung unserer sozialistischen Nation und des Nationalbewusstseins nachdenken und eine immer wieder neue Identifikation mit dem Sozialismus in der DDR erreichen wollen, so ist damit auch die Frage nach der Identität von Minderheiten in dieser entstehenden sozialistischen deutschen Nation verbunden. Dies führt uns zu der unabweisbaren Notwendigkeit, fürderhin genauere Kenntnisse über Geschichte, Kultur, spezifische Sitten und Gebräuche unserer jüdischen Mitbürger zu erwerben und ihr Erbe noch fester in unsere Gesellschaft aufzunehmen und zu entfalten.

In der Geschichtswissenschaft der DDR hat sich ein breites und differenziertes Antifaschismus-Verständnis herausgebildet, das sich bewährt. Noch genauere Aussagen sind ganz offensichtlich zur Geschichte der Opfer der Judenverfolgung in den verschiedenen Territorien erforderlich.

In vielfacher Hinsicht benötigen wir ein noch differenzierteres Faschismusbild, etwa mit Sicht auf den Alltag im Faschismus und zur Angst in der faschistischen Diktatur, zu den Massen im Faschismus. Nützlich könnte es sein, einmal mit Blick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung nachzudenken »über jüdisches Selbstverständnis, das außerhalb der Religion liegt«³⁸ und das zum aktiven Kampf

35 Pflege des jüdischen Erbes – Anliegen der ganzen Gesellschaft. Gespräch mit dem Präsidenten des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Siegmund Rotstein, in: Neues Deutschland, Berlin, 10./11. September 1988, S. 9.

36 Erich Honecker traf mit Heinz Galinski zusammen, in: Neues Deutschland, Berlin, 7. Juni 1988, S. 1.

37 Sozialismus in der DDR, Gesellschaftsstrategie mit dem Blick auf das Jahr 2000, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 4. Auflage, Berlin 1988, S. 267.

38 Karl Kormes, Beitrag in: Nachrichtenblatt des Verbandes der Jüdischen Gemeinde in der Deutschen Demokratischen Republik, Dresden, September 1988, S. 9.

in der Arbeiterbewegung führen kann. Dringend benötigen wir eine umfassende Geschichte der faschistischen Konzentrations- und Vernichtungslager.

Es bleibt dabei: Wir stehen in der unabweisbaren Pflicht, dass es für uns keinen Sozialismus gibt, ohne einen sich stetig erneuernden Antifaschismus.

Der italienische Faschismus und der antifaschistische Kampf in Italien in der Geschichtswissenschaft und -publizistik der DDR

Mit Blick auf die Entwicklung der Faschismusforschung in der DDR erheischt unsere wissenschaftliche Konferenz* aus zumindest zwei Gründen Aufmerksamkeit:

Sie steht – zum einen – inmitten vielfältiger Initiativen und internationaler Begegnungen der letzten Zeit, in der die Geschichtswissenschaft der DDR ihre Ergebnisse auf dem Gebiet der Faschismusforschung vorstellte und mit Wissenschaftlern anderer Länder einen fruchtbaren Meinungsaustausch pflegte. Hier seien zum Beispiel nur genannt die entsprechenden Veranstaltungen auf dem VIII. Historikerkongress der DDR im Januar/Februar 1989, die traditionellen Faschismus-Kolloquien an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, zwei Konferenzen mit Historikern der USA im Rahmen der IREX-Unterkommission »Faschismus – Theorie und Praxis« im November 1987 in Berlin und im Mai 1989 in Princeton, die Veranstaltungen mit Historikern aus Berlin (West) im Zuge der Ausstellung »Topographie des Terrors« in der Hauptstadt der DDR, die Konferenz im März 1988 an der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock zum Thema »Antifaschismus und Jugend«, im weiteren Sinne ist auch das Historikerforum DDR-BRD, das die Historische Konferenz der SPD in Bonn 1988 veranstaltete, hinzuzufügen. Weitere Begegnungen stehen 1989 ins Haus, so in Österreich und in der BRD, auf der Historiker verschiedener Länder und politischer und weltanschaulicher Überzeugungen ihre Erkenntnisse zum Faschismus und über Faschismustheorien austauschen.

Auf anderen wissenschaftlichen Konferenzen, so 1975 in Zagreb und 1980 in Stuttgart, konnten wir Ergebnisse der Faschismusforschung in Italien kennenlernen. Gleiches gilt für die wissenschaftliche Konferenz zur Agrargeschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, wo zum Beispiel Herr Professor Gustavo Cerni zu Gast weilte.

Bereits diese Auswahl bezeugt das hohe wissenschaftliche wie politische und moralische Interesse, das der Erforschung des Faschismus durch die Geschichtswissenschaft im internationalen Rahmen entgegengebracht wird. Ganz offensichtlich verstärkt sich die internationale Erforschung des Faschismus. Je mehr wir uns dem Jahre 2000 nähern, desto mehr wird – auch im Zuge der Jahrhundert- und Jahrtausendbilanzen – der Blick auf den Platz des Faschismus und den Antifaschismus schärfer. Aber, abgesehen von diesem äußeren zeitlichen Rahmen, beeinflussen die Anstrengungen um die Bewahrung des Friedens und die interna-

* Es handelt sich hier um ein Referat, das auf einer wissenschaftlichen Konferenz an der Humboldt-Universität zu Berlin gehalten wurde.

tionale Dialogpolitik fühlbar die Hinwendung zu geschichtswissenschaftlichen Themen »Faschismus« und »Antifaschismus« wie Modifikationen in den historisch-politischen Konzeptionen zu ihren Interpretation.

In den letzten drei Jahren – vor allem seit Ernst Noltes bekannten Äußerungen – verstärkten sich international die Aktivitäten, Faschismus- und Antifaschismus-Forschungen strikt im Dienste der Humanität, der Aufklärung, der Verantwortung für Frieden und Entspannung zu gestalten und jedweder Trivialisierung und Bagatellisierung des Faschismus entgegenzutreten. Die Analyse des Faschismus enthält für den Historiker viele Herausforderungen; vieles ist noch unentschlüsselt; manches blieb unerforscht. Internationale Begegnungen können helfen, Lücken der Forschung zu schließen und die Faschismusanalyse in den Dienst humanistischer Aufklärung neuer Generationen zu stellen.

Das führt zu dem zweiten Aspekt: Unsere wissenschaftliche Begegnung stellt auch etwas Neues und Wertvolles dar im Gang der Faschismusforschung der DDR. Denn es ist bei vielen Historiker der DDR unbestritten, dass wir entschieden zu wenig über den italienischen Faschismus und über die Ergebnisse der Geschichtswissenschaft in Italien wissen. Seit langem wird ein Austausch von Erkenntnissen als außerordentlich notwendig empfunden.

Aus nur allzu erklärlichen Gründen stand die Analyse des *deutschen* Faschismus von Anfang an im Zentrum der Forschungen der Historiker der DDR. Dieser *richtigen* Konzentration wurde jedoch nicht das notwendige Potential an *vergleichenden* Forschungen über faschistische und autoritäre Regime und Bewegungen in anderen Ländern zur Seite gestellt.

Gleichwohl: Gänzlich aus der Sicht gerieten der italienische Faschismus und seine antifaschistischen Gegner in der Geschichtsschreibung der DDR nicht. Hier ist zuvörderst auf jene Konferenzen zu verweisen, die in Italien zu derartigen Themen stattfanden und an denen DDR-Historiker beteiligt waren, so die Konferenz 1960 in Mailand über den Widerstandskampf und 1965 in Carpi über die Deportationen im Faschismus. An der erstgenannten Konferenz nahmen seitens der DDR Walter Bartel, Walter Markov und Klaus Drobisch, an der letztgenannten Klaus Drobisch und Dietrich Eichholtz teil.

Zumindest auf fünf wissenschaftliche Linien soll hier aufmerksam gemacht werden, ohne dass damit Vollständigkeit garantiert werden kann, über die der italienische Faschismus und seine Gegner thematisiert werden.

Erstens: Einen festen Platz nimmt in der Geschichtsschreibung, -forschung und -publizistik der DDR der antifaschistische Widerstand in Italien ein.

Bereits im ersten Jahrzehnt nach der Gründung der DDR erschienen Arbeiten führender Funktionäre der Kommunistischen Partei Italiens, in denen Leistungen und Erfahrungen des antifaschistischen Kampfes, vor allem der Kommunisten, vermittelt wurden. Vor allem die 1952, 1954, 1956, 1957, 1961, 1965 und 1977 veröffentlichten Arbeiten Palmiro Togliattis schufen einen ersten Zugang zum Kampf der italienischen Kommunisten gegen Faschismus und Krieg und für eine neue Demo-

kratie.¹ Gewiss half dabei die Tatsache, dass Togliatti für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung stets Interesse und Verständnis gezeigt und sich stets mit ihr verbunden gefühlt hatte, so nahm er 1935 an der Brüsseler Konferenz der KPD sowie am III. Parteitag der SED 1950 teil und trat für die Anerkennung der DDR ein.

Es entsprach den theoretischen Bedürfnissen in der DDR, bei der Aufrichtung einer neuen antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Ordnung Erkenntnisse und Erfahrungen, Überlegungen und Beobachtungen dieses internationalen geachteten Politikers und kämpferischen Antifaschisten Italiens kennenzulernen und zu nutzen. Vor allem seine Analysen zu den Fragen von Krieg und Frieden, zur antifaschistischen Bündnispolitik, zur Bewältigung neuer strategischer Anforderungen in der internationalen Arbeiterbewegung fanden nachdrückliche Resonanz. Im Jahre 1977 gab die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter der Redaktion von Harald Neubert die bislang umfassendste Ausgabe von ausgewählten Reden und Aufsätzen in der DDR und im deutschsprachigen Raum heraus.² Seit 1973 stehen in deutscher Sprache die »Lektionen über den Faschismus«, herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt a. M., zur Verfügung, die auch in der DDR vertrieben wurden.³

Togliattis Arbeiten halfen in der sich schrittweise herausbildenden sozialistischen Geschichtswissenschaft der DDR, Wissen über die Besonderheiten des Faschismus in Italien zu entwickeln. Zugleich förderten sie weitere Publikationen: Im Jahre 1954 erschien, von Giorgio Candeloro verfasst, eine Skizze zur Gewerkschaftsbewegung in Italien;⁴ 1957 Giovanni Germanettos »Genosse Kupferbart«.⁵ Vor allem aber kamen seit Ende der fünfziger Jahre die antifaschistischen Volksbewegungen stärker und systematischer ins Blickfeld. Dazu trugen nachdrücklich Luigi Longos große Monographie »Viva l'Italia libera!«⁶ und Paolos Robottis und Giovanni Germanettos »Dreißig Jahre Kampf der italienischen Kommunisten 1921–1951«⁷ bei. Luigi Longos und Pietro Secchias' Auswahl von

1 Palmiro Togliatti: Der einzig richtige Weg für die Menschheit, Berlin 1952; Wilhelm Pieck, Georgi Dimitroff u. Palmiro Togliatti: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus, Berlin 1957 (Neuaufgabe 1960); ders.: Die Kommunistische Partei Italiens, Berlin 1954; ders.: Antonio Gramsci, Berlin 1954; Marcella u. Maurizio Ferrara: Palmiro Togliatti. Nach Gesprächen mit Togliatti aufgezeichnet, Berlin 1956; Palmiro Togliatti: Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus, Berlin 1965.

2 Palmiro Togliatti: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin 1977; vgl. auch Harald Neubert: Palmiro Togliatti, in: Die Einheit, 29. Jg., 1974, H. 8, S. 951-959.

3 Derselbe: Lektionen über den Faschismus, Frankfurt a. M. 1977.

4 Giorgio Candeloro: Die Gewerkschaftsbewegung in Italien, Berlin 1954. Weiterhin Felice Chilanti: Giuseppe di Vittorio – ein Sohn der Arbeiterklasse, Berlin 1955.

5 Giovanni Germanetto: Genosse Kupferbart. Mit einem Vorwort von Palmiro Togliatti, Berlin 1957.

6 Luigi Longo: Viva l'Italia libera! Der Kampf des italienischen Volkes für seine Befreiung vom Joch des italienischen und deutschen Faschismus, Berlin 1963.

7 Paolo Robotti u. Giovanni Germanetto: Dreißig Jahre Kampf der italienischen Kommunisten 1921–1951, Berlin 1955.

Berichten und Artikeln aus der illegalen antifaschistischen Presse von 1943 bis 1945 bildeten eine bis dahin einzigartigen Zuwachs aus dem antifaschistischen Widerstand in Italien, der in deutscher Sprache vorlag.⁸ Die Leistungen der italienischen Spanienkämpfer fanden in der Publizistik hohe Würdigung.⁹

Es war Walter Markov, der relativ früh mit einer Studie über die Partisanenrepubliken Ossola und Carnia eigenständige Forschungen in der DDR über die italienische Resistenza begann. Er zählte sie zu den bemerkenswertesten unter den Widerstandsbewegungen in Europa. Sie verfügte über die älteste Erfahrung im Kampf gegen den Faschismus, den sie schon 1922 aufnahm und seit 1926 unter einer nackten terroristischen Diktatur führte. Markov schrieb: »Es handelt sich bei der italienischen Resistanza ... um eine Erscheinung, die trotz aller spontanen Aktionen und Episoden, von denen sie seit dem 9. September 1943 begleitet wurde und als deren bezeichnendste vielleicht der Volkskampf der ›Quattro Gior-nante‹ von Neapel herausragt, weder zufällig noch auf den militärischen Aspekt beschränkt war. Sie stellte einen Versuch dar, das gesamte diskreditierte politische und soziale Leben Italiens mit allen Mitteln von Grund auf zu ändern: ein zweites Risorgimento, an dem jedoch – im Unterschied zum ersten – alle Klassen und Schichten der Nation, in diesem oder jenem Umfang, teilhatten und teilhaben sollten.«¹⁰

Markov machte mit seiner Studie zugleich auf die Notwendigkeit weiterer Forschungen zum italienischen Widerstand aufmerksam. Hochwillkommen waren deshalb die 1970 in der DDR edierte Arbeit von Roberto Battaglia und Giuseppe Garritano »Der italienische Widerstandskampf 1943 bis 1945«¹¹, die an die Kenntnis der frühen Publikation von Franco Bugliari und Fausto Nitti anknüpfen konnte,¹² sowie Untersuchungen von Harald Neubert¹³ über die Umbruchsituation in den Jahren von 1943 bis 1948 in Italien. Harald Neuberts Forschungen verkörperten bis Mitte der siebziger Jahre neben Walter Markovs Analysen und Dietmar

8 Luigi Longo u. Pietro Secchia: Der Kampf des italienischen Volkes für seine nationale Befreiung. Eine Auswahl von Berichten und Artikeln aus der illegalen antifaschistischen Presse 1943–1945, Berlin 1959.

9 Als Beispiele seien genannt: Luigi Longo: Die Internationalen Brigaden in Spanien, Berlin 1958; Der Freiheitskampf des spanischen Volkes und die internationale Solidarität, Berlin 1956.

10 Walter Markov: Die Partisanenrepubliken Ossola und Carnia: Improvisation oder Modell, in: Die Volksmassen-Gestalter der Geschichte, Berlin 1962, S. 491 f.

11 Roberto Battaglia u. Giuseppe Garritano: Der italienische Widerstandskampf 1943–1945, Berlin 1964.

12 Franco Bugliari u. Fausto Nitti: Kurzer Abriss der Geschichte des antifaschistischen Kampfes in Italien, Berlin 1952; vgl. auch Umberto Massola: März 1943, 10 Uhr, Berlin 1953; Dietmar Stühler: Risorgimento und Resistanza: ein historisch-typologischer Vergleich, in: Wissenschaftliche Zeitschrift, KMU Leipzig, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, 1985, H.2, S.155 ff.

13 Harald Neubert: Die Politik der Italienischen Kommunistischen Partei gegen den Faschismus für die nationale Befreiung, für soziale und politische Erneuerung Italiens 1943–1948, Diss. B, Berlin 1974; derselbe: Die nationale Erhebung in Italien 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 23. Jg., 1975, H. 8, S. 861-878; Die politische Entwicklung Italiens in den ersten Monaten nach der Befreiung vom Faschismus, in: ebenda, H. 10, S. 1117-1134; ders.: Italien zwischen Demokratie und Reaktion, in: ebenda, 24. Jg., 1976, H. 3, S. 253-274; derselbe: Eine Wende in der italienischen Nachkriegsgeschichte, in: ebenda, 25. Jg., 1977, H. 4, S. 411-429.

Stüblers Studie über »Die Sowjetunion und die Resistanza in Italien«¹⁴ die wohl bemerkenswertesten Forschungsleistungen in der DDR über den italienischen Antifaschismus. In seiner Pionierarbeit über den Partisanenkrieg in Europa 1939 bis 1945 hat Heinz Kühnrich¹⁵, gestützt auch auf Arbeiten von Luciano Bargonzini und Roberto Battaglia, Kämpfe der italienischen Werktätigen mit erfasst. Die Geschichtswissenschaft der DDR hatte sich damit eine marxistische Verständigung über eine zentrale und eine Alternativsituation des italienischen Volkes und des Kampfes der KP Italiens geschaffen. Italienische Historiker behandelten in Zeitschriften der DDR spezifische Seiten italienischer Geschichte, so das Thema Italien und der Überfall auf die UdSSR und die Parteien Italiens im antifaschistischen Kampf.¹⁶

Diesen Forschungen stellte sich in den letzten zehn Jahren eine relativ ausgehnter Literatur über Antonio Gramsci zur Seite. Vor allem im Zusammenhang mit dem 40. Todestag Gramscis 1977 erfolgte auf einer Konferenz, von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED getragen,¹⁷ eine gezielte Analyse und Würdigung des Wirkens Gramscis. Nachdem bereits in den fünfziger Jahren einige Arbeiten Gramscis in der DDR erschienen waren, erfolgten in den siebziger und achtziger Jahren eine breitere Edition und gezieltere Untersuchungen zu seiner Rolle als Parteigründer und -führer,¹⁸ von Horst Heintze zur Arbeiterbewegung und zur Kulturpolitik in Italien zur Zeit Gramscis und – in Vorbereitung – zur Erforschung der Französischen Revolution durch Gramsci aus der Feder von Matthias Middell und Antje Hennig.¹⁹ Mit Recht kann festgestellt werden, dass zum Wirken der KP Italiens und zum Kampf der italienischen Werktätigen gegen den Faschismus eine relativ stark akzentuierte Literatur in der DDR vorhanden ist.

Dabei erwies sich für die Forschung als ein Vorzug, dass in den vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED edierten Quellenbänden zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung auch Quellen greifbar wurden, die die antifaschistische Solidarität der deutschen Kommunisten mit dem italienischen Volk in

14 Dietmar Stübler: Die Sowjetunion und die Resistanza in Italien, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas, Bd. 20/1, Berlin 1976, S. 107-114.

15 Heinz Kühnrich: Der Partisanenkrieg in Europa, Berlin 1965.

16 Vgl. Emilio Ragionieri: Italien und der Überfall auf die UdSSR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 9. Jg., 1961, H. 4; Giorgio Caputo: Die Parteien Italiens im antifaschistischen Widerstandskampf, in: ebenda, 16. Jg., 1968, H. 5; ders.: Neue italienische Veröffentlichungen über den Widerstandskampf in Italien – Literaturbericht, in: ebenda, 12. Jg., 1964, H. 6.

17 Antonio Gramsci – Revolutionär und Internationalist, Berlin 1978.

18 Antonio Gramsci: Briefe aus dem Kerker, Berlin 1956; ders.: Die süditalienische Frage, Berlin 1955; ders.: Notizen zur Sprache und Kultur, Leipzig u. Weimar 1984; derselbe: Zur Politik, Geschichte und Kultur, Leipzig 1986.

19 Guido Zamis: Antonio Gramsci – geistiger Gründer und Führer der KPI, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 16. Jg., 1974, H.1, S.112 ff.; Sabine Kebir: Die Kulturkonzeption Antonio Gramscis auf dem Wege zur antifaschistischen Volksfront, Berlin 1980; Horst Heintze: Arbeiterbewegung und revolutionäre Kulturpolitik in Italien zur Zeit Antonio Gramscis, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Humboldt-Universität zu Berlin, Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe, 20. Jg., 1971, H. 3; Harald Neubert: Antonio Gramsci – revolutionärer Arbeiterführer, Internationalist und Theoretiker, in: Einheit, 42. Jg., 1987, H. 7, S. 650-654.

den zwanziger Jahren dokumentierten.²⁰ Eine spezielle Seite der internationalen Arbeiterbewegung erforschte Peter Kircheisen, als er die Haltung der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zum Äthiopienkrieg analysierte.²¹

Zweitens: Über den Faschismus in Italien im engeren Sinne erschien 1948 im Verlag der sowjetischen Militäradministration in Deutschland die Monographie des sowjetischen Historikers S. M. Slobodskoi²², die lange Zeit der Lehre und Forschung in der DDR gute Dienste geleistet hat. Kurt Gossweiler, einer der produktivsten Faschismusforscher in der DDR, war es, der in den achtziger Jahren nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer vergleichenden Faschismusforschung aufmerksam machte und erste Betrachtungen dazu vorgelegt hat.²³ Neben Eberhard Hackethals Studie über den Faschismus in Lateinamerika²⁴ vermittelten Kurt Gossweilers Gedanken erste Impulse, wobei freilich der italienische Faschismus eingeordnet erschien, aber nicht durch eine spezielle – über Slobodskoi materialmäßig und konzeptionell hinausführende – Untersuchung abgedeckt wurde. Anregend für ein vertieftes Verständnis der Geschichte des italienischen Faschismus wirkten Werner Baslers Spezialaufsätze.²⁵ Die kaum entwickelte vergleichende Faschismusforschung gehört zu den schmerzlichen Defiziten, die es bei der weiteren Profilierung der Gesellschaftswissenschaft der DDR – im Zuge von Kontinuität und Erneuerung – zu beseitigen gilt.

Anregend kann dabei wirken, dass an der Karl-Marx-Universität Leipzig durch Ulrich Heß die Analyse des Faschismus in Italien *und* in Deutschland durch die KPD (von 1921 bis zur Mitte der zwanziger Jahre) untersucht wurde.²⁶

Generell benötigen wir eine vergleichende Geschichte der Herausbildung und Entwicklung der kommunistischen Faschismustheorie von den zwanziger Jahren bis 1945. In Federführung des Franz-Mehring-Instituts an der Karl-Marx-Universität Leipzig wurden dazu erste Vorstellungen entwickelt.

Drittens: Es erwies sich für die Historiker der DDR von Vorteil, durch Arbeiten von Hans-Rainer Baum und Dietmar Stübler erste Einblicke zur Geschichte der italienischen Historiographie erhalten zu haben.²⁷ Forschungen zur Geschichte der Geschichtswissenschaft erfüllten dabei unter anderem die Funktion, konzeptio-

20 Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VII, 2. Halbband, Berlin 1966; ebenda, Band VIII, Berlin 1975.

21 Peter Kircheisen: Die Sozialistische Arbeiter-Internationale und der Versuch einer reformistischen Friedenspolitik (1923–1940), Diss. B., Halle 1978, S. 175–183.

22 S. M. Slobodskoi: Der italienische Faschismus und sein Zusammenbruch, Berlin 1948.

23 Kurt Gossweiler: Faschismus in Österreich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 33. Jg., 1985, H. 8, S. 704–718; ders.: Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1986, S. 576 ff.

24 Eberhard Hackethal: Faschismus in Lateinamerika, in: Faschismusforschung – Positionen – Probleme – Polemik, 2. Aufl., Berlin 1980, S. 237–258.

25 Werner Basler: Der Aggressionskrieg Italiens gegen Äthiopien, in: Militärgeschichte, Jg. 1982, H. 6; ders.: Die Kapitulation Italiens 1943, in: ebenda, Jg. 1983, H. 5.

26 Ulrich Heß: Im Kampf gegen einen neuen gefährlichen Feind. Zur Analyse des Faschismus in Italien und Deutschland durch die KPD (1921 bis Mitte der 20er Jahre), in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 27, 1983.

27 Hans-Rainer Baum: Analyse und Kritik der bürgerlichen Historiographie Italiens über den italienischen Faschismus (unter Beachtung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede hinsichtlich des deutschen Faschismus. Forschungsbericht, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1982; ders.: Zur ita-

nelle Linien, Entwicklungsphasen, Sichtweisen in der Historiographie Italiens und die Arbeiten einiger bekannter Historiker Italiens zu analysieren, sie für die Forschung der DDR nutzbar zu machen und ihre Konzeptionen mit denen in anderen Ländern zu vergleichen. Diese Studien erbrachten wesentliche Einsichten, zumal in jener Zeit international die Arbeiten Renzo de Felices Aufsehen erregten und in der westlichen Welt viele Fragen zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Modernisierungskonzept und seiner Anwendung auf die Faschismusforschung zum Teil sehr heftig diskutiert wurden. Ganz offensichtlich konnte jedoch diese historiographie-geschichtliche Forschungslinie nicht intensiv ausgebaut werden. In dem Band »Nichtmarxistische Geschichtsschreibung europäischer Länder im 20. Jahrhundert«, der von Gerhard Lozek und Hans Schleier herausgegeben und der von der DDR dem Internationalen Historikerkongress 1990 in Madrid gewidmet ist, werden auch Entwicklungen in der Geschichtswissenschaft Italiens mit erfasst werden.²⁸

Viertens konnten – vor allem von der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin – originelle Fragestellungen und Beiträge zur Beziehungsgeschichte Deutschland-Italien inauguriert und im Februar 1986 auf einem internationalen Kolloquium unter dem Thema »Lokale Konflikte und internationale Spannungen: Die Haltung der Großmächte zum Aggressionskrieg in Äthiopien und zur Rheinlandbesetzung (1935/36)« vorgestellt werden.²⁹ Hier untersuchte Christa Olschewski – wie auch in einem demnächst erscheinenden Band »Der deutsche Faschismus und die Mächte«³⁰ – ökonomische Beziehungen zwischen Deutschland und Italien 1935/36. Sie mündeten in der Aussage, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden faschistischen Regimen unabhängig von den politischen und strategischen Differenzen nahezu konstant waren und die Grundlage bildeten für die sich 1936 abzeichnende Unterordnung des italienischen Faschismus. Christa Olschewski schrieb weiter: »Ohne die Hilfe des deutschen Faschismus bei der materiellen Vorbereitung des italienischen Regimes auf den Krieg gegen Äthiopien wären die Autarkieprogramme weniger erfolgreich gewesen, und ohne die Unterstützung der Nazifaschisten beim Unterlaufen der Sanktionsmaßnahmen hätte das italienischen Regime noch mehr geschwächt seine koloniale Expansion überstanden.«³¹

lienischen bürgerlichen Historiographie, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 29. Jg., 1981, H. 7, S. 604 ff.; Dietmar Stübler: Die italienische Historiographie nach dem Zweiten Weltkrieg zur Geschichte Italiens im 19. und 20. Jahrhundert. Grundzüge ihrer Entwicklung, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 33, 1986.

28 Nichtmarxistische Geschichtsschreibung europäischer Länder und der USA im 20. Jahrhundert, hrsg. von Gerhard Lozek u. Hans Schleier, Berlin 1990. Die geplante Veröffentlichung dieses Bandes im Frühjahr/Sommer 1990 ist nach der »Wende« in der DDR nicht mehr erfolgt – d. Hrsg.

29 Lokale Konflikte und internationale Spannungen: Die Haltung der Großmächte zum Aggressionskrieg in Äthiopien und zur Rheinlandbesetzung (1935/36), in: Berichte, hrsg. von der Humboldt-Universität zu Berlin, 6. Jg., 1986, H. 25.

30 Christa Olschewski: Die deutsch-italienischen Beziehungen 1934 bis 1936, in: Der deutsche Faschismus und die Mächte, Berlin 1990.

31 Dies.: Aspekte der ökonomischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien 1935/36, in: Lokale Konflikte und internationale Spannungen, a. a. O., S. 60.

Kurt Pätzold untersuchte unter anderem die Vorteile, die das faschistische Deutschland aus dem italienisch-äthiopischen Krieg zog.³² Weitere Beiträge analysierten die Haltung Großbritanniens, Frankreichs, der USA, der UdSSR sowie der internationalen Arbeiterbewegung zu diesem Krieg. Besonders zu nennen ist Axel Klättes Dissertation A zum Thema »Die faschistische deutsche Kriegsführung in Italien von 1943 bis 1945 (Militärische und politische Aspekte)«. ³³ Sie belegt deutlich einen Forschungsfortschritt in der DDR-Geschichtswissenschaft.

Eine Hervorhebung im Rahmen dieser summarischen Bemerkungen erheischt das Werk »Deutschland im Zweiten Weltkrieg« (in sechs Bänden).³⁴ In ihm sind, gestützt auf neu erschlossene Archivmaterialien, die Beziehungen zwischen den faschistischen Mächten Deutschland und Italien chronologisch aufgearbeitet und in ihrer inneren Widersprüchlichkeit erhellt worden. Gleichzeitig erfuhr auch die italienische Widerstandsbewegung und der Kampf deutscher Antifaschisten in ihr Beachtung. In dieser Form stellt diese mehrbändige Darstellung einen beträchtlichen Neuwert in der Darstellung der Beziehungen zwischen Deutschland und Italien dar.

Fünftens verdient eine Forschungsrichtung abgehoben zu werden, die alle, die in der DDR sich mit Italien beschäftigen, gern und mit höchstem Gewinn nutzen: Die Monographie des Leipziger Forschers Dietmar Stübler »Italien – 1789 bis zur Gegenwart«. ³⁵ Sie verkörpert zweifellos in vielem den reifsten Erkenntnisstand in der DDR und vermittelt einen geschlossenen Überblick über die italienische Geschichte, die so wohl in keinem anderen Werk der DDR nachlesbar ist. Die Monographie erwuchs aus einem mehrmonatigen Forschungsaufenthalt in Rom.

Unsere Konferenz an der Humboldt-Universität zu Berlin kann somit an manches anknüpfen, was in vergangenen Jahrzehnten in der DDR zum Faschismus und zum Antifaschismus in Italien publiziert worden ist. Dass in diesen Wochen in Italien eine Wanderausstellung »Deutscher Antifaschismus 1933–1945«, getragen von der Gesellschaft Italien-DDR, gezeigt wird, erfreut und hilft unser wissenschaftliches Anliegen zu tragen.³⁶

32 Kurt Pätzold: Der italienisch-äthiopische Krieg 1935/36 und die Kriegspläne des deutschen Imperialismus, in: ebenda.

33 Diss. A, Humboldt-Universität zu Berlin 1989.

34 Berlin 1974 bis 1985.

35 Berlin 1987.

36 Vgl. Heinz Simon: Ausstellung in Italien über Kampf deutscher Patrioten, in: Neues Deutschland, 30.6.1989, S. 6.

Über einige Aspekte der Faschismuskonzeption im emigrierten Frankfurter Institut für Sozialforschung

Der Ausklang des Jahres 1941 sah viele der in der Emigration lebenden Gegner und Verfolgten des deutschen Faschismus bereits das neunte Jahr im Exil.

Unter denen, die der Faschismus vertrieben hatte, befanden sich auch die Angehörigen des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, das seit 1934 an der Columbia University in New York Unterkunft gefunden hatte. In dem vierstöckigen Gebäude in der 117. Straße 429 West entwickelte sich im November und Dezember 1941 eine der bedeutendsten Faschismuskonzeptionen im deutschsprachigen nichtkommunistischen Exil.¹ Es waren fünf öffentliche Vorträge, die in der Universität gehalten wurden: Herbert Marcuse sprach zum Thema »Staat und Individuum unter dem Nationalsozialismus«, Arcadius R. L. Gurland untersuchte das »Privateigentum unter dem Nationalsozialismus«, Franz L. Neumann referierte über »Die neuen Machthaber in Deutschland«, Otto Kirchheimer analysierte »Die Rechtsordnung unter dem Nationalsozialismus«, und Friedrich Pollock suchte die Frage zu beantworten, ob der Nationalsozialismus eine neue Ordnung ist.

Um diese Debatte gruppierte sich eine Reihe größerer Faschismusanalysen. Dazu gehören vor allem F. Neumanns Werk »Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus«, Erich Fromms Schrift »Die Furcht vor der Freiheit«, Max Horkheimers Aufsätze »Die Juden und Europa« und »Autoritärer Staat«, Max Horkheimers und Theodor Wiesengrund-Adornos Arbeit »Dialektik der Aufklärung« sowie die sich um die Forschungsberichte »Studien über Autorität und Familie« rankenden Beiträge.²

- 1 Ausführlicher bei Rolf Richter: Die Faschismusanalyse des emigrierten Frankfurter Instituts für Sozialforschung in den USA 1941/42 (Historisch-politische Konzeptionen – theoriebildende Elemente – forschungsgeschichtliche Wirkungen), in: Beiträge zur Analyse und Kritik bürgerlicher und anderer nichtmarxistischer Faschismuskonzeptionen und -darstellungen, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin, 1980, Diss. B., S. 136-211; ders.: Rez. zu Franz L. Neumann: Behemoth, Frankfurt a. M., 1977, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1980, H. 1., S. 148/149; Anka Stephani: Behemoth Die in den Jahren 1937–1944 am emigrierten Frankfurter Institut für Sozialforschung geschriebene Faschismusanalyse des Sozialdemokraten Franz Leopold Neumann, in: Bulletin des Arbeitskreises »Zweiter Weltkrieg«, Hrsg.: Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin, 1983, Nr. 3-4, S. 21 ff.
- 2 Aus praktischen Gründen werden hier die am leichtesten zugänglichen Editionen, nicht aber die Erstdrucke angeführt: Horkheimer, Pollock, Neumann, Kirchheimer, Gurland, Marcuse: Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus, hrsg. von Helmut Dubiel u. Alfons Söllner, Frankfurt a. M., 1981; Friedrich Pollock: Studien des Kapitalismus, München, 1975; Franz L. Neumann: Wirtschaft, Staat, Demokratie, Frankfurt a. M., 1978; ders.: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944, Stuttgart, 1977; Max Horkheimer: Sozialphilosophische Studien, Frankfurt a. M., 1972; ders.: Gesellschaft im Übergang, Frankfurt a. M., 1972; Theodor W. Adorno u. Max Horkheimer: Dialektik der Aufklärung, Frankfurt a. M., 1973; Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. M., 1973; Erich Fromm: Die Furcht vor der Freiheit, Frankfurt a. M., 1966.

Bereits die Aufreihung dieser Themen zeigt, dass die Institutsangehörigen eine Fülle zentraler theoretischer Fragen aufwarfen, die vor allen Antifaschisten standen und für die nicht alle sofort und von keiner Seite ausgereifte Antworten zu erwarten waren. Es sollte sich zeigen, dass, um nur drei Beispiele zu nennen, mit der Frage nach dem Primat der Politik im Faschismus, mit dem Problem von Autorität – Familie – Gesellschaft und mit der Frage nach dem generellen Stellenwert des Psychologischen im Faschismus gewichtige Probleme in die theoretische Diskussion über den Faschismus eingeführt wurden, die bis zur Gegenwart in der internationalen Forschung, im ideologischen Streit sowie im Dialog der Antifaschisten eine nicht unerhebliche Rolle spielen.³

Die Autoren, fast alle jüdischer Herkunft, hatten sich dem Faschismus nicht unterworfen, sondern hatten aus einer bewussten Gegnerschaft gegenüber dem Faschismus unter dem Direktorat Max Horkheimers das Institut in die Emigration geführt. Die Gründung dieses Instituts am 3. Februar 1923,⁴ dessen späterer Weg nach 1945 gemeinhin mit den Begriffen »kritische Theorie« und »Frankfurter Schule« umrissen wird, war Ausdruck einer Konfliktsituation gewesen, die kleinbürgerliche Intellektuelle in den zwanziger und dreißiger Jahren erfasst hatte.

Die Mehrheit der Institutsangehörigen suchte das Studium und die Anwendung des Marxismus auf die Gesellschaftsanalyse. Es entwickelte sich allmählich und widersprüchlich eine Orientierung auf einen »kritischen Marxismus«. Die Hauptvertreter wollten den Marxismus zur Aufdeckung von Missständen des Kapitalismus nutzen. Im Ergebnis einer längeren Entwicklung entstand eine »spezifische kleinbürgerliche Marxismusinterpretation als Ausdruck einer Hinwendung dieser Ideologen zu Fragen des gesellschaftlichen Fortschritts«.⁵ Der Marxismus gewann für diese Intellektuellen nicht den Rang einer gesellschaftsumgestaltenden Kraft.

Die Atmosphäre aber, in der sich die Faschismusanalyse lange Zeit am Institut in New York entfalten konnte, umriss eine Mitarbeiterin Max Horkheimers im Rückblick mit den Worten: »Wir waren samt und sonders einfach besessen von dem Gedanken, Hitler und den Faschismus besiegen zu müssen, und dieser Gedanke ließ uns zusammenrücken. Wir spürten, wir hatten eine Mission.«⁶

Fragt man nach einigen konzeptionellen Eckpunkten jener Diskussion am Frankfurter Institut, so wird eine Leistung sofort evident: die von den Instituts-

3 Zur Faschismusforschung in der DDR vgl. Rolf Richter: Beiträge zur Analyse und Kritik. a. a. O., S. 28-50; ders.: Vorwort zu Kurt Gosswiler: Aufsätze zum Faschismus. 2. Auflage, Berlin, 1988;

Anregend Siegfried Kätzel: Marxismus und Psychoanalyse. Eine ideologiegeschichtliche Studie zur Diskussion in Deutschland und der UdSSR 1919–1933. Berlin, 1987. Siehe auch Hans-Ulrich Thamer: Nationalsozialismus und Faschismus in der DDR-Historiographie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, B 13/87, 28. März 1987, S. 27 ff.

4 Zur Geschichte des Instituts siehe Martin Jay: Dialektische Phantasie, Frankfurt a. M., 1976; R. Schweicher: Zur Liquidation des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, in: Antifaschismus oder Niederlagen beweisen nichts, als dass wir wenige sind, Köln, 1983, S. 208-215.

5 Philosophischer Revisionismus. Quellen, Argumente, Funktionen im ideologischen Klassenkampf, Berlin, 1977, S. 355.

6 Zitiert nach: Martin Jay: a. a. O., S. 175.

angehörigen einmütig vertretene These von einem wesensmäßigen Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus. »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen«⁷ – so lautete die von Horkheimer formulierte Grundposition. Allein das erheischt Aufmerksamkeit angesichts weitverbreiteter irrationalistischer, völkerpsychologischer Faschismusdeutungen in jener Zeit. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse wurden als die Grundlage und die letzte Ursache faschistischer Entwicklungen begriffen. In diesem Sinne stellte Max Horkheimer fest, dass der Faschismus die Verfügung über die Produktionsmittel für die Minderheit gerettet habe, die als am meisten entschlossene aus dem Konkurrenzkampf hervorgegangen ist.

Ein Charakterzug dieser Interpretation bestand jedoch darin, dass Faschismus und Kapitalismus unvermittelt in Beziehung gesetzt wurden. Das Fehlen des entscheidenden, weiterführenden Theorieverständnisses – eine Imperialismustheorie und ein Verständnis des mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleiteten neuen Zeitalters, wie sie dem Marxismus-Leninismus eigen sind, führte zu Fehlern bei der Bestimmung des historischen Platzes des Faschismus.

So beachtlich die Erkenntnis war, dass das Profitstreben stets im Streben nach gesellschaftlicher Macht ende, so unzutreffend war die Konstruktion eines genetischen Zusammenhangs von Faschismus und Kapitalismus, die den Faschismus in die Entstehungsphase des Kapitalismus zurückprojizierte. Namentlich Max Horkheimer bevorzugte diese Argumentationsweise, die er mit der Behauptung zu stützen sucht, dass die Ordnung, die 1789 in die Welt trat »von Beginn an die Tendenz zum Nationalsozialismus in sich (trug)«. So entstanden in absurder Weise »erstaunliche Parallelen«, z. B. zwischen den französischen Revolutionen und dem Faschismus.⁸

So richtig der Gedankenansatz war, die faschistische Diktatur als Ausdruck bürgerlicher Herrschaft zu begreifen, so verhängnisvoll waren andere Aspekte: die Zurücknahme bürgerlich-humanistischer Werte und ein deutlicher Geschichtsfatalismus, der rasch auch einer theoretischen Widerstandslosigkeit gegenüber dem Faschismus Vorschub leisten konnte. Die Anklage der bürgerlichen Ordnung motivierte sich zunehmend mit der Verzweiflung über den realen Geschichtsverlauf. Die Isoliertheit von der organisierten Arbeiterbewegung und von Volksfrontaktivitäten verstärkte abstrakte und utopische Hoffnungen.

Die Kluft zwischen dem, was sie einst glaubten, was nach Marx hätte einsetzen müssen – die Revolution – und der persönlich erfahrenen und erlittenen Realität – der Errichtung und Stabilisierung des Faschismus – erwies sich für Horkheimer und andere seiner Mitarbeiter als zu groß.

7 Max Horkheimer: Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung, 8. Jg., 1939, Heft 12, S. 115.

8 Ebenda, S. 130; Zu scharf im Urteil, dazu M. Wilson: Das Institut für Sozialforschung und seine Faschismusanalysen, Frankfurt/New York, 1982, S. 143: »Das Hauptziel Horkheimers Äußerungen zum Nationalsozialismus seit der Emigration war zu demonstrieren, dass der ideologische Übergang vom Liberalismus zur totalitären Staatsauffassung eine starke Kontinuität aufwies. Die wichtigsten Fragen nach der Bedeutung dieser Kontinuität bzw. nach dem Wesen des Nationalsozialismus blieben unbeantwortet.«

Im Mittelpunkt dieser Aktivitäten stand nicht die Stärkung der antifaschistischen Kampffront, sondern es nahmen vielmehr die Verzweiflung und das Unvermögen zu, die antifaschistischen Kräfte und Methoden bestimmen zu können. »Die Verwirrung ist so allgemein geworden«, schrieb Max Horkheimer, »dass der Wahrheit umso größere praktische Würde zukommt, je weniger sie auf die vermeintliche Praxis hinschließt.«⁹

Die Niederlagen der Arbeiterbewegung, den Terror gegenüber den antifaschistischen Kräften und die antisemitischen Exzesse des Faschismus hatten sie erlitten und tief in sich aufgenommen. Der Schritt zur bewussten Teilnahme an den politischen Kämpfen und am komplizierten Ringen der internationalen antifaschistischen Bewegung, die theoretische Analyse dieses Weges als praktische Teilnehmer, erwies sich als weit schwieriger, ja, für Horkheimer als unmöglich. Der politischen Einsamkeit dieser Hitlergegner entsprach auch ihre Deutung des geschichtlichen Verhältnisses von Kapitalismus und Faschismus.

Darin erschöpft sich aber die Faschismusanalyse dieses Instituts nicht. Vielmehr ging von dem Horkheimer-Wort eine aktivierende Wirkung aus, die in der Diskussion neue Erkenntnisse hervorbrachte.

Es war Friedrich Pollock, stellvertretender Institutsdirektor, der den Nationalsozialismus als eine neue Ordnung, als »totalitären Staatskapitalismus« und »Befehlsgesellschaft« bezeichnete, in dem die herrschende Klasse qualitativen Wandlungen unterzogen worden sei. Vier Gruppen seien nach Pollock im deutschen Faschismus an der Macht, die sich zwar unterscheiden, die zwar widerstreitende Interessen haben, die aber dennoch durch gemeinsame Ziele und durch die Furcht vor ihren gemeinsamen Risiken zusammengehalten würden: »Diese vier Gruppen werden gebildet durch die Großindustrie, die Wehrmacht, die Partei und die Bürokratie. Sie teilen untereinander die Macht, die früher das Monopol des Staates gewesen war, der über allen stand.«¹⁰

Die bemerkenswertesten Erkenntnisse wurden vor allem von Franz Leopold Neumann in seinem Buch »Behemoth« (1942) erbracht. Mit diesem Werk, das zu den bedeutendsten nichtkommunistischen Faschismusedarstellungen vor 1945 gehört, gewann die Faschismusanalyse des Frankfurter Instituts ihre größte politische und theoretische Reife.

Franz Neumann, als sozialdemokratischer Jurist eng mit den Kämpfen der Arbeiterbewegung verbunden, mit umfangreichen praktischen, politischen Erfahrungen ausgerüstet, wissenschaftlich breit profiliert, war ebenfalls aus Deutschland vertrieben worden. Am 2. Mai 1933 hatte die SA sein Büro besetzt.

Der sozialdemokratische Theoretiker rückte unter Anwendung marxistischer Methoden die Klassen- und Machtproblematik in den Mittelpunkt seiner Faschismusanalyse. Das zentrale Problem bildete für ihn der Imperialismus des deut-

9 Ebenda, S. 132.

10 Friedrich Pollock: Studien des Kapitalismus, a. a. O., S. 102.

schen Monopolkapitals. In den industriellen Monopolisten erblickte Neumann die mächtigsten und aggressivsten Gruppen der modernen Gesellschaft. Indem Neumann Verschmelzungstendenzen der mächtigsten Industrie-, Finanz- und Agrarmonopolisten mit einer Gruppe von NSDAP-Hierarchen zu einem einzigen Block erkannte, erfasste er objektiv wesentliche Seiten des Faschismus als Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Gemeinsam mit A. R. L. Gurland und Otto Kirchheimer arbeitete er wichtige Klassenfunktionen der faschistischen Diktatur heraus: den Versuch, die Herrschaft des Monopolkapitals und der Großgrundbesitzer zu stabilisieren; den Drang zur Weltherrschaft im Interesse des Kapitals; die Ausrottung des Marxismus und der organisierten Arbeiterbewegung.

Diese Faschismusanalyse gewann ihr politisches Gewicht nicht zuletzt durch die Forderung, die faschistische Partei, die Wehrmacht und die hohe Bürokratie zu entmachten, die Macht der Monopolwirtschaft endgültig zu brechen und die ökonomische Struktur Deutschlands grundlegend zu verändern.

Neumann vertrat so zugleich die konsequenteste und realistische antifaschistische Perspektive. Bemerkenswert ist der gemeinsame Impetus von KPD und SPD, den er sah: beider politischer Verwurzelung im Marxismus, ihr Bekenntnis zur Arbeitswertlehre, zum Klassenkampf und zur klassenlosen Gesellschaft. Neumann schrieb: »In den Augen von Sozialdemokraten und Kommunisten ist das Ziel der klassenlosen Gesellschaft und höheren Form des Lebens nicht durch Verklavung fremder Völker, sondern durch die Aufhebung des kapitalistischen Systems und die Zerstörung des bürokratischen Unterdrückungsapparates zu erreichen.«¹¹

Mit dieser Erkenntnis, die zu den besten Gedanken gehört, die deutsche Sozialdemokraten zwischen 1933 und 1945 formuliert haben, setzte sich Neumann deutlich ab von dem Geschichtspessimismus, wie er nach 1941 im Institut zunahm. 1942/43 wurde dieses Buch in zwei Auflagen im Left Book Club, einer Organisationsform der Volksfrontbewegung in Großbritannien, herausgegeben¹² und hat damit zur Qualifizierung und Formierung der Antifaschisten beigetragen. Neumanns »Behemoth« verkörperte eine Erkenntnishöhe, die in keiner anderen Faschismusanalyse des Instituts wieder erreicht wurde.

Mit den Schriften Max Horkheimers, Erich Fromms und Theodor Wieselgrund-Adornos aus den Jahren 1942 bis 1945 erhielten im Frankfurter Institut Interpretationen das Übergewicht, die zu einer politischen Subjektivierung und sozialökonomischen Relativierung des Faschismusbildes führten.

Der ursprüngliche Antikapitalismus wurde mehr und mehr durch die »Kritik an allen bestehenden Gesellschaften« zurückgedrängt. Der Kapitalismus und Fa-

11 Neumann: a. a. O., S. 237.

12 Franz L. Neumann: Behemoth, Structure and Practice of National Socialism, London, Left Book Club Edition/Victor Gollancz LTD, 1942 (2. Auflage, London 1943); Siehe auch: Hans Jürgen Krysmanski u. a.: Locating the enemy, in: Antifaschismus oder Niederlagen beweisen nichts, als dass wir wenige sind, Köln, 1983, S. 216-220.

schismus wurden wie der Sozialismus in der UdSSR als entfremdete Gesellschaften mit bürokratischen Herrschaftsstrukturen dargestellt. Immer stärker trat ein Geschichtspessimismus hervor. Vorbehalte gegenüber den Kommunisten und gegenüber der Sowjetunion vertieften sich. Statt antifaschistischer Ermutigung trat ein Entsetzen in der Erwartung einer autoritären Weltperiode zutage.

Aber auch diese Arbeiten enthielten viele scharfsinnige Einzelerkenntnisse, Beobachtungen und weiterführende Gedanken. Dies gilt etwa über das Verhältnis von Psychologischem und Sozialem, über die Beziehungen von Individuum – Klasse/Schicht – Gesellschaft, über die Rolle der »Bürokratie«, über das Verhältnis des »Individuums« zur »technischen Rationalität«, wurden doch auch hier Fragen angesprochen, die die internationale Faschismusforschung bis zur Gegenwart begleiten.

Die Rezeptionsgeschichte und die Wirkungen jener Diskussion bis in die Gegenwart sind widersprüchlich¹³ und hier aus Raumgründen nicht zu behandeln.

Zumindest sei auf folgende Gesichtspunkte aufmerksam gemacht:

Lange Zeit nach 1945 erwies sich die radikale Kapitalismuskritik und die Bestimmung sozialökonomischer, monopolkapitalistischer Grundlagen der faschistischen Diktatur als unbrauchbar für den sich stabilisierenden staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD. Vielmehr gewann in den fünfziger und sechziger Jahren die Frankfurter Schule eine besondere Rolle bei der Entwicklung des Revisionismus. Diese kleinbürgerlichen Ideologen schufen ihm faktisch eine Reihe philosophischer »Begründungen« für eine angeblich notwendige Revision des Marxismus-Leninismus. Hier offenbarten sich somit unüberbrückbare weltanschauliche Klüfte und Spannungsfelder zwischen Marxisten-Leninisten und der Frankfurter Schule.

In den sechziger und siebziger Jahren erfolgte im Zuge einer verstärkten Hinwendung »zum Sozialen« in der Geschichte durch die bürgerliche Geschichtsschreibung eine starke Entwicklung sogenannter strukturalistischer Faschismustheorien, die an einzelne Gedanken der Faschismusanalyse des Frankfurter Instituts anknüpften, oft willkürlich, oft auch etwas pragmatisch und auch als Modeerscheinung. Es kam in der BRD zu einer generellen Besinnung auf die Faschismusanalyse des Instituts.

Bemerkenswert in der Gegenwart ist zweifellos folgender Sachverhalt:

Als Mitte 1986 rechtskonservative Historiker der BRD, Nolte und Hillgruber zuvörderst, eine neue Auschwitz-Lüge und ein rabiat antisowjetisches Feindbild an den Mann zu bringen suchten und die Faschismusforschung der BRD gleichsam stark nach rechts rücken wollten, als damit an einem historischen Gegenstand Grundfragen von Humanität und Verbrechen, Bedrohungslüge und Vertrauensbildung, Demokratie und Terror aufgeworfen wurden, war es Jürgen Habermas, ein Wissenschaftler, der die Traditionen des Frankfurter Instituts und der Frankfurter

13 Siehe Rolf Richter: Beiträge, a. a. O., S. 190 ff.

Schule nach 1945 über Jahrzehnte mitgeprägt hat, welcher – als erster – öffentlich Verwahrung einlegte gegen dieses gefährliche Geschichtsdenken, das bislang ausschließlich von neofaschistischen Kreisen verbreitet wurde.

Von Habermas' Artikel »Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung«¹⁴ angeregt und ermutigt, folgten ihm andere. Es erheischt Aufmerksamkeit, dass gegen die Verdrängungsaktionen rechtskonservativer Ideologen – anders als in der »Hitlerwelle« 1973/74 – eine starke, freilich in ihrer Entschiedenheit recht differenzierte Gegenfront entstand. Sie umfasste neben kommunistischen liberale, sozialdemokratische und auch konservativ eingestellte Wissenschaftler sowie weitere antifaschistische Kräfte. Sie wollen verantwortungsbewusst Haftung für Geschichte übernehmen und Lehren im Sinne der Friedenspflicht ziehen.

Ganz offensichtlich wirkt dabei auch das antifaschistische Erbe des emigrierten Frankfurter Instituts als eine Botschaft, als eine Aufforderung zu anständiger Gesinnung, zu Zivilcourage, zum Dialog und zum verantwortungsbewussten Umgang mit Geschichte zum Zwecke des Friedens und der Menschenwürde.

Dieses Beispiel macht uns zugleich aufmerksam, dass wir in der Dialogpolitik, in dem nicht erlahmenden Ringen um eine Koalition der Vernunft, im praktischen Umgang mit dem Dokument »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«¹⁵ uns auch über Ideologie- und theoriegeschichtliche Quellen und über das Traditionsverständnis der Dialogpartner vergewissern müssen. Theoriegeschichte kann gezielt für die Dialogpolitik nutzbar gemacht werden, da sie die Identität des Partners aufhellen helfen kann, mit dem man mit Geduld und Spürsinn, Mut und Phantasie, Konsequenz und Flexibilität um einander berührende Gedanken, angenäherte Meinungen, parallele Standpunkte und schließlich gemeinsame Auffassungen im Sinne des Friedens, des Fortschritts und der Humanität ringt.

14 In: Die Zeit, 11. Juli 1986. Zu Habermas philosophischen Positionen siehe Dietmar Bergner u. Reinhard Mocek: Gesellschaftstheorien, Berlin, 1986; Der Mensch, hrsg. von Dietmar Bergner, Berlin, 1982.

15 In: Neues Deutschland, 28. August 1987.

Vergangenheit, die nie vergeht

Zum »Historiker-Streit« in der BRD

In jüngster Zeit, 1986/87, ist in der BRD eine scharfe Kontroverse entflammt, die vor allem in führenden Zeitungen der Bourgeoisie ausgetragen wird. Es geht um den Hitler-Faschismus, um seine Verbrechen und deren Ursachen; es geht um den Zweiten Weltkrieg. Es versteht sich von selbst, dass alle grundlegenden Äußerungen, die in der BRD über den Faschismus und seine Geschichte getan werden, auch im Ausland auf hellwaches Interesse stoßen.

Ausgelöst wurde die Kontroverse durch Versuche rechtskonservativer Kräfte, neue entlastende Legenden über die faschistischen Verbrechen und die daran Schuldigen zu verbreiten und zugleich das antisowjetische Feindbild in extremster Weise an den Mann zu bringen. Das Alarmierende ist, dass Auffassungen, die bislang ausschließlich in rechtsextremen Kreisen vertreten wurden, nun von renommierten Historikern und Publizisten übernommen werden, vor allem von den Historikern Ernst Nolte und Andreas Hillgruber sowie von Hitler-Biographen und Chefredakteur der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, Joachim Fest.

Der Angriff auf die historische Wahrheit wird in drei Richtungen vorgetragen.

Erstens sei es an der Zeit, die Geschichtsdarstellungen und das Geschichtsbild über den Faschismus zu »entkriminalisieren« und in diesem Sinne eine prinzipielle und breit angelegte »Revision« der »Vergangenheit, die nicht vergehen will« (Nolte), vorzunehmen. Dieses Vorgehen zielt nicht nur auf eine Verharmlosung der Verbrechen des Faschismus, sondern auf eine generelle Reinwaschung der an diesem Verbrechen Schuldigen.

Es werden die Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges faktisch aus der Sicht der faschistischen Führungselite und deren Propaganda dargestellt. So erscheint die Rote Armee als Inkarnation des Bösen, während die faschistischen Armeen, einschließlich der SS-Verbände als Heldenarmeen und »Schutzschirm« (Hillgruber) für das deutsche Volk hochstilisiert werden. Hier sind offenbar Leute am Werk, die die Niederlage des deutschen Faschismus im Zweiten Weltkrieg nicht verwinden können, für die die Antihitlerkoalition seit jeher ein »widernatürliches Bündnis« gewesen ist. Sie wollen den heutigen NATO-Verbündeten klar machen, dass sie und ihre Gesinnungsfreunde schon im Zweiten Weltkrieg an der richtigen Front gegen die Sowjetunion gestanden haben.

Zweitens wird unter demagogischer Berufung auf die historisch vergleichende Methode glauben zu machen versucht, dass die Verbrechen des Hitler-Faschismus – im Grunde reduziert man sie auf ein einziges, nämlich die Judenvernichtung – in der Weltgeschichte keine einmalige Erscheinung seien. Hauptergebnis dieser Betrachtungsweise ist eine neue Auschwitz-Legende, die jeder Verantwortungsbewusste nur als neue Auschwitz-Lüge bezeichnen kann.

Die ursprüngliche Version der Auschwitz-Lüge, von neofaschistischen Kräften seit vier Jahrzehnten kolportiert, leugnet schlankweg den fabrikmäßig betriebenen Massenmord im KZ Auschwitz und seinen 30 Außenlagern, der vier Millionen Menschen, vor allem Juden, Polen und Sowjetbürgern, das Leben kostete. Die meisten starben in den eigens dafür konstruierten Gaskammern. Nur 60 000 Häftlinge erlebten im Januar 1945 die Befreiung durch die Sowjetarmee. All das wollen die Neofaschisten nicht wahr haben, sie versuchen, die Enthüllung über die Verbrechen von Auschwitz als »Propaganda der Sieger« abzutun.

Die neue Auschwitz-Lüge wird nunmehr von honorigen rechtskonservativen Historikern und Publizisten, die über großen Einfluss im Hochschulbereich und in den Medien der BRD verfügen, aufgestellt und verbreitet. Sie leugnen die Verbrechen von Auschwitz keineswegs, sie verurteilen sie sogar entschieden – ihre Ursachen suchen und sehen sie allerdings nicht im faschistischen Systems selbst, sondern außerhalb dieses Systems. Die Schuld der Faschisten für Auschwitz und die historischen Lehren aus diesem ungeheuerlichen Geschehen soll verdrängt werden. Während Nolte historische Analogien zum Bürgerkrieg und den Klassenkämpfen in der Sowjetunion der zwanziger Jahre zieht, weitet das die Springer-Presse in einem Rundumschlag auf alle großen Völker aus. Jedes große Volk habe »sein Auschwitz« gehabt, die Portugiesen beispielsweise mit ihren Kolonialeroberungen, die USA mit ihrem Bürgerkrieg im vergangenen Jahrhundert.

Ist es auch blanker Unsinn, so hat es doch Methode. Die Verdrängungsideologen zielen damit auf eine gegenseitige Schuldauflösung, die letztendlich zum Freispruch für die Schuldigen am faschistischen Völkermord führt und Auschwitz auf eine rein technische Besonderheit der Menschenvernichtung reduziert. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass es keineswegs ein Zufall war, wenn vor wenigen Monaten die bundesdeutsche und Westberliner Justiz alle Ermittlungen gegen die ehemaligen Richter und Staatsanwälte des Freislerschen Volksgerichtshofes, die über 5 000 der mehr als 30 000 Todesurteile faschistischen Sondergerichte fällten, eingestellt hat.

Drittens gelte es, endlich das deutsche Volk aus der angeblich im In- und Ausland behaupteten Kollektivschuld zu befreien. »Die Deutschen« sollten sich nicht ewig verachtet fühlen, sondern sie müssten wieder unbeschwert ihr Haupt erheben können. Diese Auslegung knüpft an eine während des Zweiten Weltkrieges in den westlichen Ländern verbreitete Version an, die die faschistischen Machthaber fälschlicherweise mit dem deutschen Volk gleichsetzt.

Dem trat die Sowjetunion schon 1942 mit den Worten Stalins entgegen: »Die Erfahrungen der Geschichte besagen, dass die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.« Auch in den westlichen Ländern wird heute die Kollektivschuld-These von keinem ernstzunehmenden Politiker mehr vertreten. Allein die Ideologen der bundesdeutschen »Stahlhelmfraktion« sehen in dieser These ein geeignetes Mittel, die Bürger der Bundesrepublik zu irritieren, in ihnen »kollektive« nationalistische Gefühle zu entfachen. In Wirklichkeit sind es

diese politischen Rechtsaußen, die die Kollektivschuld-These brauchen, um die wirklich Schuldigen am verhängnisvollen Geschehen zwischen 1933 und 1945, das Finanzkapital, die militärische Spitze und die faschistische Führungselite, aus der Schusslinie zu bekommen und die Geschichte der Nazidiktatur undifferenziert als die Geschichte des deutschen Volkes hinzustellen.

Es mutet makaber an, wenn die skizzierte Vergewaltigung der Geschichte in Medien der Bundesrepublik als »geistesgeschichtlicher Meinungs-austausch« hingestellt wird. Dabei argumentieren die genannten konservativen Ideologen, als hätten sie die Wissenschaft für sich gepachtet. Jeder, der eine andere Meinung vertritt, wird der Unwissenschaftlichkeit, der Unkenntnis, der Unfähigkeit, der ideologischen Vorurteile und schließlich auch persönlich unlauterer Absichten bezichtigt. In preußischer Oberlehrermanier wurde selbst der Vorsitzende des bundesdeutschen Historikerverbandes, Christian Meier, ob seiner besorgten Meinungsäußerung gerügt: Er sei als Althistoriker nicht kompetent für die Jahre von 1933 bis 1945.

Es ist bemerkenswert, dass gegen die Verdrängungsaktionen rechtskonservativer Ideologen auch in der BRD eine starke Gegenfront entstand. Der Grad ihrer Entschiedenheit muss freilich recht differenziert gesehen werden. Sie umfasst, neben kommunistischen und sozialdemokratischen Historikern, die die antifaschistische Idee stets hochgehalten haben, liberale und sogar konservativ eingestellte Wissenschaftler.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass alle sich dagegen wenden, die Ungeheuerlichkeiten der faschistischen Verbrechen zu »relativieren«, die Unterschiede zwischen Tätern und Opfern des Faschismus zu verwischen oder hinsichtlich der Judenvernichtung eine Art Präventivmord-These zu entwickeln. Einige Wissenschaftler verweisen auf absurde und unhaltbare antikommunistische Konstruktionen. Die Weitsichtigsten treten für den Abbau antikommunistischer Feindbilder ein und plädieren für eine größere Aufmerksamkeit gegenüber den gesellschaftlichen Grundlagen der Judenvernichtung. Damit wird verantwortungsbewusst Haftung für die Geschichte übernommen, und es werden Lehren im Sinne der Friedenspflicht gezogen.

Auf die innenpolitischen Konsequenzen für die BRD verwies der international anerkannte Bochumer Geschichtspräsident Hans Mommsen, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, am 20. Dezember vergangenen Jahres im sozialdemokratischen »Vorwärts«: »Eine stärkere Bemühung um die Bewusstmachung der geschichtlichen Grundlagen der Bundesrepublik und der zwiespältigen Rolle des kleindeutschen Nationalstaates ist an sich begrüßenswert, verbände sich diese Bestrebung nicht mit der Strategie, von innenpolitischen Konfliktlagen abzulenken und eine Art Schlussstrich unter die jüngste deutsche Geschichte zu ziehen.« Bei prominenten Vertretern der CDU/CSU ist die letztere zu einem gleichsam abrufbaren Spielmaterial zur Bekämpfung unliebsamer politischer Opposition geworden.

Im angespannten Ringen um den Frieden ist es mehr denn je notwendig, angenäherte Meinungen, parallele Standpunkte und gemeinsame Auffassungen auch im Sinne antinazistischer Haltungen und humanistischer Grundsätze zu gewinnen. Die historischen wie aktuellen Erfahrungen besagen, dass kommunistische und nichtkommunistische Kräfte, zu denen auch Vertreter monopolkapitalistischer Kreise gehören können, im antifaschistischen Sinne aus der Geschichte lernen und für die Lebensinteressen der Menschheit gemeinsam einstehen können, ja: müssen. Die Beteiligten durchlaufen dabei einen Lern-, einen Erkenntnis- und Erfahrungsprozess, aus dem neue Antriebskräfte im Engagement für den Frieden erwachsen können. Das aber befürchten einige Konservative. Darum diskreditieren sie den Antifaschismus als ein »Gespenst der Vergangenheit«.

Mit historischen »Argumenten« sollen die Kräfte der Konfrontation gestärkt werden, indem durch maßlose Hetze die alte Angst vor dem kommunistischen Osten reaktiviert wird. Bezeichnenderweise sind es dieselben Kräfte, die den imperialistischen Wiedervereinigungsanspruch massiv ins Spiel bringen. Vor allem aber zielt diese rechtskonservative Aktion darauf, mit höchst unmoralischen Mitteln das aktuelle Friedensprogramm der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten in Misskredit zu bringen.

Die Aktion militanter konservativer Historiker soll offensichtlich eine Art Gegenoffensive nach der schweren Schlappe darstellen, die sie zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus erlitten hatten, als weltweit das antifaschistische Erbe für den aktuellen Friedenskampf genutzt wurde. In den sozialistischen Ländern erfolgte eine umfassende Aktivierung der Erfahrungen des Kampfes gegen den Faschismus. In den kapitalistischen Staaten schöpften die Friedenskräfte Hoffnung und viele Ideen aus den Traditionen des Antifaschismus und der Antihitlerkoalition. Einer Reihe von Politikern kapitalistischer Staaten war das Jubiläum Anlass, um zur Besonnenheit und zum friedlichen Zusammenleben aller Völker aufzufordern.

Damals hielt der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Richard von Weizsäcker, eine stark beachtete Rede, in der er den 8. Mai 1945 auch einen Tag der Befreiung nannte. Aus seinen historischen Betrachtungen gewann er gewichtige Schlussfolgerungen: Friedliche Nachbarschaft werde als zentrale Aufgabe angesehen. Im Interesse des Friedens müsse man aufeinander zugehen. Freundschaft mit der Sowjetunion sei der Wille der BRD. Von deutschen Boden mögen Frieden und gute Nachbarschaft ausgehen. Das waren klare Worte.

Die DDR kann in der Gegenwart nicht zuletzt deshalb eine aktive, ideenreiche Friedenspolitik betreiben, weil sie geschichtliche Erfahrungen achtet und schöpferisch umzusetzen vermag.

Bei uns wurde das Vermächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer Wirklichkeit. Gemäß dem Potsdamer Abkommen wurden Militarismus und imperialistische Aggressivität mit ihren sozialökonomischen Wurzeln ausgerottet. Erinnert sei an dieser Stelle nur an den Volksentscheid zur Enteignung der Nazi- und

Kriegsverbrecher im Lande Sachsen vor über 40 Jahren. Von 93,7 Prozent der wahlberechtigten Bürger Sachsens stimmten damals 77,6 Prozent für das Gesetz über die Übergabe von Betreibern der Kriegs- und Naziverbrecher in das Eigentum des Volkes. Zusammen mit der Bodenreform, die privaten Großgrundbesitz von über 100 Hektar kostenlos an fast 250 000 werktätige Bauern, Arbeiter und Angestellte übereignete, sowie dem Aufbau eines demokratischen Schul- und Bildungswesen sind die Fundamente einer antifaschistischen Republik entstanden, die auf die Macht des Volkes gegründet ist.

Damit wurde einer großen geschichtlichen Alternative zu Faschismus und Krieg auf deutschem Boden die Tür geöffnet. Es entwickelte sich ein sozialistischer Staat, in dem Antifaschismus und aktive Friedenspolitik oberste Doktrin sind. Auf dem XI. Parteitag der SED verwies Erich Honecker unter ausdrücklichem Bezug auf die Lehren der Geschichte erneut darauf, dass beide deutsche Staaten eine besondere Verantwortung für den Frieden tragen. Er bekräftigte die entscheidende Lehre, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg, sondern immer nur Frieden ausgehen darf.

Auch heute noch wirkt der Antifaschismus als Triebkraft. Er beweist seine schöpferische Bedeutung bei der Ausarbeitung und Praktizierung einer konstruktiven Friedenspolitik durch die Staatsführung der DDR. Er ist im Massen- und Alltagsbewusstsein verankert und bildet ein unabdingbares Element unseres sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus. Er gehört zu den Grundwerten des Sozialismus. Nicht zuletzt aus diesen Faktoren erwächst die Zuverlässigkeit der DDR im angespannten Ringen um die Bewahrung des Friedens.

Geschichte der westlichen Geschichtswissenschaft marxistisch betrachtet

Es ist eine Elementarwahrheit: Ein Problem wird erst dann erschließbar, wenn seine Geschichte bekannt ist. Das gilt uneingeschränkt auch für die heutige Geschichtswissenschaft in Deutschland und in anderen Ländern. Der vorliegende Band* vermittelt zum ersten Male einen Überblick über die Geschichte der Geschichtswissenschaft zur neueren Zeit in der Bundesrepublik Deutschland ab 1945, in Italien, Großbritannien, den USA und Frankreich ab 1917. Das zeugt von einer außerordentlichen wissenschaftlichen Leistung der Verfasser, allesamt marxistische Historiker. Für jeden, der sich fernerhin mit der Geschichte der historischen Wissenschaft in diesen Ländern befassen wird, dürfte dieses Buch Pflichtlektüre werden. Studierende finden hier höchst zeitökonomisch einen guten Zugang zu den zentralen Fragestellungen in den jeweiligen Zeitabschnitten, zu Namen, Werken, Debatten, Schulen. Der berufserfahrene Historiker wird dankbar und wohl auch nicht selten verblüfft mit Gewinn die Längsschnitte, die ja weit über den eigenen Gegenstand hinausweisen, lesen. Ein neuartiges Werk in der Wissenschaftslandschaft.

Eine solche Darstellung wird nicht aus dem Ärmel geschüttelt. Im vorliegenden Falle ist es ein Arbeitsprodukt eines mehr als drei Jahrzehnte umgreifenden Forschungskontinuums, für das mehrere der Autoren stehen, in erster Linie aber wohl Gerhard Lozek (geb. 1923). Er schuf in mehr oder minder enger Zusammenarbeit mit anderen profilierten Wissenschaftlern in der DDR (etwa Werner Berthold, Alfred Loesdau, Walter Schmidt, Helmut Meier, Konrad Irmschler) Schritt für Schritt einen Fundus von Analysen erst über die Historiographie der Bundesrepublik Deutschland, später dann der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens. In Jahrzehnten entstanden Dissertationen, Habilitationen, Bücher, Aufsätze, Konferenzbeiträge, auch interne Verständigungspapiere, oft im Titel mit der Formulierung beginnend »Zur Analyse und Kritik der...«, »Zur Information über...«, »Zur Auseinandersetzung mit...« Gerhard Lozek war der Drängende, der Leiter, der Koordinator. Er scharte Wissenschaftler und Nachwuchskräfte um sich, die die Einladung, in das nichtmarxistische Geschichtsdenken einzudringen, als Herausforderung und als Bereicherung ihrer forscherschen Entwicklung begriffen, dafür nicht selten aufopferungsvoll arbeiteten. Die Schwierigkeiten derartiger Unternehmungen waren in der DDR für Außenstehende, die nur einen ideologischen Aspekt der Auseinandersetzung mit anderen Klassenkräften zu sehen vermochten, kaum wahrnehmbar. Insider indes wissen mehr: über permanente politische Arro-

* Gerhard Lozek (Hrsg.): *Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert. Neuzeithistoriographie und Geschichtsdenken im westlichen Europa und in den USA*, Berlin 1998, 484 S.

ganzen und wissenschaftliche Grenzen leitender Kräfte des wissenschaftsorganisatorischen Establiments der DDR-Geschichtswissenschaft; über latentes Misstrauen in der Politobrigkeit; Beschränktheiten und Verletzungen unter Kollegen. Nicht gänzlich zu vergessen: die finanziellen und praktischen Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung, deren Schilderungen sowohl das dramatische, komisch-groteske als auch das zollhistorische Genre bedienen würden. Gleichwohl bleibt im zeitlichen und psychologischen Abstand auch für den mit wissenschaftsorganisatorischen Prozessen Vertrauten Erstaunen darüber, welche finanziellen Mittel im Klein- und Mangelland DDR für derartige Forschungen bereitgestellt wurden.

Wie es in der Wissenschaft stets normal ist, wie es in der Geschichtswissenschaft, die ohne Politik schwer denkbar ist, geradezu zu erwarten ist, vollzog sich der Erkenntnisprozess der Forschenden um Lozek widersprüchlich, war mit Fehlern behaftet, verlief nicht ohne wissenschaftsfremde ideologische Schelte am Objekt. Nicht jede Einschätzung eines Werkes, eines Wissenschaftlers, einer historiographischen Tendenz hatte Bestand, manches war ideologieüberfrachtet; oft wäre Gelassenheit angezeigt gewesen als das zu rasche Generalurteil. Es ist nicht leicht, sich von (post-)stalinistischen Sichtblenden und von im Kalten Krieg geprägten Verhaltensweisen zu befreien und unverstellten Blickes Wissenschaft aufzunehmen und die eigene Sicht zu profilieren. Der Rezensent weiß, worüber er schreibt. Freilich, freilich: Schaut man sich die Geschichte der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft an, so begegnet man nicht nur feinsten Gelehrsamkeit, selbstloser Zivilcourage und strikt wissenschaftlicher Positionsbestimmung. Wie übel wurde doch einst Fritz Fischer von seinen Zunftkollegen attackiert, als er die Kriegsschuld deutscher Eliten am Ersten Weltkrieg ins Blickfeld brachte; wie intrigenhaft sollte die Habilitation des talentierten Abendrothschülers Reinhard Kühnl in Marburg hintertrieben werden; wie unfassbar lesen sich die wissenschaftlichen Werdegänge deutscher Ostforscher vor und nach 1945, die lange Zeit die westdeutsche Wissenschaftsszene bestimmten konnten; wie unvergessen ist es, dass es ein USA-Historiker jüdischer Herkunft war, Fritz Stern, der im Jahre 1964 (sic!) seinen westdeutschen Kollegen zur Kenntnis bringen musste, dass zwei Weltkriege wohl nicht nur als Betriebsunfälle abgehandelt werden dürfen; und selbst ein so auf Reputationswahrung der Zunft bedachter Forscher wie Jürgen Kocka kam auf dem Frankfurter Historikertag 1998 nicht umhin zu formulieren, dass die Bundesrepublik und Teile ihrer Historiographie »ihre braune Unterseite« hatten. Genug. Gleichwohl: Die marxistischen Historiker gehen in ihrem Werk davon aus, dass ihnen »Wissenschaft« entgegentritt – und nicht historisch verbrämte Primitivideologie. Sie bearbeiteten dieses Stück Wissenschaft mit jenem Ernst, den der Gegenstand von selbst erzwingt. Damit weisen sie sich selbst als Wissenschaft aus. Der Sinn von Wissenschaft besteht nach einer Erklärung der

1 Jürgen Kocka: Kommentar in der Sektion »Deutsche Historiker im Nationalsozialismus«. Deutscher Historikertag, Frankfurt a. M., 10. Sept. 1998, Fax-Ms., S. 10.

18. Generalkonferenz der UNESCO vom 23. Oktober 1974 darin, durch das »objektive Studium beobachtbarer Phänomene Kausalzusammenhänge zu erkennen und zu beherrschen«, um daraus »Nutzen zu ziehen« – »zum Wohle der Menschen«.²

Im Jahre 1998 passierte in der deutschen Geschichtswissenschaft etwas höchst Widersprüchliches: Während auf dem 42. Deutschen Historikertag in Frankfurt a.M. westdeutsche nichtmarxistische Wissenschaftler höchst kritisch wie auch höchst »erklärend« die Nazivergangenheit ihrer Zunftväter (wie Theodor Schieder, Werner Conze u. a.) unter die Lupe nahmen, legten vorwiegend ostdeutsche marxistische Geschichtswissenschaftler einen repräsentativen Band vor, in dem der Weg der anderen Seite aufgezeigt – und dies heißt stets auch – in den erbrachten Leistungen gewürdigt wurde. In diesem Widerspruch liegt Produktivität und Komplementarität.

»Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert« wurde am Ende der achtziger Jahre geschrieben. Es sollte ein Standardbuch für historiographiegeschichtliche Forschung, Lehre und Publizistik entstehen, das den Zugang zur westlichen Geschichtswissenschaft erleichtert. Das Buch lag 1991 gedruckt vor. Indes ein Herausgeber und der alte Verlag stiegen aus. Die Auflage wurde eingestampft. Die souveränen Erklärungen unbefangener westlicher Wissenschaftler, das Buch erscheinen zu lassen, blieben ungehört. Es bleibt dennoch wissenschaftlich wie charakterlich buchenswert, dass sich Wissenschaftler wie Ernst Schulin, Günther Heydemann, Bernhard von Boocke, Volker Ullrich, Georg G. Iggers in und nach der Wende im Interesse perspektivischer Forschungen für das Erscheinen des Werkes aussprachen.

»Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert« sieht die Historiographie in ihren Wandlungen. Jede Geschichtsschreibung enthält nicht nur Aussagen über die Vergangenheit, sondern sie reflektiert stets auch den Zeitgeist der Epoche, in der sie entstanden ist. »Es ist ein Hauptanliegen der noch relativ jungen historischen Teildisziplin Geschichte der Geschichtswissenschaft, den Zusammenhang beider Komponenten zu erhellen, denn mit dem Wandel der Epoche wandeln sich auch die Inhalte, Theoreme, Methoden und selbst die Darstellugenweisen der Geschichtsschreibung. Ähnlich wie wissenschaftsgeschichtliche Arbeiten generell, so darf sich auch Historiographiegeschichte nicht in der bloßen Beschreibung des innerwissenschaftlichen Entwicklungsprozesses erschöpfen, sondern muss die jeweiligen gesellschaftlichen, insbesondere politischen und geistig-kulturellen Bedingungen und Einflüsse sowie die damit korrespondierenden erkenntnisleitenden Interessen berücksichtigen.« (S.17) Über den Zusammenhang von Geschichtsschreibung und Politik reflektierte der ehemalige Vorsitzende des Verbandes Deutscher Historiker, Wolfgang J. Mommsen, im Jahre 1988: »Die wesentliche Bedingung der Wissenschaftlichkeit von Geschichtsschreibung besteht nicht darin, dass sich der Historiker von jeglicher Berührung mit politischen Bewertungen fernhält –

2 Zitiert nach: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Heft 11/79, S. 1303.

dies ist weder möglich noch überhaupt wünschenswert –, sondern dass er bei der Rekonstruktion vergangenen Geschehens konsequent zwischen der Ebene der Beobachtung und der Ebene der Darstellung differenziert... Nach der bekannten Definition Huizingas ist ›Geschichte die geistige Form, in der sich eine Kultur über ihre Vergangenheit Rechenschaft gibt.‹ Dies geschieht, indem der Historiker die Vergangenheit mit den Kategorien beschreibt, ›die seine Weltanschauung, sein Geist und seine Kultur ihm liefern.‹ Insofern überschreitet der Maßstab, an dem sich der Historiker bei der Darstellung der vergangenen Ereignisse orientiert, den Horizont der jeweils handelnden Zeitgenossen und ist stets ›gegenwärtiger‹ Art. Auch Historiker dürfen für sich beanspruchen, ihre Arbeit im Bewusstsein einer politischen Verantwortlichkeit zu tun, welche unsere heutige freiheitliche Ordnung als verbindliche Norm betrachtet, ohne deswegen schon die Grenze zwischen Politik und wissenschaftlicher Geschichtsschreibung zu verwischen.«³ Die Geschichtswissenschaft des 20. Jahrhundert sah sich durch solche außerwissenschaftlichen Ereignisse herausgefordert, wie die Wandlungen des Kapitalismus und Herausbildung von Imperialismus, die Revolutionen 1917/18, zwei Weltkriege, faschistische Bewegungen und Regime, neue Entwicklungen in der bislang kolonial abhängigen Welt, der Herausbildung und den Untergang von kommunistischen Herrschaftsformen, die Shoa. Auf diese und andere – auch subjektivste – Einflüsse reagiert die Geschichtswissenschaft. In der Reaktion wird nicht nur die subjektive Erkenntnisfähigkeit des Forschers evident, sondern es treten auch Gruppen-, Schichten-, Klasseninteressen sowie Ambitionen von wissenschaftlichen Strömungen und Schulen zutage. Dabei gewinnen die Strukturelemente des Geschichtsdenkens, die Gerhard Lozek formuliert hatte, eine besondere Rolle: die historisch-politische Konzeption, als das flexibelste Strukturelement; das Geschichtsbild; die Geschichtstheorie und -methodologie und die Fachmethodik. Daraus erwächst schließlich auch die Strukturierung der Geschichtswissenschaft in verschiedene Strömungen, so etwa die sozialreformistische, die liberale, die konservative, die rechtskonservative, die neonazistische. Chemisch rein indes treten sie nicht immer auf, kommt es doch zu Überschneidungen, Kreuzungen und Berührungen.

In seiner internationalen Ausrichtung liegt der größte Vorzug des Bandes. Gleichsam im Längsschnitt werden nationale Ausprägungen von Geschichtswissenschaft untersucht und mit einem beeindruckenden Faktenmaterial untersetzt. Die Geschichtswissenschaft Großbritanniens (Autor: Konrad Irmschler), der USA (Autoren: Peter Schäfer, Rainer Schnoor, Alfred Loesdau), Italiens und Frankreichs (Autor: der 1996 verstorbene Jaroslav Kudrna) wird dabei jeweils beginnend mit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg vorgestellt. Erst von der Kenntnis dieser Geschichte des Geschichtsdenkens in seinen nationalen Ausformungen und in

3 Wolfgang J. Mommsen: Die Aufgabe des Historikers, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 288, 10. Dezember 1988, S. 29.

seinen internationalen Berührungen entsteht das faszinierende Bild einer sich wandelnden nichtmarxistischen Historiographie. Dieses Verständnis aber erst ermöglicht überhaupt den Zugang zu heutigen Problemen und Fragestellungen. Bei einem so breit gespannten Feld ist es leicht, auf Desiderata aufmerksam zu machen, so wird z. B. dem französischen Rechtsradikalismus zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Bei der Behandlung der Briten wird deren *Encyclopedia Britannica* vermisst, die viele Wissenschaftler für das beste Lexikon der Welt halten. In den Abschnitten zur USA-Historiographie wird die starke Geschichtsschreibung zur Geschichte der Juden und der Shoa nicht erhellte. Die Gramsci-Rezeption in Italien wird zu undifferenziert behandelt. Von zentralem Gewicht hält der Rezensent indes Folgendes: Es ist vor jedweder Relativierung der Bedeutung der USA-Geschichtswissenschaft, die in mehreren Abschnitten zum Ausdruck kommt und in denen die diversen und azyklisch wiederkehrenden Krisendiskussionen der USA-Historiker zu blauäugig und zu pur aufgenommen werden, zu warnen. Der Rezensent sieht eher eine Kulturexpansion der USA, die hinter der der fünfziger Jahre nicht zurücksteht: so in der Massenkommunikation, der Filmindustrie, der Musik, der Buchproduktion, in den Geisteswissenschaften. Zu den historischen Werken, die in Deutschland Aufsehen in Fachkreisen und zum Teil weit darüber hinaus erregten, gehören unverhältnismäßig viele, die von USA-Autoren verfasst worden sind: von Christopher Browning, Daniel Goldhagen, Gerhard L. Weinberg, Otto Pflanze, Raul Hilberg, Charles S. Maier, Robert Gellately, Saul Friedländer, Konrad Jarausch, Georg G. Iggers, Robert F. Goeckel, Robert G. L. Waite, Peter Gay, Samuel Huntington, der Princeton-Professor britischer Herkunft Harold James, der immer wieder aufgelegte Hajo Holborn. Die Geschichtswissenschaft der USA ist die mit Abstand bedeutendste, innovations- und ausstrahlungstärkste der Welt. Das Beste, was ein junger Geschichtsstudent oder Doktorand, den links orientierten in besonderem Maße eingeschlossen, sich antun kann, ist eine intensive Beschäftigung mit der Geschichtswissenschaft der Vereinigten Staaten von Amerika und selbstverständlich deren Entwicklungsweg. Leistet er dies nicht, wird ihm vieles seiner Wissenschaft absolut verschlossen bleiben. Der vorliegende Band kann ihn dazu ermutigen und gezielt anregen.

Der Leser wird den Verfassern gern folgen und sich informieren lassen, etwa über das Geschichtsbild der *New history* in den zwanziger und dreißiger Jahren, über den Präsentismus, über das Geschichtsdenken im Kalten Krieg bis zur *New social history* in den achtziger Jahren der USA. Analoges gilt für die italienische Geschichtswissenschaft. Hier dürfte der Abschnitt über den Faschismus und seine Geschichte geschärfte Aufmerksamkeit finden. Im Kapitel Frankreich wird der Leser besonders dann fündig, wenn er revolutions- und sozialismusgeschichtliche Fragestellungen sucht, wenn er zum Antifaschismus arbeitet, wenn er zu den Stichworten »*Annales*« und Mentalitätsgeschichte reflektiert. Im Kapitel Großbritannien spechen die Abschnitte zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zur Industrialisierung an. Souverän werden die Politik- und Diplomatiehistoriographie

zum Zweiten Weltkrieg und die Profilierung der New social history abgehandelt. An diesen Stellen wird es opulent, hier ist viel zu finden. Der durchweg sehr konzentrierte Schreibstil der Autoren erlaubt ein weites Informationsspektrum, erzwingt aber auch ein Höchstmaß an Konzentration beim Studium, um z. B. Kontinuitäten und Modifikationen in der historiographiegeschichtlichen Entwicklung – mit dem Autor mitgehend – zu erfassen.

Ein glänzender Überblick wird über die Geschichte der Geschichtsschreibung der Bundesrepublik Deutschland geboten. Prägnant werden die Hauptreaktionen der Geschichtswissenschaft auf die Niederlage des Nazifaschismus skizziert, freilich ohne Winfried Schulzes Arbeiten hinreichend zu beachten. In diesem Abschnitt tauchen selbstverständlich Friedrich Meineckes krisenbewusste Überlegungen von einer Vereinigung von Burkhardt und Ranke auf (in denen sich freilich seine Bedeutung nicht im entferntesten erschöpft); es wird gezeigt, wie die politische Geschichtsschreibung im Zeichen der Restauration sich in der Adenauer-Zeit entwickelte und konservative Historiker wie Gerhard Ritter übermäßig Einfluss gewannen, die das arg angeschlagene Renommee der alten Klassenkräfte aufzupolieren und das neue Staatswesen historisch zu legitimieren suchten. Deutlich wird die Funktion der Totalitarismus-Doktrin charakterisiert, die sowohl antihitleristische wie vor allem antikommunistische ideologische Bedürfnisse bediente und mit außerwissenschaftlichem Ballast überfrachtet war. Gerhard Lozek übersieht dabei nicht solche Arbeiten wie die von Erich Eyck, Arthur Rosenberg oder Wolfgang Abendroth. Wohl alle entscheidenden Innovationen und Debatten, Grundströmungen und Hauptwerke werden erfasst, charakterisiert und in ihrem politischen und zeitgeschichtlichen Hintergrund verortet. Interessant lesen sich jene Abschnitte, die die Darstellung der Arbeiterbewegung behandeln – von der Hinwendung zu dieser Teildisziplin in den fünfziger Jahren über die sozialgeschichtliche Betrachtungsweise eines Werner Conze und seiner Anhänger über den verdienstvollen Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte an der Universität Heidelberg bis zu der profilierten Historiographie, die z. B. mit den Forschungen der Angehörigen der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD verbunden sind.

Gründlich informiert wird der Leser über solche Erscheinungen, wie die Hitlerwelle, die Faschismuskussion in den siebziger Jahren, Ernst Noltes frühe Arbeiten, die Preußenrenaissance, den Historikerstreit der achtziger Jahre. Interessantes findet man auch zu dem US-amerikanischen Holocaust-Film von 1979 oder die Alltagsgeschichtsschreibung. Während das unrealisierte Projekt Deutsches Historisches Museum in Westberlin und das Konzept des organisierten Kapitalismus überdehnt berücksichtigt werden, erfährt das Modernisierungskonzept an keiner Stelle des Buches eine konzentrierte Auseinandersetzung (auch etwa im Vergleich zum Reformbegriff), wird die »Argument-Debatte zum Primat der Politik« in ihrem konzeptionsbildenden Impulsen für Ost und West nicht erkannt, wird das pädagogische und forschersche Wirken der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin entschieden unterkühlt und »Die Rede« des Bundespräsidenten

Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 nicht als historisch-kulturelle Zäsur erfasst. Das betreffende Kapitel des Bandes gibt einen vorzüglichen Einblick in die Hauptrichtungen der Theorie- und Methodologieentwicklung, so über die Profilierung einer geschichtswissenschaftlichen Richtung als Historische Sozialwissenschaft und über die darauffolgende Tendenzwende zum Neohistorismus. Eine Fundgrube, zumal sich dieses Feld im alltäglichen wissenschaftlichen Forschungsprozess so schnell nicht entschlüsseln lässt.

Von eigenständigem Wert sind jene insgesamt ca. 30 Seiten, die über die Organisationen, Zeitschriften, Strukturen, Forschungseinrichtungen, Archive und Bibliotheken informieren und besonders dem Studierenden einen erstklassigen und zeitökonomischen Einstieg ermöglichen dürften.

Der Rezensent wiederholt: Die historiographiegeschichtlichen Entwicklungen werden in diesem Buch bis zum Jahre 1989 verfolgt. Es zeugt vom Anstand der Autoren, sich zu ihren Ausarbeitungen, die in ihrer Substanz lange vor der sogenannten Wende entstanden sind, als eine Art von Zeitdokument zu bekennen und sich der wissenschaftlichen Kritik zu stellen, auch wenn sie individuell im Erkenntnisprozess natürlich vorangeschritten sind.

Drei abschließende Überlegungen: Erkenntnis ist Vergleich. Obzwar das 20. Jahrhundert noch nicht zu Ende ist, wäre eine abschließende Betrachtung über die Geschichtswissenschaft des 20. mit der des 19. Jahrhunderts, das an historischen Arbeiten wahrlich nicht knapp ausgestattet war, als eine Art historiographiegeschichtlicher Jahrhundertbilanz intellektuell sehr reizvoll gewesen.

Wissenschaft entsteht im Dialog. Für künftige Darstellungen zur Geschichte der Geschichtswissenschaft wäre es höchst nützlich, jene subjektivsten (und so außerordentlich wichtigen) Bedingungen für die wissenschaftliche Erkenntnis kennenzulernen, die über die Strukturelemente nicht erklärt werden können. Also: Wie stand es mit den Forschungsintentionen und -bedingungen jener Bielefelder Historiker (festzumachen besonders an den Namen von Hans-Ulrich Wehler und Jürgen Kocka), die über die Geschichtswissenschaft als historische Sozialwissenschaft eine in sich differenzierte Strömung jenseits des Historismus manch Neues in die Welt brachten. Sie gaben auch ab 1975 die Zeitschrift »Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft« heraus. Wo traf man sich? Wer brachte welche Idee wann ein? War Theodor Schieder mit seiner Aufforderung, den Marxismus mit seinen eigenen Waffen zu schlagen,⁴ ihr geistiger Vater? Wie war das zwischenmenschliche und das allgemeine Klima im Forscherkreis? An solchen Punkten historiographiegeschichtlicher Darstellungen sind Zielsetzungen unumgänglich.⁵

Wissenschaft heißt Brücken bauen. Während die Verfasser die Internationalen Historikerkongresse und die Aktivitäten der sogenannten DDR-Forschung in den

4 Theodor Schieder: Grundfragen der neueren deutschen Geschichte, in: Historische Zeitschrift, Köln, Bd. 192, 1961, S. 3/4.

5 Man denke auch etwa an Werner Heisenbergs Standpunkt, »dass Wissenschaft im Gespräch entsteht.« (Werner

einzelnen Ländern zu erfassen bemüht waren, sind ihnen wesentliche Begegnungen westlicher Geschichtswissenschaftler mit marxistischen deutschen Historikern aus der DDR schlankweg entgangen, so z. B. die Faschismuskonferenz 1975 in Weimar (mit internationaler Beteiligung), 1983 die deutsch-deutsche Beratung in Sellin, 1987 in Berlin und 1989 Princeton (mit USA-Wissenschaftlern), 1989 in Berlin (mit italienischen Forschern), 1989 in Berlin (mit BRD-Historikern), 1989 in Bochum (mit internationaler Beteiligung) u. a. Sie erwiesen sich als unersetzlich und von eigenem Gewicht bei einer differenzierteren Einschätzung historiographiegeschichtlicher Entwicklungen. Es gehörte zu den herausragenden Verdiensten Gerhard Lozeks, relativ früh – zehn Jahre vor Helsinki – auf dem Internationalen Historikerkongress in Wien 1965 für Zusammenarbeit, sachlichen Meinungsstreit (z. B. auf dem Felde der Geschichtstheorie), Meinungs austausch (z. B. über die Spezifik historischer Erkenntnis, über die Geschichte der Geschichtswissenschaft), für die Gleichberechtigung unterschiedlicher Standpunkte plädiert und sich gegen das Gedankengut des Kalten Krieges gewendet zu haben.⁶

Die Verfasser haben sich mit diesem Buch verdient gemacht. Dafür Anerkennung und Respekt. Die leserfeindliche Anordnung der Anmerkungen und das fehlende Personenverzeichnis sollen dennoch nicht unerwähnt bleiben.

Ist ein Werk beendet, so steht ein neues vor der Tür. Vorsicht. So einfach liegen hier die Dinge wahrlich nicht. Tastende Überlegungen sind dennoch statthaft. Wäre es nicht an der Zeit, ein neues Nachschlagewerk über deutsche Historiker im 20. Jahrhundert zu verfassen, an dem west- und ostdeutsche, nichtmarxistische und marxistische Autoren zusammenarbeiten könnten? Oder: »Neueste deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945 in Stichworten« (von »Antifaschismus« über »Identität« und »Patriotismus« bis »Zeitgeschichte«). Oder ein Nachschlagewerk über europäische Historiker im 20. Jahrhundert. Die kürzeste consensus-Formel der Beteiligten könnte lauten »Auschwitz als Verantwortung«. Gewiss, die Zeichen der Zeit stehen in Deutschland (noch) nicht günstig. In Ländern wie Frankreich oder Österreich ist man kulturell weiter. Aber hinter Versteinerungen und Verknöcherungen entfalten sich nicht selten entwicklungsfähige Pflänzchen. In manchen freien Trägern kleiner wissenschaftlicher Unternehmen in Ostdeutschland sind sie erkennbar.

Die Geschichte der Geschichtswissenschaft geht weiter.

Heisenberg: Der Teil und das Ganze. Gespräche im Umkreis der Atomphysik, München 1969, S. 9.) Man denke auch an Friedrich Meinecke und den Wert seiner Beziehungen zu Otto Hintze (siehe Friedrich Meinecke: Erlebtes 1862–1901, Leipzig 1941, S. 149 ff.) oder an die Bindungen zwischen Erich Marcks und Heinrich von Treitschke (siehe: Briefe Heinrich von Treitschkes an Historiker und Politiker vom Oberrhein, hrsg. von Willy Andreas, Berlin 1934.) Aufschlussreich auch die Bemerkung unlängst von Otto Friedrich Oexle über Josef Fleckenstein: »Ein wesentliches Element der Wissenschaft ist für Fleckenstein das Gespräch und die Verbundenheit mit wissenschaftlichen Weggefährten, wie er sie auch im Konstanzer Arbeitskreis für mittelalterliche Geschichte fand, den er viele Jahre geleitet hat. Im Blick auf Kantorowicz sprach Fleckenstein einmal von dem ›Doppelgestirn‹ von ›Wissenschaft und Freundschaft‹.« (Siehe Otto Friedrich Oexle: Doppelgestirn über Göttingen. Zum achtzigsten Geburtstag des Historikers Josef Fleckenstein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Februar 1999, S. 43.)

6 Lozek, Gerhard: Über die Strukturelemente des Geschichtsdenkens und die internationale Zusammenarbeit der Historiker, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, Heft 1/1966, S. 100-103.

In der Pflicht des Antifaschismus

Die komplizierte Gesamtsituation, in der sich unser Land befindet und die in ihrer Härte unvergleichbar ist mit anderen schwierigen Punkten der DDR-Geschichte, enthält Gefahren und Chancen für einen erneuerten, einen demokratischen, freiheitlichen Sozialismus in der DDR. In dieser Situation gilt es die antifaschistische Substanz unserer Gesellschaft entschlossen zu verteidigen. Mehr noch: Ein erneuerter Sozialismus auf deutschem Boden braucht — lebensnotwendig! — einen lebendigen, aktiven, erneuerten Antifaschismus. Die DDR ist auch künftig nur als ein Gemeinwesen vorstellbar, zu dessen Charakteristika der Antifaschismus gehört. Dabei kann auf viel Wertvolles aufgebaut werden. Allein schon die Existenz der DDR ist ohne antifaschistische Leistungen, die die deutsche und internationale Geschichte hervorgebracht hat, nicht denkbar. Die DDR verstand sich stets als antifaschistischer Staat. Viel wurde geleistet, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

Sich neuen Anforderungen zu stellen bedeutet aber ebenfalls: Der Sozialismus in der DDR bedarf auch künftig eines unbestechlich klaren Bildes über die Verantwortung, die ihm aus dem faschistischen Erbe und den antifaschistischen Traditionen deutscher Geschichte zukommt. Verantwortung — das ist ein zentrales Stichwort. Haftung zu übernehmen für den Fortgang der Geschichte der DDR in antifaschistischen und sozialistischen Bahnen schließt die Forderung ein, im Alltag, im Klima der Gesellschaft, in der öffentlichen Aufmerksamkeit den Antifaschismus — immer wieder neu — zu bewahren, sorgsam mit ihm umzugehen und neu zu entfalten. Die Kernfrage bleibt dabei seine Verinnerlichung durch den Einzelnen und so durch die Gesellschaft. Vor Illusionen sollte man sich dabei mehr denn je hüten. Rezepte gibt es nicht. Die Überlegungen vieler sind gefragt. Hier ist schwere Arbeit zu leisten; Augenmaß und Feingefühl sind ebenso gefordert wie Entschlossenheit, sich von Falschem, Nichtbewährtem oder Überholtem zu trennen.

Zentrale Gedenkstätten, traditionelle Kundgebungen, Aufmärsche, Namensträgerbewegungen und vieles andere mehr gehören zum Umgang mit dem antifaschistischen Erbe in der DDR. Dagegen soll auch nicht gesprochen werden. Es sei hier nachdrücklich Respekt bekundet vor der hingebungsvollen erzieherischen Arbeit all jener, die sich im Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR organisiert haben, in dem seit längerem nach wirksamen Formen antifaschistischer Arbeit gesucht wird.

Doch es kann einfach nicht länger übersehen werden, dass manches im Umgang mit dem antifaschistischen Erbe in erstarrten Ritualen abläuft, in Tonlage, Gestus und Umfang überlebt ist, Jugendliche nicht erreicht. Es sei hier plädiert für einen ideenreichen, sehr differenzierten Umgang mit dem Antifaschismus in der DDR. Es gilt, die Vielfalt der individuellen Zugänge zum Antifaschismus, die Konkretheit und den Reichtum in der Geschichtsvermittlung sowie die Erschlie-

bung des gesamten moralischen Potentials des Antifaschismus zu sichern oder neu zu schaffen.

Der eine kommt über Thälmann und Dimitroff zu persönlichen Standpunkten, der andere über das Schicksal einer unbekanntenen Leningrader Familie oder über die Selbstzeugnisse eines Soldaten der USA-Armee zu unverlierbaren Einsichten. Wieder andere schöpfen aus Dietrich Bonhoeffers Gebet und Weg, aus Graf Moltkes Bekenntnis und Haltung, aus Martin Riesenburgers Tapferkeit Eigenständiges für die eigene Position. Mit Gewinn wird mancher in der DDR die immer wieder neue Befragung der Geschichte durch den Antifaschisten Willy Brandt verfolgen. All dies und noch weit mehr gilt es aus der deutschen und allgemeinen Geschichte wie aus der Weltliteratur für das Volk der DDR zu erschließen! Ohne jedwede Enge, gute Ansätze weiter verfolgend, Berührungängste und Provinzialismus überwindend, ist das nationale und internationale antifaschistische Erbe aus Wissenschaft, Kultur und Kunst, Publizistik, aus elektronischen Medien selbstverständlich kritisch-produktiv und freimütig zu befragen. Gewiss brauchen wir gediegene regional- und ortsgeschichtliche Arbeiten etwa zum Widerstandskampf der KPD. Als kleines Land ist jedoch unsere Verantwortung umso größer, die Leistungen der Weltkultur, der Geschichtswissenschaft auch ferner Länder, Zeugnisse von Menschlichkeit unter faschistischen Bedingungen aus möglichst vielen Staaten, Auseinandersetzung mit dem Faschismus von vielen weltanschaulichen, politischen, wissenschaftlichen, künstlerischen Standorten kennenzulernen und für die geistige und moralische Entwicklung in der DDR zu nutzen.

Die Ausstellung »Und lehrt sie: G E D Ä C H T N I S !«, die im Herbst 1988 von mehr als 60 000 Menschen in Berlin besucht wurde, verdeutlichte auf wohl bislang einzigartige Weise, was es allein in der deutschen Geschichte für die DDR noch zu erschließen gilt. Sie zeigte auch beispielhaft, welche moralische und erkenntnismäßige Kraft etwa im historischen Detail liegt. Für die Neugestaltung von Schulbüchern wären diese Erfahrungen sehr gut zu nutzen.

In diesem skizzierten Sinne sei für Pluralität plädiert. Vonnöten ist ein Geschichtsverständnis, das von einem antifaschistischen Grundkonsens getragen wird, das jedoch vielgestaltigen Ausformungen und Interpretationen Raum bietet, bedingt z. B. durch die weltanschauliche und politische Position des einzelnen Geschichtswissenschaftlers. Für das geistige Leben, für die Ausprägung von Individualität, für einen toleranten und verständnisvollen Umgang miteinander können so möglicherweise neue Potenzen erschlossen werden.

Antifaschismus ist mehr als Traditionspflege. In vielen Bekundungen, die in der Krise und in dem großen und oft zornigen Aufbruch sichtbar und hörbar sind, wird sowohl von Vertretern der SED, aller anderen Parteien, des FDGB, der FDJ als auch aus den jüdischen Gemeinden, aus evangelischen und katholischen Kreisen, aus dem Neuen Forum und anderen Interessengruppen, von Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Kunst immer wieder auf den Antifaschismus als Erbe und Aufgabe verwiesen. Hier tritt eine höchst gewichtige Tatsache dieses Aufbruchs

zutage, mit der sorgsam umgegangen werden sollte. In diesem – im einzelnen recht differenzierten – Verweis auf die antifaschistische Botschaft liegen Chancen und Hoffnungen. Antifaschismus als Aufgabe – das heißt stets auch Toleranz üben, sich Lernprozessen zu unterziehen, mit dem anderen zu sprechen, ihn von seiner Position aus zu begreifen und ständig aufeinander zuzugehen.

Viele Mitglieder und Funktionäre der SED werden lernen müssen, sich für die antifaschistischen Wertvorstellungen anderer Kreise zu interessieren, ihnen zuzuhören und mit ihnen angenäherte Meinungen, parallele Standpunkte und gemeinsame Positionen zu formulieren. Viele Vorschläge, die die SED unterbreitet oder akzeptiert, berühren das antifaschistische Verständnis unmittelbar und heben historische Erfahrungen auf. Hier sei nur verwiesen auf die Erneuerung der sozialistischen Demokratie, auf die Weiterentwicklung der volkseigenen Betriebe, die bekanntlich aus dem antifaschistischen Volksentscheid zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher 1946 hervorgegangen sind, auf das zu erneuernde Selbstverständnis der SED, das ohne Antifaschismus undenkbar ist, auf die Gewährleistung der Sicherheit unseres Staates, wobei dem Kampf gegen Rechtsextremismus, Neofaschismus, Antisemitismus zentrale Bedeutung zukommt, auf das zwingend notwendige Verhalten der Sicherheitskräfte strikt und unbedingt im antifaschistischen Sinne, auf die Auseinandersetzung mit nationalistischen Auffassungen.

Den ganzen moralischen Reichtum des Antifaschismus gilt es zu erschließen und vital zu halten. Zu prüfen wäre, ob die Gründung eines Bundes der Antifaschisten in der DDR nicht die Erneuerung unserer Gesellschaft fördern könnte.

Antifaschismus bleibt natürlich ein gewichtiges Arbeitsfeld für Historiker. Dazu ist in den siebziger und achtziger Jahren viel geleistet worden, z. B. zur Geschichte der KPD, das es zu vertreten und auszubauen gilt. Davon ausgehend, dass die marxistische Geschichtswissenschaft in der DDR eine neue historische Sicht vor allem auf das 20. Jahrhundert, auf die deutsche und internationale Arbeiterbewegung in ihrer ganzen Breite sowie auf die DDR-Geschichte benötigt, stellen sich jedoch einige Fragen neu.

Konzeptionell nicht richtig ist eine lineare, von falschem Kontinuitätsdenken geprägte, die historisch-materialistische Widerspruchsdiagnostik vernachlässigende Darstellung der Geschichte der KPD. Sie verstellte u. a. die Sicht darauf, dass diese Partei, die hervorragende Leistungen im Kampf gegen Faschismus und Krieg erbracht hat, in einem ihrer reifsten Dokumente, dem Aufruf vom 11. Juni 1945, die Schuldfrage sehr differenziert aufwarf, sich selbst schuldig gefühlt und Verantwortung mit übernommen hat für das geschichtliche Versagen des deutschen Volkes. Aus der Schulddiskussion, die nach 1945 auf deutschem Boden geführt wurde und die es wissenschaftlich aufzuarbeiten gilt, kann ein geschärfter Blick auf das moralische Selbstverständnis einer kommunistischen Partei und anderer Kräfte gewonnen werden. Dazu ist heute zu wenig bekannt und oft mit der Formel »von den Siegern der Geschichte« zugedeckt worden.

Die Vereinigung von KPD und SPD und die Gründung der SED war eine herausragende antifaschistische Tat. Es sei dafür eingestanden, im Traditionsverständnis der SED wieder beide Hauptströme der deutschen Arbeiterbewegung in aller Deutlichkeit und mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck zu bringen. In der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sollten alle wertvollen Leistungen, Erfahrungen und Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung in all ihren Strömen aufgehoben sein. Mit dieser Blickrichtung in die Geschichte wäre auch die Erneuerung der Partei und ihres theoretischen wie historischen Selbstverständnisses anzugehen. So wäre auch die Geschichte unserer Partei ab 1918 neu zu erforschen und darzustellen.

Jüngste Entwicklungen hoben schmerzhaft ins Bewusstsein, was jahrelang in der Geschichtsschreibung der DDR verdrängt, verschwiegen oder nur codiert angedeutet worden ist: dass über Antifaschismus und über deutsche Arbeiterbewegung nicht ausreichend und nicht redlich geforscht und gesprochen werden kann, ohne die Stalinismus-Problematik in der deutschen Geschichte schonungslos zu klären. Das hat viele Seiten. Hier sei nur auf folgende Punkte verwiesen: Genauere und auch ausführlichere Aussagen sind über Lebensschicksale der deutschen Antifaschisten, die Opfer der Verbrechen Stalins wurden, in den Geschichtsdarstellungen zu verankern. Es muss auch wissenschaftlich eine Aufgabe wie eine Frage des elementaren menschlichen wie des Parteienstandes werden, die Leistungen und Erfahrungen auch jener darzustellen, die überlebten, die in den fünfziger Jahren aus den Lagern in der UdSSR in die DDR kamen und hier mit großem Einsatz am Aufbau einer neuen Gesellschaft gearbeitet haben.

Weit schwieriger zu lösen sind jene wissenschaftlichen Aufgaben, die die langfristigen Auswirkungen des Stalinismus auf die Entwicklung des Sozialismus und des Antifaschismus in der DDR, deren Deformierungen und die mehrfachen Anläufe, diese zu beseitigen, betreffen. Zur Klärung des Stalinismus-Problems wird weit in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts zurückzugehen sein. Dabei sind auch die Alternativproblematik in der Geschichte wie die Frage nach der Ausgrenzung kritischer Potentiale aus der revolutionären Partei und aus der sozialistischen Gesellschaft von den zwanziger Jahren bis zur jüngsten Gegenwart auf völlig neue Weise zu stellen. Eine neue Sicht auf alte Quellen sowie die Erschließung bislang unbekannter Quellen werden dafür unabdingbar sein.

In den in Bälde zu erwartenden Jahrhundert- und Jahrtausendbilanzen wird der Antifaschismus als ein kostbares Menschheitsgut seinen Platz finden. Als Deutsche in der DDR, die wir in einer schicksalsschweren Zeit stehen, bleiben wir im Umgang mit dem Antifaschismus in einer besonderen Pflicht. Sie keine Sekunde zu vergessen, aus der Verbindung von Antifaschismus und demokratischem Sozialismus in der DDR neue Kraft zu erschließen, erweist sich als eine Aufgabe und eine Möglichkeit, die weit über die Schwere des Tages hinauszudeuten vermag.

Antifaschismus vor neuen Anforderungen

Der Antifaschismus stellt ein gewichtiges Feld geschichts- und politikwissenschaftlicher Forschungen, pädagogischer Anstrengungen, der politischen Kultur und der gesellschaftlichen Moral dar.¹ Die tiefgreifenden Veränderungen im Herbst 1989 in der DDR und der Untergang dieses Staates und der ihn tragenden Ordnung haben alte Fragen zum Problemkomplex Antifaschismus neu aufgeworfen, und neue sind entstanden. In ihrer Erörterung verweben sich historische Erfahrungen und geschichtswissenschaftliche Diskussionen mit politikwissenschaftlichen und politisch-praktischen Anstrengungen. Der Antifaschismus ist Teil der Menschheitskultur. Er legt Zeugnis ab von einer der schärfsten politischen, militärischen und geistig-moralischen Auseinandersetzungen in diesem Jahrhundert, die untrennbar mit grundlegenden Existenzfragen der Zivilisation verknüpft waren. Er verkörperte als Alternative zu Faschismus in seinen verschiedenen Ausformungen Humanität und Frieden, Antifaschistische Haltungen und Aktionen, Auflehnung und Kampf zielten von einer Position prinzipieller Verteidigung des Humanismus auf Verhinderung, Eindämmung, Zurückdrängung und Überwindung des Faschismus. Seinem Charakter nach stellte er eine quer durch Klassen und Schichten, verschiedenartigste politische Richtungen verlaufende und auf gemeinsame Ziele gerichtete Bündnismöglichkeit.²

Die spezifischen Inhalte antifaschistischen Handelns, das stets mit komplizierten, oft widersprüchlichen Lernprozessen aller Beteiligten verbunden war, unterschieden sich in den siebzig Jahren der Geschichte des Antifaschismus zum Teil

- 1 An Literatur zum Gesamtkomplex sei auswahlweise genannt: Norbert Madloch: Rechtsextremismus in der DDR, in: Geschichte und Gesellschaftskunde, 4/1990; L. Gelbhaar, R. Kokoschko: Ursachen und Formen rechtsextremistischer und neofaschistischer Erscheinungen in der DDR, in: antiFA, 4-5/1990; Kurt Pätzold: Verordneter Antifaschismus, in: Weltbühne, 32/1990; Rudi Pahnke: Das Bild vom Nazi bei jungen Antifaschisten, in: antiFA, 6/1990; Werner Schubarth: Einstellungen Jugendlicher zum Faschismus, in: Geschichte und Gesellschaftskunde, 4/1990; M. Heinisch: Der verhängnisvolle Druck nach rechtsaußen, in: Berliner Zeitung, 14./15. Juli 1990; G. B. Ginzel: Wenn es den Leuten gut geht, brauchen sie keinen Faschismus, in: Sächsische Zeitung, 13. Juli 1990; A. Maislinger: Vergleich psychologisch-pädagogischer Maßnahmen der »Vergangenheitsbewältigung« in der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Österreich, in: Beiträge zur Historisierung des Nationalsozialismus, Berlin 1990; ders.: »Vergangenheitsbewältigung« — Ein internationaler Vergleich, in: Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst, Wien, 44. Jg., Nr. 4; Rudolf Stöss: Die »Republikaner«, Köln 1990; ders.: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik, Opladen 1989; Ralph Giordano: Die zweite Schuld oder Von der Last, Deutscher zu sein, Hamburg 1987; Simon Wiesenthal: Recht nicht Rache, Frankfurt a. M. u. Berlin 1988; Werner Heitmeyer: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen, Weinheim u. München 1987; Claus Leggewie: Die Republikaner, Berlin 1989; Olaf Groehler: Zur Geschichte des deutschen Widerstandes. Leistungen und Defizite der Geschichtsschreibung, in: UTOPIE konkret, 1/1990; Materialsammlung: Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus, hrsg. von der Senatsverwaltung für Frauen, Jugend und Familie, Berlin 1990; Konrad Weiß: Die neue alte Gefahr, in: Elternhaus und Schule, 1/1990; K. Münz: Vom Umgang der Leute miteinander, in: Tacheles, Juni 1990.
- 2 Vgl. Kurt Gossweiler: Was ist Antifaschismus? Welche Bedeutung hat er heute?, in: ders.: Aufsätze zum Faschismus, Berlin 1986.

recht erheblich voneinander. Die Grunderfahrung dieser Geschichte besagt jedoch, dass Menschen, Parteien, Staaten, Völker, Systeme unterschiedlicher und gegensätzlicher Natur gegen existentielle Bedrohungen zusammenfinden können. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus hat es der deutsche Antifaschismus besonders schwer gehabt: im Hauptland des internationalen Faschismus, unter Bedingungen einer nach 1933 ausgeprägten Massenbasis und einem tiefreichenden Masseneinfluss des Nationalsozialismus in seiner antisemitischen und antikomunistischen Ausformung.

Die Breite, Intensität und geschichtliche Wirkungskraft, die er in anderen Ländern erreichte, konnte der deutsche Antifaschismus zwischen 1933 und 1945 nicht erreichen, was für den weiteren Gang der deutschen Geschichte Bedeutung gewinnen sollte.

Seit dem Herbst 1989 sind in der DDR bzw. im Osten Deutschlands einige gewichtige Entwicklungen im Umgang mit antifaschistischem Gedankengut zu vermerken. Dazu gehören: unmissverständlich antifaschistische Bekenntnisse in Demonstrationen, Diskussionen und Aktionen des Herbstes 1989, die Bildung antifaschistischer Basisgruppen in Wohngebieten und Schulen; die Aktivierung antifaschistischer Erfahrungen durch Künstler, Schriftsteller, Publizisten, Wissenschaftler; die Bildung eines Bundes der Antifaschisten in der DDR; die Artikulierung antifaschistischer Überlegungen in neuen oder neugestalteten Zeitschriften und Zeitungen (z. B. Tacheles, Das Blatt, taz, Die Andere, links, UTOPIE konkret, antiFA), aber auch in den traditionellen Periodika sowie in den elektronischen Medien.

Vieles aus dem antifaschistischen Erbe wird kritischer diskutiert als je zuvor, besonders mit Blick auf die Auswirkungen des Stalinismus auf den deutschen Antifaschismus und seine Geschichte vor und nach 1945. Zugleich aber ist eine sehr verantwortungsbewusste Neuakzentuierung fühlbar. Sie wurde bereits in den Diskussionen um den Verfassungsentwurf des Runden Tisches deutlich. Obgleich dieser Entwurf – ebenso wie an andere Parlaments- und Regierungsmaterialien aus der DDR – das Wort »Antifaschismus« vermied, verarbeitet er gleichsam Geschichte. Er betonte die »Verantwortung aller Deutschen für ihre Geschichte und deren Folgen«³. Die Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen der Volkskammer bekannte sich »zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte« und akzentuierte unter Verweis auf die Schuld, die niemals vergessen werden darf, die »Mitverantwortung für Demütigung, Vertreibung und Ermordung jüdischer Frauen, Männer und Kinder. Wir empfinden Trauer und Scham und bekennen uns zu dieser Last der deutschen Geschichte. Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung.«⁴ Einige demokratische Kräfte bemühen sich, derartige Haltungen in weiterführende Demokratiedebatten einzuführen und für eine neue deutsche Verfassung zu nutzen.

3 Verfassung der DDR (Entwurf), Berlin 1990, S. 9.

4 Gemeinsame Erklärung aller Fraktionen der Volkskammer, in: Neues Deutschland, 14./15. April 1990.

Der hier sichtbar werdende Gewinn an einer weit differenzierteren Sicht auf die Verantwortungs- und Schuldproblematik als bisher, findet seine Ergänzung in einer anderen Tatsache: Wohl alle im März 1990 in das Parlament der DDR gewählten Parteien, Bewegungen und Organisationen bekennen sich in ihren Grundsatzserklärungen zu antifaschistischen, demokratischen, humanistischen Werten, Erfahrungen und Postulaten.

Diese – gewiss mehr oder minder feine – Verbindungslinie, die ein bemerkenswertes, freilich, wie sich in der Diskussion um den Einigungsvertrag erneut zeigt, nicht ungefährdetes Stück an gemeinsamer politischer Kultur verkörpern dürfte, verdient aus geschichts- wie politikwissenschaftlicher Sicht Beachtung: Im Übergang zur kapitalistischen, sozial auszurichtenden Marktwirtschaft wird sich diese Gemeinsamkeit zu bewähren haben. Die Erfahrung aus der Geschichte der Bundesrepublik besagt, dass es im Zuge der Ausgestaltung der Marktwirtschaft nicht gelang, einen antifaschistischen Konsens zu erhalten, sondern dieser musste in den sechziger und siebziger Jahren erst wieder diskutiert und schrittweise gewonnen werden. Diese Chance zur Bewahrung eines antifaschistischen Konsens, über die die ostdeutschen Parteien, Bewegungen und Organisationen noch verfügen, ist trotz unübersehbarer Gegensätzlichkeiten und Schärfen in der Interpretation besonders von historischen Fragen nicht gering. In ihr liegt noch eine beträchtliche demokratische Potenz, die nicht zuletzt bei der Bewältigung von schweren Krisensituationen in Deutschland wirksam werden kann.

Dem obengenannten Gewinn an sensibler Geschichtssicht und daraus abgeleitetem Moralverständnis stehen Gefahren gegenüber. Sie bestehen darin, dass antifaschistische Leistungen, der kommunistischen Bewegung im Besonderen, und der Sowjetunion in der ostdeutschen Öffentlichkeit vergessen gemacht werden. Ein Demokratiegewinn ist auf diese Weise nicht zu erzielen. Im Gegenteil, das demokratische Geschichtsverständnis verlöre einen gewichtigen Strang. Die Rede des Bundespräsidenten zum 40. Jahrestag der Befreiung 1985 zeigte hingegen die Möglichkeiten einer Geschichtssicht, in der auch der kommunistische Antifaschismus Platz und Anerkennung findet.⁵ Unterhalb dieser Erkenntnishöhe sollte sich Antifaschismusverständnis in Deutschland nicht bewegen. Es wird viel demokratisches Engagement vonnöten sein, dieses Geschichtsbewusstsein überall in Deutschland heimisch zu machen.

Antifaschismus 1989/1990 in der DDR – das ist ein Antifaschismus in einer Staats- und Gesellschaftsordnung im Unter- wie im Übergang. Jedwede Annäherung an dieses Thema stößt sofort auf Altlasten⁶, die den Umgang mit dem Antifaschismus erheblich erschweren und die in gewisser Weise auch die Distanz

⁵ Vgl. Richard von Weizsäcker: Brücken zur Verständigung, Berlin 1990, S. 31 ff.

⁶ Zu dem Themenkomplex Antifaschismus in der DDR habe ich mich in den letzten Jahren mehrfach geäußert. Konstanten in meiner Sichtweise wie Veränderungen werden wohl am deutlichsten im Vergleich des vorliegenden Textes mit meinem Beitrag: Antifaschismus als Tradition und als Aufgabe, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 3/1989.

mancher zum Begriff Antifaschismus erklären können. Die in der DDR gescheiterte Sozialismuskonzeption und -praxis war eng mit der Berufung auf die Leistungen des Antifaschismus verbunden. Vieles, was mit antifaschistischen Werten verknüpft ist, wurde in der DDR missachtet und den Herrschaftsinteressen einer Partei, der SED, und deren Führung untergeordnet: Toleranz, Machtteilung der antifaschistischen Kräfte, Pluralismus, Lebensvielfalt, funktionierender Parlamentarismus, sich entfaltende Demokratie. Der antifaschistische Konsens wurde im Laufe von Jahren zugunsten der »führenden Rolle« einer Partei preisgegeben. Die Schuld- und Verantwortungsproblematik wurde – etwa seit Beginn der fünfziger Jahre – einseitig und zu undifferenziert in der Öffentlichkeit behandelt. Geschichte, Kultur, Widerstand und Leidensweg der Juden wurden oft nicht in der notwendigen Sensibilität, Genauigkeit und Wirksamkeit vermittelt. Vieles wurde verdrängt und von der Formulierung über die »Sieger der Geschichte« zugedeckt. Die Geschichte der DDR kennt viele Ungerechtigkeiten und Verbrechen, z. B. gegenüber Andersdenkenden. Ritualisierungen trugen dazu bei, vielen Menschen, namentlich der jüngeren Generationen, antifaschistisches Erbe zu entfremden. Jene aus der ehemaligen »Partei- und Staatsführung«, die Auschwitz, Brandenburg und Spanien durchlitten hatten, weil sie sich unter Einsatz ihres Lebens dem Faschismus entgegengestellt hatten, vernichteten ob ihrer Unfähigkeit zu grundlegenden Reformierungen, Erneuerungen und zur Entstalinisierung all jene Hoffnungen, die nicht zuletzt wegen ihrer spezifischen antifaschistischen Biographie auf sie gesetzt wurden. Reformkräfte in der SED, die sich gesellschaftlichen Erfahrungen auf sehr sensible Weise verpflichtet fühlten und die mit dem zwischen SED und SPD im August 1987 vereinbarten Dokument »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«⁷ ihre Arbeit verbanden, vermochten es nicht, eine grundlegende Veränderung der Entwicklung der DDR einzuleiten, um eine gänzlich neue Qualität der gesellschaftlichen Ordnung zu erwirken. Derjenige weiß nicht, wie schwer eine Last sein kann, der sie nicht trägt. Die Geschichte des Antifaschismus in der DDR ist auch eine Geschichte ungenutzter oder verloreener Chancen. Aus dieser unvollständigen Auflistung indes eine Gleichsetzung mit dem NS-Regime abzuleiten, wie es in der Übergangszeit nach dem November 1989 gelegentlich von einigen konservativen Kräften versucht wird, stellt eine neue große Geschichtslüge dar, mit der der gescheiterte Versuch, eine antikapitalistische, antifaschistische und sozialistische Gesellschaft aufzubauen, ebenso kriminalisiert werden soll, wie gleichzeitig die Millionen Opfer der Judenverfolgung, des Terrors gegenüber der Arbeiterbewegung und das Weltherrschaftsstrebens des NS-Staates immanent bagatellisiert werden können.

Eine abgewogene Beurteilung des Antifaschismus in der DDR in Leistungen und Irrwegen, im Gelungenen wie im Missratenen stellt sich als Problem grundlegender geschichtswissenschaftlicher Forschungen.

7 Vgl. Neues Deutschland, 28. August 1987.

Möglicherweise wird erst die Zukunft zeigen, was sich an antifaschistischer Substanz in der DDR entwickeln konnte. Von den Ergebnissen – dem gescheiterten Sozialismus – indes die antifaschistischen, antimilitaristischen Ausgangspositionen und -ziele, für die sich – in welcher Konsequenz auch immer – sehr viele Menschen nach 1945 in Redlichkeit einsetzten, und auch den antifaschistischen Widerstandskampf entwerten und alle antifaschistischen Anstrengungen in der DDR bestreiten zu wollen, hat mit objektiver Geschichtsbetrachtung nichts zu tun.

Zu den Fragen, die zu diskutieren wären, könnten zumindest gehören: War die antifaschistisch-demokratische Phase im Osten Deutschlands in Dauer, Tiefe und Profil tragfähig genug? Von der Diktatur der extremsten Kräfte des Finanzkapitals rasch zur Diktatur des Proletariats – eine reale geschichtliche Alternative? Diktatur- und Demokratieverständnis und -praxis im Osten Deutschlands – Lösbares und Unlösbares in diesem Spannungsfeld. Antifaschismus als Motiv und Friedensbewegung als Aufgabe – Staatspolitik und Massenbewusstsein. Tiefe und Wirksamkeit der geistigen und politischen Entnazifizierung. Massen in der Veränderung in der DDR-Geschichte. Antifaschismus als Triebkraft und als Worthülse. Antifaschismus als Generationsproblem. Antifaschismus, Antisemitismus, Antikommunismus in der DDR. Geistig-kulturelle Anstrengungen im antifaschistischen Anspruch. Antifaschismus contra sozialistisch verbrämten Bonapartismus. Antifaschismus bei Reformkräften und Reformfähigkeit bzw. -unfähigkeit des Systems. Schuld- und Verantwortungsgefühl in der Gesellschaft. Politisches Parteienbündnis – vertane und verlorene Chancen. Antifaschismus und Stalinismus nach 1945 – Inhalte, Formen, Widersprüche.

Generell wäre dabei der Gefahr zu entgehen, die DDR-Entwicklung in allen ihren entscheidenden Punkten nur von der UdSSR abhängig machen zu wollen und so eigene Verantwortlichkeiten zu verringern. Antifaschismus in der Übergangsgesellschaft sieht sich 1989/1990 im Osten Deutschlands mit einem verstärkten Rechtsextremismus und Neonazismus konfrontiert. Die Auseinandersetzung mit diesem Potential, das derzeit vorrangig als ein Jugendphänomen augenfällig ist, stellt sich seit längerem als gesellschaftliche Aufgabe. Die Anfänge des heutigen Rechtsextremismus reichen in die DDR der Jahre 1980/1981 zurück. Allmählich bildeten sich damals neonazistische und rechtsextreme Gruppierungen heraus, die aus Reputationsgründen von der Staatsführung verschwiegen wurden. Ab Herbst 1987 kam es zu einer Welle von etwa 40 Gerichtsprozessen, von denen auch die Bevölkerung erfuhr. Die wahrscheinlich größte Gruppierung des Rechtsextremismus bildeten bis zum Herbst 1989 die Nazi-Skins.

Entgegen allen demokratischen Zielen des Herbstes 1989, setzte zu diesem Zeitpunkt ein Erstarken des Rechtsextremismus ein. Er wurde im Umschwung vieler Demonstrationen ebenso sichtbar wie in Gewalttätigkeiten und in dem Auftreten und schließlich legalen Agieren der Republikaner, der Nationalen Alternative und der Mitteldeutschen Nationaldemokraten sowie weiterer Gruppierungen.

Im Mai 1990 wurde geschätzt, dass sich zwischen 8 000 und 10 000 Menschen in der rechtsextremistischen Jugendszene der DDR befanden.⁸ Obgleich sich dieses Potential auf Jugendgruppen zu konzentrieren schien, darf dies nicht zu Vereinfachungen verleiten.

Rechtsextremismus ist – auch für den Osten Deutschlands – keine zeitweilige Erscheinung oder kein »Nachläufer« des Faschismus. Vielmehr ist generell mit starken rechtsextremistischen Parteien und Bewegungen zu rechnen, die die europäische Parteienlandschaft mit eigenständigen Politikangeboten mitprägen und die Programme für globale wie Alltagsprobleme der Menschen anbieten. Die Auseinandersetzung mit diesen Kräften, die weit über die Jugendgenerationen hinausreichen können, ist Teil antifaschistischer Anstrengungen in den neunziger Jahren um eine demokratische, freiheitliche Gesellschaft und um ein friedliches Europa. Es kann sich ein sehr breites Spektrum des Rechtsextremismus zeigen. Es wäre naiv zu glauben, diesen komplexen gesellschaftlichen Erscheinungen nur mit rechtsstaatlichen Verboten beikommen zu wollen. Mit Recht schreibt der Extremismusforscher Norbert Madloch, dass über die Ursachen des Rechtsextremismus in der DDR bzw. im Osten Deutschlands noch eine umfangreiche Arbeit zu leisten ist. Er verweist dabei auf innere Prozesse in der ehemaligen DDR, auf die Ballung von Widersprüchen, auf geistige Krisenprozesse, auf die Diskreditierung linker Politik und die Suche Jugendlicher im extrem rechten Spektrum, auf jahrelange Abschottung, auf mangelnde geschichtliche Auseinandersetzungen.⁹

Im Übergang Deutschlands in eine neue gesellschaftliche Ordnung gilt es, antifaschistische Haltungen zu aktivieren und entsprechende, mit antifaschistischen Erfahrungen untersetzte Strategien zu entwickeln, zu diskutieren und verfassungsgerecht zu verwirklichen. Dabei zeichnen sich zunächst sechs Aktionsfelder ab, auf denen sich ein erneuerter Antifaschismus bewähren muss:

Erstens: Die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte. Selbstverständlich offenbaren sich hierbei zunächst Forschungsaufgaben, etwa eine Gesamtgeschichte des deutschen Antifaschismus von den frühen zwanziger Jahren bis zur Gegenwart zu erarbeiten. Diskussionen mit jugendlichen Neonazis und Republikanern in der DDR zeigten hingegen Schwerpunkte praktischer Arbeit, die nicht mit Forschungsaufgaben identisch sind: Deutschland und seine Grenzen, Wesen und Erscheinung der NSDAP, Rolle der Arbeiterbewegung in der deutschen Geschichte, Beziehungen zwischen Faschismus und Nationalsozialismus, Nation, Klassen und Rassen, Ideale im NS-Regime.

8 Vgl. Norbert Madloch: Fakten und Thesen zum Rechtsextremismus in der DDR nach der Wende vom Herbst 1989, hektogr. Ms., Mai 1990, S. 5.

9 Vgl. Norbert Madloch: Ursachen des Rechtsextremismus in der DDR, in: 9. September. Sonderdruck des Bundes der Antifaschisten in der DDR zum Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung, Berlin 1990, S. 7.

Zweitens: Antifaschistische Positionen gilt es in die Vereinigung der beiden deutschen Staaten einzubringen und mit diesen Werten das neue größere Deutschland mitformen zu helfen. In Auseinandersetzung mit jedwedem Nationalismus, aber auch in grundlegender politischer Gegenwart zu terroristischen oder links-extremistischen Gewaltakten kann antifaschistische Haltung beitragen, ein unverstelltes und schöpferisches Verhältnis zu, dieser Vereinigung und zur »deutschen Nation«, dem »Deutschen Vaterland« und zur »Heimat« unter den neuen Bedingungen zu finden. Nach Faschismus und Weltkrieg, nach dem Versuch des NS-Regimes, die Juden, den Marxismus und den Sozialismus auszulöschen und die Weltherrschaft zu erringen, stehen die Deutschen jetzt, da sie sich in einem neuen großen Land finden, in besonderem Maße in einer Pflicht zu strikter Demokratie und zu aktiver Friedenspolitik in Europa. Es wird auch von der Wirksamkeit antifaschistisch motivierter Politik abhängen, wie in diesem neuen Gesamtdeutschland die Gewichte verteilt sind, welche Entwicklungsrichtung und welche politische Ausstrahlungskraft es erhält. Die Sorge und Furcht Elie Wiesels¹⁰ vor einem geeinten Deutschland sollte sehr ernst genommen werden. Konservative Kräfte spekulierten bereits wenige Tage nach dem Sturz der Mauer in Berlin: »Verliert der Antifaschismus, dieses Sich-Versenken in die Vergangenheitsbewältigung, seinen privilegierten Platz, verdrängt von der Wucht der Gegenwart?«¹¹ In Polemik mit derartigen Hoffnungen warnte Jürgen Habermas davor, den Antifaschismus, ohne den Rechtsstaatlichkeit in Deutschland schwer vorstellbar ist, zusammen »mit propagandistisch ausgehöhlten Antifa-Organisationen des Staatssozialismus« der Vergangenheit angehören zu lassen. Vielmehr habe die »nachholende Revolution« in der DDR »kein neues Licht auf unsere *alten* Probleme«¹² geworfen. Für die Verwirklichung der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland und ihre Verbesserung können die sorgfältig aufgearbeiteten Erfahrungen im Umgang mit antifaschistischen, demokratischen Werten von besonderer Schubkraft sein.

Drittens: In Strategien zur Bewältigung schwerwiegender sozialer Erschütterungen im Osten Deutschlands sind verstärkt antifaschistische Erfahrungen einzubinden. In der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Neonazismus gewinnen Arbeitsbeschaffung, Umschulungen, Freizeitpädagogik, karitative Maßnahmen, kulturelle Betreuung und psychologische Fürsorge einen Rang, auf den die ostdeutschen Länder nicht im Geringsten vorbereitet sind. Hierzu bedarf es eines Netzes von Maßnahmen aller nur denkbaren staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte, einschließlich der Gewerkschaften.

10 Vgl. Elie Wiesel: »... in dem gemeinsamen Wunsch, den, Hass zu bezwingen«, in: Neues Deutschland, 18. September 1990.

11 Rheinischer Merkur, 24. November 1990.

12 Jürgen Habermas: Die nachholende Revolution, Frankfurt a. M. 1990, S. 222, 7.

Viertens: Ganz offensichtlich ist die Bevölkerung Ostdeutschlands ebenso wenig auf ein Ausländerproblem vorbereitet. Die Zurückweisung von Fremden- und Ausländerfeindlichkeit ist ein – gewichtiges – Moment; das Fehlen von tragfähigen Konzepten zur humanen Bewältigung entsprechender Probleme und zur perspektivischen Orientierung auf eine multikulturelle Gesellschaft wiegt besonders schwer, zumal rasche Lösungen nicht in Sicht sind und soziale und kulturelle Langzeitkonzepte erforderlich sein dürften. Rechtsextremistische und neonazistische Gewalttaten entzündeten sich aber besonders an diesem Problem.

Fünftens: Die Auseinandersetzung mit offenem und verdecktem Antisemitismus bleibt eine Aufgabe antifaschistischen Handelns. Neben einem guten Verhältnis zum Staat Israel stellt sich die genauere Vermittlung der Wege der deutschen Juden, der Shoa und der jüdischen Kultur und Religion als eine Aufgabe, die im Alltag der Gesellschaft Platz finden muss.

Sechstens: Der Antifaschismus entstand und entwickelte sich im Kampf gegen eine Weltgefahr: den Faschismus und Nationalsozialismus. Er brachte neue Züge in die Geschichte des 20. Jahrhunderts, so in die Koalitions-, Sammlungs- und Bündnispolitik. Am Ende des Jahrhunderts sind neue Gefahren entstanden, ohne dass alte gänzlich gebannt sind. Die Zerstörung der Zivilisation durch globale Bedrängungen erfordert neue Wertmaßstäbe und offensichtlich neue Verständigungen über Fortschritt, Menschheitsgeschichte und moderne Zivilisationstypen. Eine dem gerecht werdende oder sich ihr annähernde, alle Menschen miteinander verbindende Politik liegt im aktuellen wie visionären Handlungsraum eines erneuerten Antifaschismus.

Sechs Jahrzehnte »hilfloser«, »verordneter« und »missbrauchter« Antifaschismus?

Antifaschismus als Erfahrungsgeschichte

Wir nähern uns dem Ende des Jahrhundert und des Jahrtausends. Die Geschichte ist mehr denn je offen. Mittelfristige oder langfristige Prognosen zur Entwicklung Europas sind kaum möglich. Aufmerksamkeit erheischen gleichwohl die Warnungen, die der Bericht des Club of Rome 1991 »Die Globale Revolution« aussprach. Er stellte fest, »dass die Demokratie heute ausgehöhlt und gefährdet ist und dass sie Grenzen hat«. Er warnte vor Erscheinungen, die mit Rechtsextremismus korrespondieren oder die zu dessen Charakteristiken zählen: vor allem Nationalismus, Rassismus und rechtsgerichtete Diktaturen.¹

Was bleibt in diesem Jahrhundert real vom Antifaschismus? Und: Welche Sichten auf ihn werden bleiben? Das neue, größere, ökonomisch starke Deutschland: Wie wird es mit antifaschistischen Werten umgehen? Es gibt vehemente Aktivitäten, mit der Vereinigung den Antifaschismus wegzuschmelzen, ihn zurückzudrängen, zu tilgen, allerhöchstens ihn als strikt historisch zu fassendes Phänomen zuzulassen. Wer sich dem Thema stellt, der weiß, dass Politik mit ihren unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessenlagen, Wissenschaft, Ideologie, Moral, dass Biographien und Familiengeschichten ganz dicht nebeneinanderstehen und miteinander verwoben sind.

Zuvorderst sei nachdrücklich und unspektakulär für eine Historisierung des Antifaschismus plädiert. Das heißt zunächst für eine grundlegende Versachlichung der Diskussion einzustehen. Das heißt aber auch, zumindest den Antifaschismus als eine reale Bewegung und als eine geschichtliche Leistung festzumachen, die gegen die die Weltzivilisation bedrohenden Kräfte mit ihrem germanozentrischen Welt-herrschaftsstreben, mit dem Holocaust, mit dem Vernichtungskampf gegen die Arbeiterbewegung und die Sowjetunion, mit ihrer elementaren Menschenfeindlichkeit gerichtet und die – nicht zu vergessen – in hohem Maße im Besitz von technischer Modernität waren. Indes, nicht jeder, der auf der antifaschistischen Seite in diese geschichtsbewegenden Auseinandersetzungen einbezogen wurde, war ein hochgebildeter, konsequent humanistisch denkender Mensch, wurden doch die unterschiedlichsten Gegenkräfte ungewollt und ungefragt zu einer Notgemeinschaft, einer Schicksalstruppe zusammengeschüttelt und so zum Teil durch die Welt getrieben. Am Beginn des Antifaschismus stand nicht selten der Bruch einer Biographie, die Unterbrechung oder gar die Zerstörung eines Lebenskontinuums.

1 Die Globale Revolution. Bericht des Club of Rome 1991, in: Spiegel-Spezial, Hamburg, 2/91, S. 9, 16, 43 f., 68, 72.

Historisierung mag auch heißen, weit genauer und strikt historisch die unterschiedlichen geschichtlichen Stufen, Qualitäten, den Reichtum und die Problematik unterschiedlicher Wege (einschließlich der Irr- und Umwege) aufzuhellen. Der Reiz liegt dabei im Detail und im Diagnostizieren von konzeptionellen und praktischen Innovationen in der Geschichte des Antifaschismus von den zwanziger Jahren bis zur Gegenwart. Die Historisierung des Antifaschismus muss einer Gesamtgeschichte des deutschen Antifaschismus, die noch fehlt, dienen, wobei diese – möglicherweise – als Geschichte von Antifaschismen geschrieben werden muss.

Natürlich muss diese Historisierung die innere Widersprüchlichkeit der antifaschistischen Ströme ebenso erfassen, wie sie der Befreiung von parteitaktisch motivierten Legenden, Verkrustungen und Überinterpretationen zu dienen hätte. Historisierung der Forschungen und Interpretationen zum Antifaschismus heißt vor allem, einen Paradigmenwechsel zu vollziehen von einer linear aufsteigenden Erfolgsgeschichte – als Geschichte einzelner Siegestreppen – zu einer reichen, differenzierten und widersprüchlichen Erfahrungsgeschichte.

Zu einer solchen Erfahrungsgeschichte wäre der Sieg über den Hitlerfaschismus als zivilisatorische Leistung ebenso festzumachen, wie die Erfahrung Nr. 1 aus der widersprüchlichen Geschichte des Antifaschismus: dass Menschen, Parteien, »politische Kräfte«, Regierungen, Staaten, Völker auch mit gegensätzlichen politischen Orientierungen und Wertvorstellungen zusammenfinden können, um zivilisationsbedrohende Gefahren – und der Faschismus namentlich in seiner nationalsozialistischen Variante war eine solche – abzuwehren.

Als im Jahre 1947 Walter Markov über das »Ende des Antifaschismus« nachdachte, sprach er von einer »beschränkte(n) Aufgabe«², die der Antifaschismus vor der Geschichte schlecht oder recht erfüllt habe. Markov sah indes nicht ein einfaches Ende des Antifaschismus, sondern verwies natürlich auf die weiterhin existenten und möglicherweise neu entstehenden »Bedingungen« für »eine Neuauflage« von Faschismus »unter anderem Firmenschild«. Markov resümierte seine Betrachtungen wie folgt: »Dem Antifaschismus könnte es zufallen, sich aus seinen Erfahrungen heraus dem Wiederaufflackern einer wiederholten Völkerhetze entgegenzuwerfen und eine Toleranz der Tat vorzulegen, ehe ein neues Verhängnis einen gequälten Erdteil nochmals auf den Kehrlicht fegt. Er müsste freilich – und nicht jeder seiner Lippendiener wird sich dazu durchringen – die Größe besitzen, das wohlerworbene historische Verdienst auf sich beruhen zu lassen und jenes Vertrauen, das ihm heute nur spärlich gespendet wird, dort erweisen, wo ihn die Verantwortung für das Heute und Morgen hingestellt hat.«³

Für die Annäherung an eine Erfahrungsgeschichte wäre auch die These zu vertreten, dass der Antifaschismus sein historisches Optimum nicht erreicht hat. Es gelang nicht – und dies war durchaus in Praxis, Programmen, Geist der antifaschi-

2 Walter Markov: Ende des Antifaschismus?, in ders.: Kognak und Königsmörder. Historisch-literarische Miniaturen, Berlin und Weimar 1975, S. 200.

3 Ebenda, S. 204.

stischen Bewegungen angesiedelt – eine zutiefst demokratisch, freie, tolerante und friedliebende Gesellschaft ohne Rüstungs- und Großkapital zu schaffen. Die Geschichte des Antifaschismus ist auch eine Geschichte nicht ausgeloteter, nicht ausprobierteter Möglichkeiten und auch eine Geschichte verschmähter und zerschlagener Chancen. Die Defizite lagen, bezogen auf die DDR-Geschichte, vor allem im Demokratiebereich und im Gesamtverständnis der Gesellschaft von politischer Kultur, Individualität und Freiheit. Der Lernprozess, den die KPD seit 1918 mit dem VII. Kongreß der Komintern 1935 als Zäsur durchmessen hatte, erwies sich als entschieden zu schwach. Das Verständnis der SED von Partei und von Demokratie stand praktisch und theoretisch quer zum Antifaschismus. Das SED-SPD-Dialogpapier vom August 1987⁴ bewegte sich in der Tradition bester Verarbeitung antifaschistischer Erfahrungen. Dass sich das Gesellschaftssystem in der DDR als nur sehr schwer oder gar als nicht reformierbar erwies, hat offensichtlich auch mit einer ungenügenden Umsetzung antifaschistischer Erfahrungen zu tun. Es gab in der DDR nicht zu viel, sondern zu wenig Antifaschismus.

Zum Umgang mit antifaschistischen Erfahrungen gehört auch, deutsche Geschichte als Betroffenheits- und Haftungsgeschichte anzunehmen. Jedwede Diskussion in Ostdeutschland über Nationalsozialismus (der Geschichte) und Rechtsextremismus (der Gegenwart) wird diese als Teil eigener Geschichte und Verantwortung zu begreifen haben. Die Losung von den »Siegern der Geschichte« hat hier auch für tieferreichende antifaschistische Gesinnung manches versperrt. Die Schulddiskussion, die es nach 1945 unter Antifaschisten (und darüber hinaus) gab, wurde nicht aufgearbeitet und produktiv gemacht. Vieles, was im Zuge der 1968er Bewegung in der alten BRD an neuem antifaschistischem Bewusstsein entstand, blieb der DDR verborgen.

Erfahrungsgeschichte wird auch die Verständigung über individuelles Versagen von Antifaschisten einschließen müssen. Nur ein Beispiel: Als es in den siebziger und achtziger Jahren in der DDR zu Ausbürgerung, Verfolgung und Diffamierung von kritischen Demokraten kam, schwiegen viele der alten und jungen Antifaschisten.

Erfahrungsgeschichte – d. h. auch das Diskutieren und Anerkennen der Legitimität unterschiedlicher historischer Wege, von gesellschaftlichen Alternativen. Hier liegt wohl der entscheidende Punkt der Auseinandersetzung. Deutet man die Geschichte der DDR bereits von den Prämissen her als Entwicklung eines Unrechts- oder Verbrecherstaates oder sieht man sie als einen gescheiterten Versuch, eine sozial gerechtere Gesellschaft aufzurichten als der Kapitalismus und dabei auch antifaschistische Leistungen anzustreben. So etwa jene, die wohl in allen bedeutenden antifaschistischen Programmen vor 1945 zu finden waren: die Enteignung von Nazi- und Kriegsverbrechern. Alle antifaschistischen Dokumente von Rang, auch Schriftsteller und Künstler von Weltruf, die Schlussdokumente der

4 Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, in: Dokumente der SED, Bd. XXI, Berlin 1989, S. 420-429.

Antihitlerkoalition bekannten sich dazu und stellten diese Forderung an die weitere deutsche Geschichte. In diesem Umbruch, bei diesem Versuch, Geschichte auf neue Weise zu gestalten, fanden viele Menschen zum Antifaschismus, die zuvor auf ganz anderen Orten politisch zu Hause waren. Das alles als »verordnet«, »zelebriert« und als »stalinistisch« qualifizieren zu wollen, dürfte nicht schlüssig sein. Statt Antifaschismus besser Antitotalitarismus – dies sei, so sollen wir lernen, »das Gebot der Stunde«.

Zu diesem Thema ist viel geschrieben worden, zumal die Totalitarismuskonzeption in der Alt-BRD zu einer offiziell geförderten und verordneten Staatsideologie (siehe Beschluss der Kulturministerkonferenz der frühen sechziger Jahre) hochstilisiert wurde. Hier geht es um einen neuen Aspekt. In seiner Schrift »Folgen einer unerhörten Begebenheit« schreibt Wolf Lepenies, seit 1986 Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin: »Bis heute weigern sich die Westdeutschen, im Bekenntnis der DDR zum Antifaschismus mehr als eine Propagandafloskel zu sehen. Aber auch wenn die Geschichte der DDR nicht durch ihren Antifaschismus zu legitimieren ist, auch wenn die Säuberungspraktiken von Willkür geprägt waren, auch wenn schnell sichtbar wurde, dass in der DDR das Nazipersonal verschwand, während Strukturen überlebten oder neu entstanden, die wiederum die autoritäre Persönlichkeit hervorbrachten – das vereinte Deutschland könnte eine Gemeinsamkeit der politisch-moralischen Orientierung auch dadurch finden, dass es an den Antifaschismus der frühen Jahre anknüpft.«⁵

Interessant und erhellend ist die Reaktion, die auf diesen Gedanken erfolgte. In der »Berliner Zeitung« schoss Ralf Altenhof sofort Sperrfeuer. Das Bekenntnis zum Antitotalitarismus und die rigide Ablehnung der Überlegung von Lepenies begründete er wie folgt: »So erscheint die Forderung nach einer Selbstüberprüfung deutscher Politik unter den gegebenen Bedingungen praktisch nicht durchführbar. Dieser Staat ist gewiss kein Paradies. Doch sollte die Entwicklung eher dazu anmieren, den reformorientierten Weg der Bundesrepublik weiterhin zu beschreiten, als ihre Politik grundlegend zu ändern (sic!). Die Folgenlosigkeit der deutschen Einheit, die Lepenies kritisiert, könnte eher die Problemlösung sein. Außenpolitisch freilich wird das vereinte Deutschland in Zukunft mehr Verantwortung übernehmen müssen.«⁶ Die Totalitarismuskonzeption wird hier zur Anwendung gebracht, um die Frage nach grundlegenden Veränderungen in der Bundesrepublik gar nicht aufkommen zu lassen.

Dem ist natürlich zu widersprechen. Zum ersten ist dem Antifaschismus als Teil der Geschichte von gleichsam drei Nationalgeschichten (vor und nach 1945) nachzuspüren. Zum zweiten muss er in der individuellen und gesellschaftlichen Alltagskultur wie im politisch strategischen Denken im vereinten Deutschland heimisch gemacht werden. Im Austragen von objektiven gesellschaftlichen Wi-

5 Wolf Lepenies: Folgen einer unerhörten Begebenheit. Die Deutschen nach der Vereinigung, Berlin 1992, S. 74.

6 Ralf Altenhof: Folgenreiche Begebenheit, in: Berliner Zeitung, 5.1.1993, S. 5.

dersprüchen – und sie wachsen, ohne das seitens der herrschenden politischen Klasse ernsthafte Strategieangebote sichtbar wären – wie im Ausarbeiten und Umsetzen einer neuen Verfassung, kann er perspektivisch neue Bedeutung erhalten. Im Zurückdrängen des Rechtsextremismus erweist er sich von unersetzbarem Wert. Dabei geht es nicht um ein enges antifaschistisches Geschichtsverständnis, sondern um die Sichtung und Nutzbarmachung aller demokratischen Erfahrungen, auch z. B. der antistalinistischen.⁷

Erfahrungsgeschichte müsste wohl auch die Gleichzeitigkeit von Entgegengesetztem und Unvereinbarem beachten. So gab es in der DDR-Geschichte stets ein »sowohl – als auch«, und dies nebeneinander, gleichzeitig wie nacheinander und phasenversetzt. Der Antifaschismus – so wäre hypothetisch zu behaupten – verlor tendenziell an Anziehungskraft, weil er nicht mit einer längst überfälligen grundlegenden Innovation der Demokratie und der politischen Kultur verknüpft wurde.

Schließlich gehören zur antifaschistischen Erfahrung in Ostdeutschland auch schwerwiegende Defizite aus der DDR-Geschichte. Stichworte genügen hier zur Verständigung: Staat Israel und jüdische Geschichte. Und auf einer völlig anderen Ebene: deutsche Kriegsgefangene, Kriegsverletzte und Hinterbliebene, Soldatengräber... Wenn der Schritt vollzogen werden soll zu einer universal- und globalhistorischen Geschichtsbetrachtung, dann gilt es, den Antifaschismus als kulturellen Erfahrungswert einzubeziehen, so etwa in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und europäischer Festungsmentalität. Die Zukunft wird zeigen, ob der Antifaschismus nur eine Ideologie und Gesinnung (Politik, Bewegung) kurzer oder mittlerer Reichweite war, die zur Zerschlagung faschistischer Aggressoren 1945 reichte, deren weitere Schub- und Integrationskraft hingegen begrenzt blieb und schwächer wurde, wie der Zerfall der aus dem antifaschistischen Kampf entstandenen osteuropäischen Länder belegen könnte.

Antifaschismus gilt es, als einen für das neue Jahrhundert bedeutsamen Erfahrungswert zu bewahren und als eine transferwerte Vision, als Aufforderung zur Bewahrung der Zivilisation zu nutzen in einer Zeit, die völlig neue Koalitionen erheischt.

Aus Historisierung mag so Revitalisierung erwachsen.

7 Meine Sicht zu Antifaschismus und Stalinismus ist nachzulesen in Rolf Richter: In der Pflicht des Antifaschismus, in: Einheit, Berlin, Heft 12/1989; ders.: Antifaschismus-kritisch befragen, in: Ideen für antirassistische und antifaschistische Arbeit, Frankfurt a. M., Heft 7/1992; ders.: Erfahrungen und Überlegungen, in: Angriff von Rechts. Rechtsextremismus und Neonazismus unter Jugendlichen Ostberlins, hrsg. von Robert Harnischmacher, Rostock u. Bornheim-Roisdorf 1993.

Über Theoretisches und Praktisches im heutigen Antifaschismus

Es existiert weder eine Antifaschismus-¹ noch eine Rechtsextremismus-Theorie². Es gibt indes eine Fülle von Erfahrungen, Erkenntnissen und Beobachtungen zu beiden; nicht homogener Natur, sondern selbstverständlich in sich widersprüchlich. Es gibt »die Tat«, d. h. die praktische Handlung, die der antifaschistischen Grundbotschaft zu entsprechen sucht. In einer Zeit, in der täglich neue neonazistische und rechtsextreme Untaten gemeldet werden, wächst unter den in sich differenzierten demokratischen Kräften in Deutschland das Bedürfnis nach Verständigung.

Die hier vorgelegten Notizen eines Historikers ordnen sich in diese Anstrengungen ein. Sie sind im Alltag der politischen Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern entstanden.

I. 1933 und 2000

Fast angekommen im 21. Jahrhundert, wird deutlich, wie untrennbar die deutsche Gegenwart mit dem Jahr 1933, mit der Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland, verbunden ist. Das Jahr 1933 markiert die Zäsur in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Das bedeutet keine Aufwertung des Nazismus. Es ist eine nüchterne wissenschaftliche Feststellung. Dem Dichter Johannes R. Becher war 1945 das historische und ethische Ausmaß »der Bürde von Schmach« bewusst. Er erkannte, »dass wir daran noch zu tragen haben werden, wenn der Staub der Nazi-verbrecher längst in alle Winde verweht sein wird«.³ Das Jahr 1933 – oder anders gesagt: die Zeit der Nazidiktatur von 1933 bis 1945 – tritt im Jahre 2000 allenthalben den Deutschen entgegen: beim großen Blick auf die historischen Jahrhundert- und Jahrtausend-Darstellungen; in den täglichen Nachrichten der Medien über alten und neuen Nazismus; in den Spielplänen von Kinos und Theatern bis hin zum verwandtschaftlichen Gespräch über Rentenberechnungen vor 1945 oder beim stillen Sichten von Fotoalben der Familie nach Todesfällen.

1 Das belegen besonders die Bände Antifaschismus. Hrsg. von Frank Deppe, Georg Fülberth und Rainer Rilling, Heilbronn 1996; Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Hrsg. von Manfred Weißbecker und Reinhard Kühnl unter Mitwirkung von Erika Schwarz, Köln 2000.

2 Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung. Hrsg. von Jürgen W. Falter, Hans-Gerd Jaschke, Jürgen R. Winkler, Opladen 1996; Richard Stöss: Über aktuelle Tendenzen des Rechtsextremismus in Deutschland. Vortrag auf einem Akademischen Abend der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, Dietrich-Bonhoefer-Haus, 21. März 2000.

3 Johannes R. Becher: Deutsches Bekenntnis. Fünf Reden zu Deutschlands Erneuerung, 3., erw. Auflage, Berlin 1946, S. 51 f.

Die Geschichte des deutschen Faschismus, der sich Nationalsozialismus nannte, hat sich mit einer neuen Dichte von beklemmenden Themen und bohrenden Fragestellungen in das öffentliche Bewusstsein der Deutschen und darüber hinaus auch der internationalen Öffentlichkeit gehoben.

Folgendes sei hier nur erwähnt:

Neues Material und neue Erkenntnisse wurden über die ökonomischen und finanziellen Mechanismen des deutschen Faschismus gewonnen, so in Bezug auf das finanzielle und kulturelle Vermögen, das Juden geraubt und mit Hilfe internationaler Banken für die Nazis gesichert wurde.⁴

Ins internationale Blickfeld und in die weltweite Debatte kamen das nazistische System der Zwangsarbeit und der Umgang der Bundesrepublik mit diesem Thema.⁵

Neu aufgeworfen wurde die Frage nach dem Umgang mit Schuld und Verantwortung in Deutschland und nach »Normalität« und Schlussstrich, so im Zusammenhang mit der Walser-Rede⁶, der Walser-Bubis-Diskussion⁷ und weiterer Reaktionen auf Walser⁸, der Möller-Rede für Nolte⁹.

Kräftige Impulse erhielt die Frage nach dem Umgang mit der Erinnerung und Mahnung im kollektiven Gedächtnis, so im Zusammenhang mit einem Denkmal für die ermordeten Juden und für die Sinti und Roma sowie der Gedenkstättenkultur generell.¹⁰

Drängend wurde das Problem der Verantwortung breiter Teile des deutschen Volkes für faschistische Verbrechen artikuliert, so in den Büchern von Christopher Browning¹¹ und Daniel Goldhagen¹², in der Goldhagen-Kontroverse¹³, der Wehrmachtausstellung und ihrer Rezeption¹⁴.

4 Als Beispiel sei genannt: Johannes Bähr unter Mitarbeit von Michael C. Schneider: Der Goldhandel der Dresdner Bank im Zweiten Weltkrieg, Leipzig 1999.

5 Eine konzentrierte Darstellung der wichtigsten Fragen vermitteln die Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2000.

6 Martin Walser: Erfahrungen beim Verfassen einer Sonntagsrede. Friedenspreis des deutschen Buchhandels 1998, Frankfurt a. M. 1998.

7 Frankfurt Allgemeine Zeitung, 14. Dezember 1998, S. 39-41.

8 So z. B. Jan Ross: Aus Auschwitz lernen?, in: Die Zeit, 26. November 1998, S. 3; Saul Friedländer: Die Metapher des Bösen, in: Die Zeit, 26. November 1998, S. 50.

9 Festschrift zur Verleihung der Konrad-Adenauer-Preise 2000 für Wissenschaft und Literatur, hrsg. von der Deutschland-Stiftung e.V., Prien 2000.

10 Als Beispiele seien genannt: György Konrad: Ein jüdischer Garten für alle, in: Berliner Zeitung, 28./29. November 1998, S. III; Heinrich Fink: Antifaschistische Gedenkstätten im Spannungsfeld der Bundesrepublik, in: Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Hrsg. von Manfred Weißbecker und Reinhard Kühnl unter Mitwirkung von Erika Schwarz, Köln 2000, S. 511-520.

11 Christoph R. Browning: Ganz normale Männer. Das Reservepolizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen, Reinbek bei Hamburg 1996.

12 Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

13 Hier sei nur verwiesen auf: Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust. Hrsg. von Julius H. Schoeps, Hamburg 1996; Ulrike Becker, Frank Behn u. a.: Goldhagen und die deutsche Linke oder die Gegenwart des Holocaust, Berlin 1997.

14 Hier sei nur verwiesen auf den Band: Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten. Hrsg. von Johannes Klotz/Ulrich Schneider, Köln 1997.

Vertiefte Sichten kamen aus der Opfer-Perspektive, besonders über die Erinnerungen Victor Klemperers¹⁵ und anderer.

In einem bislang kaum erfahrenen Maße reagierte die internationale Öffentlichkeit auf die NS-Geschichte, so hinsichtlich der Zwangsarbeiterfrage, so auf der Internationalen Holocaust-Konferenz in Stockholm oder im Urteil eines Londoner Gerichtes über David Irving.

Neue Kunstwerke erregten größere Teile der deutschen und internationalen Öffentlichkeit, so Steven Spielbergs Film »Schindlers Liste«, der Film »Aimée und Jaguar« bis hin zu Johannes Kresniks Inszenierung »Hotel Lux« und künstlerische Leistungen, die einen kleineren Kreis erreichten, wie Christine Pertens Grafiken über Sinti und Roma.

Regional konzentrierte Ausstellungen, etwa über den Umgang von NS-Finanzämtern und von Hausnachbarn mit dem Eigentum jüdischer Bürger nach 1933, ziehen in manchen Städten Aufmerksamkeit auf sich.

Auch die Faschismusforschung, die nur einen kleineren Teil von Spezialisten erreicht, entwickelte sich in Deutschland weiter.¹⁶ Hier sei nur, ohne diese Arbeiten forschungs- und historiographiegeschichtlich zu werten, auf neue biographische Arbeiten zu Best, Papen, Abs, Hitler, Speer, Heß; auf historische Arbeiten über die Banken, Versicherungen und Verlage sowie zu verschiedenen Organisationen, wie das Rote Kreuz, in der NS-Zeit verwiesen. Neue Nachschlagewerke entstanden. Zu vielen Einzelfragen wurden materialgesättigte Arbeiten vorgelegt.

In jeder Woche berichten die Medien über eine Ereignis oder über ein Projekt zum Thema »Nazismus und ...« Auch die Kriminal- und Thriller-Literatur ist längst davon erreicht worden – man nehme beispielsweise Glenn Medes »Unternehmen Brandenburg«. Neu herausgegeben wurden künstlerisch bedeutende DEFA-Filme in Videoform wie »Der Rat der Götter« (produziert 1950; Buch: Philipp Hecht/Friedrich Wolf, Regie: Kurt Maetzig), »Die Mörder sind unter uns« (erster DEFA-Film, produziert 1946, Buch und Regie: Wolfgang Staudte) oder »Die Abenteuer des Werner Holt« (produziert 1964 nach dem 1960 erschienen gleichnamigen Roman von Dieter Noll, Uraufführung Februar 1965; Buch: Klaus Küchenmeister/Joachim Kunert, Regie: Joachim Kunert). Das gebündelte Hervortreten der Geschichte des deutschen Faschismus dürfte mehrere Ursachen haben: der Zusammenbruch des realsozialistischen Ostblockes, der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland und die damit verbundenen völkerrechtlichen Regelungen und historischen Besinnungen, der so deutlich fühlbare Abschluss von Geschichtsetappen der Nachkriegszeit, die Formulierung neuer historisch-politischer Fragen nach der geschichtlichen Bilanz, schmerzhaftes Identitätsprobleme, die Öffnung bislang verschlossener Archive, das Hervortreten von von der NS-Zeit

15 Eine Übersicht über die einschlägigen Arbeiten Klemperers in: Neue Promenade. Hrsg. vom Aufbau-Verlag Berlin, Nr. 6, Frühjahr 1999.

16 Dazu: Der Judenmord war das Kernereignis des Jahrhunderts. Interview mit Prof. Dr. Ulrich Herbert, in: Die Welt, 16. März 1998, S. 9.

unbelasteten Generationen von Wissenschaftlern und Politikern in die erste Reihe u. a. m. zählen dazu.

Die Zäsur 1933 ist mit unserem Leben untrennbar verbunden. Daraus abzuleiten, dass in Deutschland eine blühende antifaschistische Politik, Kultur und Lebensauffassung das Antlitz des Landes bestimmten, wäre indes eine gefährliche politische Fehleinschätzung. Aber die einmal entstandene und sich interessierende und sich dabei verändernde Öffentlichkeit eröffnet einem geschichtsbewussten, gegen Nazismus und die extreme Rechte gewandten Handeln neue Möglichkeiten. Dafür gilt eine Grundnorm. Nicht der Ausstieg und die Flucht aus der Geschichte bieten Lösungen, sondern nur eine entschiedene Abfuhr an alle Versuche, einen Schlussstrich unter die NS-Zeit zu ziehen. Mehr noch: Immer wieder neu gefordert ist das Begreifen, dass eben diese NS-Geschichte zur historischen Identität Deutschlands gehört, mit der umgegangen werden muss, mit der sich die Generationen immer wieder neu auseinandersetzen müssen, um klaren Sinnes zu sagen: »Nie wieder!« Der Faschismus bleibt eine Vergangenheit, die nie vergeht.

Diese Kardinalaussage ist nicht zuletzt deshalb aktuell und muss an die Spitze aller Auseinandersetzungen gesetzt bleiben, da im Dezember 1998 bei einer ZDF-Umfrage zur Holocaust-Debatte sich die Hälfte aller 1 275 Befragten dafür aussprachen, einen Schlussstrich unter das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte zu ziehen. 44 Prozent widersprachen dieser Ansicht.¹⁷

Es verwundert nicht, dass in dieser Situation auch der Stalinismus ab und an wieder sichtbar hervortritt und sich antifaschistische Reputation verschaffen will. Dies geschah in einer Todesanzeige für Erich Mielke, den langjährigen Minister für Staatssicherheit der DDR, in der dieser von »Kameraden und Kampfgefährten« und von der »AG Kämpfer und Freunde der Spanische Republik 1936–39« als »Kämpfer der Internationalen Brigaden in Spanien« gewürdigt wurde.¹⁸ Diese unvermittelte, dumm-freche Würdigung, die alles ausblendet, was dieser erbärmliche Mann vom Rang eines Verbrechers an menschlichen Existenzen vernichtet hat, musste von vielen Jüngeren, die sich dem verantwortungsbewussten Umgang mit Geschichte verpflichtet fühlen und in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechte stehen, als Faustschlag ins Gesicht empfunden werden – und war von den Stalinisten, die Meister im Spalten von Bewegungen sind, offensichtlich auch so gedacht (vom Doppelgesicht des Spanischen Krieges, in dem nicht nur der Antifaschismus, sondern auch der stalinistische Terror präsent war, ganz abgesehen).¹⁹ Stalin hat den Raum noch nicht verlassen. Auch künftige antifaschistische Erbe-Arbeit wird mit seinem Gedankengut und seinen Vasallen rechnen müssen. Ermutigung und neue Perspektiven für Varianten demokratischen Geschichtsverständnisses eröffnen sich dann, wenn die Auseinandersetzung mit dem Stalinis-

17 Neues Deutschland, 15. Dezember 1998, S. 1.

18 Neues Deutschland, 31. Mai 2000, S. 5.

19 Wilfriede Otto: Erich Mielke-Biographie, Berlin 2000, S. 77 ff.

mus und seinen Verbindungen zum Antifaschismus gesucht und wissenschaftlich fundiert geführt wird.²⁰

Der Faschismus bleibt das, was er stets war: ein System des Verbrechens, das zum Untergang führen musste. Das Wissen über dieses System ist heute immens größer als etwa Ende der vierziger Jahre. Das Bild hat sich geändert, indem es genauer, schärfer, größer geworden ist. Insofern haben es die Forschung und die Geschichtskultur durchaus mit einem »anderen« Faschismus zu tun. Aus diesem sich verändernden Bild erwachsen – und dies ist ein wichtiger Gesichtspunkt in der geistigen Bekämpfung der extremen Rechten für jene, die aus der Auschwitz-Geschichte lernen wollen – oftmals neue, sie bestätigende Argumente, Fakten und Erkenntnisse. So erhielt die gegen Faschismus, Antisemitismus und neuen offenen oder verdeckten Rassismus gerichtete Arbeit eine Stärkung aus einer Richtung, aus der sie so rasch nicht unbedingt zu erwarten war: von der Populations- und der molekularen Genetik. Die Arbeiten auf diesem Felde veränderten die Vorstellungen zur Variation des Menschen. Das Konzept der »Rasse« – und hier soll nicht die faschistische Interpretation gemeint sein –, das aus der Vergangenheit in das 20. Jahrhundert übernommen worden ist, wurde angesichts neuester Erkenntnisse völlig obsolet. Das »Rassen«-Konzept wurde zu vielfältigen Menschenrechtsverletzungen benutzt. Ursprünglich wurden »Rassen« des Menschen als genetisch einheitlich, aber untereinander verschieden angesehen. Menschliche Vielfalt sollte so erfasst werden. Die moderne Biologie indes zeigte, dass diese Definition völlig unangemessen ist. Neueste Erkenntnisse stützen nicht die frühere Auffassung, die viele in der demokratischen Schule gelernt haben: dass menschliche Populationen in getrennten »Rassen«, wie »Afrikanische« oder »Eurasische«, klassifiziert werden können. Neueste Erkenntnisse besagen: Es ist leicht, zwischen Menschen aus verschiedenen Teilen der Erde Unterschiede in der äußeren Erscheinung zu erkennen (Hautfarbe, Pigmentierung, Morphologie des Körpers, des Gesichts usw.). Aber: Die zugrunde liegende genetische Variation selbst ist viel weniger ausgeprägt. »Rassismus ist der Glaube, dass menschliche Populationen sich in genetisch bedingten Merkmalen von sozialem Wert unterscheiden, so dass bestimmte Gruppen gegenüber anderen höherwertig oder minderwertig sind. Es gibt keinen überzeugenden wissenschaftlichen Beleg, mit dem dieser Glaube gestützt werden könnte.« Die menschliche Vielfalt ist mit starren Begriffen »rassischer« Kategorien oder dem traditionellen »Rassen«-Konzept nicht zu charakterisieren. »Es gibt keinen wissenschaftlichen Grund, den Begriff »Rasse« weiterhin zu verwenden.« Diese Feststellungen einer UNESCO-Erklärung zur Rassenfrage stammen aus dem Jahre 1995.²¹ Der 26. Juni 2000, der Tag, an dem die Entschlüsselung des

20 Als Beispiele seien hier nur genannt: Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999; Moskau 1938. Szenarien des Großen Terrors. Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999; Karlen Vesper: Das Schweigen gebrochen. Die sowjetischen Speziallager 1945 bis 1950 in Deutschland, in: Neues Deutschland, 21. Juni 2000, S. 2.

21 UNESCO-Erklärung zur Rassenfrage, in: Rundbrief, hrsg. von der AG Antifaschismus/Rechtsextremismus beim Parteivorstand der PDS, Berlin, Jg. 1999, Heft 2, S. 25/26.

menschlichen Erbgutes von Wissenschaftlern und Politikern bekannt gegeben worden ist, erhärtete diese Aussage: Das Erbgut aller Menschen ist gleich.²² Diese Erkenntnis gilt als eine Revolution in der Geschichte des Menschengeschlechtes.

Zurück zur extremen Rechten: Zum ideologischen und politischen Kern des Rechtsextremismus werden gemeinhin ein zugespitzter Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Militarismus gerechnet, die mit allen Mitteln bis hin zu modernsten Medien verbreitet werden. Er ist grundsätzlich demokratiefeindlich. Fundamentalere Antikommunismus und Antisozialismus verbinden sich mit einer breit gefächerten sozialen Demagogie und mit Anbiederungen. Die extreme Rechte in Deutschland und in Europa am Eingang des 21. Jahrhunderts verfügt selbstverständlich über vielfältige sichtbare und auch verdeckte Wurzeln in der NS-Zeit und im internationalen Faschismus vor 1945. Gleichwohl wäre es arg vereinfacht und gar falsch, bezeichnete man die heutige extreme Rechte nur als »ewig Gestrige« und würde sie – bewusst oder unbewusst – konzeptionell nur als Neuauflage oder Kopie der Nazis vor 1945 betrachten. Eine andere Sicht, die die Existenz von brutalem Neonazismus nicht bestreitet und die die Verbindung der heutigen extremen Rechten zum Faschismus vor 1945 nicht aus dem Blick verliert, wäre folgende: Die extreme Rechte der Gegenwart ist sehr differenziert. Sie ist zudem eine Rechte im Wandel. Sie bildet eine aus den Realitäten und Widersprüchen der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts sich entwickelnde, sehr gefächerte, wandlungsfähige und anpassungsbereite, gleichwohl grundsätzlich demokratiefeindliche Bewegung. Sie ist Teil der modernen Gesellschaft und will in ihr Normalität, Akzeptanz, Einfluss und Dominanz gewinnen. Sie sucht für sich Gewinn aus Entwicklungen wie den Folgen des Globalisierungsprozesses, von Bevölkerungsbewegungen, Flüchtlingsströmen und einer wachsenden Anzahl von Asylsuchenden zu schlagen. Sie will aus den tiefen sozialen Widersprüchen, so auch aus dem ökonomischen und sozialen West-Ost-Gefälle in Deutschland, Kapital schlagen. Sie hofft auf nationalen Hader zwischen ethnischen Gruppen, die auf unterschiedliche Weise an Modernisierungsprozessen beteiligt oder von ihnen ausgeschlossen sind. Sie schlängelt sich hinein in die Gerechtigkeitsdiskussion und sucht den demokratischen Kräften die Gerechtigkeitsidee zu stehlen. Sie nutzt die biographische Verwurzelung von Ostdeutschen in der DDR-Geschichte und stellt sich als eigentliche Interessenvertreter von Ostdeutschen dar. Sie profitiert von Defiziten in der Europäischen Union, so vom Fehlen einer europäischen Sozialunion, vom Einsatz ausländischer Arbeiter als Brecher sozialstaatlicher und tarifrechtlicher Regelungen, von der Korruption etablierter Staatsparteien, von Regierungskriminalität, von der Zögerlichkeit und Unfähigkeit herrschender Eliten, vom allgemeinen Reformstau. Aufschlussreich ist die Feststellung im Verfassungsschutzbericht 1998, dass »eine bedenkliche Erosion zwischen Demokraten und Extremisten« zu verzeichnen sei.²³ Es sind die realen Widersprüche ökonomi-

22 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Juni 2000, S. 1, 55 ff. 18.

23 Verfassungsschutzbericht 1998, Bonn 1999, S. 67.

scher, sozialer, politischer, ökologischer, kultureller, juristischer Art, an die der Rechtsextremismus in der modernen Zeit anzuknüpfen sucht, ohne dass eine vollständige Identifizierung mit der NSDAP und mit dem Faschismus vor 1945 erfolgen muss und ohne dass jene tiefgreifenden Krisenprozesse in Staat und Gesellschaft wie 1933 zu vermerken wären.

Ganz offensichtlich sucht die extreme neue Rechte in Deutschland nach einer stärkeren theoretischen Ausrichtung und Ausstrahlung. Davon zeugt die im Mai 2000 erfolgte Gründung des Instituts für Staatspolitik, das als »Organisations- und Aktionsplattform« einer »Öffentlichkeitsoffensive«²⁴ dienen soll. Es ist mit den Namen Götz Kubitschek, Stefan Harz und Karlheinz Weißmann verknüpft. Verbunden mit diesem Institut ist die Edition Antaios. Aufschlussreich ist auch die neu gebildete Schönhuber-Mahler-Kumpanei, die konzeptionsbildend auf die extreme Rechte wirken und auch in antifaschistischen Foren Darstellungsmöglichkeiten erhalten will.²⁵

Schauen wir nach Österreich. Die Ergebnisse der Nationalratswahl in Österreich am 3. Oktober 1999 führten zum bisher größten Rechtsruck in der Republik. Die Liberalen (LIT/ Liberales Forum) kamen nicht mehr in das Parlament, da sie unter 4 Prozent blieben. Der Haider- Partei, der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ), gelang ein Sieg, indem sie mit 26,9 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen die Größenordnung der beiden österreichischen Traditionsparteien, der sozialdemokratischen und der konservativen, erreichte. Sie wurde knapp zweitstärkste Partei. Das geschah in einem Parteiensystem, das als eines der stabilsten in Europa galt. Besonders erfolgreich war die FPÖ in der jüngsten Wählergeneration, speziell bei jungen Berufstätigen. In diesem Wählersegment lag die FPÖ ebenso wie in der Gruppe der berufstätigen Männer und in der Arbeiterschaft an erster Stelle, bei Selbständigen und Freiberuflern nimmt sie mit 33 Prozent die zweite Position ein. In der Arbeiterschaft hat die FPÖ ihren Stimmenanteil seit den fünfziger Jahren von ca. 3 Prozent auf ca. 47 Prozent gesteigert (SPÖ 1999 nur noch ca. 35 Prozent).²⁶ Die FPÖ-Wählerschaft sieht ihre ideologische Position überwiegend in der politischen Mitte; im Regelfalle etwas rechts vom Bevölkerungsdurchschnitt.²⁷ Innerhalb des Motivationsgefüges, für die FPÖ zu stimmen, stehen an der Spitze Argumente wie: weil die FPÖ schonungslos Missstände und Skandale aufdeckt, weil sie frischen Wind und Veränderungen bringt, weil sie gegen die Zuwanderung von Ausländern eintritt.²⁸

24 Junge Freiheit, Nr. 17, 21. April 2000, S. 13.

25 Siehe Horst Mahler, Franz Schönhuber: Schluss mit dem deutschen Selbsthass. Plädoyers für ein anderes Deutschland, Berg am Starnberger See 2000.

26 Siehe Fritz Plasser, Peter A. Uram: Protest ohne Parteibindung, in: Hans-Henning Scharsach (Hrsg.): Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 137.

27 Ebenda, S. 138.

28 Siehe Anton Pelinka: Die rechte Versuchung, in: ebenda, S. 56.

Mit der Wahl 1999 in Österreich erkannte erstmals eine etablierte konservative Partei in Europa einen extremistischen Konkurrenten offiziell als politik- und koalitionsfähig an. Damit wurde die Grenze zwischen demokratischem Konservatismus und Rechtsradikalismus verwischt. Die FPÖ erlangte staatstragende Präsenz. Sie festigte sich als Wahlpartei auf hohem Niveau. Sie ist die erfolgreichste Partei der extremen Rechten in Europa.

Vieles scheint an diesem Erfolgsprojekt noch nicht ausreichend entschlüsselt zu sein. Manches aber scheint ablesbar zu sein. Haider ist kein zweiter Hitler. Die Mehrzahl seiner Anhänger und Wähler sind keine Nazis. Gefährlich wird diese Bewegung, weil sie etwas Neuartiges, noch längst nicht ausreichend Begriffenes repräsentiert. Es handelt sich nicht nur um populistischen Protest und herkömmliche Demagogie. Zum einen steht dahinter das Konzept der sogenannten Neuen Rechten, das einen neuen, zukunftssträchtigen, entschlossenen Konservatismus sucht, der mit der Ideologie einer »organischen Demokratie homogener Völker« verbunden ist. Der Erfolg der Haider-Partei dokumentiert ein wachsendes Unbehagen gegenüber dem Modernisierungsschub, der durch den ungleichmäßigen, oft zu raschen europäischen Einigungsprozess ausgelöst wird. Der Erfolgskurs der FPÖ könnte auch als ein Beleg für eine Veränderung des Parteiensystems in Europa gelten. Die herkömmlichen, scheinbar dauerhaften Parteiblöcke verlieren an Ausstrahlungs- und Bindekraft. Eine Identitätskrise droht den Konservativen (dies gilt auch für die CDU in Deutschland). Eine regierungstaugliche FPÖ kann zum Vorbild für eine ideologisch und strategisch erneuerte Rechte in ganz Europa werden. Ein deutscher Haider ist vorläufig nicht in Sicht. Nicht vergessen werden sollte aber, dass der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber seiner österreichischen Schwesterpartei ausdrücklich eine Koalition mit der FPÖ empfohlen hat. Von der Entwicklung in Österreich ist nach den Worten Paul Spiegels, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, »die gesamte Wertegemeinschaft in Westeuropa betroffen«. Spiegel befürchtet auch, dass in Deutschland ein Mann wie Haider »ebenso großen Erfolg« haben könnte.²⁹ Vieles an der Haider-Partei ist schwer fassbar, zumal sie sehr stark manövriert.³⁰ Sie versucht nicht, die NS-Verbrechen zu leugnen; sie hält vielmehr das immer wieder neue Verweisen auf die Vergangenheit für überholt, für unmodern, der Zukunft nicht gerecht werdend. Die FPÖ verfolgt mit ihrem Kurs der »plebiszitären Erneuerungsbewegung«³¹ ein autoritäres, unsoziales Gesellschaftsprojekt, das außerhalb der faschistischen Dimension liegt. Das erste gelungene postfaschistische Projekt der äußersten Rechten in Europa ist erfolgreich, weil die Loslösung vom traditionellen Rechtsextre-

29 »Ein Mann wie Haider hätte großen Erfolg«. Paul Spiegel über Gefährdungen der deutschen Demokratie, in: Berliner Zeitung, 3. März 2000, S. 7.

30 Siehe auch: Der Westentaschen-Haider. Hrsg. von Hubertus Czernin, Wien 2000, in dem akribisch Haider-Aussprüche dokumentiert werden, um die Auseinandersetzung mit ihm zu erleichtern.

31 So Haider-Berater Andreas Mölzer, zitiert nach Ralf Ptak: Rechtsextremes Fundament-Neoliberale Substanz-Marktgerechte Präsentation. Aufsatz. Xerokopie, im Besitz des Vf., S. 2.

mismus und vom Nazismus geglückt ist. Das ist eine höchst interessante Erkenntnis.³² Dahinter steht auch die Beobachtung, dass eine Synthese von Tradition und Moderne im Auftreten der FPÖ ein besonderes Gewicht erhält. Die FPÖ wird von neu gewonnene Wählerschichten, die in der Partei dominant sind, getragen (während die Extremen nur noch einen kleinen Teil der Wählerschichten repräsentieren), weil sie die realen Probleme, Defizite und Widersprüche in der österreichischen Republik aufgreift und weithin sichtbar und zudem geschickt an den Pranger gestellt. »Entstaatlichung, Abbau von Monopolen und das Aufbrechen von Parteienallmacht sind also das Gebot der Stunde. Jene politische Gruppierung, die in der Lage war, diese Fragen zu thematisieren und gegen die Herrschaft des politischen Establishments zu instrumentalisieren, sollte also sui generis den Schlüssel zur Systemveränderung in der Hand haben.«³³ Diese Forderungen nach einer Dritten Republik bedeuten nicht die verschleierte Forderung nach einer Neuauflage der NS-Ordnung. Ralf Ptak schreibt dazu: »Vielmehr geht es um die Befreiung des durch Sozialstaat und Parlamentarismus in seiner vollen Entfaltung eingeschränkten Kapitalismus.«³⁴ Ein neuartiges, in vielem neoliberales Modell soll mit der Beseitigung des Wohlfahrtsstaates und seiner demokratischen Mechanismen angepeilt werden. Sozialpolitik soll zur Privatangelegenheit herabgestuft werden. Immer wieder greifen dazu die FPÖ-Vertreter die »unkontrollierte Diktatur der Apparate«³⁵ an, die sie als Vertreter der österreichischen Sozialpartnerschaft ausgemacht haben. Es geht um die absolut freie Marktwirtschaft als Dritter Weg, als eine »befreite Zukunft jenseits von links und rechts«³⁶.

Das österreichische Beispiel zeigt, dass sich in der Entwicklung der extremen Rechten etwas Neues vollzieht, das weder mit dem bekannten Vorkriegsfaschismus noch mit bislang erfahrener Rechtsextremismus der vergangenen Jahre abgedeckt ist. Es ist eine extreme Rechte im Wandel, die für erschütterte oder auch für vorausschauende Konservative ungewöhnlich anziehend werden könnte. Tabus bröseln auf.

Im Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus des DGB ist zu lesen: »Vor einer historischen Parallelisierung des Phänomens (des Rechtsextremismus in Deutschland heute zu 1933 – R. R.) und seiner Ursachen sei gleichwohl gewarnt. Nicht ein unseliges Kapitel deutscher Geschichte ist zurückgekehrt, die Geschichte hat vielmehr ein neues Kapitel aufgeschlagen, das mit Rechtsextremismus möglicherweise nur ungenau überschrieben ist. Dieser formt heterogene und widersprüchliche Versatzstücke zu einem Weltbild, das mit dem nationalsozialistischen, trotz historischer Anleihen, nicht identisch ist.«³⁷

32 Franz Schandl zitiert nach Ralf Ptak: Das FPÖ-Projekt der 90er Jahre, a. a. O., S. 8.

33 Andreas Mölzer: Dritte Republik in den Startlöchern, in: Junge Freiheit, Jg. 1995, Heft 42, S. 22.

34 Ralf Ptak: Das FPÖ-Projekt der 90er Jahre, a. a. O., S. 3.

35 FPÖ. Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs 1985, Ziffer 54.

36 Jörg Haider: Befreite Zukunft jenseits von links und rechts – Menschliche Alternativen für eine Brücke ins neue Jahrtausend, Wien 1997.

37 Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, hrsg. von der Grundsatzabteilung des DGB- Bundesvorstandes (Redaktion: Dieter Pouglin), Berlin, Mai 2000, S. 6.

Im Jahr 2000 sind wir also in den geistigen und politischen Auseinandersetzungen auf vielfältige Weise in das Jahr 1933 zurückverwiesen, aber auch vor völlig neue Herausforderungen gestellt.

II. Über die Mühsal des Weges

Oft hört man den Satz: »Die Bundesrepublik treibt weiter nach rechts.« Diese Aussage will demokratische Wachsamkeit signalisieren. Zweifelsfrei ist diese auch angebracht, war doch die Geschichte des Nationalsozialismus nicht zuletzt eine Geschichte seiner Unterschätzung. Dennoch darf ein solcher inhaltsschwerer Satz nicht leicht dahin gesagt werden, zumal wenn er seit Jahrzehnten wiederholt wird.

Im Kampf gegen alte und neue Faschisten und in der Auseinandersetzung mit einer extremen Rechten im Wandel wirkt Hemmendes und Förderndes, Begünstigendes und Bremsendes. Die Widersprüchlichkeit der historischen Entwicklung ist auch hier strikt im Blick zu behalten und vor allem für die politische Arbeit zu nutzen.

Zunächst treten Schärfe, Brutalität und Demagogie der Neonazis und extremen Rechten in Deutschland deutlich und fassbar hervor.

In den vergangenen zehn Jahren wurden in Deutschland mehr als 100 Menschen von Neonazis ermordet.³⁸ Am 1. Juni 2000 starb in Eberswalde ein Jugendlicher, nachdem er von einem Nazi-Skinhead zusammengeschlagen und vor ein fahrendes Auto gestoßen wurde. Am 11. Juni 2000 wurde in Dessau Alberto Adriano aus Moçambique bei einer rassistischen Attacke so verletzt, dass er wenige Tage später verstarb. In Düsseldorf wurde am 3. Juli ein Grieche durch rechte Schläger schwer verletzt. Im Juli 2000 ermordeten in Ahlbeck Neonazis einen Obdachlosen. Am 18. Juli 2000 hingen in Elmshorn Plakate, auf denen der IG-Metall-Vorsitzende Uwe Zabel bedroht wird. Auf ihn hatten Nazis ein Kopfgeld von 10 000 DM ausgesetzt. In Potsdam wurden am 25. Juli 2000 zwei Jungen aus Kenia und Kongo von vier Männern angegriffen, ein Kind wurde aus der haltenden Straßenbahn geworfen. Am 29. Juli 2000 hetzten etwa 30 Neonazis zwei Asylbewerber durch die Stadt Eisenach. Jüdische Friedhöfe wurden verwüstet. In Uetersen wurde auf eine türkische Moschee ein Brandanschlag verübt. Im Internet breiten sich zunehmend nazistische und rechtsextreme Seiten aus. Im Juli 2000 ging der Verfassungsschutz von ca. 350 entsprechend präparierten Internetseiten aus.³⁹

Auch Folgendes muss aufhorchen lassen. 1997 gab fast ein Drittel der befragten Europäer an, »sehr« oder »ziemlich« rassistisch zu sein. Ferner ergab diese

38 So die Angaben von Frau Ulla Jelpke (MdB), die dazu recherchierte. Die Bundesregierung spricht lediglich von 16 Toten, in: Neues Deutschland, 16. August 2000, S. 1.

39 Reiner Bürger: Aufrufe zum Mord im Internet, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. August 2000, S. 3.

Untersuchung der Europäischen Kommission, dass fast die Hälfte der Europäer, die sich als »sehr« oder »ziemlich« rassistisch bezeichnen, mit der Politik ihrer Regierungen nicht zufrieden ist. Im Vergleich zu der vorangegangenen groß angelegten Studie von 1989 ergibt das eine klare Zunahme von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Während 1997 41 Prozent der Europäer den Eindruck hatte, dass die Angehörigen ethnischer Minderheiten oder die Menschen anderer Staatsangehörigkeit, Religion und Kultur zu zahlreich seien, vertraten 1989 nur 37 Prozent der Bevölkerung diese Meinung. Gleichzeitig wurde dem Kampf gegen den Rassismus immer weniger Bedeutung beigemessen (36 Prozent im Jahre 1989 verglichen mit 22 Prozent im Jahre 1997).⁴⁰ Befragt, wie sie sich die Gesellschaft im Jahre 2010 vorstellen, antworteten im Sommer 2000 51 Prozent der befragten Deutschen, dass es mehr Spannungen zwischen Deutschen und Ausländern geben wird; 39 Prozent meinten, dass weniger Rücksicht auf Ausländer und Minderheiten genommen werden wird; 71 Prozent gehen davon aus, dass die Gesellschaft kälter und egoistischer werden wird.⁴¹

Mehr noch: Im Jahre 1999 wurde gegen Jugoslawien ein – formell nicht erklärter – Krieg geführt, an dem alle NATO-Partner sowie die neu beigetretenen Staaten Polen, Tschechische Republik und Ungarn teilnahmen. Während der 73 Tage dauernden insgesamt 35 000 Einsätze von Kriegsflugzeugen kam es zu katastrophalen Auswirkungen auf die serbische Zivilbevölkerung. Drei führende deutsche Friedensforschungsinstitute beurteilten in einem am 8. Juni 1999 in Berlin vorgestellten Gutachten die Kosovo-Kriegführung der NATO als Misserfolg. Die NATO, die für diese Aktion kein UNO-Mandat besaß, hat gegen die UN-Charta verstoßen und das Völkerrecht gebrochen. Auffällig indes war eine Interpretation, mit der die deutsche Politik, vertreten durch den Bundesaußenminister Joseph Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) und Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD), ihre Beteiligung an diesem völkerrechtswidrigen Bombardement zu rechtfertigen suchten. Ihr Argument lautete »Nie wieder Auschwitz! Nie wieder Krieg«. Man glaubte anfangs an einen Übermittlungsfehler. Deutschland begründete seine Beteiligung am Krieg mit antifaschistischen Ur-Lösungen! Statt alle Mittel, die der UNO zur Gebote stehen, phantasievoll, kreativ und umsichtig auszuschöpfen und zu bereichern, um der jugoslawischen Führung und ihrer brutalen Politik in den Arm zu fallen – ein die UNO ausschaltende und neben der UNO-Charta weiter Verträge missachtendes Bombardement! Damit wurde ein neue Auschwitz-Lüge geboren, wie eine Gruppe von Holocaust-Überlebender in einem Offenen Brief an Fischer und Scharping treffend betonte.⁴² Der von der Bundesregierung schließlich entwickelte eigene Fünf-Punkte-Plan enthielt den

40 Jahresbericht 1998 (Zusammenfassung). Teil I. Hrsg. von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, o. O., o. J., S. 2.

41 Renate Köcher: Zwischen Fortschrittsoptimismus und Fatalismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. August 2000, S. 5.

42 Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge, in: Frankfurter Rundschau, 23. April 1999, S. 16.

Ansatz politisch und diplomatischer Kreativität, die indes vor dem Bombenkrieg zwingend notwendig gewesen wäre.

Aus den vielfältigen Erfahrungen der Außenpolitik seit 1990 resümierte im Juni 2000 Egon Bahr, ehemaliger Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt in den Jahren 1967 bis 1969: »Ich bin wirklich beunruhigt, dass wir am Vorabend einer neuen konfrontativen Politik stehen, mit einem neuen Wettrüsten, einer neuen Rüstungsgewalt.«⁴³ Und eventuell einer Konfrontations-, Ordnungs- und Hegemonialpolitik, die sich als Vollstrecker antinazistischer Geschichtslehren darstellt?

Besorgniserregende Erkenntnisse gehen von vielen soziologischen Studien aus. »Wissen Sie, wer oder was Auschwitz ist? Jeder fünfte Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren kann in Deutschland diese Frage nicht beantworten. Zirka drei Millionen Deutsche können mit dem Begriff ›Auschwitz‹ nichts anfangen. Nur ein Drittel der Befragten konnte die Zahl der in den Lager Ermordeten zumindest einigermaßen zutreffend benennen. Ein Drittel der Befragten sind der Meinung, dass die Berichte über Konzentrationslager übertrieben seien.«⁴⁴ Im Mai und Juni 2000 hatte die Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und das Otto-Stammer-Zentrum der Freien Universität Berlin 1 850 Menschen über 18 Jahre befragt.⁴⁵ Danach haben 12 Prozent der Berliner und 21 Prozent der Brandenburger eine rechtsextreme Grundhaltung. Die Zahl der Personen mit einer rechtsextremen Gesinnung sind in den vergangenen zwei Jahren gestiegen. Bei knapp einem Drittel der Brandenburger aus den unteren sozialen Schichten stellten die Forscher rechtes Gedankengut fest, bei Berlinern sind es 13 Prozent. Während in Brandenburg 37 Prozent der Arbeitslosen als rechtsextrem gelten, sind es in Berlin 23 Prozent. Jeder dritte Brandenburger und jeder sechste Berliner, der sich sozial verschlechterte, tendiere zum Rechtsextremismus. Besonders ausgeprägt war das rechtsextreme Weltbild in den Altersgruppen der 55- bis 74-Jährigen mit rund 20 Prozent in Berlin und 25 Prozent in Brandenburg. Bei den 18- bis 24-Jährigen dachten in Berlin 8 Prozent, in Brandenburg 16 Prozent rechtsextrem. In Berlin vertreten 10 Prozent und in Brandenburg 15 Prozent der Befragten die Ansicht, dass Ausländer »so schnell wie möglich« Deutschland verlassen sollten. 9 Prozent gehen davon aus, dass »Juden einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich haben«. Nur ein Drittel der Befragten anerkennt die Demokratie. Mehr als ein Drittel der Menschen mit rechtsextremer Einstellung wählt gar nicht. 60 Prozent tendieren zu etablierten Parteien. So würden 17 Prozent ihre Stimme der CDU, 31 Prozent der SPD und 9,5 Prozent der PDS geben. Der bekannte Forscher Richard Stöss, der an

43 »Laßt uns so tun, als seien wir souverän.« Über die Politik der Ostverträge. Egon Bahr und Günter Gaus im Gespräch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, Heft 7/2000, S. 80.

44 Claudia von Salzer: Erschreckende Ahnungslosigkeit über Holocaust, in: Tagesspiegel, 18. Februar 2000. Die Studie stammt von Alphons Silbermann und Manfred Stoffer: Auschwitz: Nie davon gehört? Erinnern und vergessen in Deutschland, Berlin 1999.

45 Rechtsextreme Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg. Ausgewählte Befragungsergebnisse für die Pressekonferenz am 11. August 2000. Hrsg. von der Deutschen Paul Lazarsfeld-Gesellschaft und dem Otto-Stammer-Zentrum an der FU Berlin.

dieser Studie mit beteiligt war, sagte dazu: »Der Rechtsextremismus ist keine Parteiensache... Die Einstellung der Menschen ist der Boden, auf dem sich Rechtsextremismus und Gewalt entwickeln.« Stöss fügte hinzu, dass in Deutschland die rechtsextremistischen Straftaten im Vergleich zu anderen Ländern Westeuropas »extrem hoch« seien. Von etwa 1 500 Fällen in den 80er Jahren sei die Zahl auf rund 10 000 Straftaten jährlich gestiegen.⁴⁶

Im Juli 2000 verwies der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik – nachdem er die Bundesrepublik als den erfolgreichsten deutschen Staat der Moderne gewürdigt hatte –, darauf, »dass die Republik den Kriterien eines aufgeklärten demokratischen Gemeinwesens allenfalls knapp, wenn überhaupt genügt«. Er machte diese Wertung an folgenden Punkten fest: Die von vielen als Durchbruch zu einem nicht völkischen, sondern republikanischen Gemeinwesen erhoffte Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts fiel halbherzig und im Vollzug unpraktikabel aus. Die von mindestens einigen angestrebte würdige Auseinandersetzung mit historischer Schuld und kollektiver Verantwortung im Zug der Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Juden Europas ist lange Zeit in unwürdigem Gezänk, parlamentarischem Finassieren und hintersinnigen Geschäfts- und Verfahrensdebatten hängen geblieben. »Die Art und Weise, wie Flüchtlinge vom Innenminister einer rot-grünen Bundesregierung im sogenannten Flughafenverfahren erniedrigt und bisweilen in Wahnsinn und Tod getrieben werden, spottet jeder Beschreibung. Dass die deutsche Jugend zu 62 Prozent der Auffassung ist, in Deutschland lebten zu viele Ausländer, lässt sich nur als deprimierend bezeichnen.«⁴⁷

Nicht zuletzt wirken einerseits Lethargie und Desinteresse in großen Teilen der Bevölkerung und andererseits ein fest verwurzelter Antisozialismus und Anti-Anti-Faschismus, verwoben mit einer Nazismus und Krieg verharmlosenden, oftmals gar partiell verteidigenden und preisenden Lebensposition.⁴⁸

Die genannten Fakten sind sehr ernst zu nehmen. Dennoch müssen jene Faktoren, Bedingungen und Kräfte mitgedacht werden, die diesen Tendenzen entgegenstehen. Nennen wir zu Beginn solche Fakten wie die Einführung eines Gedenktages in der Bundesrepublik für die Opfer des Nationalsozialismus (am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz). Traditionstage und Rituale gehören zur Geschichtskultur eines Volkes. Ein solcher Tag bietet stets die Chance der Besinnung und gibt im Medienzeitalter den entsprechenden interessierten Gruppen gute Möglichkeiten.

Von Gewicht sind auch internationale Aktivitäten der letzten Jahre. Vom 26. bis 28. Januar 2000 fand auf Initiative des schwedischen Ministerpräsidenten Persson

46 Studie zu rechtsextremer Einstellung, in: Berliner Zeitung, 12./13. August 2000, Beilage Berlin, S. 22.

47 Micha Brumlik: Über die Verwechslung von Standortpolitik und Verantwortung. Laudatio auf den »Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte« und seinen Sprecher Lothar Evers, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7/2000, S. 832.

48 Dazu viel Material und Argumente bei Gerhard Zwerenz: Krieg im Glashaus oder Der Bundestag als Windmühle, Berlin 2000.

das »Stockholmer Internationale Forum über den Holocaust« statt. Delegationen aus knapp 50 Ländern nahmen teil. In ihrer Schlusserklärung betonten sie, dass der Holocaust (Shoa) »die Fundamente der Zivilisation grundlegend in Frage gestellt (hat) und dass das schreckliche Leid der vielen Millionen anderer Opfer der Nazis ebenfalls eine unauslöschliche Narbe auf dem europäischen Kontinent hinterlassen (hat)«. Das Forum forderte, mit Hilfe von Bildung, Forschung, Erinnerung den Holocaust im kollektiven Gedächtnis zu bewahren. »Da die Menschlichkeit noch immer von Völkermord, ethnischen Säuberungen, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit verletzt wird, teilt die internationale Gemeinschaft eine feierliche Verpflichtung, gegen dieses Übel anzukämpfen.«⁴⁹

Diesen Anliegen folgte auch das Urteil des Londoner Gerichts, des Royal High Court, als vor ihm der britische Autor David Irving scheiterte. Irving versuchte seit 1988 im Sinne der extremen Rechten und der Neonazis die Sicht auf den Holocaust zu revidieren und hatte gegen das Buch einer USA-Wissenschaftlerin⁵⁰ geklagt, die sich mit dem Hauptrepräsentanten der Auschwitz-Leugnung, besonders mit dem Institute für Historical Review und seinem Aktivisten Willis A. Carto, auseinandergesetzt hatte. Um der USA-Historikerin neues Material gegen Irving zu liefern, half auch die Regierung des Staates Israel. Sie gab die Aufzeichnungen Adolf Eichmanns frei, in denen dieser nicht etwa den Holocaust, sondern nur seine eigene Mitverantwortung geleugnet hatte.⁵¹ Nach Urteil des Gerichtes ist Irving ein »Antisemit und Rassist«. Irving hat den von ihm gegen Lipstadt angestregten Prozess verloren. Das ist ein Erfolg im Kampf gegen den Neonazismus und den Antisemitismus.

Eine weitere Hilfe auf internationaler Ebene bildet die Entschließung des Europäischen Parlamentes vom 11. Februar 1993 (angenommen mit zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen) zum europäischen und internationalen Schutz der Stätten der von den Nationalsozialisten errichteten Konzentrationslager als historische Mahnmale. Interessant und besonders für die deutsche Debatte gewichtig ist jene Passage in der Einleitung zum Beschluss, in dem unter Punkt B jedwede Verquickung zwischen den nationalsozialistischen Lagern und ihrer etwaigen Nutzung nach dem Krieg, etwa nach der Formel »Opfer gleich Opfer«, abgelehnt wird.⁵² Gewiss, es sind zuerst Worte. Ihnen im Leben Gewicht und Nachdruck zu verleihen, wird stets Anliegen praktischen Handelns sein müssen.

Höchst interessant ist auch die Gemeinsame Erklärung, verabschiedet vom Gipfel des Sozialen Dialogs (UNICE, EGB, CEEP)⁵³ am 21. Oktober 1995 in Florenz. Hier vereinbarten Repräsentanten von europäischen Gewerkschaftsverbän-

49 Stockholmer Erklärung des Internationalen Forums über den Holocaust vom 28. Januar 2000, in: Kölner Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/2000, S. 375.

50 Deborah E. Lipstadt: Leugnen des Holocaust. Rechtsextremismus mit Methode, Reinbek bei Hamburg 1996.

51 Ulrich Schneider: Irving vor Gericht, in: Der rechte Rand, März/April 2000, S. 17.

52 antifa-Rundschau, 1998, Heft 1, S. 11.

53 UNICE: Union des Industries de la Communauté Européenne, EGB: Europäischer Gewerkschaftsbund; CEEP: Centre Européen d'Etudes de Phosat.

den und Arbeitgeberverbänden Folgendes zur Verhütung von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie zur Förderung der Gleichberechtigung am Arbeitsplatz: »Die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung und die Förderung der Chancengleichheit sind Grundwerte des gemeinsamen kulturellen Erbes und Bestandteil der Rechtstradition aller europäischen Staaten.«⁵⁴ Rassismus und Fremdenfeindlichkeit stellen eine ernsthafte Bedrohung nicht nur für die Stabilität der europäischen Gesellschaft dar, »sondern auch für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft«. Die Unterzeichner verpflichteten sich, »eine aktivere Rolle bei den vereinten Bemühungen um Verhütung der Rassendiskriminierung zu übernehmen und in ihrem eigenen Einflussbereich, nämlich dem Arbeitsplatz, gemeinsam dagegen vorzugehen. Arbeit ist ein wesentlicher Faktor sowohl für den Lebensunterhalt als auch für die soziale Eingliederung der Menschen. Außerdem sind harmonische Arbeitsbeziehungen und die bestmögliche Nutzung aller Fähigkeiten ausschlaggebende Elemente der Effizienz von Unternehmen. Darüber hinaus kann sich die Schaffung und Verbesserung harmonischer Beziehungen innerhalb von Unternehmen und Organisationen als Modell für die Gesellschaft als Ganzes erweisen und eine zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit spielen.« Die Unterzeichner riefen auf, Erfahrungen zu sammeln und »neue Modelle für Verhaltensregeln« zu erarbeiten.⁵⁵

Im Vorfeld der Entstehung der rot-grünen Bundesregierung 1998, der einschlägigen Koalitionsvereinbarungen und ihrer Umsetzung waren zwei Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus zu verzeichnen.

Die erste war im Sommer 1998 eine Kanzelabkündigung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg. Sie ging vom 1. Johannesbrief 4.1 aus, in dem es heißt: »... prüft die Geister, ob sie von Gott sind.« An Gemeindeglieder und an alle Menschen guten Willens gewandt, hieß es u. a.: »Widerspricht laut und deutlich, wenn über Flüchtlinge und Asylsuchende, über andersgläubige, andersfarbige und andersdenkende Menschen abfällig geurteilt und bösartig gewitzelt wird.«⁵⁶ In Ostdeutschland gehörten 1998 ca. 22 Prozent der Bevölkerung zur evangelischen Konfession.⁵⁷

Die zweite umfasst eine Reihe gewerkschaftlicher Initiativen. Insgesamt waren Ende 1997 in Deutschland ca. 10,5 Mill. Arbeiternehmerinnen und Arbeiternehmer gewerkschaftlich organisiert, davon rund 8,6 Mill. im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).⁵⁸ Nachdem soziologische Untersuchungen nachdrücklich ein beachtliches rechtsextremes Einstellungspotential unter jungen Gewerkschaftern

54 Gemeinsame Erklärung über die Verhütung von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit sowie Förderung von Gleichbehandlung am Arbeitsplatz (verabschiedet vom Gipfel des Sozialen Dialogs am 21. Oktober 1995 in Florenz), in: Migrationspolitische Handreichungen. Hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf 1998, S. II-1.

55 Ebenda.

56 Kanzelabkündigung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg für den 12. und 15. Sonntag nach Trinitatis, in: Rundbrief. Hrsg. von der AG Antifaschismus/Rechtsextremismus beim Parteivorstand der PDS, Berlin 1999, Heft 1, S. 36/37.

57 Datenreport 1999. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Bonn 2000, S. 531.

58 Ebenda, S. 167.

registriert hatten,⁵⁹ beschloss der 16. Ordentliche Bundeskongress des DGB, 1999 eine Kommission Rechtsextremismus einzusetzen, die nach einjähriger Arbeit einen Bericht im Umfang von ca. 65 Seiten vorlegte, die der DGB-Bundesvorstand am 7. März 2000 zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Die Studie führt rechtsextreme Einstellungs- und Verhaltensmuster nicht auf eine eindeutige Ursache zurück, sondern sieht in Hinblick auf die Entwicklung gewerkschaftlicher Handlungsperspektiven folgende Erklärungsansätze und deren Zusammenwirken als grundlegend an: »Als Auswirkungen des Modernisierungsprozesses sind Individualisierung (Desintegration und Auflösung traditioneller Werte- und Normenrahmen), Instrumentalisierung der Arbeitsorientierung (Entsolidarisierung, Kosten-Nutzen-Kalkül), eine mit sozialen Ausgrenzungen verbundene Segmentierung, Verabsolutierung des Leistungsprinzips und Angst vor Statusverlust (Wohlstandschauvinismus) zu nennen. Ebenso sind die politische Kultur, in der Medien und Politiker zu einem fremdenfeindlichen Klima beitragen, sowie eine mangelnde politische Gestaltung der multiethnischen Gesellschaft als Ursachen für rechtsextreme Einstellungs- und Verhaltensweisen zu sehen.«⁶⁰ Ein Bündel von Maßnahmen wird gefordert. »Um dem Rechtsextremismus den Nährboden zu entziehen, wirken die Gewerkschaften bei der Herstellung eines gesellschaftlichen Klimas mit, in dem sich Demokratie und Toleranz besser entfalten können. Das bedeutet, dass das Konkurrenz- und Leistungsprinzip mit den demokratischen Grundwerten in Einklang stehen muss. Wirtschafts- und sozialpolitische Modelle, die den Wohlstand der Mehrheit auf Kosten einer marginalisierten Minderheit sichern, lehnen die Gewerkschaften ab. Stattdessen stellen sie der wachsenden gesellschaftlichen Polarisierung und der Ausgrenzung von »Leistungsunfähigen« ein neues Solidaritätsmodell entgegen, das alle einschließt.«⁶¹ Weiter wird in Bezug auf das Demokratieverständnis die Erkenntnis formuliert, dass die Verankerung und Ausbreitung des Rechtsextremismus in der politischen Mitte »die eigentliche Gefahr für die Demokratie darstellt. Diesen Tendenzen setzen die Gewerkschaften ein Demokratieverständnis entgegen, dass sich nicht in Wahlen erschöpft und auf der politischen Teilhabe aller beruht. Die Gewerkschaften bekennen sich offen zur polyethnischen und multikulturellen Gesellschaft – mit all ihren Vorzügen, Widersprüchen und Konfliktpotentialen.«⁶²

Es werden in dieser Studie folgende Handlungsfelder benannt:

Erstens: der Betrieb. Es muss kurzfristig verhindert werden, dass fremden-

59 Reinhard Hahn, Hans-Werner Horn: Eine neue rechte Jugend?, in: Frankfurter Rundschau, 8. Februar 1997, S. 14; dies.: Eine neue rechte Jugend? Aspekte aus einer Studie zu politischen Orientierungen von Arbeitnehmerjugendlichen, 2. Auflage, Weinheim 1997 (Sonderdruck IDEEN für IG-Metall-Vorstand); Das rechtsextreme Wählerpotential bei Gewerkschaftsmitgliedern. Eine Untersuchung von Infratest dimap im Auftrag von WDR 2, Ms.-Druck, Köln 1998.

60 Schlussbericht der Kommission Rechtsextremismus, hrsg. von der Grundsatzabteilung des DGB-Bundesvorstandes (Redaktion: Dieter Pougin), Berlin 2000, S. 37.

61 Ebenda, S. 37.

62 Ebenda, S. 38.

feindliche und rassistische Verhaltensweisen in die Normalität des Betriebsalltags einziehen. Es muss mittelfristig rechtsextremen Orientierungen durch positive Maßnahmen entgegengewirkt werden. Es muss eine konsequente Gleichstellungspolitik betrieben werden. Im Sinne der Florenzer Erklärung muss der Arbeitgeber eingebunden werden. Es sollen alle Entscheidungs- und Arbeitsbereiche einbezogen und durch Betriebsvereinbarungen in eine verbindliche Form gegossen werden. Dazu können u. a. gehören: Ahndung rassistischer Verhaltensweisen, Ausbau von Beschwerdestellen für Diskriminierungsopfer, Maßnahmen zur Förderung ausländischer Beschäftigter und sozialpädagogischer Angebote. Es geht letztendlich um eine »betriebliche Strategie, die sich gegen fremdenfeindliches Verhalten richtet und zugleich auf Toleranz und substantielle Gleichbehandlung zielt ...«⁶³

Zweitens: gewerkschaftliche Bildungsarbeit. Hier wird vor einem »traditionellen pädagogischen Antifaschismus«⁶⁴ mit seinen begrenzten Möglichkeiten gewarnt. Vielmehr wird die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in Seminaren zur Standortpolitik, zur Globalisierung und zur Sozialstaatskrise empfohlen. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit soll die Selbstverständlichkeit, mit der Minderheiten benachteiligt werden, ins Blickfeld rücken und strikt nach Gleichbehandlungsgrundsätzen fragen.

Drittens: Schule und Berufsschule. »Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Schule, die Kinder und Jugendlichen auf das Zusammenleben in einer multiethnischen, durch kulturelle Differenz geprägte Gesellschaft vorzubereiten.«⁶⁵

Viertens: Medien und Öffentlichkeit. Hier wird insbesondere gefordert, die politische und fachliche Inkompetenz rechtsextremer Parteien zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu entlarven.

Fünftens: die Politik. Stärker sollen die Gewerkschaften ihren Einfluss wirksam machen, um das Thema »Deutschland ist ein Einwanderungsland« auf die Tagesordnung zu setzen. Das Thema Migration muss als umfassende politische Gestaltungsaufgabe wahrgenommen werden. Der Bericht endet: »Wo sich keine gesellschaftliche Gegenwehr politisch organisiert und mit modernen Mitteln der politischen Arbeit wappnet, entsteht ein machtpolitischer Freiraum, den extreme Rechte oder populäre Vereinfacher immer leichter glauben ausfüllen zu können.«⁶⁶

Der DGB hat damit eine Fülle von wertvollen Anregungen vorgelegt.⁶⁷

63 Ebenda, S. 41.

64 Ebenda, S. 42.

65 Ebenda, S. 45

66 Ebenda, S. 53.

67 Die Aktivitäten im DGB sind selbstverständlich viel umfassender und können hier nicht behandelt werden. Siehe auch: Peter Liebers: Das Verteufeln linker Ideen im Osten hatte rechte Folgen. Tagung in Erfurt zu rechten Anhängern in der Arbeitswelt, in: Neues Deutschland, 30. Mai 2000, S. 2; Interview mit Uwe Zabel, IG Metall Elmshorn, in: Der Rechte Rand, 2000, Heft März/April, S. 9; die GEW-Zeitschrift »Erziehung und Wissenschaft« widmet sich kontinuierlich diesem Thema, ebenso der Rundbrief antifaschistischer/antirassistischer GewerkschafterInnen.

In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen war der Kampf gegen den Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt der Politik erklärt worden. Die im April 1999 angekündigte Gründung eines Bündnisses ließ lange auf sich warten. PDS, DGB sowie Organisationen und Einzelpersonen kritisierten diese Zögerlichkeit.⁶⁸ Am Verfassungstag, den 23. Mai 2000, fand eine von der Regierung getragene Auftaktfeier für das Bündnis statt. An ihr beteiligten sich alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien sowie Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppierungen und Institutionen, darunter die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin forderte, »Mahnungen aufzunehmen«; Festredner György Konrád verwies darauf, dass auch der Staat Urheber von Gewalt und Extremismus sein könne. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) hob hervor, dass es nicht um ein »Aktionsbündnis« gehe, sondern um ein »ideelles Bündnis«, das es sich zur Aufgabe gemacht habe, »den demokratischen Verfassungskonsens zu kräftigen und zu erneuern.«⁶⁹ Jeweils am Verfassungstag wolle man sich treffen. Mehr als 1 000 Initiativen beteiligten sich an der Auftaktveranstaltung mit Präsentationen auf dem Berliner Bebelplatz. Einige fühlten sich ausgegrenzt, benachteiligt, schlecht oder gar nicht eingeladen oder im Rederecht behindert. Auf einer Ergänzungsveranstaltung, die vom DGB und vom interkulturellen Rat ausgerichtet worden war, diskutierten u. a. Vertreter des Zentralrates der Juden und der deutschen Sportfreunde über rechte Gewalt. Offensichtlich hatte es das Bundesinnenministerium versäumt, Menschenrechtsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen gebührend einzubeziehen. Diese beklagten den Mangel an konzeptioneller Substanz in den Regierungsaktivitäten und empfanden zudem manche Äußerung von Schily als unerträglich und belastend, so jene, nach der »die Belastungsgrenze durch Zuwanderung überschritten sei«.⁷⁰ Etwa 90 Nichtregierungsorganisationen stellten nunmehr ihren Aktionsplan gegen Rassismus vor, mit dem sie einen Beitrag zum Bündnis für Demokratie leisten wollen. Das Netz betrachtete Maßnahmen gegen Rassismus, Diskriminierung und Ungleichbehandlung als eine Querschnittsaufgabe aller politischen Akteure. Fünf Handlungsfelder wurden ins Auge gefasst:⁷¹

Auf dem Gebiet der Gesetzgebung wurde eine Antidiskriminierungsgesetzgebung und -politik gefordert, in der den Opfern Klagemöglichkeiten eröffnet werden. Jährlich sollen Gleichbehandlungsberichte erscheinen. In Bund, Ländern und Gemeinden sollen Stellen für Beauftragte für Gleichberechtigung eingerichtet werden. In das Staatsangehörigkeitsrecht soll die generelle Hinnahme der Mehrstaatlichkeit und Erleichterung bei Anspruchseinbürgerung aufgenommen wer-

68 Als Beispiel sei genannt: Die Anfragen von Frau Sabine Jünger (MdB-PDS) im Deutschen Bundestag (Drucksachen 14/1559 und 14/2650).

69 Berliner Zeitung, 24. Mai 2000, S. 3.

70 Der Tagesspiegel, 24. Mai 2000, S. 7.

71 Dokumentation: Für eine offene, plurale Gesellschaft. 90 Organisationen schlagen breiten Konsens gegen Rassismus, Diskriminierung und Ungleichbehandlung vor, in: Neues Deutschland, 21. Juni 2000, S. 5.

den. Im Asylrecht wurde gefordert: Rückkehr zu den internationalen Standards des Flüchtlingsrechts; uneingeschränkte Geltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der europäischen Menschenrechtskonvention; Aufnahme nichtstaatlicher und geschlechterspezifischer Verfolgung als Asylgrund; verbesserter Schutz für besonders gefährdete Gruppen (Frauen, minderjährige Flüchtlinge, Folteropfer, Traumatisierte); Aufhebung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Es wurde ein integratives Ausländerrecht gefordert, das z. B. nach fünfjährigem legalen Aufenthalt ein Recht auf Daueraufenthalt begründet. Eine Zuwanderungsgesetzgebung soll auf Integration und Gleichbehandlung setzen. Auf dem Gebiet der Arbeit und der Beschäftigung wurde angeregt, allen in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen eine Arbeitserlaubnis zu erteilen, zumindest für den Zeitraum des legalen Aufenthaltes; Ausweitung der Maßnahmen für Langzeitarbeitslose. Ausländische Beschäftigte sollen die Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Betrieben nutzen. Soziale Mindestnormen bei der Aufnahme neuer Länder in die EU müssen durchgesetzt und insbesondere die Probleme mit der Dienstleistungsfreizügigkeit angegangen werden. Auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung wurde vorgeschlagen, die Schule als Lernort interkultureller Kompetenz zu nutzen. Förderprogramme für bestimmte Zielgruppen sollen entstehen. Mehrsprachigkeit soll bereits im Vorschulbereich gefördert und anerkannt werden. Eine gezielte Weiterbildung der Pädagogen soll erfolgen. Ausländische Bildungsabschlüsse sollen einfachere Anerkennung finden. Die Herstellung der Gleichheit aller Schüler vor dem Gesetz wurde gefordert. Auf dem Gebiet der Akzeptanz und des Zusammenlebens wurde vorgeschlagen, die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft auf allen föderalen Ebenen als zentralen Politikauftrag zu verankern. Es wurde zu Runden Tischen in Städten und Gemeinden aufgerufen. Einbürgerungskampagnen, Spracherwerbskampagnen und Aktivitäten, die die Präsenz der Migranten im öffentlichen Dienst erhöhen, wurden gefordert. Ein Aktionsplan soll auf den Weg gebracht und aller drei Jahre überprüft werden.

Die Entwicklung des Bündnisses für Demokratie ist in mancher Hinsicht symptomatisch. Eine Festlegung in einem Koalitionsvertrag zweier Regierungsparteien ist ein Fortschritt, reicht aber nicht aus. Die praktische Inangriffnahme muss parlamentarisch und außerparlamentarisch eingefordert werden. Es wird in Gang gesetzt, betont aber arg einseitig »ideelle Anliegen« und geht zu Aktionen, was immer darunter verstanden werden mag, auf Distanz. Außerparlamentarische Kräfte unterschiedlicher Natur, gebündelt in einem Netz, entwickeln neue Initiativen. Das ist kein »Drehbuch«: Das ist Politik konkret in Deutschland. Bei allen Begrenzungen und Verklemmungen liegen hier Möglichkeiten und Notwendigkeiten für ein konsequent demokratisches Handeln. Sie auszuloten, zu probieren und optimal auszuschreiten – dies bleibt eine Aufgabe. Sie erfordert Konzepte, die in kollektiven Anstrengungen erarbeitet und präzisiert werden, aber nicht minder wichtig sind Geduld, Augenmaß, Tonlagen. Wertvoll bleibt die Fähigkeit, immer wieder neu aufeinander zuzugehen. Türen müssen offen bleiben; auch

schwache Brücken dürfen nicht verbrannt werden; Tischtücher nicht zerschnitten werden.

III. Erfahrung Zwangsarbeiterentschädigung

Die Auseinandersetzung um finanzielle Entschädigung von Zwangsarbeit in Hitlerdeutschland dürfte die wohl bedeutendste antifaschistische Anstrengung in der Bundesrepublik der letzten zwei Jahrzehnte gewesen sein. Am 6. Juli 2000 beschloß der Deutsche Bundestag, zur Entschädigung für Zwangsarbeit eine Stiftung einzurichten. Diese erhält 5 Mrd. DM vom Staat; 5 Mrd. DM soll die deutsche Wirtschaft aufbringen. Diese Entschädigungssumme soll wie folgt verwendet werden: 8,1 Mrd. DM sollen für Zwangsarbeiter gezahlt werden (davon 3,63 Mrd. DM an KZ- und Ghettoarbeiter und 4,42 Mrd. DM an Zwangsarbeiter aus Osteuropa und sonstige), 1 Mrd. DM soll für Vermögensschäden, 0,7 Mrd. DM für einen Zukunftsfond und 0,2 Mrd. als Verwaltungskosten eingesetzt werden. Verteilt wird die Summe von 10 Mrd. DM wie folgt: 2,07 Mrd. von der Jewish Claims Conference und weitere Summen durch Partnerorganisationen in Polen (1,8 Mrd. DM), in der Ukraine und Moldawien (1,7 Mrd. DM), in Russland, Lettland und Litauen (0,8 Mrd. DM), in Weißrussland und Estland (0,7 Mrd. DM), in der Tschechischen Republik (0,4 Mrd. DM); im Rest der Welt (einschließlich Sinti und Roma – 0,54 Mrd. DM). Das Geld soll die 1,6 Mill. Opfer, die noch leben, erreichen. Dass dieses Gesetz verabschiedet werden konnte – mit 556 Ja-, 42 Nein-Stimmen, 22 Stimmenthaltungen –, ist ein bemerkenswerter Erfolg. In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen war nach 1945 Zwangsarbeit als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft worden. Der Wirtschaftshistoriker Thomas Kuczynski hatte aufgrund einer sorgfältiger Berechnung 180 Mrd. DM gefordert.⁷² Mit Stand vom Mai 2000 hatten sich von ca. 220 000 angeschriebenen Firmen nur 2 215 Betriebe an der Spendenaktion beteiligt. Es war vor allem der Druck der internationalen Öffentlichkeit, der Opfer und ihrer Interessenvertreter, die in Deutschland einen Prozess in Gang setzten. In der Bundesrepublik engagierten sich viele, unter ihnen vorbildlich zuerst jene – nunmehr betagten – Menschen, die Opfer des Faschismus waren und die gegen ihn gekämpft hatten. Es gab Demonstrationen vor Banken, Versicherungen und Konzernen, die zu bekannten Großprofiteuren der Zwangsarbeit in Deutschland gehört hatten. Gewicht gewannen der »Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte« und sein Sprecher Lothar Evers. Energisch, klug und nicht nachlassend engagierten sich Bundestagsabgeordnete, allen voran Frau Ulla Jelpke (MdB – für die PDS). Die Scheinwerfer waren mit vollem Recht auf jene gerichtet, die die höchsten Ge-

⁷² Thomas Kuczynski: Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im »Dritten Reich« auf der Basis der damals erzielten zusätzlichen Einnahmen und Gewinne. Hrsg. von der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Ms.-Druck.

winne aus dieser Form von Ausbeutung gezogen hatten, wobei die öffentliche Hand nicht vergessen wurde. Zu einer bundesweiten massenhaften Empörung und »eruptiven antifaschistischen Manifestation« indes kam es nicht. Die Summe von 10 Mrd. DM widerspiegelt wohl das Mögliche. Möglicherweise wurde zu wenig von den Aktiven beachtet, dass es vielen Menschen schwerfiel, die Forderungen als richtig und gerecht zu akzeptieren und zugleich bereit zu sein, finanziell mit einzustehen (z. B. als Steuerzahler). Angesichts eigener sozialer Bedrängungen, fehlenden Geldes, der Gefahr eines weiteren Statusverlustes wurden im Alltag Stimmen etwa in der Art vernehmbar: »Die NS-Zeit war furchtbar. Aber dieses Geld wird jetzt hier dringend gebraucht. Wir sind 20 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus geboren worden. Wie lange sollen wir für etwas zahlen, was wir wirklich nicht begangen haben?« Selbstverständlich spiegeln sich hier auch tiefer-sitzende Verdrängungsprozesse wider.

Es bleibt festzuhalten: Für alle derartigen mit der NS-Zeit verbundenen demokratischen Aktivitäten muss ideenreich und immer wieder neu Öffentlichkeit hergestellt werden. Geeignete, klug bedachte Strukturen (wie der Bundesverband um Evers) erweisen sich als unverzichtbar. Auf einen Automatismus zu hoffen in der Art »objektiv gerechte Forderung« – also »Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger« wäre auch im neuen Jahrhundert schlankweg töricht. Es war wichtig, dass Frau Ulla Jelpke (MdB – für die PDS) in ihrem Beitrag für das Gesetz betonte, dass es keinen Schlussstrich darstellt. Demokratisches Bewusstsein, Handeln im Sinne historischer Verantwortung wird sich nüchtern darauf einstellen müssen, dass Distanz, Zynismus und Ohnmachtsgefühle stärker wachsen werden als antifaschistische Verantwortungsbereitschaft.

Gewiss: 10 Mrd. DM sind zu wenig. Rechtlich ist die deutsche Wirtschaft auch künftig nicht verantwortlich zu machen. Zum ersten Male hat der Deutsche Bundestag ein Gesetz verabschiedet,⁷³ dessen reales Inkrafttreten von einer externen Institution, der »Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft« abhängt. Beschämend ist es, dass die bei den Verhandlungen nicht repräsentierten Opfergruppen bei der Auszahlung diskriminiert werden (so etwa Sinti und Roma, sofern sie nicht in einem der fünf an den Verhandlungen beteiligten mittel- und osteuropäischen Staaten leben oder nicht-jüdische Häftlinge der KZ- und Arbeitserziehungslager aus den Ländern Westeuropas oder nicht-jüdische Häftlinge der KZ- und Arbeitserziehungslager sowie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in Staaten Mittel- und Osteuropas leben, die bisher nicht an den Verhandlungen beteiligt waren und nicht-jüdische NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Mittel- und Osteuropa, die nach 1945 nicht in ihre kommunistisch regierten Heimatländern zurückgekehrt sind und gewiss noch manch andere Gruppe).⁷⁴

73 Gesetz zur Errichtung einer Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« vom 2. August 2000, in: BGBl, Jg. 2000 Teil I Nr. 38, S. 1263-1269.

74 Lothar Evers: Die Opfer der NS-Zwangsarbeit und die solide Arroganz der Macht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Köln, 2000, Heft 7, S. 841.

Zugleich aber ist zu sehen und für den weiteren Weg als Erfahrung mitzunehmen: Es werden 10 Mrd. DM für die Opfer von Zwangsarbeit bereitgestellt. »Keiner von uns hätte im März 1997 geglaubt, dass eine solche Summe zu erkämpfen wäre«, sagte im Juli 2000 Lothar Evers. Und er hob hervor, wie wichtig es war und bleibt, »Spielräume zu nutzen«⁷⁵. Nicht zu vergessen: Zum ersten Male wurde in einem Gesetz der Bundesrepublik die Verantwortung deutscher Unternehmen festgestellt und fixiert, dass sie »an dem nationalsozialistischen Unrecht beteiligt waren«.⁷⁶

IV. Nahes und Fernes, Aktuelles und Perspektivisches

Jeder weiß, dass gegen neonazistische Gewalt oft Sofortmaßnahmen notwendig sind. Es ist notwendig, einen Libanesen und seinen kleinen Kiosk vor neonazistischen Schlägern zu schützen. Es ist notwendig, Heime für Asylbewerber, denen Hass und Feuer drohen, sofort zu schützen. Es kann notwendig sein, gegen neonazistische Parteien, Organisationen und Selbstdarstellungen zügig mit Verboten vorzugehen. Dieses sofortige Handeln ist wichtig und hat seinen politischen Wert. Perspektivisch wird es indes darauf ankommen, im Gesamtklima der Gesellschaft dafür zu sorgen, dass der Holocaust, das germanozentrische Weltherrschaftsstreben und die prinzipielle Menschenfeindlichkeit des Nazismus im gesellschaftlichen Gedächtnis bleiben und auf neue Generationen von Demokraten motivationsbildend wirken kann. Es gibt keinen Königsweg in der Auseinandersetzung mit Neonazismus, aber es gibt Erfahrungen, Erkenntnisse und Sichtweisen. Eine solche Blickrichtung darf nicht vergessen werden. Eine langfristige demokratische, gegen die extreme Rechte gerichtete Anstrengung darf sich nicht in pädagogischen und wissenschaftlichen oder kulturellen Leistungen erschöpfen – so wichtig, eigenständig und unersetzbar diese auch sind. Vielmehr ist die Gesamtgesellschaft in den politischen Blick zu nehmen. Dazu gehört auch, die tatsächlichen Ursachen für soziale Unsicherheiten, Defizite, Übel in der Gesellschaft offen zu legen. Dazu gehört auch die schwierige Aufgabe und große Herausforderung, für die verschiedensten Felder Alternativpolitik auszuarbeiten, wie für Arbeitsbeschaffung, Ausbildungsplätze, Wohnungspolitik, Migration, Tarifwesen, Rente, Bildungspolitik, Kultur. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach dem Maßstab gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung, die oft mit ernsthaften Reformanstrengungen verbunden ist, ist und bleibt »der harte Kern jeder sozialpolitischen Alternative«.⁷⁷ Die Lösung der sozialen Probleme kann nur von politischen Kräften erreicht werden, die einer neuen politischen Logik und

75 Ebenda, S. 843.

76 Gesetz zur Errichtung ..., S. 1263.

77 Reinhard Kühnl: Gefahr von rechts?, Heilbronn 1990, S. 136. 34

Kultur Geltung verschaffen. Langfristig wären solche Handlungspotentiale zu formen. Reformen tiefgreifender qualitativer Art erfordern die Bewegungen von unten, in die auch die Erfahrungen in der Bekämpfung des Neonazismus und der extremen Rechten einfließen müssen. Die Verfügungsgewalt der Kapitaleigner zugunsten von Elementen demokratischer Kontrolle zu beschränken, um den Wirtschaftsprozess an demokratischen gesellschaftlichen Bedürfnissen zu orientieren – dies wäre auch ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit der extremen Rechten. Freilich, das ist ein langfristiges Anliegen. Die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland bietet dafür mit den Artikeln 15 und 20 des Grundgesetzes sowie mit Länderverfassungen Ansatzmöglichkeiten. Indem reale Probleme einer nachhaltigen Lösung zugeführt werden, können die Wirkungsbedingungen für den Rechtsextremismus bedeutend verschlechtert werden. In diesen Auseinandersetzungen gilt es, mehr Demokratie zu wagen. Dabei ist auch die Erfahrung zu vermitteln, dass sich im demokratischen, auf die Verfassungen gestützten Engagement Partizipationschancen verbessern können – und nicht in der Hinwendung zu rechtsextremen Losungen. Indem der Oben-Unten-Gegensatz thematisiert wird und indem die demokratische und die soziale Frage miteinander verbunden werden, kann eine neue Kultur der Solidarität in der Gesellschaft entstehen, die wiederum den Rechtsextremismus schwächen kann.

Nahes und Fernes stehen so in den politischen Anstrengungen dicht nebeneinander.

Spätestens an dieser Stelle stellt sich die Frage, was unter dem Antifaschismus-Begriff und -Anspruch real zu leisten ist. Greifen viele Forderungen und Sichtweisen nicht zu weit? Ufert die reale Handlungsmöglichkeit nicht aus, wenn unter Antifaschismus auch Antisexismus, Antipatriarchalisches, Feminismus, Gleichstellung, Antirassismus, Asylhilfe, Migration u. v. a. m. gefasst wird? Wird nicht auch auf diese Weise der Holocaust relativiert? Hier sei dafür plädiert, unter dem Thema »Antifaschismus in der Gegenwart« Folgendes zu verstehen:

– die Verteidigung und Erklärung, Darstellung und Erforschung antifaschistischer Anstrengungen aller Art vor 1945, wobei der Antifaschismus als eine bedeutende Idee und Bewegung begriffen sowie als ein Erfahrungspotential behandelt wird, das zum nationalen und internationalen Erbe der Völker zählt und das eine politische wie kulturelle Verbindungslinie zwischen den Staaten und Völkern darstellt;

– die weitere Erforschung und Darstellung der Geschichte des Faschismus vom Standpunkt der Demokratie und des Humanismus, der besonders dem Bekenntnis »Nie wieder Faschismus und Krieg!« verpflichtet ist;

– die Aufarbeitung der Antifaschismus-Rezeption nach 1945 in der Phase des post-faschistischen Antifaschismus bis zur Gegenwart;

– der wache, verantwortungsbewusste und energische Widerstand in vielfältigen Formen gegen jedwede Form von Faschismus und Nazismus sowie Krieg in der Gegenwart.

Natürlich wird der Antifaschismus damit historisiert und aktualisiert; er wird vor Ausuferung, die ihm die Schärfe nimmt und ihn zur Beliebigkeit verurteilt, geschützt. Diese Präzisierung trägt auch der Tatsache Rechnung, dass die Bundesrepublik keine nazistische Diktatur darstellt, dass diese auch nicht vor der Tür steht, dass als gesellschaftsstrategische Aufgaben Nr. 1 sozialpolitische Fragen stehen. Noch einmal sei die These aufgegriffen, dass sich die extreme Rechte in Deutschland und vielleicht auch in Europa im Wandel befindet. Mit dem Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge sei festgehalten: Der traditionelle Rechtsextremismus war ein Befürworter der ökonomischen Staatsintervention und der sozialen Prozesssteuerung. Seine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik wurden von Paternalismus, Protektismus und (Sozial-)Patriotismus geprägt. Der sich modernisierende Rechtsextremismus hat mit dem »alten« Faschismus noch manches gemeinsam, ist aber gar nicht vorstellbar ohne Bezug auf die populärsten Losungen des Neoliberalismus. Statt Volk, Nation, Familie nunmehr Markt, Profit und internationale Konkurrenzfähigkeit des Industriestandortes. Privatisierung öffentlicher Unternehmungen und Dienstleistungen, Deregulierung des Arbeitsmarktes, Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse bilden jene Zauberformel, um den Standort »D« zu sichern.⁷⁸ Mit dem Sozialstaat stirbt die Demokratie. Das Sozialstaatsgebot aber ist im Grundgesetz (Artikel 20) verankert. Gefahren drohen also nicht nur von der völkischen Kyffhäuser-Mystik, von Wunsiedel-Wallfahrten und NPD-Aufmärschen am Brandenburger Tor und vor dem Verfassungsgericht in Karlsruhe, von bewaffneten Neonazis in der Sächsischen Schweiz. Gefahr droht auch von einer Gruppierung, die das Konzept des Standortnationalismus, das als ein Bindeglied zwischen Neoliberalen, der extremen Rechten und den Neuen Rechten figuriert, favorisiert. Aufgrund einer Adaption neoliberaler Thesen baut der heutige, sich modernisierende Rechtsextremismus zum ersten Male seit 1945 an einer »modernen« Pogrammatik, die weitgehend dem gesellschaftlichen Mainstream entspricht und die mit den Interessen einflussreicher Eliten korrespondiert. Diese Teile der extremen Rechten wollen sich an die Spitze des Fortschrittes stellen. Die Sinnkrise des Sozialen bildet einen günstigen Nährboden für den Rechtsextremismus, obwohl er keinen Beitrag zur Lösung sozialer Probleme leistet. Die extreme Rechte verbindet ihre Kritik am »Versorgungsstaat« mit Polemik gegen die politische Klasse, die Systemparteien und den Parteienfilz.⁷⁹

Viele neue Fragen werden für Deutschland und für Europa durch Asylsuchende, Aussiedler, Fluchtbewegungen, Arbeitskräftewanderbewegungen, Kriegsflüchtlinge, Spezialistenaustausch, Einwanderungen unterschiedlichster Art aufgeworfen. Dahinter stehen oft objektive Prozesse mit ökonomischen Ursachen; oft geht es um die Sicherung von Leib und Leben von Menschen und Men-

78 Christoph Butterwegge: Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 2. überarbeitete Auflage, Opladen 1999, S. 89.

79 Ebenda, S. 91, 94.

schengruppen. In manchen Zeiten können solche Fragen eine außerordentliche Schärfe erreichen. In Deutschland lebten Ende 1997 etwa 7,4 Mill. Ausländerinnen und Ausländer. Das entsprach 9,0 Prozent der Bevölkerung.⁸⁰ Eine andere Zahl: Von 1951 bis Ende 1998 hat der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCHR) weit über 30 Mill. Menschen bei der Rückkehr in ihr Heimatland oder bei der Integration in eine anderes Land geholfen. Anfang 1998 standen über 22 Mill. Flüchtlinge und Menschen in flüchtlingsähnlichen Situationen unter dem UNHCHR-Mandat. Die Gesamtzahl der Flüchtlinge wird jedoch auf fast 50 Mill. Menschen weltweit geschätzt.⁸¹ Nicht zuletzt die Öffnung der Grenzen zu den ehemaligen Ostblockstaaten, die Liberalisierung und Erweiterung der Arbeitsmärkte in der Europäischen Union, die Globalisierung generell zwingen zu der nüchternen Feststellung, dass Deutschland im 21. Jahrhundert stärker als im 20. Jahrhundert mit solchen differenzierten, andauernden Wanderungen und Einwanderungen konfrontiert sein wird. Sie werden nicht nur bei Kriegssituationen auftreten, sondern vielmehr Normalität werden. Damit werden für die Republik viele neue, bislang wenig oder unbekannte Herausforderungen und – selbstverständlich – auch kräftige Konflikte verbunden sein. Dazu ist eine kluge Migrationspolitik als eine umfassende Gestaltungspflicht vonnöten, die auf die Normalisierung des Verhältnisses zwischen den Bevölkerungsgruppen gerichtet sein muss. Ein neuer gesellschaftlicher Konsens muss dafür wohl erst noch entstehen. Das aber reicht auch weit über »antifaschistische Aufgaben« hinaus. Ein großer gesellschaftlicher Lernprozess ist vonnöten. Nicht jeder, der diese komplizierten Bewegungen nicht sofort in all ihren Konsequenzen begreift und distanziert ist, darf Rassist genannt werden. Die Migrationspolitik der Bundesrepublik und der EU wird sich als ein gewichtiges Feld politischer Bewährung erweisen. Es ist nicht auszuschließen, dass es im 21. Jahrhundert an die erste Stelle der gesellschaftlichen Problemskala rücken und noch vor der Arbeitslosigkeit rangieren wird.

V. »Europa eine Seele geben«⁸²

Antifaschismus und Auseinandersetzung mit einer sich wandelnden extremen Rechten haben auch eine kräftige europäische Dimension.

Historisch waren die Aufrichtung des NS-Regimes und sein Krieg gegen die gesamte zivilisierte Welt gerichtet. In besonderem Maße litten die europäischen Völker unter dem Nazismus, der ihnen Aggression und Okkupation mit einem er-

80 Datenreport 1999. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Bonn 2000, S. 44.

81 Der Fischer Weltalmanach 2000. Hrsg. von Mario Baratta, Frankfurt a. M. 1999, Spalte 1024.

82 Das Wort stammt von Jean Kahn, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, der damit das Anliegen dieser Stelle charakterisieren wollte. Siehe: Europa eine Seele geben. Einrichtung der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Jahresbericht über die Aktivitäten 1998. Teil I, o. O., o. J., S. 3-6.

klärten und begonnenen germanozentrischen Weltherrschaftsanspruch brachte. Die Vernichtung ganzer Völker gehörte unablässig zu diesem Programm, dem die Wehrmacht als Instrument diene. Zwischen den europäischen Völkern formte sich allmählich und widerspruchsvoll eine in ihrer Stärke sehr differenzierte Abwehr gegen den deutschen Faschismus und seine italienischen und japanischen Verbündeten. Stärkster Ausdruck dafür war die Antihitlerkoalition. Ihr gehörten Ende des Zweiten Weltkrieges mehr als 50 Staaten der Welt an. Im Verlaufe des Zweiten Weltkrieges schlossen sich neben den fünf Großmächten – Sowjetunion, USA, China, Großbritannien, Frankreich – folgende Länder mit ihren Streitkräften dem Kampf gegen Hitlerdeutschland und seine Verbündeten an: Albanien, Australien, Belgien, Brasilien, Kanada, Indien, Neuseeland, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien u. a. sowie eine Reihe von Staaten, die den Hauptteilnehmern mit Kriegsmaterial u. a. Mitteln halfen (z. B. Mexiko). Formell gehörten auch einige Staaten der Antihitlerkoalition an, die Hitlerdeutschland erst kurz vor seiner Zerschlagung den Krieg erklärten (z. B. die Türkei). Ein natürlicher Verbündeter der Antihitlerkoalition war die Widerstandsbewegung, die sich innerhalb der Völker entfaltete. Sie wuchs in unterschiedlicher Stärke in Polen, in der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Albanien, Frankreich, Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, China, Indonesien, Vietnam, Burma, auf den Philippinen und in anderen Ländern. Der Kampf der Antifaschisten in Rumänien, Bulgarien und Ungarn trug dazu bei, dass diese Länder 1944 auf die Seite der Antihitlerkoalition übergingen. Auch in Deutschland stellten sich Menschen gegen Hitler und sein Regime. Der Antifaschismus, der in diesen Völkern in unterschiedlicher Intensität lebendig war, erlitt im Verlauf des Kalten Krieges eine deutliche Schwächung. Gleichwohl zeigte sich auch seit 1989/90, dass die Erlebnisse des Zweiten Weltkrieges und die Erfahrungen mit Faschismus sowie des Kampfes gegen ihn lebendig sind, gelegentlich auch in Form einer Sorge vor einem zu starken und zu selbstbewussten Deutschland verständlicherweise aufscheinen. Den Antifaschismus als ein verbindendes Element zwischen den europäischen Staaten, Völkern und Menschen zu bewahren und dafür auch stets neu Mittel bereitzustellen und Energien einzusetzen, ist ein Anliegen antifaschistischer Arbeit am Eingang des 21. Jahrhunderts.

Seit 1999/2000 finden verstärkt internationale Diskussionen über Perspektiven Europas und der Europäischen Union statt. Immer mehr zeigt sich, dass die Konsequenzen der bevorstehenden Erweiterung der EU in der öffentlichen Meinung in Europa nicht ausreichend bewusst sind. Durch die umfassende Erweiterung von 15 auf 27 oder noch mehr Mitgliedsstaaten erfährt die EU eine »grundlegende Umwälzung« und Entwicklungen, die »in der Geschichte des europäischen Aufbauwerkes ohnegleichen«⁸³ sein werden. Zu oft und zu einseitig stehen Institutionen und Strukturen der EU im Zentrum der Debatten.

83 Hubert Védrine: Klassischer Föderalismus oder Föderation von Nationalstaaten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Juni 2000, S. 4.

Hier soll zumindest auf drei Gesichtspunkte aufmerksam gemacht werden:

Erstens muss zwingend der Sozialstaat erhalten und ausgebaut werden, nicht zuletzt – und dieser Aspekt fehlt in aller Regel in den Diskussionen der Politiker – um der extremen Rechten auf diesem Kontinent Boden zu entziehen. Allmählich indes scheint die Erkenntnis, dass sich »Fremdenfeindlichkeit durch abnehmende soziale Stabilität in ganz Europa noch verschlimmert«⁸⁴, Verbreitung zu finden.

Zweitens erweist sich die Analyse der extremen Rechten in Gesamteuropa als ein eigenständiges Feld wissenschaftlicher Herausforderung. Während Westeuropa als insgesamt recht gut ausgeleuchtet angesehen werden kann, müssen für Osteuropa schwerwiegende Wissenslücken und theoretische Defizite zur Analyse dessen, was dort extrem rechts ist, vermerkt werden.

Drittens muss es ein ständiges Anliegen werden, Europa in Bezug auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Blick zu behalten.

Dem letztgenannten Anliegen dient die 1997 vom Europäischen Rat erlassene Verordnung zur Einrichtung einer »Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit« mit Sitz in Wien. Hauptaufgabe dieser Beobachtungsstelle ist es, das Ausmaß und die Entwicklungen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in der EU zu beobachten und die Ursachen, Folgen und Auswirkungen zu analysieren. Sie sammelt Daten. Sie soll zu einer »Denkfabrik« für Europa werden. Außerdem wurde die Stelle beauftragt, ein »Europäisches Informationsnetz über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (Raxen)« aufzubauen, zu koordinieren und einen Jahresbericht über die Lage in der Gemeinschaft zu veröffentlichen. Sie arbeitet auch Schlussfolgerungen und Gutachten für die Gemeinschaft und ihre Mitgliedsstaaten aus und initiiert Forschungsarbeiten sowie Rundtischgespräche u. ä. in den Mitgliedsstaaten. Sie erstellt einen öffentlich zugänglichen Dokumentationsfonds. Die Beobachtungsstelle, die 1998 über Mittel in Höhe von 2 Mill. EUR verfügte, wird von einem Verwaltungsrat geführt, der am 20. und 21. Januar 1998 erstmals in Wien zusammentrat. Er wählte Herrn Jean Kahn zu seinem Vorsitzenden und ernannte später die Direktorin, Frau Beate Winkler. Sie ist die gesetzliche Vertreterin der Beobachtungsstelle.

In ihrem Jahresbericht 1998 traf die Beobachtungsstelle eine Reihe von interessanten Feststellungen:

1. Rassismus ist ein »modernes Phänomen«.⁸⁵

2. Kein Land kann 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg von sich behaupten, es hätte Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vollständig besiegt. Die fünfzehn Länder der EU werden heutzutage durch einen Anstieg bei Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bedroht – und zwar nicht in dem Maße, wie wir es vor mehr als

84 Europa eine Seele geben, S. 13.

85 Jahresbericht 1998 (Zusammenfassung). Hrsg. von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Teil II: Der Wirklichkeit ins Auge sehen, o. O., o. J., S. 10.

fünfzig Jahren unter dem totalitären Regime erlebt haben, sondern durch neue versteckte Formen, die in einer demokratischen Gesellschaft wachsen und gedeihen können. »In ganz Europa ist der ›Schutzgürtel‹ gegen Rassismus schwach.«⁸⁶

3. Ein Vergleich der Eurobarometer von 1989 und 1997 zeigte, dass in den letzten Jahren einerseits rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen in Europa zugenommen haben und andererseits das Interesse an politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten sehr stark nachgelassen hat.

4. Es gibt das Phänomen massiver Gewalt, das sich über eine mehr oder minder lange Zeitspanne hinweg explosivartig entwickelt. »Am beunruhigendsten jedoch ist in allen Mitgliedsstaaten der Union die Entwicklung eines schleichenden Rassismus, der im täglichen Leben banalisiert wird, und von Diskriminierung, die durch die Gleichgültigkeit der Allgemeinbevölkerung oder auch auf institutioneller Ebene erst möglich gemacht wird.«⁸⁷

5. In ganz Europa sind die Hauptopfer von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Ausländer und ethnische Minderheiten.

6. Der Umgang mit dem Migrationsdruck aus Ost- und Südosteuropa sowie aus entferntesten Regionen der Welt kann nicht einfach auf repressive Art und Weise erfolgen. Die Aufnahme von Ausländern oder Menschen ausländischer Herkunft in den europäischen Raum muss ihre Integration und die Gewährung von Rechten beinhalten. »Aus diesem Grund ist eine effektive europäische Immigrations- und Asylpolitik wesentlich, um Rassismus vorzubeugen.«⁸⁸

Vor diesem Hintergrund wären auch Initiativen denkbar, den Antifaschismus, der bislang begrifflich in den Dokumenten der Beobachtungsstelle nicht auftaucht, zu verankern: als Aufgabe für die Geschichtskultur und -politik in Europa. Hier eröffnet sich im Konkreten ein weites Feld. Auch in die in Arbeit befindliche Grundrechtecharta der EU sollte der Antifaschismus ebenso wie Antirassismus, wie Auseinandersetzung mit Neonazismus und modernisiertem Rechtsextremismus und Migrationspolitik aufgenommen werden und mit sozialen Wertvorstellungen fest verbunden werden. Auch für die für 2001 anberaumte Weltkonferenz zu Rassismus wäre dies ein Thema.

Neue Aufgaben auch im Sinne eines angewandten antifaschistischen Lebensverständnisses und in Abwehr von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erwachsen aus der Erweiterung der Europäischen Union. Der Vertrag von Amsterdam, der am 1. Mai 1999 für die EU in Kraft trat, betont, dass »die Union auf den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie der Rechtsstaatlichkeit beruht, diese Grundsätze sind allen Mitgliedsstaaten gemeinsam.«⁸⁹ Damit ist es erstmals möglich, bei schwer-

86 Ebenda, S. 16. 38

87 Ebenda, S. 15.

88 Ebenda, S. 15.

89 Zitiert nach: Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat (Tagung am 3. und 4. Juni 1999 in Köln) über die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in den Bewerberländern (Gz 8831/99), o. O., o. J., S. 1.

wiegenden Verletzungen der Grundsätze in einem Mitgliedsstaat Maßnahmen einzuleiten. Für Bewerberländer sind die Fragen der nationalen oder ethnischen Herkunft besonders relevant. Der Schutz von Minderheiten stellt ein wichtiges Element für die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in den Bewerberländern dar. Im Jahre 1993 formulierte der Europäische Rat in Kopenhagen politische Kriterien, die von den Bewerberländern zu erfüllen sind. Er stellte fest, dass der Beitrittskandidat als Voraussetzung für die Mitgliedschaft »eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben«⁹⁰ muss. Das Ausmaß des Problems der Minderheiten wurde in der Agenda 2000 wie folgt wiedergegeben: »Die Minderheiten stellen 34 Prozent der Bevölkerung in Lettland (wo 22 Prozent Russen leben), 38 Prozent in Estland (30 Prozent Russen), 20 Prozent in Litauen (9, 5 Prozent Russen, 7 Prozent Polen), 18 Prozent in der Slowakei (11 Prozent Ungarn, 5 Prozent Roma), 14 Prozent in Bulgarien (9 Prozent Türken, 5 Prozent Roma) und 13 Prozent in Rumänien (8 Prozent Ungarn, 4 Prozent Roma).« Beispielsweise wurden für Bulgarien, die Tschechische Republik, Ungarn und Rumänien die weitere Integration der Roma als Priorität festgelegt; für Lettland und Estland wurde betont, dass die Integration von Nicht-Staatsangehörigen beschleunigt werden sollte.⁹¹

VI. »Spielräume nutzen!«⁹²

Unter dem Eindruck rechtsextremer Gewalttaten verdichtete sich im Sommer 2000 in Deutschland die Debatte über den Rechtsextremismus. Eine Fülle von Vorstellungen wurde geäußert. Sie setzten das regierungsgestützte »Bündnis für Toleranz« fort, führten aber auch zu neuen Überlegungen und Positionsbestimmungen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder sicherte im August 2000 in Eisenhüttenstadt ein energisches Vorgehen des Staates gegenüber dem Rechtsextremismus zu. Bundesinnenminister Otto Schily forderte eine Stärkung des Bundesgrenzschutzes (BGS) und seinen Einsatz sowie Demonstrationseinschränkungen an historisch sensiblen Orten. Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin warnte vor der Mentalität des Wegsehens. Ministerpräsident Manfred Ringstorff appellierte persönlich an die Bürger des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Vizeministerpräsident Helmut Holter erklärte, dass die Täter die Härte des Gesetzes treffen müsse. Bundesaußenminister Joseph Fischer äußerte sich betroffen über den Um-

90 Ebenda, S. 2.

91 Ebenda, S. 2.

92 Lothar Evers: Die Opfer der NS-Zwangsarbeit und die solide Arroganz der Macht, S. 843.

gang mit Ausländern in Deutschland. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen wird sich mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen und den Fraktionsvorsitzenden des Abgeordnetenhauses treffen, darunter auch Vertretern des DGB, der IHK und von Fußballklubs. Die Landesinnenminister Bayerns, Beckstein, und Baden-Württembergs, Schäuble, forderten das Verbot der NPD. Die PDS-Politiker Gabi Zimmer und Gregor Gysi betonten, dass der Rechtsextremismus keine Lösung für gesellschaftliche Probleme anbieten könne und plädierten für eine deutliche Stärkung der antifaschistischen Substanz in Deutschland. PDS-Vorsitzender Lothar Bisky forderte ein Ende der »Betroffenheitslyrik« und die Schaffung einer »Atmosphäre der Unduldsamkeit«. Der Stellvertretende Vorsitzende der PDS, Diether Dehm, setzte sich dafür ein, die Verbotsdiskussion (zur NPD) strikt vom Demonstrationsrecht zu trennen. Er verwies darauf, dass Politiker wie Kurt Beck (SPD) als Einpeitscher des Asylkompromisses rassistische Parolen hoffähig gemacht habe. Die Spitzenpolitikerin von Bündnis 90/Die Grünen, Renate Künast, wandte sich gegen ein NPD-Verbot und gegen die Weiterführung der sogenannte akzeptierenden Jugendarbeit und setzte sich für eine spezielle Jugendarbeit und für eine Verbesserung der Lehrerbildung ein. Der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion, Alois Glück, beklagte den Mangel an Werten in der Gesellschaft und akzentuierte die wertbildende Rolle der Familie und von Vereinen. Der sächsische Ministerpräsident Kurt Biedenkopf sah in der Änderung des Zivilrechtes eine Möglichkeit, bürgerschaftliches Handeln gegen den Rechtsextremismus und – wie er betonte – gegen den Extremismus generell zu stärken. FDP-Vorsitzender Wolfgang Gerhard regte an, ein mit 300 Mill. DM unternetztes Programm zur Erziehung zur Demokratie aufzulegen. Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, plädierte für die Verbesserung der pädagogischen Aufklärung und forderte ein Vorgehen gegen rechtsextremes Gedankengut, das im Internet verbreitet wird. Der DGB kündigte an, im Internet unter www.dgb2000.de Handlungsmöglichkeiten gegen den Rechtsextremismus zu diskutieren. Der Verfassungsschutz erklärte, gegen den Rechtsextremismus im Internet anzutreten. Mehrere Firmen, darunter Siemens, Herlitz, Schultheiss, betonten, rechtsextreme und rassistische Äußerungen und Handlungen von Mitarbeitern zu ahnden. Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Ludolf von Wartenberg, brachte seine Befürchtungen über eine durch rechtsextremes Klima eingeschränkte Investitionspolitik ausländischer Firmen zum Ausdruck. Der Bundesverband des deutschen Groß- und Einzelhandels wandte sich gegen die extreme Rechte. Das PEN-Zentrum Deutschland begrüßte die Auseinandersetzung und verwies darauf, dass Politiker mit ihren öffentlichen Erklärungen jahrelang Fremdenhass geschürt haben. Viele bürgerschaftliche und kommunale Initiativen entstanden oder verstärkten ihre Arbeit. Dabei wurde deutlich, dass im Laufe von Jahren ein beachtliches, von offiziellen Stellen oft missachtetes handlungsfähiges Potential gegen den Rechtsextremismus entstanden war, das sich im Sommer 2000 profilierte. Offensichtlich entwickelt sich eine

neuartige Kultur unter Jugendlichen, die das antifaschistische Erbe in vielfältigen Formen und auch unter anderen Begriffen weiterzutragen sucht. Michel Friedman, CDU-Politiker und stellvertretender Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, kündigte die Organisation eines großen Pop-Konzertes gegen die extreme Rechte an. Der Publizist Erich Böhme fragte in dieser Situation: »Wie wirkt wohl der populistische Postkartenterror eines Roland Koch gegen die doppelte Staatsbürgerschaft von Ausländern auf leicht verführbare Jugendliche, wie der Nonsens-Spruch des Jürgen Rüttgers gegen die Greencard-Inder und was sollen die Glatzköpfe von dem Wunsinn des Otto-Schily-Spruchs denken, das Boot sei voll? Wen wundert es, dass die gegen Ausländer auf die Straße gehen, obwohl wir die – von der sonst so viel beschworenen Humanität mal abgesehen – alsbald bitter nötig haben. Wie scheinheilig wirkt die Bild-Zeitung mit ihren Testimonialfotos von Ausländern in Deutschland, wo sie doch jahrelang rauschgiftsüchtige, vergewaltigende und herumlungende ›Farbige‹ durch die Druckerschwärze gezogen haben!«⁹³ Der innenpolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir, regte die Gründung einer Bundesstiftung an, die zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen in ihrem Kampf finanziell unterstützen könne. In Nordrhein-Westfalen wurde unter Mitwirkung des Ministerpräsidenten ein Bündnis »Toleranz und Zivilcourage« auf den Weg gebracht. Es kam zu Sonderkonferenzen von Staatssekretären. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe wurde eingesetzt, ein Verbot der NPD zu prüfen. Die Bundesregierung beschloss, lokale Initiativen mit einem Programm »Arbeit und Qualifizierung gegen Rechtsextremismus und Gewalt« aufzulegen und für drei Jahre mit insgesamt 75 Mill. DM zu finanzieren. Zudem werden 10 Mill. DM für die Opfer rechtsextremer Gewalt zur Verfügung gestellt. Ab 1. September 2000 wird bundesweit ein Notfall-Telefon eingerichtet. Im Innenministerium von Rheinland-Pfalz wird ein eigenständiges Referat Rechtsextremismus eingerichtet werden. Ein Veranstaltungsprogramm für Schulen und Handlungsempfehlungen für Kommunen werden erarbeitet. Der Landtag dieses Bundeslandes beschloss eine Richtlinie »Handeln statt wegsehen – null Toleranz gegen Rechts«. In Potsdam wird ein »Kommunales Netzwerk gegen Rechts« weiterentwickelt. Eine Regionalkonferenz mit dem Bundespräsidenten Johannes Rau wird dort vorbereitet. Einen interessanten Gedanken speiste der Wissenschaftler Wilhelm Heitmeyer in die Debatte ein. Man könne nicht so tun, als haben diese rechtsextremen Gruppen mit den aktuellen ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklungen in dieser Gesellschaft nichts zu tun; so, als seien es Sonderfälle abseits einer ansonsten intakten Gesellschaft. Gewalt werde am häufigsten in der Familie erfahren und als effektives und erfolgreiches Handeln erlernt. Dramatisch spitze sich die Entwicklung zu, wenn die eigene soziale Integration gefährdet sei. Wer einem Anerkennungszerfall ausgesetzt ist, erkennt auch andere Personen und soziale Normen nicht mehr an. Komplizierte Abläufe

93 Erich Böhme: Pogrome vor der Haustür?, in: Berliner Zeitung, 19./20. August 2000, S. 4.

seien dies, die auf dem Nährboden der Verunsicherung zur scheinbaren Sicherheit im Deutschsein und in extremen Gruppen führten. Statt von Toleranz zu sprechen und diese einzufordern, müsse gefragt werden: Wie kommen wir zu einer neuen Kultur der Anerkennung?⁹⁴

Konzentrierte Vorschläge kamen weiter aus der PDS, so von einem Beschluss des Parteivorstandes vom 14. August 2000⁹⁵ und von Ulla Jelpke (MdB – für die PDS)⁹⁶.

Eine bemerkenswerte Vielfalt. Vieles steht noch zu stark nebeneinander und ist konzeptionell nicht verbunden. Es fehlt noch ein gemeinschaftliches Durchdenken der Dinge, z. B. auf bundesweiten Konferenzen verschiedenster Kräfte parlamentarischer und außerparlamentarischer Herkunft sowie in differenziert strukturierten Beratungen von kompetenten Menschen. Eine feste Allianz zwischen großen Teilen der Bevölkerung, zwischen Staat und Gesellschaft, Regierung und Volk existiert noch nicht. Die Gefahr von Vereinseitigungen und schnellen Antworten und Maßnahmen ist fühlbar. Manches konzentriert sich thematisch zu stark auf ein Verbot der NPD oder auf die direkt sichtbare Gewalt. Das Ende der Kriminalisierung, Verächtlichmachung und Unterschätzung von »Antifaschismus« – ein Wort, das in der Debatte kaum vorkommt – ist längst noch nicht in Sicht. Es erscheint weiterhin bedenklich, dass oft gleichzeitig von rechtem und linkem Extremismus gesprochen und auch so gedacht wird. Auch der oft geäußerte Verdacht, manche wollten nur ein mediales Sommerloch stopfen, soll nicht gänzlich vergessen werden.

VII. Antifaschistische, Geschichte aufarbeitende und demokratische Anstrengungen als Millimeterwerk

Zumindest seit 1989/90 waren in Deutschland die Energien noch nie so konzentriert gegen die extreme Rechte gerichtet gewesen, wie dies im Sommer 2000 geschah. Es entfaltete sich die bemerkenswerte Chance, in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eine qualitative Veränderung im Klima der Gesellschaft zu erreichen, im politischen Leben die demokratische Substanz fühlbar zu stärken und die politische Alltagskultur nachhaltig zu beeinflussen.

Dazu bedarf es eines ergebnisorientierten Handelns auf vielen Ebenen. Nach allen Erfahrungen ist ein langer Atem vonnöten. Nicht große Sprünge sind zu erwarten und nicht vollmundige Sprüche (»Antifaschismus heißt Angriff« – »Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!«) helfen weiter, sondern die Kraft zur demokratischen Millimeterarbeit im Sinne des Artikels 1 des Grundgesetzes ist gefragt. Nur Folgendes sei hier skizziert:

94 Nach Peter Schilder: An gutem Willen nicht gefehlt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. August 2000, S. 4.

95 Handeln gegen Rechts. Beschluss des Parteivorstandes der PDS vom 14. August 2000. Flugblatt.

96 Ulla Jelpke: 10-Punkte Sofort-Programm, in: MdB-Pressedienst, Nr. 1819 vom 15. August 2000.

Die Gesetzgebung der Bundesrepublik bedarf einer demokratischen Erweiterung. So wäre der Artikel 139 des Grundgesetzes durch eindeutige Artikel zu ergänzen, die jedwede Reaktivierung des Nationalsozialismus und anderer Formen des Faschismus sowie deren Verherrlichung verbieten. Das Staatsbürgerschaftsrecht muss weiter reformiert werden. Grundsätzlich wäre das Recht der Bundesrepublik einer Reform zu unterziehen und durch mehr Demokratie, auch Volksentscheide und Runde Tische, zu ergänzen. Eventuell muss auch die Zivilgesetzgebung verbessert werden, indem demjenigen mehr Schutz gewährt wird, der im Alltag gegen die extreme Rechte auftritt.

Jedweder Ideologie der Ungleichheit – d. h. Ungleichwertigkeit der Menschen – ist entgegenzutreten.

Der Sozialstaat muss verteidigt und energisch ausgebaut werden. Die Perspektivsicherung des sozialen und kulturellen Besitzstandes der Bevölkerung muss stärkeres Gewicht erhalten.

Eine Werte- und Identitätsdiskussion in der Gesellschaft ist vonnöten. Rechtsextremismus, Terrorismus, gewaltbereiter Fundamentalismus, Rassismus, Antisemitismus müssen geächtet und als sittenwidrig von jedem zurückgewiesen werden. Das kann durchaus zu einer Art Grundkonsens in der Gesellschaft beitragen – Rituale wie der 27. Januar gehören dazu.

Die Regierungsstruktur und die Politik müssen weiterentwickelt werden. Notwendig sind die Ausarbeitung und Praktizierung einer weitsichtigen Migrationspolitik der Bundesrepublik. Auch ein entsprechendes Bundesministerium ist gefragt.

Von Nutzen wären eine Staatliche Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland und die Gründung eines leistungsstarken Instituts und Dokumentationszentrum für angewandte Rechtsextremismus- und Rassismusforschung. Es sollten getrennte C4-Professuren für Faschismusforschung, für Antifaschismusforschung, für Rechtsextremismus- und Rassismusforschung eingerichtet werden.

Konsequente Maßnahmen und Verbindlichkeiten im Schulwesen über die Kultusministerkonferenz sind geboten, so zur deutschen Geschichte von 1933 bis 1945 und zum Rassismusproblem. Gleiches gilt für die politische Bildung und für die öffentlich-rechtlichen Medien. Das Pressegesetz wäre zu überprüfen, ob es neuen Anforderungen genügt. Spezielle Konferenzen für Pädagogen, Journalisten usw. könnten hilfreich sein.

Die offizielle Politik muss gezwungen werden, mit der Verharmlosung des Rechtsextremismus, die sie jahrelang betrieben hat, grundsätzlich aufzuhören. Sie muss zudem ständig so beeinflusst und kontrolliert werden, dass sie nicht zum Stichwortgeber für rechte Gewalt wird.

Kulturelle, künstlerische, journalistische und wissenschaftliche Werke, die dem genannten demokratischen Anliegen verpflichtet sind, bedürfen einer gezielten Aufwertung, einer staatlichen Aufmerksamkeit und einer weitreichenden Förderung.

Bestehende nazistische und rechtsextreme Parteien und Organisationen wie andere Strukturen sind möglichst zu verbieten.

Es sind bedeutend mehr Finanzmittel für Jugendarbeit und breite Information der Bevölkerung einzusetzen.

Es könnte von der Regierung eine Art Ständiges Forum der Verständigung gegen Rechts gebildet werden, das regelmäßig zusammentritt und in dem alle Parteien, die Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Verbände usw. an einem Tisch sitzen. Die Regierung sollte jedes Jahr dem Bundestag einen Bericht zur Bekämpfung des Rechtsextremismus vorlegen. Alles sollte einem Klima dienen, in dem der Antifaschismus, die antifaschistischen Organisationen und Repräsentanten und Bündnisse gegen Rechts nicht mehr diskreditiert werden. Ein neues Klima in der Gesellschaft ist gefordert.

Nur in einem solchen breiten, stabilen, differenzierten gesellschaftlichen und staatlichen Netz von Widerstand und konstruktiver Lösung liegen reale Chancen.

Der mehrfach zitierte Lothar Evers empfahl im Juli 2000, »Spielräume zu nutzen«. In der Tat gilt nun: Hic Rhodus – hic salta! »Man muss nur wollen«, sagte Paul Spiegel nachdenklich in der Sommer-Debatte des Jahres 2000.⁹⁷

97 Paul Spiegel: Man muss nur wollen, in: Neues Deutschland, 5/6. August 2000, S. 3. 44

Über evangelische Kirchen in der DDR, Religion und Geschichtsschreibung

Beobachtungen, Erfahrungen und Erkenntnisse*

Wird heutzutage über die Kirchen in Deutschland gesprochen, so finden sich rasch bemerkenswerte Generalurteile. So schrieb »Der Spiegel« im Jahre 1997, dass den Kirchen, die jahrzehntelang die »Gesellschaft der (Bonner – R. R.) Republik geprägt« haben, der »Absturz in die Bedeutungslosigkeit« drohe. »Die Gläubigen laufen ihnen weg, die Herrschenden ignorieren ihre Mahnungen zu Solidarität und Gerechtigkeit, in der Gesellschaft spielen christliche Werte eine immer geringere Rolle. Das geistliche Vakuum füllen Sektierer und Obskuranten.« (Spiegel, Heft 52/1997, S. 58) Vor Wahlen freilich werden Christen, wie es in der »Welt« vom 11. September 1998 (S. 4) zu lesen war, »zur umworbenen Zielgruppe«.

Der Geschichtswissenschaftler wird mit solchen Generalurteilen wohl eher zurückhaltend umgehen wollen, weiß er doch, dass sich die Dialektik von Christianisierung, Säkularisierung, Rechristianisierung sowie A- und Antireligiosität im historischen Prozess sehr widersprüchlich und vielschichtig gestaltet und großen Schwankungen unterliegt. Hier sei vielmehr die Auffassung festgehalten, dass es ohne ein »Aufheben« christlicher Glaubensinhalte und ohne die sorgfältige Aufarbeitung des Weges der Christen in der DDR kaum ein ernst zu nehmendes Fortschrittsverständnis und einen realen, qualitativ spürbaren und befestigten Fortschritt in Deutschland geben wird.

In merkwürdig scharfem Kontrast zu den eingangs genannten Auffassungen vom Niedergang des genuin Christlichen in der säkularisierten deutschen Gesellschaft hat sich seit 1989/90 eine quantitativ kaum mehr zu überschauende Geschichtsschreibung zur Geschichte der Kirchen und der Christen in der DDR entwickelt. Zu ihr gehören Dokumentenbände ebenso wie eine reiche biographische und autobiographische Literatur, Gesamtansichten wie spezielle Untersuchungen.

Die Kernfrage, um die sich die meisten Darstellungen bislang ranken, kann wie folgt formuliert werden: Ist die Kirche im Staat DDR ihrem biblischen Auftrag gefolgt, und wie gestaltete sich dabei ihr Verhältnis zu diesem Staat und zu dem ihm zugrunde liegenden System? Hieran scheiden sich die Geister.

Interessanterweise hat sich das Bild, das in der Öffentlichkeit Raum ergriffen hat, stark geändert. In den Jahren 1989 bis etwa 1992 dominierte die Auffassung, dass die evangelische Kirche die »Mutter der Herbstrevolution« gewesen sei.

* Im Unterschied zu den anderen in diesem Sammelband veröffentlichten Beiträgen werden hier Literaturhinweise nicht in Fußnoten gegeben, sondern – in Klammern gesetzt – innerhalb des Textes. Dazu siehe Anhang.

Dies reflektierte Markus Meckel (Meckel 1994); ähnlich sprach von Weizsäcker in der »Welt« vom 20. Dezember 1989 davon, dass neben Gorbatschow den evangelischen Kirchen in der DDR das Verdienst zukäme, die DDR in die Freiheit geführt zu haben. Ehrhart Neubert (1990) und Gerhard Rein (1992) erkannten gar eine »protestantische Revolution«.

Etwa seit Ende 1992, eventuell gefördert von der 2. Auflage des Bandes »Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen« (Besier 1992), trat eine markante Bildverschiebung ein: Die evangelischen Kirchen in der DDR erschienen in der Öffentlichkeit als ein vom Ministerium für Staatssicherheit (MfS) durchsetzte, in hohem Maße gar gelenkte Einrichtung, als staatsnahe oder gar als systemtragende Institution. Die politisch-strategische Seite der Historiographie goss der bekannte Freiburger Kirchenhistoriker Gerhard Besier in die Worte: »Welche Geschichtsinterpretation sich als ›historische Wahrheit‹ durchsetzen wird, hat enorme Bedeutung für Parteien und Institutionen in der Gegenwart. Darum werden von Parteigremien, Ministerpräsidenten, Kirchen und anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen bzw. deren Repräsentanten mit erheblichem finanziellen Aufwand Arbeitsgruppen eingesetzt, in denen in erstaunlich hohem Ausmaß gerade jene vertreten sind, die seinerzeit in Parteien und Kirchen Verantwortung trugen. Über die Interessenlage gibt es im Vorhinein – ausgesprochen oder unausgesprochen – meist Einigkeit. Ein Ziel dieser Anstrengungen besteht mindestens in der Vertiefung der zweifellos bestehenden Ambiguitäten.« (Besier 1993: 10)

Es ist ein historiographischer Polarisierungs-, Parzellierungs- und Segmentierungsprozess in Gang gekommen, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Manches ist erst im Entstehen begriffen, vieles ist im Fluss, entwickelt sich selbstverständlich widersprüchlich und entzieht sich einer (vor)schnellen historiographischen oder gar historiographiegeschichtlichen Beurteilung. Diese scheint frühestens erst in etwa einem weiteren Jahrzehnt möglich zu sein. Gegenwärtig können nur Beobachtungen mitgeteilt werden. Auffällig ist eine konzeptionelle Polarisierung, die wie folgt umrissen werden kann: Auf der einen Seite stehen Wissenschaftler, wie Horst Dähn, Horst Dohle, Robert F. Goeckel, Joachim Heise, Rudolf Mau, Detlef Pollack und andere, die eine schwierige Gratwanderung der Kirche in der DDR erblicken. Für diesen Weg stehen Kürzel, wie »Zwischen Kooperation und Konfrontation«, »Conflict and Change«, »Zwischen Anpassung und Widerstand«. Die Kirche hat sich – nach dieser historiographischen Richtung – nicht vereinnahmen lassen vom Staat und dem System, sondern sie hat bei Anpassungen ihre Eigenständigkeit erfolgreich bewahrt und sich im Sinne des biblischen Anliegens für angefochtene Christen und für gesellschaftliche Randgruppen eingesetzt und eine Vielzahl von Problemen thematisiert, die der Staat verdrängt oder gänzlich anders interpretiert oder real praktiziert hat. Auf der anderen Seite stehen Gerhard Besier, seine Anhänger und weitere Wissenschaftler. Sie erkennen im Weg der evangelischen Kirchen in der DDR, besonders seit den fünfziger Jahren, einen

Kurs fortschreitender Anpassung an den Staat, ein sukzessives Nachgeben und zum Teil eine Integration in diesen, ein stückweises Preisgeben der kirchlichen Identität.

Der Umgang der Kirche selbst mit ihrer Vergangenheit wird »für sie heute eine um ihren gegenwärtigen Verkündigungswillen existente Frage.« (Meckel: 44) Das war offensichtlich auch den offiziellen Stellen gegenwärtig.

Seit September 1992 befasste sich im Auftrage des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) eine Arbeitsgemeinschaft mit der Geschichte der Kirche in der DDR. Im Jahre 1995 legte sie die Publikation »NACH-DENKEN. Zum Weg des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR« (NACH-DENKEN) vor. Handlungsleitend war »der Wunsch, Rechenschaft zu geben, ohne der Gefahr der Selbstrechtfertigung zu erliegen«. (Zeddies 1996:118) An ausgewählten Fragestellungen und Schwerpunkten sollte die Position bestimmt werden. Eine Gesamtdarstellung kirchlichen Lebens in seiner Entwicklung konnte nicht angestrebt werden. Der zentrale Gedanke dieses Positionspapieres bestand darin, dass es für die evangelischen Kirchen in der DDR keine Veranlassung gibt, ein öffentliches Schuldbekenntnis abzulegen, wie es nach 1945 gesprochen wurde. (NACH-DENKEN: 93) In der Stuttgarter Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland hieß es im Oktober 1945: »Mit großem Schmerz sagen wir: durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden...Wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.« (Das Stuttgarter Schuldbekenntnis) Vertieft wurde dieses Schuldbekenntnis später durch das Darmstädter Wort. (Schriftenreihe, Heft 4)

Die Autoren von »NACH-DENKEN« hielten vielmehr folgende Auffassungen fest: Die Kirche in der DDR blieb als eigenständige Institution bestehen. Sie erfuhr im Laufe der Zeit gar einen Aufschwung. Sie suchte sich auf die neue Gesellschaftsform mit eigenem Entscheidungsspielraum einzustellen, in dieser Gesellschaft den Auftrag zu Zeugnis und Dienst zu erfüllen und eine dem Evangelium verpflichtete Gesellschaftskritik zu wagen. Weiter hieß es: »Kirchenleitungen und Synoden haben sich bemüht, Orientierungen für Leben und Handeln in der DDR zu geben. Sie haben ermutigt, sich auf die gegebene Situation einzulassen, ohne sich dem Totalitätsanspruch der Partei auszuliefern. Das hat Christen geholfen, dem Anpassungsdruck zu widerstehen, und sie bestärkt, auch berufliche Benachteiligungen um des Glaubens willen auf sich zu nehmen.« (NACH-DENKEN: 92) Nicht immer hätten Christen der Versuchung widerstanden, sich dem politischen Druck zu beugen. Die Kirchen hätten auch Irrtümer und Versäumnisse zu beklagen. Zugleich sei festzuhalten: Die Kirchen haben sich für viele Menschen eingesetzt. Manche Ziele sei schlicht eine Vision geblieben. »Als Gemeinschaft der begnadigten Sünder haben die Kirchen zu danken für die Führung Gottes in schwieriger Zeit, für die Bewahrung von Gemeinde und Kirchenleitung bei Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht, für ein reiches Gemeindeleben mit Ge-

borgenheit und Offenheit für alle für wichtige Erkenntnisse über den Weg der Kirchen in einer besonderen Situation, wie sie die DDR-Realität darstellte.« (NACHDENKEN: 93)

Unverkennbar war diese Publikation um sehr differenzierte, dem realen Leben der Christen in der DDR entsprechende Wertungen bemüht, indem Unterlassenes und Nichterfülltes neben Geleistetes und Versuchtes gestellt wurde. An dieser Untersuchung sollte kein Historiker vorbeigehen, der sich mit der Geschichte der DDR befasst.

Dieser kirchliche Standpunkt besitzt mit Blick auf die sich weiter entfaltende Historiographie über die Geschichte der Kirchen in der DDR seinen eigenen Wert.

Dennoch scheint es, als müssten in die Gesamtbetrachtung mehr solche Zeugnisse einbezogen werden, wie die Darstellung von Pfarrer Curt-Jürgen Heinemann-Grüder. Er verfasste einen umfangreichen Band mit wichtigen Anlagen. (Heinemann-Grüder 1988) Der Verfasser, der von 1951 bis 1974 in der DDR als Theologe arbeitete, vermittelt außerordentlich viele Einsichten aus der Blickrichtung des an der Basis sehr engagierte arbeitenden Pfarrers, der sich mit dem Marxismus beschäftigte, theoretische Ausarbeitungen verfasste, für seine Gemeinde kämpfte und immer wieder an die Härten des DDR-Systems stieß. Dies Buch, das 1988 erschienen ist und chronologisch aus der oben genannten Literatur deutlich herausfällt, ist auch in vielen kirchlichen Bibliotheken Ostdeutschlands nicht vorhanden, gilt aber ob seiner Konkretheit und Anschaulichkeit seit längerer Zeit als Geheimtip unter Historikern.

Nicht zuletzt dieses Buch erzwingt die Frage, ob nicht ein bedeutend größeres Forschungspotential – und dies heißt stets auch: Finanzmittel – auf repräsentative Befragungen von Christen und auf die Sammlung von ihren Erfahrungen und Lebensgeschichten konzentriert werden müsste. Also: Die »Aktengeschichte« und die Selbstdarstellungen schreibaktiver Bürgerrechtler und Pastoren ergänzen durch eine Basisgeschichte derer, die in der DDR als »Werktätige« ihrem Glauben gelebt haben. So könnte eine wissenschaftlich repräsentative Datenbank entstehen, die für künftige Forschungen einen unersetzlichen Wert hätte. Der bekannte »kleine Mann« der Geschichte käme so mit seinen Erfahrungen und Erkenntnissen, seinen Freuden und Qualen in die Geschichte und nicht nur ein Dokument einer Kirchenleitung oder die Interpretation eines westdeutschen Forschers, dem das allgemeine wie speziell kirchliche DDR-Leben völlig fremd ist.

Die Historiographie wird zumal zunehmend breiter – ob nun die sogenannte Ego-Literatur betrachtet wird, die Rückschau der DDR-Bürgerrechtler, die Auffassungen des etablierten Weißenseer Arbeitskreises, (mitunter zu rasch geschriebene) Qualifizierungsarbeiten jüngerer – vor allem westdeutscher – Nachwuchskräfte.

Innerhalb dieses breit gespreizten Spektrums hat sich das im Oktober 1993 gründete Institut für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, als Gast ansässig in den historischen Räumen der Quäker in der Berliner Planckstraße 20, einen interessanten Platz erarbeitet. (Mitteilungen; Schriftenreihe; Arbeitsblätter; SED und

Kirche; Heise; Dohle, Dähn) Geleitet wird es von dem Mannheimer Historiker Horst Dähn. Es handelt sich um eine außeruniversitäre, von einem freien Träger, einem eingetragenen Verein, geförderte und nach der Selbstdarstellung um eine politisch und konfessionell unabhängige Einrichtung. Gelegentlich hörbare Auffassungen, es handele sich um ein PDS-nahes (oder gar Post-SED-)Institut, entbehren jedweder sachlichen Grundlage und sollen wohl eher diffamatorische Ambitionen bedienen. Zutreffend indes wäre die Aussage, dass gelegentlich einzelne linke Wissenschaftler zeitbegrenzt dort nach vorgegebenen Arbeitsthemen und aufwendig bestätigten Plänen kontrolliert arbeiten, gelegentlich sogar öffentlich auftreten und im Rahmen eines liberalen Pluralismusverständnisses manches vor allem in den Institutsperiodica publizieren dürfen. Die politische, wissenschaftliche, methodologische wie weltanschauliche und religiöse Entwicklungsrichtung dieser Einrichtung ist objektiv offen. Eine Besonderheit dieses Hauses besteht darin, daß es in einer strikt sachlichen Atmosphäre höchst komplizierte Themen der Geschichte der Kirchen in der DDR und ihrer Beziehungen zum Staat unter Einladung eines breiten Spektrums der einst Beteiligten zu diskutieren versteht. Das Zusammenführen unterschiedlichster Personen zu Zeitzeugengesprächen ist nicht zu verwechseln mit Übereinstimmung von Standpunkten der Personen, sondern – aus der Sicht des Wissenschaftlers – zunächst schlicht als eine Form von Quellenbereitstellung und Quellenerschließung ein Schritt zur wissenschaftlichen Erkenntnis. Die Gesprächskreise des Instituts indes dürften etwas Zukunftsträchtiges enthalten, so sie absolut nüchtern, sachlich und fakten- und sachbezogen bleiben, den kontroversen Dialog bewusst suchen und auch zu höchst schwierigen Themen zu pflegen verstehen. Sie wenden sich gegen das Vergessen und suchen – oft qualvoll – genau dagegen anzudenken und weiteres Material für das historische Denken bereitzustellen. Von Gesinnungskumpanei ist dabei nichts zu spüren, wohl aber von wissenschaftlichem Freimut, politischer Tabulosigkeit und ausgeprägtem Widerspruchsg Geist, der Gesprächskultur, elementare Höflichkeit und Seriosität zu schätzen weiß.

Gegen dieses junge Institut zog mehrfach der finanzstarke und einflussreiche Gerhard Besier zu Felde. Er unterschätzte zunächst sträflich die – recht vielgestaltigen – Differenzen, das Ausmaß an Vorurteilen und Belastungen, die Gräben, die zwischen Repräsentanten der Kirchen in der DDR und aus der DDR stammenden linken Wissenschaftlern bis zur Gegenwart bestehen. Die Gesprächspartner haben oft unvergleichbare Erfahrungen aus der DDR einzubringen. Den Christen wurden viele Wunden zugefügt. Einige Wissenschaftler sehen aber auch: Der Glaube, das Recht auf absolute Wahrheit gepachtet zu haben, ist beileibe nicht nur eine Unart von marxistischen Historikern. Hier soll aber vor allem ein Gesichtspunkt aus der Polemik Gerhard Besiers beachtet werden, der gleichwohl von grundlegender Bedeutung ist. Gerhard Besier wendet sich – oft in einer nichtwissenschaftlichen Diktion – gegen eine wissenschaftliche Zusammenarbeit von einstigen Repräsentanten der Kirchen in der DDR und Wissenschaftlern, die einst der

SED angehört haben. Er sieht deren Wirken offensichtlich in einer Art Rechtfertigungsideologie verhaftet, schießt mit erstaunlich kräftigem Aufwand und will so augenscheinlich einschüchternd wirken. Davon zeugen auf andere Art auch seine Angriffe auf Manfred Stolpe, den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg.

Wir begegnen hier einem Grundanliegen konservativer Forschung der Gegenwart: die Chance der Stunde zu nutzen, um ihre Positionen als die einzig wahren anzubieten und Landgewinn zu erzielen, indem die linken (einschließlich marxistischen) Forscher in ihrer Dialogkraft handlungsunfähig gemacht werden und gar als kriminell oder unmoralisch hingestellt werden. Besier spricht nur von »SED-Historikern«, wohl wissend, dass es eine SED nicht mehr gibt, wohl aber linke Forscher, die er schlankweg unter »ehemalige SED-Historiker« subsumiert und zu den NS-Anhängern und -Dienern in unverschämter Weise in Beziehung setzt. Gerhard Besier wird von der Sorge geplagt, dass in der öffentlichen Meinung eine »Umwertung des unmittelbaren Erschreckens über die SED-Diktatur« einsetzt und »auf die Zielgerade der ›Normalisierungs-Strecke‹ zurückgekehrt wird«. (Besier 1993: 10)

Die linksorientierten Forscher, die sich auch an der Aufarbeitung des Stalinismus mühen und an einer solchen Art von Normalisierung gar nicht interessiert sind, sollten sich davon nicht beirren lassen. Zur marxistischen Methodologie gehören die Polemik, die kontroverse Diskussion, die Analyse und Kritik wie Akzeptanz anderer Standpunkte und – vor allem – die eigene selbstkritische Sicht. Scharfe Auseinandersetzung und sachlicher Dialog schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Gerhard Besier befürchtet offensichtlich einen Erkenntniszuwachs, ja wohl auch einen Energiezufluss und die Etablierung einer möglicherweise völlig neuen Forschungs- und Diskussionskultur in Deutschland zwischen linken und anderen Vertretern, zum Beispiel einigen Repräsentanten der evangelischen Kirchen. Mehr noch. Hier tritt eine Form des »totalitären Antikommunismus« auf: »... eine fugenlose, abgekapselte, keine Relationen akzeptierende Weltanschauung, die ... die deutsche Art des gegenwärtig weltweiten Fundamentalismus ist.« (Gaus) Eine normale Diskussion zwischen linken (einschließlich marxistischen) Forschern und anderen (natürlich bis ins konservative Lager) wäre ein kleiner Beitrag zur Bindung Deutschlands an die westeuropäische Zivilisation.

Gegen das Vergessen, namentlich des eigenen Versagens, sollte die linke, die marxistisch orientierte Geschichtsschreibung immer wieder – ungeachtet Besiers Position – bewusst, freimütig und mit Anstand antreten. Hier sei nur auf Folgendes aufmerksam gemacht:

Das marxistische Denken entfaltete sich im 20. Jahrhundert, besonders aber seit Ende der zwanziger Jahre, in starkem Maße in pseudoreligiösen Bahnen. Es trat in starker Verbindung mit religiösen Gewändern auf, gab sich indes nicht nur areligiös, sondern als Feind der Religion (und nicht selten der religiösen Menschen). In dieser verhängnisvollen Verbindung lag eine Quelle für Fehlentwick-

lungen und Defizite im Denken und Handeln. Nicht nur Mausoleen, sondern vielmehr solche Axiome wie »Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist« bezeugen diese Erscheinung. Es handelt sich um eine zutiefst religiöse Auffassung, in der Millionen von Menschen in rabiat atheistischer Pose erzogen worden sind. Es entstand ein Paket von festen Regeln, in sich geschlossen, scheinbar haltbar, das einer Weiterentwicklung weder bedürftig noch fähig war. Es erwies sich als eine Last, dass ausgerechnet jene Partei, die in besonderem Maße und in einer schlechten Weise die orthodoxe Kirche kopierte und plagiierte, die KPdSU, sich zur Führerin des marxistischen Denkens aufschwang. Imitationen sind im Regelfalle schlechter als die Originale.

Auch im Geschichtsbewusstsein spiegelte sich das – freilich recht unterschiedlich – wider. In den zwanziger Jahren wurden in Russland Volkslegenden über Lenin aufgezeichnet, die christliche mit heidnischen Motiven mischten. Demnach lenkt der von Gottes Gnaden beschützte Lenin, in Moskau auf einer hohen Säule stehend, die Weltgeschichte. Er lässt gar auch einen Freund erschießen, der das Volk misshandelt – aber nicht ohne sich von ihm liebevoll mit einem Kuss zu verabschieden. (Holm) In der deutschen Geschichtsschreibung zur KPD und im entsprechenden Geschichtsdanken findet man bis zur Gegenwart pseudoreligiöse Züge, besonders in Bezug auf die Person Thälmanns (»Unsterblich!«, »Das Heiligste«), der in der DDR einer ernsthaft kritischen Analyse ebenso entzogen wurde (Richter 1996) wie die Partei, der er vorstand. Ansätze zu einer abgeklärteren Sicht vor 1989, wie von der Leipziger Historischen Kommunismusforschung (Klaus Kinner und anderen), wurden nie dominierend und blieben nur einem kleinen Spezialistenzirkel bekannt und deutbar. Hier ist aber auch darauf zu verweisen, dass der leichtfertige Umgang mit dem gesellschaftlichen Gesetzesbegriff und einer geradezu naiven Fortschrittsgläubigkeit direkt antimarxistisch war.

In der Auseinandersetzung mit der nichtmarxistischen Historiographie und bei der Herausbildung einer Forschung zur Geschichte der Geschichtswissenschaft wurde in der DDR manch Gutes geleistet. Dazu gehören in besonderem Maße historiographiegeschichtliche Darstellungen über die Geschichte der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in den USA, in Italien, Großbritannien und Frankreich. (Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert 1998; Richter 1999) Der Verfasser dieser Zeilen kann sich an keine größere wissenschaftliche Diskussion erinnern, in der nicht nachdrücklich darauf bestanden wurde, von der nichtmarxistischen Wissenschaft zu lernen. Aber: Haben wir wirklich damit ernst gemacht? Wo blieb die vielgerühmte Fähigkeit, ohne Schranken Erkenntnisse aufzunehmen? Wir haben die geistige Herausforderung etwa der Geschichtswissenschaft in der Bundesrepublik nicht angenommen, um unsere eigenen Positionen zu kritisieren, zu profilieren, weiterzuentwickeln, uns ungelösten Problemen und neuen Feldern zuzuwenden und den Marxismus zu bereichern und auszubauen.

Zu den größten Fehlern der Geschichtswissenschaft in der DDR dürfte zu rechnen sein, dass das Geschichtsdanken christlicher Bürgerinnen und Bürger gar

nicht wahrgenommen, problematisiert und akzeptiert worden ist. Dabei hatten wir zeitweise gute Ansätze. Zum Beispiel gehört es zu den herausragenden Verdiensten des an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED lehrenden und forschenden Professors Dr. Gerhard Lozek, relativ früh – zehn Jahre vor Helsinki – auf dem Internationalen Historikerkongress in Wien 1965 für Zusammenarbeit, sachlichen Meinungsstreit (z. B. auf dem Felde der Geschichtstheorie), Meinungs austausch (z. B. über die Spezifik historischer Erkenntnis, über die Geschichte der Geschichtswissenschaft), für die Gleichberechtigung unterschiedlicher Standpunkte plädiert und sich gegen Gedankengut des Kalten Krieges gewendet zu haben. (Lozek 1966) Diese wichtigen Ansätze haben wir nicht für den Gebrauch nach innen, für das wissenschaftliche pluralistische Gespräch innerhalb der DDR nutzbar gemacht.

Nur ein Beispiel: In den siebziger Jahren entfaltete sich innerhalb des 1969 gegründeten Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR eine ausgedehnte Diskussion über die Versöhnung mit Polen. (Schriftenreihe, Heft 6). Es gab Diskussionen (mit Lehrmaterial), Gottesdienste, Gebete, Predigten, Kontakte mit Polen auf höchster kirchlicher Ebene. Es entfaltete sich in den Kirchen eine Fülle von praktischen Anstrengungen, so z. B. eine Geldsammlung für ein weltliches Kinderkrankenhaus in Warschau, die die hohe Summe von ca. 1,5 Mill. Mark erbrachte. Es wurden mehrere wissenschaftliche (gar auch historiographiegeschichtliche) Kolloquien mit polnischen Experten zur Kirchengeschichte veranstaltet. Tausende von Christinnen und Christen in der DDR entwickelten hier, von der Versöhnungs-Botschaft des Lukas-Evangeliums (Lk. 15, 11-32) ausgehend, ihre Vorstellungen zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und zum Völkerverfrieden – und letztlich auch zum Antifaschismus, obgleich dieses Wort ob seiner staatlichen Besetztheit von der Kirche strikt gemieden wurde. Wer, bitte, hat dies von uns wahrgenommen? Staatsorgane der DDR reagierten mit solchen Worten: »Mit Polen gibt es nichts zu versöhnen, wir sind Verbündete.« (Schriftenreihe, Heft 6: 16) Versöhnung war im Marxismus nicht thematisiert worden. Eine große Chance – politisch, kulturell, geistig, menschlich – mit Christen und Nichtmarxisten ins historische Gespräch zu kommen, wurde leichtfertig vertan. Der Verfasser schämt sich heute noch dafür. Übrigens: Nach Beobachtungen des Verfassers dürfte der evangelische Pastorenstand zu jenen Berufen zählen, die eine geschärfte Begabung, Interesse und Bildung für ideologie- und theoriegeschichtliche Diskussionen auch zur Geschichtswissenschaft mitbringen. Wir hätten viel dazulernen können. Pfarrer Klaus Roeber, einst in der Evangelischen Kirche in der DDR aktiv in der Versöhnungsarbeit mit Polen engagiert, schrieb 1996 rückblickend: »Es war doch eher so, dass unser religiös-kirchlicher Ansatz zur Geschichtsbetrachtung nicht akzeptiert wurde«, sondern wohl eher als »mystifizierende Geschichtsbetrachtung« bezeichnet wurde. »Wir hatten dem marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnis und Werten nicht nur etwas entgegenzusetzen, sondern auch hinzuzufügen.« (Schriftenreihe, Heft 6: 66) Es gehört zu

den tragischen Seiten auch in der Entwicklung der marxistischen Geschichtswissenschaft in der DDR, derartige Möglichkeiten ungenutzt gelassen zu haben. Die Folgen waren verhängnisvoll.

Wir bleiben mit Bertolt Brechts Gedicht »Der Zweifler« aufgefordert, »wirklich im Fluss des Geschehens« zu bleiben, nicht den Widerspruch aus den Dingen zu entfernen, stark selbstkritisch zu werden – und: immer wieder neu zu beginnen.

Literaturauswahl

besonders zur Geschichte der evangelischen Kirchen in der DDR:

- Arbeitsblätter des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, Berlin
Arbeitsblätter 1 1997: War in Dresden alles ganz anders? Kirchen und Kirchenpolitik in der sächsischen Bezirkshauptstadt
- Aust, Michael 1998: Das Beziehungsgeflecht von Staat, evangelischer Kirche und den politisch alternativer Gruppen in der DDR von 1985 bis September 1989, Tectum, Berlin
- Beier, Peter 1997: Die »Sonderkonten Kirchenfragen«. Sachleistungen und Geldzuwendungen an Pfarrer und kirchliche Mitarbeiter als Mittel der DDR-Kirchenpolitik (1955–1989/90), Göttingen
- Ders. 1999: Missionarische Gemeinde in sozialistischer Umwelt. Die Kirchentagskongressarbeit in Sachsen und die SED-Kirchenpolitik (1968–1975), Göttingen
- Beiträge zum Thema Staatssicherheit und Kirche 1997. Dokumentation einer Diskussion in der Zeitschrift »Zwiesgespräch« zwischen 1991 und 1995, hrsg. von Dieter Mechtel, Ulrich Schröter, in: Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart. Schriftenreihe des Gesellschaftswissenschaftlichen Forum e.V., Bd. 6, hrsg. von Helmut Meier, Berlin
- Besier, Gerhard/Wolf Stephan 1992: »Pfarrer, Christen und Katholiken«. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, 2. Auflage, Neukirchen
- Besier, Gerhard 1993: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München
- Ders. 1995: Der SED-Staat und die Kirche 1983–1991. Berlin-Frankfurt a. M.
- Ders. 1995: Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Die Vision vom »Dritten Weg«, Frankfurt a. M.
- Beyer, Franz H. 1994: Theologiestudium und Gemeinde. Zur Praxisbeziehung theologischer Ausbildung im Kontext der DDR, Göttingen
- Christen, Staat und Gesellschaft in der DDR 1996, hrsg. von Gert Kaiser, Frankfurt a. M.
- Dähn, Horst 1982: Konfrontation oder Kooperation? Das Verhältnis von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945–1980. Opladen
- Ders. (Hrsg.): 1993: Die Rolle der Kirchen in der DDR. Eine erste Bilanz, München
- Ders./Heise, Joachim 1996: Luther und die DDR. Der Reformator und die Medien anno 1983, Berlin
- Engelstädter, Heinz: Schuld und Versöhnung, eine Anfrage an Christen und Marxisten mit Blick auf eine gemeinsame Zukunft, in: Berliner Dialog-Hefte, Heft 1/1995, S. 15-22.
- Friebel, Thomas 1992: Kirche und politische Verantwortung in der sowjetischen Zone und der DDR. Gütersloh
- Gaus, Günter: Aberglaube, in: Freitag. Die Ost-West-Wochenzeitung, Berlin, 5. März 1999, S. 1.
- Geschichtsschreibung im 20. Jahrhundert. Neuzeithistoriographie und Geschichtsdanken im westlichen Europa und in den USA 1998, hrsg. von Gerhard Lozek, Berlin
- Goeckel, Robert F. 1990: The Lutheran Church and the East German State. Political conflict and change under Ulbricht and Honecker, Ithaca-London
- Ders.: Thesen zur Rolle der CDU in der DDR-Kirchenpolitik. Unveröff. Ms.
- Ders. 1995: Die evangelischen Kirchen und die DDR, Leipzig
- Goerner, Martin G. 1997: Die Kirche als Problem der SED. Strukturen kommunistischer Herrschaftsausübung gegenüber der evangelischen Kirche in der DDR 1945 bis 1958, Berlin
- Hahn, Udo 1996: Annehmen und frei bleiben. Landesbischof i. R. Johannes Hempel im Gespräch, Hannover
- Hammer/Walter/Heigingsfeld, Uwe P. 1995: Die Konsultationen. Ein Ausdruck der »besonderen Gemeinschaft« zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR in den Jahren 1980 bis 1990, Hannover
- Heinemann-Grüder, Curt-Jürgen 1988: Pfarrer in Ost und West. Kirche zwischen Herausforderung und Anpassung. Textband mit Anlagen, Frankfurt a. M.
- Hochschule & Kirche. Theologie & Politik 1996. Besichtigung eines Beziehungsgeflechtes in der DDR, hrsg. von Peer Pasternak, Berlin

- Holm, Kerstin: Magie, Ritual und Wunderglaube. Die russisch-orthodoxe Kirche, ein Bollwerk gegen die moderne Welt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. April 1998, Beilage, S. I.
- Die Kirchenpolitik von SED und Staatsicherheit 1996. Eine Zwischenbilanz, hrsg. von Clemens Vollnhals, Berlin
- Kirchlicher Unterricht in der DDR 1949-1990, hrsg. von Dieter Reiher, Göttingen 1992.
- Kremser, Holger 1993: Der Rechtsstatus der evangelischen Kirche in der DDR und die neue Einheit der EKD, Tübingen
- Leich, Werner 1992: Wechselnde Horizonte. Mein Leben in vier politischen Systemen, Wuppertal-Zürich
- Lozek, Gerhard 1966: Über die Strukturelemente des Geschichtsdenkens und die internationale Zusammenarbeit der Historiker, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, Heft 1/1966, S. 100-103.
- Maier, Hans/Leich, Werner 1998: Europa und die Kirchen. Zum Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR, Jena
- Martik, Kurt 1994: Erinnerungen an die DDR und einige ihrer Christen, Zürich
- Maser, Peter 1989: Glauben im Sozialismus. Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR, Berlin
- Mau, Rudolf 1994: Eingebunden in den Realsozialismus? Die Evangelische Kirche als Problem der SED. Göttingen
- Mitteilungen des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, Sondernummer, 22. Mai 1996
- Mühen um Verständnis: Achtung und Vertrauen 1993. Dr. Hans Modrow zu seiner Sicht auf die Kirche, hrsg. von der Abgeordnetengruppe der PDS/LL, Bonn
- Müller-Streisand, Rosemarie 1995: Aus der Geschichte lernen – aber was? In: Weißenseer Blätter, Heft 4, Berlin.
- Meckel, Markus/Gutzeit, Martin 1994: Opposition in der DDR, Köln
- NACH-DENKEN 1995. Zum Weg des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Im Auftrag des Kirchenamtes der EKD für die Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung des Vergangenen herausgegeben von Ulrich Schröter und Helmut Zeddies, Hannover
- Neubert, Erhart 1990: Eine protestantische Revolution, Kontext, Leipzig
- Ders. 1997: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 bis 1989, Berlin
- Pollack, Dieter 1994: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart
- Rau, Johannes 1996: Im Auftrag der Kirche, Leipzig
- Rein, Gerhard 1990: Die protestantische Revolution 1987–1990. Ein deutsches Lesebuch, Berlin
- Richter, Rolf 1996 : Über Uneingelöstes im Antifaschismus der deutschen kommunistischen Bewegung, in: Gibt es erledigte Fragen an die Geschichte? Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart, Schriftenreihe des Vereins »Gesellschaftswissenschaftliches Forum« e.V., hrsg. von Helmut Meier, Band 5, Berlin, S. 58-63.
- Richter, Rolf 1997: Über die Versöhnungsanstrengungen des Bundes der evangelischen Kirchen in der DDR in den 70er Jahren gegenüber Polen. In Berliner Dialog-Hefte, Heft 1/1997, S. 47-56.
- Richter, Rolf 1999 (I): Eine Betrachtung der westlichen Geschichtswissenschaft, in: Initial, Berlin.
- Ders. 1999 (II): Aus dem Leben der Russischen Orthodoxen Kirche in Berlin, Berlin
- Rink, Sigurd 1996: Der Bevollmächtigte. Probst Grüber und die Regierung der DDR, Stuttgart
- Rosberg, Klaus 1996: Das Kreuz mit dem Kreuz. Die Kirche und das MfS, Berlin
- Schönherr, Albrecht 1992: Gratwanderung. Gedanken über den Weg des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Leipzig
- Ders. 1993: ...aber die Zeit war nicht verloren. Erinnerungen eines Altbischofs, Berlin
- Ders. 1995: Gesprochen zur Zeit und zur Zeiteit. Reden, Aufsätze, Predigten 1937–1994, Berlin
- SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen 1995, hrsg. von Frédéric Hartweg: Bd. 2.1., 1949–1967, bearbeitet von Joachim Heise, Neukirchen-Vluyn; Bd. 2.2., 1968–1989, bearbeitet von Horst Dohle, Neukirchen-Vluyn
- Schmude, Jürgen 1995: 30 Jahre Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, in: epd-Dokumentationsdienst, Frankfurt a. M., Nr. 52/95, S.7-11.
- Seidel, J. Jürgen 1989: »Neubeginn« in der Kirche? Die evangelischen Landes- und Provinzialkirchen in der SBZ/DDR im gesellschaftspolitischen Kontext der Nachkriegszeit (1945–1953), Göttingen
- Seiterich-Kreuzkamp, Thomas 1992: Helden oder Schurken? »Richtig im »Falschen« gelebt? Kirchen in der DDR: Das Ringen um die Wahrheit, Berlin
- Sengespeik-Roos, Christa 1996: Das ganz Normale tun. Widerstandsräume in der DDR-Kirche, Berlin
- Sie haben das Recht zur Revolution bejaht – Christen in der DDR 1997. Ein Beitrag zu 50 Jahre »Darmstädter Wort«. Vorwort und hrsg. von Balzer, Friedrich M./Stappenbeck, Christian, Köln
- Silomon, Anke 1997: Synode und SED-Staat. Die Synode des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR Görlitz 18.-22. September 1987, Göttingen
- Steinlein, Reinhard 1993: Die gottlosen Jahre. Berlin
- Sorget nicht, was ihr reden werdet 1993. Kirche und Staat in Leipzig im Spiegel kirchlicher Gesprächsprotokolle (1977–1989). Berlin
- Stolpe, Manfred 1992: Schwieriger Aufbruch, Berlin
- Ders. 1995: In der Verantwortung für die Zukunft Europas – 30 Jahre Ostdenkschrift, in: epd-Dokumentationsdienst, Frankfurt a. M., Nr. 52/95, S. 3-6.

- Die Stuttgarter Erklärung vom 19. Oktober 1945, in: Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus, hrsg. von Karl Kupisch, München-Hamburg 1965, S. 309.
- Schriftenreihe des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, Berlin
- 1995, Heft 1: Säkularisierung in Ost und West
- 1995, Heft 2: Der Weg der katholischen Kirche in verschiedenen realsozialistischen Ländern in den Jahren 1945 bis 1948/49 – ein historischer Vergleich
- 1996, Heft 3: Vorträge-Analysen-Diskussionen
- 1997, Heft 4: In die Irre gegangen? Das Darmstädter Wort in Geschichte und Gegenwart; Rückblick und Vision: Gespräch mit Lothar de Maizière
- 1998, Heft 5: Das Spitzengespräch vom 6. März 1978 – Glücks- oder Sündenfall?
- 1998, Heft 6: Richter, Rolf: Versöhnung mit Polen als Aufgabe und Weg für die evangelischen Kirchen in der DDR in den siebziger und achtziger Jahren
- Thumser, Wolfgang 1996: Kirche im Sozialismus. Geschichte, Bedeutung und Funktion einer ekklesiologischen Formel, Tübingen
- Versöhnung – aktuelle Aspekte eines biblischen Themas 1990, Berlin-Altenburg
- Wedel, Reymar von 1994: Als Kirchenanwalt durch die Mauer. Erinnerungen eines Zeitzeugen, Berlin
- Weiß, Konrad: Die SED-Propaganda wirkt noch nach, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Juli 1996
- Winter, Friedrich 1996: Der Fall Defort. Drei Brandenburger Pfarrer im Konflikt. Eine Dokumentation, Berlin
- Wippermann-Lins, Stephan 1997: Sendung oder Sammlung? Gossner Mission und Volkskirche in der DDR, Duisburg
- Zeddies, Helmut/Schröter, Ulrich 1996: Der Weg der Evangelischen Kirchen in der DDR zwischen Anpassung und Verweigerung – Eine Diskussion zum »Nach-Denken«, in: Schriftenreihe des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, Heft 3, Berlin.
- Zwischen Anpassung und Verweigerung 1994. Dokumente, hrsg. im Auftrag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Leipzig
- Zwischen Verweigerung und Opposition 1997. Politischer Protest in der DDR 1970–1989, Frankfurt a. M.

Versöhnungsarbeit mit Polen – nur eine historische Fußnote?

Über eine von der Vergessenheit bedrohte Leistung der Evangelischen Kirchen in der DDR

Arbeiten zur Geschichte der Kirchen in der DDR haben Konjunktur. Die entsprechende Literatur ist politisch stark differenziert, teils gar polarisiert, oft nicht frei von außerwissenschaftlichem Ballast. Ein historiographischer Segmentierungs- und Parzellierungsprozess ist unübersehbar. Die politisch-strategische Dimension der einschlägigen historiographischen Anstrengungen umriss der Kirchenhistoriker Gerhard Besier 1993 mit den akzentuiert-kämpferischen Worten: »Welche Geschichtsinterpretation sich als ›historische Wahrheit‹ durchsetzen wird, hat enorme Bedeutung für Parteien und Institutionen in der Gegenwart.«¹

Manche Themen erweisen sich dabei ob ihrer signifikanten politischen, historischen oder historiographischen Spezifika als geradezu vielfältig problematisch. Im vorliegenden Falle ist es nicht nur und nicht zu allererst die NS-Zeit, die sich in der deutschen Geschichtswissenschaft in veränderten Akzenten als ein Feld intensiver Forschungen und Diskussionen erweist² und zu der ein »Erinnerungskampf«³ anhält.

Wenn heute der Blick auf das ostpolitische Denken der Deutschen nach dem zweiten Weltkrieg gerichtet wird, so wird in aller Regel auf die Bedeutung Willy Brandts und seiner Ostpolitik sowie auf die Denkschrift der EKD⁴ aus dem Jahre 1965 verwiesen. Das Gesichtsfeld bleibt auf die alte Bundesrepublik begrenzt. Über die Anstrengungen im Osten, in der DDR, wird entschieden zu wenig nachgedacht. Das gilt in besonderem Maße für die Arbeit der evangelischen Christen und für deren Kirchen in der DDR.

Symptomatisch war dafür ein Vortrag des Präses der EKD, Jürgen Schmude, der im September 1995 in einer Gedenkveranstaltung zu »30 Jahre Ostdenkschrift der EKD« die Anstrengungen und Leistungen der Kirchen in der DDR schlankweg »vergaß« und sich erst nach Einspruch ostdeutscher Kirchenvertreter zu einer rückversichernden Fußnote durchrang, die zurückhaltend auf Versöhnungsanstrengungen der Kirchen in der DDR verwies.⁵

1 Gerhard Besier: Der SED-Staat und die Kirche, Bd. I. Der Weg in die Anpassung, München 1993, S. 10.

2 Der Judenmord war das Kernereignis des Jahrhunderts. Interview mit Prof. Dr. Ulrich Herbert, in: Die Welt, 16. März 1998, S. 9.

3 Norbert Frei: Erinnerungskampf, in: Damals, Heft 7/94, S.20 f.

4 Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift, Hannover 1965.

5 Jürgen Schmude: 30 Jahre Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, in: epd-Dokumentationsdienst, Nr. 52/95, S. 11.

Es droht ein zweiter Vergessensprozess: Die von der SED geführte Geschichtsschreibung war in ihrer dominierenden Intention darauf angelegt, dass sich Kirchen und Religionsgemeinschaften, dass sich die Christen und andere religiöse Menschen in den historischen Hauptdarstellungen kaum oder gar nicht wiedererkennen konnten. Gewiss, als »Werk tätige« oder als »Gewerkschaftsmitglieder« tauchten sie schon auf – aber als Christen mit ihrem spezifischen Antlitz und ihrem religiösen Interessenfeld waren sie kaum zu finden. Hier sollen anders konzipierte Darstellungen theologischer Fakultäten nicht vergessen sein; ebenso wenig jene Darstellungen von DDR-Historikern, die um größere Sorgfalt bemüht waren.⁶ Die Erbediskussion in der Geschichtswissenschaft der DDR brachte zwar neue Ebenen und neue Sichten in die Diskussion, führte aber mitnichten zu einer freien, unverstellten und authentischen Darstellung der Christen und der Kirchen im Alltagsleben deutscher Geschichte, die DDR eingeschlossen. Die heute in Ostdeutschland, d. h. dem ehemaligen Staatsgebiet der DDR, lebende Bevölkerung hat in einer übergroßen Mehrheit kein deutliches Bild von der Geschichte der Kirchen, dem christlichen Leben und dem Weg der Christen in der DDR. Die Gefahr, dass hier einseitige, nicht adäquate und gar ungerechte Generalurteile und Bilder im historischen Alltagsbewusstsein vieler Menschen entstehen und haften bleiben, dürfte hoch zu veranschlagen sein.

Ganz offensichtlich existiert eine sich verfestigende Tendenz, eine Art »Lethewirkung«, in der neuesten Historiographie in Deutschland darin, Arbeiten und Leistungen der evangelischen Kirchen und Christen in der DDR vergessen zu machen.

Gegen dieses doppelte Vergessen anzudenken bleibt eine langfristige und schwierige Aufgabe.

Auch für die Gegenwart und überschaubare Zukunft dürfte die 1986 vorgetragene Überlegung des Historikers und Beraters von Bundeskanzler Kohl, Michael Stürmer, nicht aus dem Blick geraten: »Orientierungsverlust und Identitätssuche sind Geschwister. Wer aber meint, dass alles dies auf Politik und Zukunft keine Wirkung habe, der ignoriert, dass in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.«⁷

Schuldbekennnis und Erfassen neuer politischer Realitäten

Eine Leistung der evangelischen Kirchen in der DDR, die historiographisch aufgearbeitet zu werden verdient, besteht in ihren Anstrengungen zur Versöhnung mit Polen.

6 Als eine Ausnahme kann angesehen werden der Band: Bündnispolitik im Sozialismus, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Red.: Heinz Hümmeler, Rolf Leonhardt, Rolf Stöckigt, Berlin 1981, S. 249-256.

7 Michael Stürmer: Geschichte in geschichtslosem Land, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. April 1986.

Im Jahre 1945 hieß es in der Stuttgarter Erklärung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland: »Mit großem Schmerz sagen wir: durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden ...Wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.«⁸

In den ersten zwei Jahrzehnten nach der Befreiung erbrachten die evangelischen Kirchen manches, was der Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung, mit Neufindung und Verständigung mit Polen dienen konnte.

Das Wort des Bruderrates der EKID zum politischen Weg unseres Volkes vom 8. August 1947 wurde getragen von den theologischen Begriffen Buße und Versöhnung. In einem Schreiben der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg an den Kontrollrat für Deutschland vom 4. Dezember 1947 wurde vor unerträglichen Grenzziehungen im Osten und Westen sowie vor der Zerreißung Deutschlands gewarnt. Das Wort der Kirchenversammlung der EKID zum Frieden vom 13. Juli 1948 warnte vor gewaltsamen Lösungen politischer Fragen. Weiterhin sei vor allem auch auf die Weißenseer Friedenssynode vom 1950 verwiesen. In einem Telegramm der Kirchenkonferenz vom 12. Februar 1954 an die vier Außenminister der USA, der UdSSR, Großbritanniens und Frankreichs wurde das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarvölker der Deutschen betont.⁹

Zu den Stationen auf dem Wege der Versöhnung mit Polen gehörten auch solche Ereignisse wie der Besuch Bischof Wantulas 1956 in der DDR, der Aufenthalt einer Delegation des BEK anlässlich der Einweihung der Trinitatiskirche in Warschau im Jahre 1957 und die hingebungsvolle Pionierarbeit von Aktion Sühnezeichen.

Der Görlitzer Vertrag, 1950 zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen unterzeichnet, gehörte zu jenen Ansätzen, auf einer staatlichen Ebene zu einer Verständigung mit dem östlichen Nachbarn zu gelangen. Ungeachtet der in Görlitz proklamierten Friedensgrenze, ein für viele DDR-Bürger schmerzlicher Akt, für manchen aber auch schon mit bitteren historischen Einsichten und Erkenntnissen verbunden, blieben im Ost-West-Gegensatz viele Hoffnungen und Illusionen in Bezug auf die Vorläufigkeit der Oder-Neiße-Grenze existent oder wurden neu genährt. Von diesen objektiven Umständen konnte sich offensichtlich auch kirchliche Arbeit nicht unbeeinflusst entwickeln. Unergründet wird bleiben, wie viele Pfarrer den in der DDR untergekommenen Umsiedlern und Flüchtlingen geistlichen Beistand gaben, ihnen Lebensmut vermittelten und ihnen rieten, hier Wurzeln zu schlagen und ihre neuen Lebensumstände anzunehmen und beherzt neu zu gestalten.

8 Die Stuttgarter Erklärung vom 19. Oktober 1945, in: Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus, hrsg. von Karl Kupisch, München u. Hamburg 1965, S. 309.

9 Vgl. die Dokumentation »Europäische Sicherheit/Oder-Neiße-Grenze/Die Deutsche Frage«, erarbeitet von der Studiengruppe für Internationale Fragen der Christlichen Friedenskonferenz in der DDR – Arbeitsgruppe Berlin, o. J., S. 78 ff.

In den sechziger und siebziger Jahren erwachsen im Zuge der neuen Ostpolitik und der Veränderungen im internationalen Klima Möglichkeiten und Notwendigkeiten für eine Verständigung mit Polen. Die Ostdenkschrift der EKD¹⁰ im Jahre 1965 »sprach die entscheidenden und bisher tabuisierten Punkte«¹¹ an und löste in der Bundesrepublik eine leidenschaftliche öffentliche Debatte aus. Im vielschichtigen Entspannungsprozess der siebziger Jahre gewann das Wort der Kirchen neue Bedeutung und Ausstrahlungskraft. Es beförderte den innergesellschaftlichen Dialog wie den deutsch-deutschen und europäischen Lernprozess. In den sechziger Jahren hatten mehrere Pfarrer der evangelischen Kirchen und Theologen in der DDR sich mit der Schuldfrage weiter auseinandergesetzt¹² und auch Positionen zur Oder-Neiße-Grenze formuliert.¹³ Das gewann nunmehr an Wert.

Gründung des BEK – klare Aufgaben in neuen Strukturen

Am 10. Juni 1969 schlossen sich die acht Landeskirchen der DDR zum Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) zusammen.

In der Auftragsbestimmung des Kirchenbundes waren von Anfang an gewichtige theologische und weltliche Schwerpunkte fixiert. Im Jahre 1970 stellte die Bundessynode fest: »Der Bund wird sich als eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirche in der sozialistischen Gesellschaft der DDR bewähren müssen.«¹⁴ Damit war ein theologisch ungewöhnlich weitgespannter, perspektivreicher und vielschichtiger Arbeitsansatz gewonnen worden, der wirklichkeitsgerecht war. Die Synode von 1971 vertiefte ihn: »Zeugnis und Dienst ist als Einheit zu verstehen. Man könnte jedes der beiden Wörter als das Ganze nehmen. ›Zeugnis‹ deutet mehr auf das ›Woher‹ und ›Warum‹, ›Dienst‹ auf das ›Wofür‹. Beide Wörter bezeichnen die Bewegung, die missio dei, die von der Sendung Jesu Christi zum Heil herkommt und auf den Menschen in seiner Welt zielt. Beides, Zeugnis und Dienst, wird nur in lebendiger Einheit von Wort und Tat, die sich gegenseitig auslegen, geschehen können.«¹⁵

Geschichtlich waren dabei zwei Bezugspunkte evident: die nachwirkenden Leistungen der Bekennenden Kirche, insbesondere das Werk Dietrich Bonhoeffers und sein Wort über das »Beten und Tun des Gerechten« als Auftrag an den Christen sowie die Barmer Theologische Erklärung vom Mai 1934. Vor allem durch Barmen erhielten Zeugnis und Dienst deutliche Anregungen. Die Bundes-

10 Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift, Hannover 1965.

11 Manfred Stolpe: In der Verantwortung für die Zukunft Europas – 30 Jahre Ostdenkschrift«, in: epd-Dokumentationsdienst, Nr. 52/95, 11. Dezember 1995, S. 4.

12 Vgl. z. B. Evangelische Selbsthilfe. Tagungsbericht, o. O., o. J. (Dresden 1964/65).

13 Zur Frage der Oder-Neiße-Grenze, in: Dokumentation »Europäische Sicherheit...«, a. a. O., S. 52-54.

14 Kirchliches Jahrbuch 1970, Gütersloh 1971, S. 301.

15 Kirchliches Jahrbuch 1971, Gütersloh 1972, S. 254.

ordnung des BEK, die »Ordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik vom 10. Juni 1969«, verstand die Barmer Erklärung nicht schlechthin als historische Leistung, sondern akzentuierte ihre Aktualität und Zukunftsfähigkeit.

Die Auffassung von der Gemeinschaft in Zeugnis und Dienst realisierte sich in verschiedenen Ausformungen, die – jede für sich und in ihrem Zusammenklang – darauf zielten, mit den »ganzen Menschen, die hier leben und die einen Anspruch auf diese Botschaft haben« ihren »Weg, ihre Hoffnungen und Ängste (zu) teilen, um ihnen den Verheißungshorizont des Evangeliums zu bezeugen und mit ihnen zu erfahren.«¹⁶

Erstens wurde in Rezeption eines Bonhoeffer-Wortes, nach dem Kirche nur Kirche ist, wenn sie für andere da ist, die theologische Orientierung auf Zeugnis und Dienst mit dem Gedanken »Kirche für andere« verknüpft.

Zweitens wurde, so auf der Synode 1974, die Aufgabe formuliert, »Kirche als Lerngemeinschaft« zu begreifen und dies auf dem weiteren Wege zu praktizieren.

Drittens erfolgte ein deutliches Bekenntnis zu Ökumenizität der Kirche als Gabe und Aufgabe, die in der Universalität des Heilsangebotes Gottes in Christus begründet ist und allen Menschen gilt.¹⁷

Viertens gewann in diesem Zusammenhang theologischer Vorstellungen der biblische Gedanke von der Versöhnung schrittweise an Gewicht. Dem Kirchenbund war daran gelegen, sich über neue Strukturen zu definieren und »sich auf tragfähige, der spezifischen Aufgabe entsprechende theologische Grundlagen zu besinnen. Zu diesen Grundlagen gehört(e) das Darmstädter Wort.«¹⁸

Neben dem Stuttgarter Schuldbekenntnis erwies sich das Darmstädter Wort nicht nur als bedeutsames geistliches Dokument der deutschen Nachkriegszeit, sondern bildete mit seinem Versöhnungsauftrag, den die Christen »annehmen, tun und ausrichten«¹⁹ sollten, eine theologische wie historisch-politisch anspruchsvolle Handlungsgrundlage.

Versöhnung als Auftrag

Polen war das erste Land, das von den Deutschen überfallen wurde. Damit begann der Zweite Weltkrieg. Eine ungeheure Schuld wurde mit Terror, Ausrottungs- und Versklavungsprogramm, mit dem Okkupationsregime angesammelt.

16 Ebenda, Sonderdruck 1991, S. 47.

17 Grundprobleme der ökumenischen Arbeit des Bundes und seiner Gliedkirchen (1978), in: Kirche als Lerngemeinschaft, Berlin 1981, S. 63.

18 Albrecht Schönherr: Die Rezeption des Darmstädter Wortes in den Kirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, in: Schriftenreihe des Instituts für Staat-Kirche-Forschung, Berlin 1997, Heft 4, S. 40.

19 Wort des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland zum politischen Weg unseres Volkes (Darmstadt 1947), in: Schriftenreihe des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, a. a. O., S. 5.

Vor diesem Hintergrund der Geschichte blieb Versöhnung ein schwieriges Unterfangen.

Versöhnung ist in christlicher Sicht ein »sozialer Beziehungsbegriff«²⁰. Er drückt die Hoffnung aus, dass Gemeinschaft trotz und in der Verschiedenheit, ja Gegensätzlichkeit von Menschen zustande kommen kann. Versöhnung meint zuerst eine Beendigung eines durch Sünde und Schuld entstandenen Konflikts im Innersten, nämlich im Gottesverhältnis des Menschen. Das Neue Testament hat im Gleichnis vom verlorenen Sohn (Lukas 15, 11-32) ein gültiges Modell von Versöhnung geformt. Es handelt sich um einen wechselseitigen, komplizierten und in vielem höchst dialektischen Vorgang, bei dem ein tiefer Bruch seitens beider Beteiligten überwunden wird. Versöhnung heißt: in sich gehen und sich zur Verfehlung bekennen. Versöhnung heißt stets auch: umfassende Verwandlung. Versöhnung realisiert sich im Wechsel von Ablösung und Zusammengehen, in Korrespondenz von Geständnis und Verzeihung – und der Begegnung auf einer neuen Ebene. Versöhnung ist kein Normbegriff; sie lässt sich nicht verordnen. »Wo es im tiefsten Sinne um Versöhnung geht, nämlich um die Wiederherstellung einer Beziehung über den Abgrund von Schuld hinweg, da setzt Versöhnung das unkalkulierbare Zusammentreffen von Geständnis und Vergebung voraus – und damit eine zweiseitige, freie, veränderbare Einsicht.«²¹

Versöhnung ist als zukunftsoffenes Geschehen gedacht. Die anfängliche Versöhnung bedarf immer neu der Verwirklichung.

Die Versöhnungsvorstellung entzieht sich jeder vorschnellen und vereinfachenden Interpretation. So gehören Sündenvergebung und Lebenshilfe zusammen. Der Mensch ist einerseits Partner Gottes, andererseits Partner des Mitmenschen. Schuld ist die Kehrseite von Verantwortung.²²

Versöhnung bedeutet konstruktive Zukunftsperspektive in Konflikten.²³ Sie bleibt der Opfer der Gewalt eingedenk, indem sie den Gewaltzirkel durchbricht. Versöhnung setzt Sühne voraus.

Mit dem Versöhnungsgedanken mussten die evangelischen Kirchen in der DDR vom Ansatz her schon quer stehen zur in der DDR herrschenden Ideologie.

Diese war zum einen geprägt von Vorstellungen und Begriffen von »Kampf« und »Unversöhnlichkeit von Ideologien«. Da musste bereits das Wort »Versöhnung« provokativ wirken.

Zweitens waren in der dominierenden kommunistischen Parteigeschichtsschreibung – Ausnahmen sollen hier unbeachtet bleiben – »Versöhnler« als Opportunisten und gar als Feinde der Arbeiterbewegung stigmatisiert.

20 Wolfgang Huber, Hans-Richard Reuter: Friedensethik, Stuttgart-Berlin-Köln 1990, S. 224. Die folgenden Ausführungen fußen vor allem auf dieser Arbeit.

21 Ebenda, S. 227.

22 Günter Krusche: Schuld und Vergebung – eine theologische Grundlegung, in: Versöhnung – Aktuelle Aspekte eines biblischen Themas, Berlin-Altenburg 1990, S. 19 f.

23 Zum Konfliktreichtum des Problems siehe: ebenda: Grenzen der Versöhnung. Handreichung zur Friedensdekade, Göttingen 1995.

Drittens war im marxistischen Denken der Versöhnungsgedanke nicht genuin angesiedelt, kaum thematisiert und ausgearbeitet worden. Punktuell wurde wohl gesehen, welchem Missbrauch er durch politische Kräfte erfahren kann. Positiv behandelt wurde er aber wohl nicht. Dieses Defizit dürfte bis zur Gegenwart nachwirken.²⁴ Der Versöhnungsgedanke wurde nicht geprüft in seiner Bedeutung für das Alltagsleben des einzelnen Menschen, für die Gesellschaft, für das Gemeinwesen; für die Auseinandersetzung mit abgeschlossenen Geschichtsabschnitten und wohl auch nicht für die neuen Fragen in Bezug auf die Bewahrung der Zivilisation vor den Kosten des Raubbaus.

Viertens musste sich erschwerend auswirken, dass der DDR-Staat mit seiner politischen Herrschaftskultur das ständige, normale, korrekte und kontroverse Gespräch mit der Kirche nicht als selbstverständliche Tradition, Sitte und Norm mit Ausstrahlung in die Gesellschaft hervorgebracht hat. Ein bedeutendes Kräftepotential, das in einer solchen, völlig neuen Begegnungsebene hätte zum Nutzen aller liegen können, blieb unausgelotet.

Die Kirche hatte es also mit der Versöhnungsarbeit so leicht nicht. Der Staat hätte wohl lieber eine millimetergenaue Übereinstimmung mit seinen Vorstellungen von »Internationalismus« und »Antifaschismus« gesehen. Als in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre Pfarrer Christfried Berger im Berliner Magistrat seine Versöhnungsarbeit erwähnte, wurde ihm barsch – gleichwohl symptomatisch – beschieden: »Zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR gibt es nichts zu versöhnen.«²⁵ So stießen der Versöhnungsgedanke und die damit verbundene praktische theologische Arbeit des BEK seitens des Staates auf eine Mischung von Distanz, Misstrauen, Geringschätzung und repressiver Begrenzung.

Beginnende Aktivitäten des BEK

Zu Beginn der siebziger Jahre wurden deutliche Anstrengungen seitens des BEK unternommen, um in der Verständigung mit Polen voranzukommen und um die Zusammenarbeit mit polnischen Instanzen zu vertiefen.

Es entstand 1970 die Kontaktgruppe Polen beim BEK; 1970 wurde die Arbeitsgruppe POLEN beim Ökumenisch-missionarischen Amt gegründet; die Reisetätigkeit nahm zu; es kam zu Begegnungen auf hoher Ebene; eine Fülle von Erfahrungen wurden an der Basis der Gemeinden gewonnen.

Nachdem im Mai 1970 eine Delegation des Polnischen Ökumenischen Rates (PÖR) die evangelischen Kirchen in der DDR besucht hatte, weilte vom 15. bis zum 23. November 1971 erstmals eine offizielle Delegation des BEK in Polen.

²⁴ Neuerdings gibt es Anstrengungen zur Aufarbeitung: Heinz Engelstädter: Schuld und Versöhnung, eine Anfrage an Christen und Marxisten mit Blick auf eine gemeinsame Zukunft, in: Berliner Dialog-Hefte, Heft 1/1995, S. 15-22.

²⁵ Pfarrer Christfried Berger am 17. Dezember 1997 im Gespräch mit Rolf Richter, in: Gesprächsnotiz, in: Privatarchiv Richter, Mappe »Versöhnung: BEK und Polen.70er Jahre«.

Sie stand unter Leitung von Bischof Schönherr. In dieser ersten Begegnung in Polen wurden sehr viele Fragen behandelt. Unter dem Gesichtspunkt der Versöhnung gewann der Gedankenaustausch über ökumenische Arbeit und über den Warschauer Vertrag ein besonderes Gewicht.²⁶ Gesprochen wurde auch über die Oder-Neiße-Grenze.²⁷ Von grundsätzlicher Aussagekraft war der Besuch in Auschwitz. In einem Pressebeitrag für »Die Kirche« hieß es später dazu: »Wir werden diesen Aufenthalt in Auschwitz nicht vergessen... die Erschießungsmauer neben dem berüchtigten Block 11, an der etwa 10 000 Menschen ihr Leben durch die Erschießungskommandos verloren. Hier wird auch unser Blumengebinde niedergelegt. Wir sind still und tief bewegt. In einer Zelle sehen wir christliche Symbole und Zeichnungen, die Häftlinge mit den Fingernägeln in die Wand und in die Tür geritzt haben ... Am meisten erschüttern uns die Kinder. Als das Lager von der Roten Armee befreit wurde, waren dort noch 180 Kinder und 300 Erwachsene.«²⁸

Diese Begegnungen der Delegation mit der Vergangenheit und ihre Äußerungen zu Gegenwartsfragen der Kirche, darunter mehrere Predigten, stießen in Polen auf eine nachhaltige Resonanz.

Bischöfliches Engagement

Von wertsetzender Kraft in allen Versöhnungsanstrebungen erwiesen sich das Wirken und die Ausstrahlungskraft der Persönlichkeit von Bischof D. Albrecht Schönherr.

Albrecht Schönherr wurde am 11. September 1911 im oberschlesischen Katscher (heute Kietrz, Republik Polen) geboren. Mit seinem 1934 erfolgten Eintritt in die Bekennende Kirche, mit seinem beharrlichen Wirken in ihr und mit seiner umfangreichen Arbeit nach 1945 in ostdeutschen Kirchen verfügte er über besondere Voraussetzungen, die mitbewirkt haben mögen, dass er seit 1969 an der Spitze des Bundes stand. Er wusste den Versöhnungsgedanken immer wieder ins Zentrum der Aufmerksamkeit zu setzen. »Versöhnung« wurde unter seiner verantwortlichen Führung zu *dem* zentralen Anliegen, wenn es um Polen ging.

Im November 1971 formulierte er in Warschau in einer Ansprache in der Christlichen Theologischen Akademie, »dass wir auch darin ans erweisen müssen, wie wir für andere da sind«. Er bezog sich dabei auf drei biblische Bilder: auf das wandernde Gottesvolk aus dem Hebräerbrief – der Bischof führte den Bogen zur Aufforderung, nicht auf der Stelle zu bleiben, sich als Kirche neuen Proble-

26 Bemerkungen aus der Delegation, in: Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, Bestand 101/1405. Gemeint war der am 7. Dezember 1970 in Warschau unterzeichnete »Vertrag über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland«.

27 Auszug aus dem Protokoll der 7. Tagung der KK des Bundes vom 13.1.1972 bis 14.1.1972, in: Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, Bestand 101/1404.

28 Die Kirche, Nr. 3/1972.

men zu stellen; auf den Leib Christi – hier reflektierte er über die Einheit des Glaubens und die Mitarbeit in der Ökumene und über ein neues Verhältnis zwischen Deutschen und Polen; auf das Salz der Erde – hier komme es nicht auf die Größe und Menge, sondern auf die Wirksamkeit brüderlicher Hilfe an.²⁹

Am Ewigkeitssonntag 1971 predigte Albrecht Schönherr, inzwischen Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, in der Trinitatiskirche in Warschau, der lutherischen Hauptkirche in Polen. Er sprach über Matthäus 25, über das Gleichnis von den Brautjungfern. Der Bischof sprach von einer Einladungskarte, die Gott den Menschen auf den Tisch gelegt hat. Der Tag sei noch nicht gekommen, aber Vorfreude ist da. Weiter hieß es: »Diese Vorfreude ... lässt uns nicht in eine Traumwelt fliehen. Die Vergangenheit mit ihren Belastungen bleibt ... Wir dürfen nicht vergessen und verdrängen, was zwischen unsern Völkern war. Ich denke an den Überfall auf Polen, der den Zweiten Weltkrieg einleitete; ich denke an Chatyn, an Auschwitz und Majdanek.«

Bischof Schönherr setzte Vergangenheit und die Freude, im Reich Gottes eingeladen zu sein, in Beziehung. »Aber wir wissen: Am Ende erwartet uns nicht das Chaos, sondern die Freude. Darum macht es Sinn, miteinander über die Vergangenheit nachzudenken, gemeinsam zu fragen, welche Fehler gemacht worden sind. Darum macht es Sinn, für einen dauerhaften Frieden, für bessere Gerechtigkeit, für die Überwindung des Hungers zu arbeiten.« Schönherr endete: »Klug sind wir, wenn wir unverzagt für seine (Gottes – R. R.) Sache, für Gerechtigkeit und Frieden eintreten...«³⁰

Für andere da sein, sich der Geschichte stellen, Schuld erfassen, Versöhnung mit Polen konkret – damit sind Akkorde angestimmt, die die Entwicklung der evangelischen Kirchen in der DDR in den siebziger Jahren wesentlich geformt haben.

Symptomatisch für die neue Qualität der Beziehungen zwischen BEK und PÖR war auch jener inoffizielle Freundschaftsbesuch des PÖR am 21. Juni 1972 in Berlin. Bischof Niewieczezal, Bischof der Evangelisch-Reformierten Kirche und Präses des PÖR, sowie Andrzej Wojtowicz, Mitglied der Evangelisch-Augsburgischen Kirche und Leiter der Presse- und Dokumentationskommission des PÖR, besprachen mit den Vertretern des BEK konkrete Fragen des Kontaktes.

Auf diesem Treffen wurde ein lebhafter Gedankenaustausch über das Verhältnis von Polen und Deutschen in Geschichte und Gegenwart geführt. Besonders nach Öffnung der Grenzen, so war man sich einig, wird es auf weitere Bewusstseinsbildung und auf den Abbau von Vorurteilen ankommen.

Von diesen beiden Begegnungen auf der hohen Ebene gingen vielfältige Impulse aus.

29 Bemerkungen aus der Delegation, a. a. O.

30 Albrecht Schönherr: Predigt in der Trinitatiskirche in Warschau, 21. November 1971, in: Archiv des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung Berlin, Mappe »Versöhnung: BEK und Polen. 70er Jahre«.

Eine neue Aufgabe eröffnete sich, als die Regierungen der DDR und der VR Polen vereinbarten, mit Wirkung des 1. Januar 1972 neue Reisebestimmungen festzulegen. Diese führten schnell zu einem ungeahnten Anwachsen des Reiseverkehrs und von Einkäufen der Besucher jenseits der Grenzen, so dass bereits Ende November 1972 der Umtausch von Geld ab 1. Januar 1973 drastisch eingeschränkt wurde.³¹

Weitere Anstrengungen im Dienste der Versöhnung

Im April 1972 entstand auf Anregung von Bischof Schönherr eine Orientierungshilfe für die Gemeinden, verfasst von der Ökumenischen Kommission des BEK, für Besuchsreisen in das sozialistische Ausland.³² Sie betonte den Wert ökumenischer Begegnungen und das wechselseitige Gebrauchtwerden. Es wurde die Bedeutung von internationalen Aufeinandertreffen von Menschen hervorgehoben, um einander besser verstehen zu lernen. Neben praktischen Hinweisen akzentuierte die Orientierungshilfe den Gedanken, dass der Reisende ein Land und seine Menschen mit neu zu gewinnenden Maßstäben und »mit Liebe« erleben müsse. Wichtig auch hier der Hinweis: »Wir können die leidvolle Geschichte der Beziehungen zwischen unserem Volk und unseren Nachbarvölkern nicht verlassen. Distanz von der Geschichte ist nicht nur unerlaubt, sie ist unmöglich. In unseren Nachbarländern tritt sie uns sehr konkret entgegen. Wir müssen wissen, was geschehen ist, was Auschwitz, Lidice und Theresienstadt noch heute bedeuten.« Die Gemeindeglieder wurden aufgefordert, an einem Gottesdienst oder einer Gemeindeveranstaltung im Ausland teilzunehmen.

Eine Fülle von Aktivitäten folgten dieser Orientierungshilfe:

- Der Bußtag 1972 stand unter dem Thema »Die Würde des Anderen« – »Die Würde des Nachbarn«
- Kirchenblätter in der DDR berichteten verstärkt über Polen.
- Polnische Theologen erhielten Einladungen zu Pastoralkollegs, insbesondere der Grenzkirchen Görlitz, Berlin-Brandenburg und Greifswald.
- Ökumenisch angelegte gemeinsame Vorbereitungen der Bibelwochen wurden von der Arbeitsgemeinschaft Missionarische Dienste organisiert.
- Ein Stipendiatenaustausch begann.
- Die Studienabteilung des PÖR erhielt Literatur über das Ökumenisch-missionarische Amt.
- Auf Initiative des Ökumenisch-missionarischen Zentrums wurde jedes Jahr polnischen Gästen eine gewisse Anzahl von Erholungsplätzen angeboten, was wiederum vortreffliche Möglichkeiten zum ausgedehnten individuellen Gespräch bot.

31 Manfred Hellmann: Daten der polnischen Geschichte, München 1985, S. 240.

32 Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, Bestand 101/1383.

– Es formten sich gewichtige Publikationen, so z. B. der 1979 beendete und 1982 in der Evangelischen Verlagsanstalt von dem Berliner Theologen Gerhard Bassarak und dem PÖR herausgegebene Band »Ökumene in Polen« – ein Band, der in seinem Bildungswert für die christliche DDR-Bevölkerung gar nicht hoch genug bewertet werden kann.

– Wichtige polnische Arbeiten erreichten die DDR, so der Band zu der Arbeit mit Blinden im polnischen Laski (1975) und 1977 die Arbeit von Januz Tazbir über die Geschichte der polnischen Toleranz. Auch Publikationen der EKD dürften zu manchem Pfarrer in der DDR gelangt sein, so etwa »Begegnung mit Polen« (1974).

Vom 2. bis zum 4. Dezember 1972 fand in Buckow eine erste Begegnungstagung des Arbeitskreises POLEN des Ökumenisch-missionarischen Amtes statt, die unter dem Thema stand »Engagement in der Freundschaft – Christen aus der Volksrepublik Polen und der DDR wollen eine gemeinsame Zukunft«. Zwanzig Pfarrer und Laien aus der Volksrepublik Polen und der DDR nahmen an dieser Begegnung teil. Aus Polen waren Vertreter der Christlich-Sozialen Gesellschaft, einer Organisation, zu der katholische und evangelische Christen gehörten, sowie ein Vertreter des Polnischen Ökumenischen Rates gekommen. Grußworte hatten u. a. Bischof Jan Niewiecerzal, Präsident des PÖR, und der Vizepräsident der Christlich-Sozialen Gesellschaft, Präses Jan Majdecki, übersandt.

Pastor Bruno Schottstädt vom Ökumenisch-missionarischen Amt hob bei der Begrüßung hervor, Christen in der DDR sähen die verantwortliche Gestaltung der Völkerfreundschaft als einen wichtigen Auftrag an. Die Grenze zwischen Polen und der DDR bedeute als offene Grenze auch eine Verpflichtung zur Gestaltung bruderschaftlichen Lebens.

Zwei Referate galten dem Thema »Unser Dienst für die Völkerfreundschaft«. Der Warschauer Schriftsteller Jan Zaborowski, der als Jurist an der Aufklärung der NS-Verbrechen in Polen mitgearbeitet hatte, stellte das wechselvolle Verhältnis zwischen Polen und Deutschen im Laufe der Geschichte dar und wies darauf hin, dass erst die Befreiung Polens vom Hitlerfaschismus und das Potsdamer Abkommen eine durch Jahrhunderte latente und im zweiten Weltkrieg unmittelbare Bedrohung vom polnischen Volk genommen und seine westlichen Grenzen gesichert habe. »Weil wir nun eine sichere Grenze haben, kann sie als offene Grenze gelebt werden«, sagte er. Carl Ordnung, wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU, ging nach einem geschichtlichen Rückblick besonders auf den im Sommer 1950 zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR abgeschlossenen Freundschaftsvertrag ein. »Wir haben seit 1950 zwischen Polen und der DDR eine endgültige Grenze um des Friedens willen«, erklärte er. Leider aber, so Ordnung, hätten damals Christen und Kirchen wenig zur lebendigen Füllung dieses Vertrages beigetragen. Eine der Aufgaben der Christen sah der Referent im Bekennen der Schuld der Väter. Ohne Wahrheit komme man nicht aus.

In der Diskussion über beide Referate wurde es als ein zu Dank und Freude Anlass gebendes Ereignis gewertet, wenn Menschen aus Polen und der DDR auch

auf kirchlichen Boden miteinander so offen über die Bewältigung der Vergangenheit und den Auftrag in der Zukunft sprechen können.

»Zeugnis und Dienst in der Gesellschaft« war das Thema des zweiten Gesprächsganges der Tagung. Dazu referierte der polnische evangelische Pfarrer Meyer aus Szczecin. »Wir bauen unser Heim, und unser Heim ist die Volksrepublik Polen«, betonte der Referent.

Pfarrer Schottstädt sah seinen persönlichen Standort in der Friedensarbeit, herkommend vom Stuttgarter Schuldbekenntnis und vom Darmstädter Wort. In Bezugnahme auf den gesellschaftlichen Auftrag der Christen, der nicht zulässt, abseits zu stehen, führte er aus: »Unsere Salzfunktion verlangt auch, dass wir uns darüber klar werden, was sozialistische Demokratie bedeutet und wie unser Platz in ihr auszusehen hat. Die christliche Gemeinde darf Salz der Gesellschaft sein. Die neue Grenze sei eine Grenze ohne Gefahr – eine offene Grenze.«³³

Reisen als christlicher Auftrag

Die Versöhnungsarbeit der evangelischen Christen in der DDR entfaltete sich am Anfang der siebziger Jahre auf verschiedenen Feldern. Dabei wurden bislang nicht gekannte Wege gegangen, und es musste auch ständig nach neuen Formen, die das Anliegen beleben und vorantreiben konnten, gesucht werden.

Die Teilnehmer einer Studienfahrt nach Polen – Kandidaten des Predigerseminars beim Domstift zu Brandenburg an der Havel – erfuhren im Sommer 1972, wie Historisches und Ökumenisches im kirchlichen Leben in Polen ineinandergesetzt, miteinander verknüpft und auch mit inneren Widersprüchen versehen sind.

Die Reise brachte für die Kandidaten eine echte Vertiefung ihres Wissens. Dies begann mit dem Erstaunen über die Zahl der Altäre in den Kathedralen der polnischen Katholiken. Von Gewicht aber war die Möglichkeit, sowohl mit evangelischen wie mit katholischen Christen gründlich sprechen zu können. Dabei wurden die jungen Christen aus der DDR mit dem Alltagsdenken polnischer Christen über die Geschichte ihrer Kirchen konfrontiert. Im Bericht über die Fahrt hieß es dazu. »Evangelischerseits verübelte man es den Katholiken, dass sie seinerzeit bei der Besetzung der ehemals deutschen Gebiete fast alle früher evangelischen Kirchen ohne eine entsprechende Entschädigung übernommen haben. Ganz besonderen Anstoß bereitet es den Evangelischen, dass die katholische Kirche gestützt auf die grosse Zahl ihrer Glieder (29 Millionen von 32 Millionen Gesamtbevölkerung) und im Blick auf ihre Rolle in der Vergangenheit Polens bis Anfang 1972 sich als die eine Kirche Polens verstand. Denn erst Anfang dieses Jahres hat der Episkopat der Römisch-katholischen Kirche die Tätigkeit des Polnischen Ökumenischen Rates anerkannt und offizielle Verbindungen zu ihm aufgenommen.

33 Berichte über Buckow 1972, in: Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, Bestand 101/1405; Berliner Missionswerk, Archiv, Bestand ÖMZ I, Polen (Protokolle 1970–1985/Informationen 1971–1985).

Seitens unserer katholischen Gastgeber wurde uns erklärt, dass in der Zeit der Teilungen Polens die katholische Kirche in der Tat viel zur Erhaltung des polnischen Nationalbewusstseins getan habe und deshalb von der polnischen Bevölkerung als Hort der Nation angesehen worden sei. Damals habe sich der Standpunkt herausgebildet, dass in Polen orthodox nur die russische Oberschicht und die mit ihr sympathisierenden Polen seien und evangelisch nur die deutsche Besatzung und wenige mit ihr aus Opportunismus zusammenarbeitende Polen. Dadurch sei es zu der sicherlich nicht ganz genauen, aber doch im Grossen und Ganzen berechtigten Gleichsetzung von polnisch = katholisch gekommen, die freilich heute überholt sei, aber doch noch sehr tief im Bewusstsein der meisten Polen verwurzelt sei. Aus den Berichten erfuhren wir ferner, dass die kath(olische) Kirche zwar durch die Verfassung allen anderen Bekenntnissen gleichgestellt ist und offiziell keine politische Macht mehr hat, aber praktisch doch auf die Bevölkerung einen sehr großen Einfluss ausübt.«³⁴

Die Kandidaten waren hier mit Fragen konfrontiert, die sie aus der deutschen Geschichte und der Gegenwart der DDR nicht kannten.

An diesem Beispiel wird pars pro toto deutlich, dass innerhalb der evangelischen Kirchen in der DDR die historische Informations- und Bildungsarbeit zu einer eigenständigen Aufgabe wuchs.

Publikationen unterstützen die praktische Arbeit

Neben der – unten noch näher zu charakterisierenden – Arbeitshilfe »Deutsche und Polen. Verhängnis und Hoffnung einer Nachbarschaft« (1976) dienten diesem Anliegen eine Reihe von Publikationen unterschiedlichen Umfangs aus der Feder der deutschen Autoren Lorenz Schreiner, Pfarrer Werner Liedtke und Gerhard Bassarak und der polnischen Verfasser Jan Niewieczeral, Karol Karski, Zdzislaw Pawlik, Andrzej Wojtowicz und Woldemar Gastpary.

Drei Leistungen dieser Autoren verdienen besonders hervorgehoben zu werden, da sie unmittelbar praktisch wirksam wurden:

Die interessierten evangelischen Christen erhielten einen sehr genauen Überblick über die Struktur und Geschichte der Kirchen in Polen. Sie lernten dabei besonders drei Kirchengruppen zu unterscheiden: die römisch-katholische Kirche; die Kirchen, die dem Polnischen Ökumenischen Rat angehörten; weitere Glaubensgemeinschaften. Dies war, gedrängt auf kleinem Raum, eine vortreffliche Orientierungshilfe.³⁵

34 Bericht über Studienfahrt des Predigerseminars, in: Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, Bestand 101/1405.

35 Siehe: Polnische Kirchen im Überblick, in: Deutsche und Polen, o. O., o. J. (Berlin 1972), S. 24/25. Jan Niewieczeral: Polnische Ökumene zwischen sozialistisch regiertem Staat und katholisch geprägtem Volk, in: Zeichen der Zeit, Heft 12/1972, S. 430-442; Karol Karski: Polnische Kirchen im Überblick, in: ebenda, S. 446-449; Zdzislaw Pawlik: Der Polnische Ökumenische Rat, in: ebenda, S. 449-451; Andrzej Wojtowicz:

Aus der Feder von Lorenz Schreiner stammte die 1975 zusammenhängend publizierte wissenschaftliche Studie »Der polnische Protestantismus«. In diesem »Versuch einer kurzen Darstellung« ging der Verfasser der Frage nach, wie es zu dem Wandel im Einfluss des Protestantismus in Polen gekommen war. So waren 1569 die Evangelischen unter den Angehörigen des polnischen Senats in der Überzahl 58:55. Schreiner spannte dabei den Bogen über Reformation und Gegenreformation, über die Zeit des freien Wahlkönigtums und die Zeit der Teilungen bis 1945.³⁶

Von beträchtlichem Informationswert für die interessierten DDR-Bürger war ein sorgfältig zusammengestellter Überblick über die Ökumene in Polen, der 1979 beendet und 1982 auf dem Büchermarkt erscheinen konnte. Gerhard Bassarak hatte ihn gemeinsam mit dem Polnischen Ökumenischen Rat herausgegeben. Der Band vermittelte einen Einblick in die Bekenntnisstrukturen in Polen in Geschichte und Gegenwart, verdeutlichte stark die Traditionen des Ökumenismus und die neuesten Strukturen ökumenischen Wirkens und schloss mit Betrachtungen über Disapora, Diakonie und Friedensengagement der Kirchen. Die historische Dimension war in der ökumenischen Arbeit gleichsam ständig präsent. Sie stellte stets besondere Anforderungen an die Handelnden. Manchem erschien es, als vermittele das Buch Bassaraks falsche Bilder, indem es im Erscheinungsjahr 1982 Normalität in Polen suggeriert habe, währenddessen die polnischen Autoren des Bandes zu dieser Zeit scharfen Repressionen in ihrem Heimatland unterworfen gewesen seien.³⁷

Zusammenarbeit mit dem Polnischen Ökumenischen Rat

Der zentrale Ansprechpartner der Vertreter des BEK war im Regelfalle der Polnische Ökumenische Rat in Warschau. Versöhnungsarbeit vollzog sich also in einem hohem Maße über jene Bahnen, die zum PÖR führten.

Eine Arbeitsrichtung der evangelischen Kirchen in der DDR bestand darin, sowohl zum PÖR in seiner Gänze Beziehungen zu gestalten als auch Kontakte mit dessen Mitgliedskirchen aufzunehmen.³⁸ Diese Kontakte gestalteten sich sehr differenziert.

Ökumene in Polen, in: ebenda, S. 451-454; Woldemar Gastpary: Die christliche theologische Akademie in Warszawa, in: ebenda, S. 454 f.

36 Lorenz Schreiner: Der polnische Protestantismus, in: Leben aus der Versöhnung, o. O., o. J. (Berlin 1975), S. 66, 81.

37 So Ludwig Mehlhorn in der Diskussion des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung Berlin am 26. September 1996.

38 Dem PÖR gehörten 1972 folgende Kirchen an: die Polnische Autokephale Orthodoxe Kirche (mit etwa 460 000 Kirchengliedern), die Evangelisch-Augsburgische Kirche (mit etwa 85 000 Kirchengliedern), die Polnisch-Katholische Kirche (mit etwa 25 802 Kirchengliedern), die Altkatholische Kirche der Mariaviten (mit etwa 23 400 Kirchengliedern), die Vereinigte Evangeliumskirche (mit etwa 8 150 Kirchengliedern), die Methodistische Kirche (mit etwa 4100 Kirchengliedern), die Evangelisch-reformierte Kirche (mit etwa 4 000 Kirchengliedern) und die Polnische Kirche der Christen – Baptisten (mit etwa 2 300 Kirchengliedern).

Zugleich mussten die Christen aus der DDR auch die innerpolnischen kirchlichen Beziehungen, Probleme und Konfliktflächen beachten, besonders in Bezug auf die Römisch-Katholische Kirche. Die Behutsamkeit, mit der Bischof Jan Niewieczeral dieses Problemfeld behandelte, lässt ahnen, welche Umsicht und welches Feingefühl erforderlich waren, auf diesem Feld die Versöhnung voranzubringen. Nicht zu übersehen waren auch solche, von der »Kraft des Faktischen« gesetzten Umstände, dass viele evangelischen Christen aus der DDR auf ganz normale Weise Kontakte zu römisch-katholischen Christen und Würdenträgern in Polen gewannen.

Zwei Kontaktaufnahmen zu Mitgliedskirchen des PÖR gewannen Anfang der siebziger Jahre Bedeutung.

Auf Einladung der Evangelischen Landeskirche Greifswald weilte vom 8. bis 13. September 1973 eine fünf Personen zählende Delegation der Altkatholischen Kirche der Mariaviten in der DDR. Diese Kirche war im 19. Jahrhundert aus einer Reformbewegung entstanden und wurde aus der katholischen Kirche ausgeschlossen. Der Begründerin, Franziska Koslawka, ging es um den Gottesdienst und die tätige Liebe in besonderer Weise: Das Leben der Maria galt als Richtschnur.⁴⁰

Ihre Kirchenglieder – etwa 23 450 – leben vor allem in den Gebieten Warschau und Lodz.

Der Delegation gehörten an Generalbischof Stanislaw Kowalski, Propst Mizycyślaw Kolak, Propst Antoni Nowak, Oberin Schwester Franciska Lipinska und stellvertretende Oberin Schwester Maria Poznanska.

Unter den Eindrücken der Besuchsreise der BEK-Delegation zum PÖR 1971 war erwogen worden, die kleine Mariavitenkirche mit lebendiger diakonischer Ausrichtung, aber geringen ökumenischen Verbindungen in die DDR einzuladen. Die Evangelische Landeskirche Greifswald übernahm die Rolle des Gastgebers.

Zu den Besuchspunkten gehörten die Teilnahme an einem Diakonie-Festtag in Züssow, wo auch ein neues Verwaltungs- und Küchengebäude der Diakonie-Anstalten eingeweiht wurde, eine Besichtigung diakonischer Einrichtungen in Bergen, Lohme sowie des Seminars für kirchlichen Dienst in Greifswald, der Odebrecht-Stiftung (u. a. mit dem Evangelischen Krankenhaus »Bethanien«) und des Diakonissenmutterhauses in Ducherow.

Die notvolle Vergangenheit im Verhältnis des polnischen und deutschen Volkes war verschiedentlich während der Besuchstage berührt worden. Am Abreisemorgen konnte Propst Mizycyślaw Kolak – insbesondere unter dem noch unmittelbar nachwirkenden Eindruck der Andacht am Vortage in der Ducherower Kapelle des im ehemaligen Stettin beheimatet gewesenem Mutterhauses »Bethanien« – dazu

39 Jan Niewieczeral: *Polnische Ökumene ...*, a. a. O.

40 Die altkatholische Kirche der Mariaviten, 2. Auflage, Plock 1940.

sagen: »Wir haben erlebt, dass die Christen in der DDR und die Christen in Polen anfangen, einander zu lieben.«⁴¹

Geradezu historische Bedeutung gewann eine Studienreise der Arbeitsgruppe POLEN beim ÖMZ zur Polnischen Autokephalen Orthodoxen Kirche vom 20. bis 30. Mai 1975.

In der Zeit der Teilungen Polens gehörte die Orthodoxe Kirche in Polen, die ihre Gläubigen im Osten des Landes hatte, zur Russischen Orthodoxen Kirche. Im unabhängigen Polen nach 1918 entfalteten sich Bemühungen, vom Moskauer Patriarchen Tichon die Zustimmung zur Unabhängigkeit zu erhalten. Im Jahre 1925 wurde die Autokephalie feierlich verkündet, aber ohne das Einverständnis der Russischen Kirche, das erst 1948 eintraf.⁴²

Teilnehmer der Delegation aus der DDR, die Pfarrer Christfried Berger leitete, waren Pfarrer Rudolf Otto und Pfarrer Lorenz Schreiner. Diese drei Theologen waren besonders ausgewiesen durch vortreffliche Kenntnisse Polens.

Diese Gruppe machte den ersten offiziellen Besuch bei der Polnischen Autokephalen Orthodoxen Kirche aus allen Kirchen der deutschsprachigen Ökumene seit 1945. Deshalb wurde ihm von den Gastgebern ein betonter Rang zugemessen. Dies wurde u. a. auch an dem of

41 Bericht über den Besuch einer Delegation der Altkatholischen Kirche der Mariaviten aus der VR Polen, in: Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, Bestand 101/1405.

42 Symon Romanczuk: Autokephale Orthodoxe Kirche, in: Ökumene in Polen, Mainz 1972, S. 29/30.

schen Kirchen des Westens zu finden hoffte. Im Selbstverständnis fühlen sie sich eher wie die »Protestanten des Ostens«.⁴³

Dem Geist der Versöhnung entsprach es auch, dass das ÖMZ in den siebziger Jahren Fürbittinformationen erarbeitete, die dem kirchlichen Alltagsleben angeboten wurden. Gebetet wurde für Henry Renk und für weitere Steyler Ordensbrüder, die von der katholischen Kirche in Polen zu einem Dienst in Übersee ausgesandt wurden. Gebetet wurde auch für die Zusammenarbeit zwischen evangelischen und katholischen Missionaren.

In eine spezielle Fürbitte eingeschlossen wurde anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens auch die Christlich-Theologische Akademie, eine staatliche Hochschule in Polen, die einzige dieser Art in der ökumenischen Bewegung.

Den Kirchen des Polnischen Ökumenischen Rates, seinen ca. 660 000 Gliedern, galt die dritte Fürbitte. Gebetet wurde dafür, dass die Kirchen des PÖR auch in Zukunft gemeinsam ihren Weg suchen mögen; gebetet wurde für alle Gemeindeglieder in den Kirchen Polens; gebetet wurde dafür, dass die Kirchen Polens mit ihrer Arbeit dem Frieden in der Welt und der Gemeinschaft der Völker dienen mögen.⁴⁴

In den ersten ca. sechs Jahren seit seiner Gründung 1969 konnte der BEK auf eine Reihe von Ergebnissen verweisen, die seine Anstrengungen um Versöhnung bezeugten:

Auf hoher Ebene waren feste Beziehungen mit dem Polnischen Ökumenischen Rat installiert wurden. In Polen erhielt man, besonders durch die Predigten der deutschen Pfarrer, verstärkt Kenntnis von den Versöhnungsbemühungen der Kirchen in der DDR. Eine Fülle von ökumenischen Kontakten auf unterschiedlichen Ebenen wurde geschaffen, Begegnungen mit Minderheitenkirchen des PÖR gezielt organisiert. Die evangelischen Kirchen in der DDR hatten auf die neue Situation der Grenzöffnung reagiert und erste Empfehlungen und Orientierungshilfen publiziert. Das Gespräch über Geschichte, Schuld und Verantwortung war auf vielen Ebenen in Gang gekommen und hatte eine große Dichte erreicht, nicht zuletzt durch Basiskontakte der Christen beider Länder. Es wurden vielfältige Formen genutzt, um die Verbindungen zu den Christen in Polen zu bewahren und auszubauen. Erste historiographische Leistungen waren zu verzeichnen.

Das waren beachtliche Ergebnisse, die in den siebziger Jahren die Versöhnungsbemühungen auf eine neue Stufe hoben.

Gleichwohl musste die Botschaft der Versöhnung noch stärker in die Gemeinden und an die einzelnen Kirchenglieder herangetragen werden.

Das gewann in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre an Bedeutung.

43 Aktennotiz über die Studienreise der Arbeitsgruppe POLEN beim ÖMZ zur Polnischen Autokephalen Orthodoxen Kirche, in: Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, Bestand 101/1406.

44 Berliner Missionswerk, Archiv, Akte »Fürbittinformationen«.

Über die Arbeit des Arbeitskreises POLEN des Ökumenisch-missionarischen Zentrums

Ein wichtiges Tätigkeitsfeld des Arbeitskreises POLEN des Ökumenisch-missionarischen Zentrums der EKU, wie sich die Institution seit dem 1. Juli 1974 nannte, bestand darin, den Prozess der Aussöhnung durch pädagogische und theoretische Ausarbeitungen und wissenschaftliche Diskussionen zu begleiten. Es sollte den Gemeinden direkte Hilfe und Anregung gegeben werden, über deutsch-polnische Geschichte nachzudenken und über die Belastungen der Verhältnisse zu sprechen.

Auf diese Arbeiten wirkten zumindest folgende Erfahrungen ein:

Erstens hatten sich im Gefolge der Reiseerleichterungen zahlreiche Begegnungen zwischen Polen und DDR-Bürgern vollzogen, was seit Ende des zweiten Weltkrieges einzigartig war.

Die Arbeitsgruppe POLEN stand hier in einer besonderen Pflicht. Sie hatte selbst mehrere Kontaktreisen nach Polen unternommen, so im April 1971, im April 1972, im Oktober 1972 und im Dezember 1973. Aus vielen Erfahrungen und Beobachtungen schöpfend, versuchte Pfarrer C. J. Heinemann-Grüder, Mitglied der Arbeitsgruppe POLEN, im November 1973 in einem Verständigungspapier für die Gruppe einige zentrale Gedanken zu akzentuieren.

»Zum Dialog zwischen Deutschen und Polen« überschrieb Heinemann-Grüder sein vierseitiges Papier. Praktische Erfahrungen stellte er voran: »Immer wieder gibt es bei internen Gesprächen von Deutschen untereinander, erst recht in Gegenwart von Polen, aber auch im Gespräch mit Polen kontroverse Meinungen, ob man von den Toten – 6 020 000 polnische Staatsbürger fanden durch Krieg und Okkupation den Tod, davon 1 800 000 wehrlose Kinder bis zu 16 Jahren – reden solle oder nicht.« Oft hörte man Redewendungen wie »Lasst die Toten ruhen!«, »Bohrt nicht widernatürlich in den Wunden!«, »Wieviel Deutsche wussten denn wirklich was geschah?«, »Wir haben damals noch nicht gelebt!«

Heinemann-Grüder stellte alledem – dem Schweigen oder Verdrängen, dem Untertauchen oder der Entschuldigung – unmissverständlich entgegen: »Schweigt man, so täuscht man sich über das Trauma der polnischen Seele. Diese aber wird sprechen.« Und er setzte nach: »An wen sollten sich sonst Polen und Juden im Gedenken ihrer Toten halten, wenn sie auf keinen verantwortlichen Deutschen stießen, der zu sagen bereit wäre: ›Hier bin ich!‹« Auf Jene blickend, die es nicht gewesen sind, die nichts gewusst haben oder die damals noch nicht gelebt haben – der Pfarrer nahm alle in die Pflicht –, schrieb er: »Wie Jesus pars pro toto der Menschheit vor Gott in dessen Gericht am Kreuz ist, so sollte jeder von uns pars pro toto seines Volkes vor Juden, Polen, Russen und anderen in der Haftung für den Wert der Toten sein.«

Die jüngste Geschichte deutend, fuhr Heinemann-Grüder fort: »Die Ermordeten sind es, die uns verbinden und zu einem besseren Tun in gemeinsamer Zukunft von Deutschen und Polen verpflichten.«

Die Erörterung klang mit einem welt- und globalgeschichtlichen Bezug aus: »Eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen aus Einsetzung der Opfer in die Versöhnung Christi wird Kräfte zur Aktivierung guter europäischer Traditionen freisetzen und dem Systemantagonismus unter dem Atomschwert angesichts der Herausforderung durch die Unterentwicklung der sogenannten Dritten Welt Einhalt gebieten.«⁴⁵

Die Ausarbeitung von Pfarrer Heinemann-Grüder dürfte zu den wichtigsten Zeugnissen der geistigen Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus in der DDR der siebziger Jahre gehören. Es ist ein Dokument von zentraler Bedeutung in den Anstrengungen der protestantischen Kirchen in der DDR zur Verständigung mit Polen. Es zählt zu jenen theologischen Leistungen, die bewusst danach strebten, deutsche Geschichte adäquat zu verarbeiten. In seiner moralischen Substanz indes wies es objektiv weit über den Christen hinaus, indem es Fragen artikulierte, die für die gesamte Gesellschaft von Wert waren.

Die Wirkungsgeschichte solchen Geschichtsdenkens und einer solchen Moralauffassung in der DDR war indes komplizierter. Hier sei nur dies ausgeführt: Fragen wie die nach Schuld, Haftung, Trauerarbeit wurden seit Ende der sechziger Jahre mehr und mehr aus dem gesellschaftlichen Denken (besonders in den Schulen und Medien) ausgeblendet zugunsten eines einseitigen, also falschen historischen Siegerbewusstseins. Dabei wurde vergessen, dass nach Auschwitz die deutsche Geschichte auch in jenem Staat, in dem ein Weg ohne die belasteten Eliten aus Wirtschaft, Militär, Staat und Kultur und mit einer neuen sozialökonomischen Grundlage beschritten wurde, nicht ohne eine immer wieder neu zu leistende Trauerarbeit und Schuldarbeitung möglich ist und dass in jedem Falle eine Haftungspflicht besteht, die die Losung »Wir sind die Sieger der Geschichte« moralisch und geistig nicht abdecken konnte und durfte.⁴⁶ Symptomatisch mag die Tatsache sein, dass in dem 1978 in Berlin erschienenen, weit verbreiteten Buch »Geschichte der SED. Abriss«⁴⁷ die differenzierte Behandlung der Schuldproblematik durch die KPD in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945, eingeschlossen das eigene Schuldbekenntnis, nicht mehr erwähnt wurde.

Insofern kam den Überlegungen von Pfarrer Heinemann-Grüder wie den sensiblen Versöhnungsdiskussionen in den DDR-Kirchen in den siebziger Jahren Neuwert und eine eigenständige Bedeutung zu.

45 Berliner Missionswerk (BMW), Archiv, ÖMZ, AK Polen, Akte Protokolle 1970–1991; Arbeitsmaterial 1970–1989.

46 Zur Auseinandersetzung des Vf. mit diesem Thema vgl. Rolf Richter: Antifaschismus als Tradition und als Aufgabe, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 3/1989; ders.: Antifaschismus vor neuen Herausforderungen, in: BzG, H. 6/1990; ders.: Über Geschichte und Gegenwärtiges des Antifaschismus aus ostdeutscher Sicht, in: In der Diskussion Neofaschismus, Bonn 1991; ders.: Antifaschismus – kritisch befragen, in: Ideen, Frankfurt a. M., H. 7/1992; ders.: Antifaschismus als Erfahrungsgeschichte, in: 1933–1993, Jena 1993; ders.: Über das Uneingelöste im Antifaschismus der deutschen kommunistischen Bewegung, in: Gibt es erledigte Fragen an die Geschichte?, Berlin 1996, S. 58–64.

47 Geschichte der SED. Abriss, Berlin 1978, S. 76 ff.

Zweitens erfassten die Mitglieder der Arbeitsgruppe POLEN schrittweise auch die Tatsache, dass einseitiges, nationalistisches und fremdenfeindliches Denken keinen Bogen um die protestantischen Gemeinden der DDR machte. In einer Umfrage, die möglicherweise strengen soziologischen Kriterien nicht standzuhalten vermochte, die gleichwohl der Arbeitsgruppe aufschlussreiches Material vermittelte, fand Pfarrer Werner Lischke folgendes heraus: In einer Wertetabelle, in der Konfirmanden, Angehörige der Frauenhilfe und der Jungen Gemeinde andere Völker zu plazieren hatten, rangierten Österreicher, Schweizer, Holländer auf den vorderen Plätzen. Russen, Polen, Tschechen und Ungarn hingegen nahmen deutlich hintere Plätze ein.⁴⁸

Drittens konnte sich die Arbeitsgruppe bei der Fertigstellung der »Seminar-Mappe« (»Handreichung«) auf umfangreiche Erfahrungen inhaltlicher wie methodischer Art stützen, die vor allem mit dem Wirken von Christfried Berger (als Pfarrer in Berlin-Schmöckwitz in den sechziger und siebziger Jahren) und Pfarrer Liedtke (in der Aktion Sühnezeichen) gesammelt worden waren.

Berger hatte in Schmöckwitz bereits 1969 mit der Vorbereitung sogenannter Polen-Seminare in seiner Gemeinde begonnen. Ein Beschluss des Gemeindekirchenrates vom September 1969 legte den Verlauf dieser Veranstaltung fest, welche im Frühjahr 1970 unter dem Thema »Deutsche und Polen – Probleme einer Nachbarschaft« vonstatten ging. Von Januar bis April fanden sich an je einem Wochenende 25 (von 60 eingeladenen) Teilnehmer zusammen, um sich in Vorträgen und Seminaren mit dem Thema auseinanderzusetzen. Als Referenten waren Spezialisten für Kirchengeschichte, für Kunst und Literatur Polens und für ökumenische Beziehungen Polen-DDR gewonnen worden. Eine viertägige Studienfahrt nach Krakow 1970 stand im Dienste dieses Themas. Zu den Erfahrungen, die Berger sammelte, gehörte auch die Tatsache, dass jene Vertreter der älteren Generation, die die Oder-Neiße-Grenze ablehnten, auf die Einladung des Pfarrers nicht reagiert hatten. Im Jahre 1971 schließlich waren 18 Polen Gäste dieser Gemeinde.⁴⁹

Im Gefolge solcher Anstrengungen und auch der Erfahrungen der Aktion Sühnezeichen waren 1971 bis 1973 verschiedene Seminarpläne, Modelle, Rahmenkonzeptionen für die Bildungs- und Versöhnungsarbeit als Anregungen für die Gemeinden entstanden. Sie waren oft reich bestückt mit anregenden Fragen, die auf einen freimütigen, unverstellten Gedankenaustausch ausgerichtet waren. Dazu gehörten Fragen, wie »Was fällt Ihnen spontan und ohne langes Nachdenken ein, wenn Sie das Wort ›Polen‹ hören?«; »Welche Eigenschaften sind Ihnen an den Polen sympathisch?«; »Auf welche Eigenschaften der Polen müssen Deutsche bei Begegnungen besonders Rücksicht nehmen?«

48 Berliner Missionswerk (BMW), Archiv, ÖMZ, I, Polen, Akte Protokolle (1970–1985); Informationen 1971–1985.

49 Polen-Programm Gemeinde Schmöckwitz, in: BMW, Archiv, AK Polen, Akte Protokolle 1970–1991; Arbeitsmaterial 1970–1989.

Auf diese oder eine ähnliche Weise entstanden mehrere »Handreichungen für den innerkirchlichen Dienstgebrauch«, die für die Basisarbeit gedacht waren. Es waren dies vor allem die Information »Deutsche und Polen« (1972), herausgegeben von der Aktion Sühnezeichen; und die bereits erwähnte Arbeitshilfe »Deutsche und Polen. Verhängnis und Hoffnung einer Nachbarschaft« (1976), herausgegeben vom ÖMZ, Arbeitsgruppe POLEN. In Korrespondenz damit entstanden auch Arbeiten mit ökumenischen Akzenten, so »Leben aus der Versöhnung« (1975) und die Handreichung »Partner Polen« (1975), herausgegeben von der Jugendkammer der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen und dem Jugendseelsorgeamt Magdeburg. Anregungen vermittelten die parallelen katholischen Arbeiten »Erneuerung und Versöhnung« (1974) und »Im Dienste der Versöhnung« (1973).⁵⁰

Erfahrungen der Aktion Sühnezeichen genutzt

Die von der Aktion Sühnezeichen verantwortete Schrift »Deutsche und Polen« (1972) vermittelte viele Impulse. Äußerlich schmucklos, gleichwohl höchst sorgfältig gestaltet, unternahm diese Arbeit den Versuch, elementare Informationen über Polens Geschichte, über polnische Kirchen und über die neue Situation seit der Grenzöffnung zu verbinden mit einer freimütigen und nachdenklichen Erörterung einiger problembeladener Seiten des deutsch-polnischen Verhältnisses. Der Verfasser wollte einer relativ differenzierten Leserschicht in den Gemeinden vor allem einige Schwerpunkte aufzeigen, »die für den Prozess einer Verständigung mit Polen« wichtig sind.

In der Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen wurde jene Linie in den Vordergrund gestellt, die Polen als Objekt europäischer Machtpolitik zeichnete und die preußische Macht- und Germanisierungspolitik betonte. Der Verfasser schrieb: »Dieser geschichtliche Blick auf das deutsch-polnische Verhältnis zeigt deutlich, dass die Schreckenszeit nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in Polen keine Episode, sondern die äußerste Konsequenz einer durch Jahrhunderte verfolgten deutschen Ostpolitik war.«⁵¹

In politisch-aktueller Hinsicht hob die Broschüre besonders das Jahr 1972 hervor. Es habe eine neue Situation für das deutsch-polnische Verhältnis geschaffen: den uneingeschränkten Reiseverkehr, die freien Grenzen. »Eine deutsch-polnische Beziehung an der Basis als Begegnung von Mensch zu Mensch ist in einem Maße in Gang gekommen, wie nie zuvor in der Geschichte.« In diese neue Phase ordnete der Verfasser auch den am 17. Mai 1972 vom Deutschen Bundestag ratifizierten Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Polen ein. Er würdigte ihn als

⁵⁰ Diese Materialien sind alle einsehbar in BMW, Bibliothek, 10249 Berlin, Georgenkirchstraße 69.

⁵¹ Ebenda, S. 13 f.

Grundlage für ein friedliches Zusammenleben und für die Entwicklung normaler, guter Beziehungen.⁵² Selbstbewusst wurde das christliche Zeugnis betont, das mit dazu beigetragen habe, politisches Handeln zu ermöglichen.

Vor dem aktuellen Hintergrund der Grenzöffnung enthielt die Schrift ein gedankliches Angebot zum Zusammenhang von Schuldkenntnis und Versöhnungsbereitschaft.

Interessant war zweifellos jener Ansatz, der voraussetzte, dass junge Menschen natürlich nicht persönlich juristisch für die Verbrechen des Krieges verantwortlich sind. Indes: Junge Deutsche sollten »die Last *geschichtlicher* (Hervorhebung von R. R.) Schuldverstrickung, die Generationen miteinander verband und die Söhne die Schuld ihrer Väter sühnen heißt, bejahen und für sich übernehmen.«⁵³ Damit war für den Leser ein sehr weitreichendes und höchst anspruchsvolles Verständnis von historischer Verantwortung formuliert worden. Auf spontane und breite Akzeptanz durfte es auch im kirchlichen Raum nicht so ohne weiteres hoffen.

Der Autor vermochte jedoch hier aus einer spezifischen Erfahrung zu schöpfen: der Arbeit von Jugendgruppen der Aktion Sühnezeichen in Polen, in Stätten des von Deutschen verantworteten Terrors. »Dass diese Jugend in kleinen Gruppen gerade die Stätten grausamster Verbrechen aufsuchte, um dort zu arbeiten und zu beten – durch Schweigen und nicht durch Lautstärke auffallend – das hat vielen Polen das Bild eines Deutschen vermittelt, das im Gegensatz steht zur Vorstellung bisheriger Erfahrungen ...«⁵⁴

Das Verständnis von Schuld und Haftung wurde hier untrennbar verknüpft mit einer Absage an jedwede Form historischer Vergesslichkeit und mit der Warnung, mögliche eigene Vergesslichkeit auf den anderen zu projizieren. Dieses Warnen vor einem schnellen Übergang zu einer anderen Tagesordnung untersetzte der Verfasser wiederum durch eine persönliche Beobachtung: die Teilnahme an einem Gottesdienst in einer polnischen Gemeinde, in der über eine halbe Stunde die Namen der 200 Opfer dieses Dorfes aus der Okkupationszeit vorgelesen wurden.

Die neuen Möglichkeiten der Begegnung von Menschen beider Staaten sollten beachten, dass Deutsche und Polen durch die Schreckenszeit unter einen besonderen moralischen Anspruch gestellt seien. Opfer wie das Maximilian Kolbes verpflichten nicht auf Hass, sondern auf Bewährung im Leben. »Sie verpflichten auf Werte hin, die mehr wiegen als Prestige, Vorwärtskommen und Wohlstand.«⁵⁵

Diese Geschichte – so ein zentraler Gedanke der Arbeit – trennt nicht, sondern verbindet vielmehr. Verständigung ist eine große und schwere Aufgabe. Jahrhunderte an Versäumnissen wie Belastungen können nicht durch einen neuen Vertrag und durch eine deutliche Reiseverbesserung unvermittelt eine neue Qualität erhal-

52 Ebenda, S. 7 f.

53 Ebenda, S. 9.

54 Ebenda, S. 9. Die Geschichte der verdienstvollen Aktion Sühnezeichen in der DDR muss noch geschrieben werden. Es handelt sich nach Auffassung des Vf. um ein eigenständiges Thema.

55 Ebenda, S. 10.

ten. Generell aber wird auf diesem mühseligen Weg das Verständnis der Christen gefordert: »Sie glauben ja mit dem Blick auf das Kreuz, dass der Gemordete der Erlöser auch seiner Mörder ist.«⁵⁶

Weiterhin wurde dem Leser die Bedeutung polnischen Nationalbewusstseins und die nationale Bedeutung der Religion in Polen verdeutlicht. Religion wurde als Teil polnischer Identität verstanden. Es handele sich um eine Art national-revolutionäres Bewusstsein, das für Deutsche kaum nachvollziehbar ist. Hieraus leitete der Verfasser auch bestimmte Verständigungsschwierigkeiten ab. Die Gesamtgestalt polnischer Glaubensform wirke auf Deutsche fremd – und umgekehrt. Es wurde über einen jungen Polen berichtet, der 1972 einen katholischen Exerzientenkurs auf deutschem Boden bestürzt verließ, weil er sich fremd und hintergangen fühlte. Er kannte katholisches Christentum völlig anders, als es ihm hier entgegentrat. Diese beträchtlichen Schwierigkeiten sind nüchtern zu beachten.

Interessant aber sind die Schlussfolgerungen, die auch hier dem Leser angeboten wurden: In der Verschiedenartigkeit der Situation wurde nicht nur Belastendes, sondern es wurden auch Chancen ausgemacht. Er wurde auf ein zukunftsreiches, fruchtbares Gespräch zwischen Christen beider Seiten orientiert, etwa über die Glaubensgestaltung von morgen. Dabei gälte es, religionskritische, emanzipatorische und reformatorische Tendenzen in Polen ebenso zu beachten wie es sich als Deutscher von selbst verbieten müsse, sich als wegweisender Reformator aufzuwerfen. Vielmehr sei das problemreiche Gespräch über Erfahrungen vonnöten.

Sich als Christ den neuen Herausforderungen zu stellen – dies war auch Anliegen der bereits erwähnten fast achtzigseitigen Schrift »Deutsche und Polen. Verhängnis und Hoffnung einer Nachbarschaft« (1976) der Arbeitsgruppe POLEN des ÖMZ. Im Unterschied zum Band der Aktion Sühnezeichen von 1972 war sie weit stärker methodisch-didaktisch ausgerichtet. Sie wollte die geistliche Besinnung und die aktive geistige Auseinandersetzung in den Gemeinden deutlich entwickeln helfen. Im Teil C (28 S.) der Broschüre wurden Sachinformationen geboten, die für die Behandlung der deutsch-polnischen Nachbarschaft benötigt wurden. Dazu gehörten ein kurzer geschichtlicher Überblick, Notizen zur polnischen Literaturgeschichte, eine Erörterung aus der Feder des Polen Jan Majdecki über die offene Grenze als Aufgabe für die Christen, der Appell des Ehrenkomitees für den Bau des Warschauer Kinderkrankenhauses, eine Betrachtung »Gott und die Kinder«, eine auf die Schrift von 1972 gestützte Ausführung über polnische Mentalität sowie Kartenskizzen.

Im Teil B (36 S.) waren unterschiedlich verwendbare »Bausteine« zusammengefasst: Materialien für einen historischen Gemeindeabend, eine methodische Aufbereitung zur polnischen Wirtschaft und Material zum Problem der Vorurteile.

Teil A (14 S.) enthielt Modelle für Gottesdienste und Gemeindeabende und Wochenendseminare anderer Art. In ihm fand der Interessierte Ablaufpläne, Para-

⁵⁶ Ebenda, S. 10 f.

digmen, Meditationen, Psalme, Episteln, Graduallieder, Fürbittgebete, Reflexionen, Kollektankündigungen, weitere Lieder sowie Angebote, Informationen aus anderen Teilen in die verschiedenartigen Veranstaltungen gezielt einzubauen.

In inhaltlicher Hinsicht war folgendes auffällig: Die Handreichung enthielt einen kräftigen Aktualitätsbezug. Er äußerte sich nicht nur im erneuten, konzentrierten Vergegenwärtigen von Spezifika polnischer Lebensweise und Mentalität, sondern griff ein solch heißes Eisen wie die polnische Wirtschaft auf. Hier beeindruckte vor allem die Fähigkeit, auf beschränktem Raume historische Linien zu ziehen, Fakten in ansprechender Weise zu vermitteln: über Entwicklungsbedingungen der polnischen Landwirtschaft, zur bäuerlichen Lebensweise, zur europäischen Wanderbewegung polnischer Arbeiter, zur polnischen Schnittermentalität, zur ökonomischen und sozialen Struktur Polen nach 1918, zum – sehr hohen – Anteil ausländischen Kapitals an der polnischen Wirtschaft etwa im Jahre 1931.

Um dies alles anschaulich und lesbar zu gestalten, bezogen die Autoren auch Zeugnisse aus der Literatur (z. B. Freytag, Bobrowski, Fallada) ein.

Es wurden Fragen etwa in dieser Art an den Leser gestellt: »Die Jahre zwischen 1919 und 1939 hätten einen Neuanfang im deutsch-polnischen Verhältnis mit sich bringen können. An welchen – auch wirtschaftlichen – Belastungen krankte Ihrer Meinung nach dieser Neuanfang?«⁵⁷

Solche methodisch wertvollen Erkenntnisschritte, die übrigens im Gespräch auch die Möglichkeiten schufen, über den von der offiziellen Politik der UdSSR und der DDR tabuisierten geheimen Zusatzvertrag zum Hitler-Stalin-Abkommen von 1939 Meinungen und Informationen auszutauschen, wurden ergänzt durch eine Veranschaulichung der Schäden aus nazistischer Kriegs- und Okkupationspolitik.

Weiterhin prägte diesen Band eine vertiefte Geschichtsbetrachtung. Einen besonderen Platz nahm dabei das Thema »(Polnische) Kinder im Zweiten Weltkrieg« ein. Die entsprechenden Opfer wurden mit Bezug auf Matthäus 19, 13-15, »als extrem schwere Last« der Geschichte empfunden. Nach Verweis z. B. auf Hunderte von erschossenen Kinder in Katowice am 4. September 1939 und der Opfer des faschistischen Euthanasie-Programms in Deutschland, etwa in Bernburg oder in Pirna-Sonnenstein, hieß es: »Rufen wir Gott um Erbarmen an, dass wir dieses Wissen ertragen können und so etwas nicht noch einmal erleben. Herr, erbarme Dich.«⁵⁸

Schließlich lieferte diese Arbeitshilfe eine gute Unterstützung für eine Auseinandersetzung mit historisch gewachsenen, also recht beharrungsstarken Vorurteilen. Dafür wurde ein Wochenendseminar empfohlen, welches mit der Einstiegs-

57 Deutsche und Polen. Verhängnis und Hoffnung einer Nachbarschaft. Eine Arbeitshilfe des Ökumenisch-missionarischen Zentrums, 1. Auflage Berlin 1976, S. B 27. – Als Autoren fungierten unter Christfried Bergers Leitung Erich Busse, Martin Gregor, Gerda Hildebrand, Heinz Lischke, Günther Ott, Rudolf Otto, Hans-Peter Peter, Ute Poerschke, Lorenz Schreiner und Ernst Waltsgott.

58 Ebenda, S. A 2.

frage eröffnet werden konnte: »Welches dieser europäischen Völker (11 waren an der Tafel vorgegeben – R. R.) ist Ihnen besonders sympathisch?« Der Gesprächsgang sollte dabei die historischen Wurzeln von Vorurteilen in ihrer Mischung von Halbwahrheit und Halblüge aufdecken. Zugleich sollte besonders unterschiedlichen Lebensweisen und -gewohnheiten nachgespürt werden. Interessant war die Orientierung: »Ziel der Gruppenarbeit sollte es sein, die polnische und die deutsche Mentalität als gleichwertige Lebensstile zu verdeutlichen, bei denen jeweils andere positive Eigenschaften besonders entwickelt wurden. Ein vergleichendes Werturteil ist daher nicht möglich.«⁵⁹

Die verschiedenartigen Materialien, besonders die letztgenannte Arbeitshilfe »Deutsche und Polen. Verhängnis und Hoffnung einer Nachbarschaft« fanden in vielen kirchlichen Gemeinden eine gute Resonanz. Sie entsprachen ganz offensichtlich in ihrer Intention, ihrem inhaltlichen Niveau, in ihrem Aufbau und in ihrer Tonlage den Interessen vieler Christen.

Die Arbeitsgruppe des ÖMZ und die Autorentams weiterer Schriften hatten eine nützliche Arbeit geleistet. Sie beförderte das Verständnis für die Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 generell. Sie half, ein Verständnis von Schuld zu entwickeln, das, von theologischen Positionen ausgehend, stets das Verständnis von Gott als dem obersten Richter einschloss, das aber gleichwohl die Frage der Haftung für geschichtliche Schuld an den einzelnen lebenden Menschen – unabhängig von Alter und von individuellem Involviertsein in historische Prozesse stellte. So wurde geschichtliche Verantwortung geweckt und entwickelt. Das methodisch interessant gestaltete Material, das mutig sogenannte heiße Eisen aufgriff und zur freimütigen Erörterung in den Gemeinden anbot, half in den siebziger Jahren, in der DDR das Verständnis für Polen und für Völkerverständigung zu transportieren. Den Gemeinden im BEK wurde so beigestanden auf dem Weg der deutsch-polnischen Verständigung und Versöhnung. Das war für die weitere Ausbreitung der Ideen von Frieden und Miteinander über Staatsgrenzen hinweg bedeutsam. Die Arbeit war darauf bedacht, den einzelnen Christen stark zu machen gegen jedwede Anfechtung in Form von Nationalismus; sie wollte ihm Mut und Zuversicht vermitteln für Beharrlichkeit auf dem Wege der Aussöhnung, deren Dimension nicht verkleinert wurde.

Zugleich hatten auch diese Arbeiten den deutschen Theologen verdeutlicht, dass erheblicher Diskussionsbedarf zur Geschichte der deutsch-polnischen Kirchenbeziehungen und der Kirchengeschichte vor 1945 besteht.

59 Ebenda, S. A 11.

Diskussionen über die Geschichte

»Soll sich ... die Vergangenheit nicht immer wieder auf dem Wege in die Zukunft derart belastend an die Fersen heften, dass wir unfähig zum nächsten Schritt werden«, schrieb Dr. Heinz Blauert, Direktor des Ökumenisch-missionarischen Zentrums, im Jahre 1978, »so bedarf es darüber hinaus der redlichen Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit. Das gilt in hohem Maße für die deutsch-polnischen kirchlichen Beziehungen.«⁶⁰

Auf Anregung von Prof. Dr. Woldemar Gastpary, dem Nestor der polnischen evangelischen Kirchenhistoriker, und auf Einladung des Arbeitskreises POLEN des Ökumenisch-missionarischen Zentrums der EKU und der Herrenhuter Brudergemeinschaft begannen 1973 Vorarbeiten für Konsultationen zwischen Kirchenhistorikern der Volksrepublik Polen und der DDR.

Über die moralische Dimension dieser Gespräche äußerte sich der Leiter dieses Arbeitskreises, Oberkonsistorialrat Christfried Berger: »Die Mitglieder des Arbeitskreises Polen betrachten diese Arbeit als einen Beitrag zur Konkretisierung des Stuttgarter Schuldbekenntnisses und als eine der ganz wichtigen Voraussetzungen dafür, dass das ökumenische Gespräch und die ökumenische Zusammenarbeit zwischen den Kirchen der VR Polen und der DDR noch effektiver, eindringlicher und brüderlicher werden.«⁶¹

In den Jahren 1975, 1976, 1977 in Ferch (Ferch I bis III genannt), 1978 in Gnadau, 1979 in Groß Bademeusel und 1981 wieder in Gnadau kam es zu Historikertreffen, auf denen folgende Themenkreise eine herausgehobene Rolle spielten:

- das evangelische Polen in der Zwischenkriegszeit,
- deutscher Protestantismus und Polen im 19. und 20. Jahrhundert,
- der Toleranzgedanke in der polnischen Geschichte,
- die deutsch-polnischen Kirchenbeziehungen in der Zwischenkriegszeit,
- markante Kirchendaten, so die Lodzer Synode 1917, die internationale kirchliche Konferenz in Uppsala 1921 und der Kirchenvertrag von 1936 in Polen.

Um die politische, theologische und historiographische Brisanz dieser Themen zu ermesen, müssen zumindest zwei Ebenen beachtet werden:

Zum einen die schuldbeladene Verwobenheit der evangelischen Kirchen und der meisten Christen in Deutschland in die Politik des deutschen Faschismus, zum anderen Spezifika in den deutsch-polnischen kirchlichen Beziehungen zwischen 1918 und 1945. Nach 1918 gerieten die evangelischen Kirchen im damaligen Polen in schwere Differenzen wegen ihrer unterschiedlichen nationalen Bindungen. Während des ersten Weltkrieges wurde die Evangelisch-Augsburgische Kirche faktisch in eine deutsche Kirche umfunktioniert. Zwischen der Synode in Lodz 1917 bis 1939 traten die tiefgreifenden Konflikte zwischen dem deutschen und

60 Zeichen der Zeit, Heft 2-3/1978, S. 41.

61 Ebenda.

dem polnischen Teil der Kirche scharf zutage. Ökumenische Vermittlungsversuche scheiterten.

Generalsuperintendent Julius Bursche, eine der hervorragendsten Persönlichkeiten des polnischen Protestantismus, war nach 1918 besonders besorgt um die Sicherung der rechtlichen Stellung der evangelischen Kirche in Polen. Er setzte sich für den nationalen Charakter der Kirche ein und gründete in einigen Woiwodschaften polnisch-evangelische Parallelgemeinden, obgleich dort schon deutsch-evangelische Gemeinden bestanden. Bursche geriet mit seiner Politik nicht nur in Widerspruch zu den römisch-katholischen Kreisen der polnischen Gesellschaft, die alle anderen Konfessionen zu bedeutungsschwachen religiösen Vereinen degradieren wollten, sondern auch zu Teilen des evangelischen Lagers.

Neben dem von Bursche repräsentierten Protestantismus gab es zwei evangelische Kirchen mit einer lutherischen Mehrheit: die Unierte Evangelische Kirche in Polen unter Leitung von Generalsuperintendent Paul Blau in Posen sowie die Evangelische Kirche Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses in Polen mit Sitz in Stanislaus unter Leitung Theodor Zöcklers. Die von Blau vertretene Linie operierte stark unter deutsch-nationalem Vorzeichen, fühlte sich mit der preußischen Kirche verbunden, die sich wiederum stark als Staatskirche etabliert hatte. Die von Zöckler repräsentierte Kirche hatte keinen Zusammenhang mit der preußischen Kirche. Aber das Problem der deutschen Volkszugehörigkeit beschäftigte auch ihn.

Bursche wurde im In- und Ausland angefeindet, als am 25. November 1936 durch ein Dekret des Staatspräsidenten der Republik Polen das Verhältnis des polnischen Staates zur Evangelisch-Augsburgischen Kirche geregelt wurde. Es galt dabei der Grundsatz der in der Staatsverfassung festgelegten Gleichberechtigung der Kirchen. Bischof Bursche wurde als Verräter des Protestantismus in Polen gebrandmarkt. Diese Propaganda wurde besonders von den nationalistischen Kreisen in Deutschland genährt. Besonders Regierungsstellen des Hitlerreiches interessierten sich für Bursches Tätigkeit. Nach der Besetzung Polens durch die deutschen Truppen wurde Bursche im Pfarrhaus in Lublin verhaftet, nach Deutschland verbracht und im KZ Oranienburg bis zu seinem Tod 1942 in Einzelhaft gehalten.⁶²

Vor diesem – hier nur skizzierten – historischen Hintergrund wird es verständlich, dass es 1974 in dem ersten Konzeptions-Entwurf der DDR-Theologen hieß: Das erste Treffen möge einen »Beitrag zum besseren gegenseitigen Verstehen leisten« und zugleich helfen, »die schweren Belastungen einer unseligen Vergangenheit hinsichtlich ihrer kirchlichen Tragweite und Auswirkungen zumindest erträg-

62 Woldemar Gastparay: *Biskup Bursche i Sprawa Polska*, Warszawa 1972, S. 127-130; deutsch: ders.: *Bischof Bursche und die polnische Sache*, Berlin 1979, S. 130 ff.; ders.: *Das internationale Engagement der evangelischen Polen in der Zwischenkriegszeit*, in: *Zeichen der Zeit*, Heft 2-3/1978; S. 41-45; Gert Haendler: *Das Luthertum in Polen 1918-1923*, in: *Ebenda*, S. 51-57.

licher zu machen«. ⁶³ Einen besonderen Akzent hatte die Aussprache von Anfang an dadurch, dass mit Professor Gastpary ein Anhänger Bursches anwesend war, dass sich aber unter den deutschen Teilnehmern Theologen befanden, die biographisch mit der Kirche unter Blaus Führung verbunden gewesen waren.

Da diese Aktivitäten von vornherein in den Dienst der Versöhnung gestellt worden waren, müssen sie auch daran gemessen werden.

Die erste Konsultation am 14. November 1973 in Ferch stand bei ihrer Eröffnung unter einer »inneren Spannung«. ⁶⁴ Dabei dürfte auch die Tatsache ein eigenes Gewicht erlangt haben, dass mit Gastpary ein polnischer Wissenschaftler von Rang anwesend war, der von den deutschen Okkupanten verfolgt worden war. Er hatte sich widersetzt, evangelische kirchliche Arbeit in Polen mit der deutschen Nationalität zu identifizieren und hatte sich für die Einheit des Protestantismus in Polen engagiert. Wegen seines Widerstandes gegen den Missbrauch der protestantischen Kirchen durch den Nazismus wurde er 1939 verhaftet und bis 1945 im Konzentrationslager Dachau eingekerkert. In den sechziger Jahren war er Rektor der Christlichen Theologischen Akademie in Warschau. ⁶⁵

Nach den Beiträgen von Prof. Woldemar Gastpary und Dr. Günther Ott entstand indes eine »geistlich-brüderliche«, eine außerordentlich gute Arbeitsatmosphäre, »in der sich alle Beteiligten verbunden wussten«. ⁶⁶ Die Tatsache allein, dass die Gespräche eröffnet und über Jahre hinweg fortgeführt werden konnten, war ein weithin sichtbarer Erfolg. Die Treffen wurden dabei mit den deutsch-polnischen Jahrestagungen verbunden, so dass ein größerer Personenkreis in die historischen Debatten einbezogen werden konnte.

In den deutschen Beiträgen wurde im Sinne des Stuttgarter Schuldbekenntnisses die schuldhafte Verstrickung in den Nationalismus und Expansionismus der deutschen Politik akzentuiert. Das war für die Gesamtatmosphäre und für das historische Grundverständnis von großem Gewicht. Die politische, psychologische und moralische Schwere, die auf den Gesprächen lag, war den Teilnehmern voll bewusst. Die deutschen Theologen hatten bereits 1974 in einem Manuskript festgehalten: »Gerade deshalb ist es wichtig, dass das Gespräch in Gang kommt.« ⁶⁷

Ein wesentliches Ergebnis der Treffen bestand in der Analyse der unter dem Stichwort »Vorurteile« gekennzeichneten besonderen Belastung der deutsch-polnischen kirchlichen Beziehungen. Um Helfer sein zu können für gute Nachbarschaft deutscher und polnischer Christen, so lautete eine gemeinsame Auffassung,

63 So zitiert im »Memorandum. Stand und Aufgaben der Konsultationen des Arbeitskreises POLEN des Ökumenisch-missionarischen Zentrums mit Kirchenhistorikern und Theologen aus der VR Polen und der DDR«, in: Archiv des BMW, Akte Historikertreffen.

64 Ebenda, S. 3.

65 Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, Bereich Wissenschaftlicher Rat, Akte Ehrenpromotion Adolf Woldemar Gastpary, 4.1.1979; Zum 70. Geburtstag von Professor Dr. Woldemar Gastpary, in: Zeichen der Zeit, Heft 7-8/1978, S. 308.

66 Memorandum, a. a. O., S. 3.

67 Memorandum, a. a. O., S. 1.

müssen Vorurteile abgebaut und überwunden werden, und das heißt, es müssen Verhältnisse und Situationen erkundet werden, die zu solchen Vorurteilen führten und führen. Das wieder ist ohne historische Kenntnisse unmöglich. Die Historikertreffen lieferten gerade zum Stichwort »Vorurteile« gutes Material, das später auch in der kirchlichen Basisarbeit in der DDR eingesetzt werden konnte.⁶⁸

Nicht zuletzt vor dem spezifischen Hintergrund dieser ökumenischen Arbeit und ihren praktischen wie theoretischen Erfordernissen wuchs die Notwendigkeit einer gezielten Befragung der polnischen Geschichte. So gewann die Beschäftigung mit der Geschichte der polnischen Toleranz eigenes Gewicht.

»Wir haben versucht«, so sagte 1996 Pfarrer Konrad Hüttel von Heidenfeld (Berlin-Buch) im Rückblick, »die polnische Geschichte zu verstehen. Dabei half uns die Hinwendung zur Toleranzproblematik in der polnischen Geschichte.«⁶⁹

Dem diente 1981 eine Begegnungstagung in Gnadau. Diese stand unter Leitung von Woldemar Gastpary und Pfarrer von Heidenfeld. In der Annäherung an diese Problematik und damit im Bemühen, Besonderheiten polnischer Geschichte zu erfassen und für die Versöhnung zu nutzen, dies aber auch den Kirchengliedern fassbar zu machen, half spürbar die Darstellung »Geschichte der polnischen Toleranz« von Janusz Tazbir. Sein zentraler Gedanke gab hinreichend Stoff zum Nachdenken. Er lautete: Polen gewährt den Bürgern Gewissens- und Glaubensfreiheit. »Ähnliche Formulierungen finden wir in den Verfassungen vieler heutiger europäischer Staaten. Polen unterscheidet sich jedoch von den meisten dadurch, dass das Prinzip der religiösen Toleranz in den Grundgesetzen bereits im 16. Jahrhundert verankert wurde, zu einer Zeit also, als in anderen Staaten die religiösen Verfolgungen noch andauerten. Durch den 1573 beschlossenen Akt der Warschauer Konföderation gingen wir allen anderen Völkern Europas – außer dem ungarischen – im Kampf um die Glaubentoleranz voran.«⁷⁰

Die Hinwendung zu den kirchlichen deutsch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit war auch für die ökumenische Verständigung zwischen den Kirchen der DDR und denen der VR Polen wesentlich: als Signal, als Beispiel, als Anstrengung.

Ein Teil der Referate, die auf den Historikertreffen gehalten wurden, wurden publiziert und standen so für die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung.⁷¹

68 Siehe oben.

69 Gespräch mit Pfarrer Konrad Hüttel von Heidenfeld (Berlin-Buch) am 6. Februar 1996, in: Gesprächsnotiz, in: Privatarchiv Richter, Mappe »Versöhnung: BEK und Polen.70er Jahre«.

70 Janusz Tazbir: Geschichte der polnischen Toleranz, Warszawa 1977, S: 197.

71 Neben den in Fußnote 53 genannten Beiträgen handelt es sich um folgende: Bernt Satlow: Die deutsch-polnischen Kirchenbeziehungen 1919–1932 im Spiegel der »Christlichen Welt«; Karol Karski: Zur Vorgeschichte von Uppsala 1921; Ernst Walsgott: Die internationale kirchliche Konferenz von Uppsala und ihre Vorgeschichte im Spiegel der »Evangelischen Diaspora«; Bernt Satlow: Die Konferenz von Uppsala in der Berichterstattung des »Kirchlichen Jahrbuchs«; Günther Ott: Staat und Kirche, Nation und Konfession in den Verhandlungen der unierten evangelischen Kirche in Polen 1927. – Alle veröffentlicht in: Zeichen der Zeit, Heft 2-3/1978.

Versöhnung konkret – Hilfe für das staatliche Kinderkrankenhaus in Warschau

Versöhnung war in der Sicht der evangelischen Christen in der DDR stets auch eine höchst praktische Angelegenheit. Bischof Schönherr fragte: »Wie kann man Zorn, Scham, alten Hader und Hass besser verarbeiten, als dass man sie in Hoffnung und Taten der Hoffnung umsetzt?«⁷² Auf seine Initiative ging die Beteiligung des BEK an der internationalen Unterstützungsaktion für den Aufbau des Kinderkrankenhauses, einer weltlichen Einrichtung, in Warschau zurück. Es wurde als Denkmal für die von den Nazis verschleppten und ermordeten Kinder konzipiert.

Die Unterstützungsaktion wurde vom BEK unter die Versöhnungsbotschaft gestellt und zu Ostern 1976 verkündet. Im Unterschied zu anderen finanziellen Hilfsaktionen für Notleidende, die aus zentralen Fonds gedeckt wurden, vollzog sich hier in den Gemeinden eine beispielhafte Basisarbeit, wobei sich die geistliche Annäherung an die Versöhnung mit historisch-politischer Auseinandersetzung und mit einer ausgedehnten Geldsammlung verband.

Innerhalb des Verwaltungsapparates des BEK waren viele Fragen zu klären, die Gemeinden zu informieren und zu motivieren, aber auch Konten einzurichten, Verantwortlichkeiten zu fixieren, Zeitpläne zu konzipieren, eine Steuerungsgruppe unter Leitung von Oberkirchenrätin Dr. Christa Lewek zu formieren, eine kluge Öffentlichkeitsarbeit zu profilieren – und nicht zuletzt: die benötigten Sachspenden aus der angespannten Warendecke der DDR zu besorgen, zwischenzulagern und nach Polen sicher und mit offiziellen Genehmigungen zu transportieren.

In den evangelischen Gemeinden erfolgte eine höchst aktive Reaktion auf den Vorschlag des Bischofs. Die erste quellenmäßig gesicherte Erwähnung einer Reaktion dürfte der im Evangelischen Zentralarchiv aufbewahrte Brief des Stadtjugendpfarrers Joachim Reißmann aus Berlin sein.⁷³ Erwachsene und Kinder aus den Gemeinden, Pfarrer, ganze Gemeinden, Familien meldeten sich mit Spenden – von einer Mark angefangen. Nur zwei Beispiele: Alfred Meyer aus Neuwersdorf schrieb an die Steuerungsgruppe, dass er als Schwerkriegsbeschädigter die Leiden des Krieges kenne, und 10 Mark spenden wolle. Er schloss seinen Brief: »Hilfe ist stets vonnöten. Gott befohlen!«⁷⁴ Pfarrer Heyroth aus Halle-Neustadt berichtete, dass viel Bereitschaft vorhanden sei, »ein Stück deutscher Vergangenheit, das Tun unserer Eltern und Großeltern aufzuarbeiten.«⁷⁵

Eine bemerkenswerte Bereicherung erhielt das Unternehmen durch die künstlerische Mitwirkung des Fürstenwalder Künstlers Friedrich Stachat. Er gestaltete ohne Honorar zwei Krankenhaushöfe als therapeutische Fläche und als Bühnen

72 Zitiert nach: Versöhnung konkret, Berlin 1978, S. 2.

73 Evangelisches Zentralarchiv in Berlin, Bestand 101/1066.

74 Ebenda, Bestand 101/1067.

75 Ebenda.

für freies und gelenktes Spiel, besonders auch für behinderte Kinder. Dabei verwandte er Motive aus Korczaks König-Hänschen-Büchern.⁷⁶

Indes: Die Medien der DDR schwiegen diese Aktion im großen und ganzen tot. Oder sie berichteten – mit Ausnahme der CDU-Zeitung »Neue Zeit« – ohne Bezug zur Kirche. Bereits in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen war den Kirchenvertretern eine die Aktion stark herabmindernde Position aufgefallen. Die Kirche hatte vorher nicht um Zustimmung gebeten und war zudem durch ihre von der Staatsposition abweichenden Haltung in Sachen Israel außenpolitisch negativ aufgefallen. Darüber hinaus befürchtete wohl die Propaganda der SED einen allgemeinen Popularitätsgewinn der evangelischen Kirchen, die mit diesem Engagement nicht zuletzt auch Zeugnis von ihrem Selbstbewusstsein, ihrem Geschichtsverständnis und ihrer sozialetischen Praxis ablegte. Schließlich – vielleicht war dies gar der Hauptgrund – wurde ein kontinuierlicher Kontakt von christlichen Jugendgruppen – über Arbeitseinsätze – mit oppositionellen Jugendlichen aus Polen und auch aus der Bundesrepublik befürchtet.

Der Staat half jedoch mit seinen ökonomischen Möglichkeiten und vor allem auch in der Person des Ministers für Leichtindustrie, Dr. Karl Bettin, bei der Beschaffung der Sachspenden. Innerhalb eines Dreivierteljahres waren in den Kirchen 568 898,95 Mark gespendet worden. Auch die Freikirchen und die Quäker beteiligten sich mit eigenständigen Spenden. Später wuchs die Summe auf 1,5 Millionen Mark. Das Geld wurde vor allem für Tische, Sessel, Liegen, Bettbezüge, Decken, Strampelhosen und Jüpchen verwendet. Später – die Aktion wurde über den geplanten Zeitpunkt hinweg fortgesetzt – kamen optische Instrumente und Geräte, Handwerksmaschinen und auch Therapiestühle hinzu. In der Gegenwart ist die Evangelische Frauenhilfe in Deutschland e.V. mit der Unterstützung des Warschauer Kinderkrankenhauses befasst.

Die Versöhnungsarbeit als Erbe

Die Anstrengungen der evangelischen Kirchen in der DDR legen Zeugnis von christlicher Konsequenz, ausgeprägtem Geschichtsbewusstsein, moralischer Verantwortung und von Haftungsbereitschaft ab. Die Versöhnungsarbeit des BEK in der DDR gehört zum kirchlichen Erbe. In seiner moralischen Dimension, seinen Fragestellungen und in seinen Antworten reicht diese christlich motivierte Auseinandersetzung mit der Geschichte indes weit über den kirchlichen Raum und über den einzelnen Christen hinaus in den Alltag auch dieser Gesellschaft.

⁷⁶ Ebenda, Bestand 101/1072; Protokoll eines Gesprächs mit Herrn Friedrich Stacham am 2. April 1996, in: Archiv des Instituts für vergleichende Staat-Kirche-Forschung Berlin, Akte »Versöhnung: BEK und Polen. 70er Jahre«.

Die Bedeutung dieses Erbes tritt schärfer hervor, wenn das denunziatorische Wort vom »Vaterlandsverräter« gegenüber dem um Versöhnung bemühten Bundespräsidenten Herzog und die dahinter stehenden rechtsextremen Denk – und Einstellungsmuster beachtet werden⁷⁷; wenn nüchtern an jene ca. dreizehn Prozent der Bevölkerung gedacht wird, die 1981 in der Bundesrepublik Deutschland über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügten⁷⁸; wenn organisierte Rechtsextreme das politische Klima und das politische Kräfteverhältnis in Staat und Gesellschaft verändern wollen. Hier geht es nicht um Versöhnung, sondern hier ist die Präsentation einer handlungsfähigen demokratischen Gegenposition gefordert.⁷⁹

Die Erfahrungen der evangelischen Christen in der DDR mit der deutschen Geschichte aufzuarbeiten und für die weitere geistige wie geistliche Auseinandersetzung bereitzustellen, ist zumindest schon vor diesem Hintergrund dringend geboten.

Die evangelische Kirchen in der DDR haben sich um die Versöhnung mit Polen verdient gemacht. Sie gewannen dabei an innerer Kraft, verbanden sich auch enger mit dem europäischen Christentum, sie stärkten ihre Glieder in Sachen historischer Verantwortung und bewußt gelebter Nachbarschaft. Sie legten Friedensbausteine, und sie stellten sich der Trauerarbeit. Auch das gehört zu ihrem geschichtlichen Weg.

Weitere Themen und Fragestellungen harren einer Beantwortung. Dazu gehören die Geschichte der Aktion Sühnezeichen⁸⁰. Fühlbar sind auch Forschungsdefizite über die Geschichte der evangelischen Kirchen und deren Auseinandersetzung mit der NS-Zeit in den Phasen zwischen 1945 und 1969.⁸¹ Was geschah in den Kirchen real an Entnazifizierung nach dem Stuttgarter Schuldbekennnis? Es ist zu erwarten, dass aus neuen Forschungen zu diesen Fragen auch genauere Sichten auf die Versöhnungsanstrengungen entstehen werden.

Objektiv gehören die christlichen Versöhnungsbemühungen zum antifaschistischen Erbe. In der DDR konnte dieser eigenständige und unverwechselbare Beitrag der evangelischen Kirchen und Christen nicht in der gesamten Gesellschaft bekannt, diskutiert und aufgenommen werden. Das politische System hatte dafür keine ausreichende Gesprächs- und Umgangskultur bereitgestellt. Es gehört zu den tragischen Seiten in der Geschichte des deutschen Antifaschismus, dass er of-

77 Neues Deutschland, Berlin, 9. September 1996.

78 5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben...! Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 8.

79 Verfassungsschutzbericht 1997, Bonn 1998; Bernd Wagner: Rechtsextremismus und kulturelle Subversion in den neuen Ländern, Berlin 1998; Norbert Madloch: »Superwahljahr 1994«, Berlin 1995; Handbuch Rechtsextremismus, herausgegeben von Bernd Wagner, Reinbek bei Hamburg 1994; Richard Stöss: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Bonn 1999.

80 Verwiesen sei hier auf die Arbeit: Konrad Weiss: Lothar Kreyssig – Prophet der Versöhnung, Gerlingen 1998.

81 Jürgen Seidel: »Neubeginn« in der Kirche? Die evangelischen Landes- und Provinzialkirchen in der SBZ/DDR im gesellschaftspolitischen Kontext der Nachkriegszeit (1945–1953), Göttingen 1989.

fensichtlich von den Anfängen bis zur Gegenwart in sich parzelliert und segmentiert wirkt und dass in ihm oft sektiererisch und egozentrisch gehandelt wird, auch indem Beiträge »von dem Anderen« entschieden zu wenig ernst genommen wurden. Die wertvolle Chance, den Reichtum des Besonderen – hier der theologische Zugang zum Thema – zum Nutzen der Gesellschaft erschließen, wurde vertan.

Aufgaben für die Forschung

In der Gegenwart indes besteht die Gefahr, dass durch politische Einseitigkeit und fundamentalistisch-konservativen Zeitgeist ein völlig verzerrtes Bild – erstens – vom Weg der evangelischen Kirchen in der DDR und ihren Gliedern, die nach der Wende 1989/90 kein Schuldbekenntnis⁸² abgegeben haben, vermittelt wird. Und zweitens: Es sollen diejenigen aus kirchlichen Kreisen und von den linken Wissenschaftlern verteufelt werden, die im kritischen und selbstkritischen Dialog eine Chance für kulturvolle gesellschaftliche Gedächtnisbewahrung und Geschichtsbetrachtung erblicken.

Wir begegnen hier einem Grundanliegen dieser Richtung konservativer Forschung der Gegenwart: die Chance der Stunde zu nutzen, um ihre Positionen als die einzig wahren anzubieten und Landgewinn zu erzielen, indem die linken (einschließlich marxistischen) Forscher in ihrer Dialogkraft handlungsunfähig gemacht werden und gar als kriminell oder unmoralisch hingestellt werden. Besier spricht nur von »SED-Historikern«, wohl wissend, dass es eine SED nicht mehr gibt, wohl aber linke Forscher, die er schlankweg unter »ehemalige SED-Historiker« subsumiert und zu den NS-Anhängern und -Dienern in unverschämter Weise in Beziehung setzt. Gerhard Besier wird von der Sorge geplagt, dass in der öffentlichen Meinung eine »Umwertung des unmittelbaren Erschreckens über die SED-Diktatur« einsetzt und »auf die Zielgerade der ›Normalisierungs-Strecke‹ zurückgekehrt wird.«⁸³

Die linksorientierten Forscher, die sich auch an der Aufarbeitung des Stalinismus mühen und an einer solchen Art von Normalisierung gar nicht interessiert sind, sollten sich davon nicht beirren lassen. Zur marxistischen Methodologie gehören die Polemik, die kontroverse Diskussion, die Analyse und Kritik wie Akzeptanz anderer Standpunkte und – vor allem – die eigene selbstkritische Sicht. Scharfe Auseinandersetzung und sachlicher Dialog schließen nicht aus, sondern bedingen einander. Gerhard Besier befürchtet offensichtlich einen Erkenntniszuwachs, ja wohl auch einen Energiezufluss und die Etablierung einer möglicher-

82 NACH-DENKEN. Zum Weg des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Im Auftrag des Kirchenamtes der EKD für die Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung der Vergangenheit, hrsg. von Ulrich Schröter und Helmut Zeddies, Hannover 1995.

83 Gerhard Besier: Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993, S. 10.

weise völlig neuen Forschungs- und Diskussionskultur in Deutschland zwischen linken und anderen Vertretern, zum Beispiel einigen Repräsentanten der evangelischen Kirchen. Mehr noch. Hier tritt eine Form des »totalitären Antikommunismus« auf: »eine fugenlose, abgekapselte, keine Relationen akzeptierende Weltanschauung, die ... die deutsche Art des gegenwärtig weltweiten Fundamentalismus ist.«⁸⁴ Eine normale Diskussion zwischen linken (einschließlich marxistischen) Forschern und anderen (natürlich bis ins konservative Lager) wäre ein kleiner Beitrag zur Bindung Deutschlands an die westeuropäische Zivilisation.

Zu den größten Fehlern der Geschichtswissenschaft und der gesellschaftlichen und staatlichen Geschichtsvermittlung in der DDR dürfte zu rechnen sein, dass das Geschichtsdenken christlicher und anderer religiöser Bürgerinnen und Bürger gar nicht wahrgenommen, problematisiert und akzeptiert worden ist. Dabei gab es zeitweise gute Ansätze. Es gehört zweifellos zu den Verdiensten von DDR-Historikern, relativ früh – zehn Jahre vor Helsinki – auf dem Internationalen Historikerkongress in Wien 1965 für Zusammenarbeit, sachlichen Meinungsstreit (z. B. auf dem Felde der Geschichtstheorie), Meinungsaustausch (z. B. über die Spezifik historischer Erkenntnis, über die Geschichte der Geschichtswissenschaft), für die Gleichberechtigung unterschiedlicher Standpunkte plädiert und sich gegen Gedankengut des Kalten Krieges gewendet zu haben.⁸⁵ Diese wichtigen Ansätze wurden nicht für den Gebrauch nach innen, für das wissenschaftliche pluralistische Gespräch innerhalb der DDR nutzbar gemacht. Pfarrer Klaus Roeber, einst in der Evangelischen Kirche in der DDR aktiv in der Versöhnungsarbeit mit Polen engagiert, schrieb 1996 rückblickend: »Es war doch eher so, dass unser religiös-kirchlicher Ansatz zur Geschichtsbetrachtung nicht akzeptiert wurde«, sondern wohl eher als »mystifizierende Geschichtsbetrachtung« bezeichnet wurde. »Wir hatten dem marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnis und Werten nicht nur etwas entgegensetzen, sondern auch hinzuzufügen.«⁸⁶ Es gehört zu den tragischen Seiten auch in der Entwicklung der marxistischen Geschichtswissenschaft in der DDR, derartige Möglichkeiten ungenutzt gelassen zu haben. Die Folgen waren verhängnisvoll.

Gegen das Vergessen, namentlich des eigenen Versagens, sollte die linke, die marxistisch orientierte Geschichtsschreibung immer wieder – ungeachtet Besiers Position – bewusst, freimütig und mit Anstand antreten.

Am Ausgang des 20. Jahrhunderts gehört in der deutschen Historiographie und in der Öffentlichkeit in verstärktem Maße die Frage, wie mit der Geschichte der NS-Zeit umgegangen werden wird. Die Nazizeit bleibt eine Vergangenheit, die

84 Günter Gaus: Aberglaube, in: Freitag, Die Ost-West-Wochenzeitung, Berlin, 5. März 1990, S. 1.

85 Gerhard Lozek: Über die Strukturelemente des Geschichtsdenkens und die internationale Zusammenarbeit der Historiker, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 1/1966, S. 100-103.

86 Klaus Roeber: Anmerkungen zu Rolf Richter: »Zwischen Verhängnis und Hoffnung.« Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR auf dem Weg der Aussöhnung mit Polen (1969–1979/80), unveröff. Ms., Hamburg, 15.4.1996 (Privatarchiv Richter, Mappe »BEK und Versöhnung«).

nicht vergeht. Die Erforschung der zweiten Ebene, d. h. die Erforschung des Umgangs mit und der Rezeption von Geschichte in einer sich verändernden Geschichtskultur, sich wandelnden Geschichtsbildern und neuen Zugängen zum gesellschaftlichen Gedächtnis, wird zunehmend zu einem eigenständigen Arbeits- und Forschungsfeld, gewinnt einen eigenen wissenschaftlichen Platz, ein kulturelles Profil und eine nachhaltige Ausstrahlungskraft.⁸⁷ Es tritt ein in der Wissenschaftsgeschichte wohl oft beobachtete Erscheinung auf: der Gegenstand der forscherschen Bemühungen verändert sich (d. h. der deutsche Faschismus, mit dem sich die Forschung am Ende der neunziger Jahre befasst, ist nicht mehr nur der der fünfziger Jahre, weil das Wissen über ihn bedeutend gewachsen ist). Zugleich aber wandeln sich die Konstellationen für den Forschenden und Den-sich-Erinnernden: die objektiven Umstände der Zeit, in der er sich bewegt und in der er seine Fragen stellt, verändern sich (oder haben sich verändert) und seine individuelle Situation hat sich gewandelt (in Bezug auf Lebens- und Forschungserfahrungen, Lebensumstände, Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten, finanzielle und technische Arbeitsbedingungen u. a.).

Vor diesem Hintergrund bleibt die Erforschung des Umgangs mit der NS-Vergangenheit eine eigene Aufgabe, eine Pflicht und eine wissenschaftliche Herausforderung an die Historiographie und an das Geschichtsdenken.

87 Nur als eine Auswahl: Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestages, München–Wien 1999; Jeffrey Herf: Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Frankfurt am Main 1998; Rolf Richter: Über das Unerledigte im Antifaschismus der deutschen kommunistischen Bewegung, in: Gibt es erledigte Fragen an die Geschichte? Beiträge eines wissenschaftlichen Kolloquiums aus Anlaß des 65. Geburtstages von Walter Schmidt am 1. Juli 1995 in Berlin, hrsg. vom Wolfgang Küttler und Helmut Meier, Berlin 1996, S. 58-64; Schwieriges Erbe, hrsg. von Werner Bergmann u. a., Frankfurt am Main 1995; Klaus Naumann: Zwischen Tabu und Skandal. Zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik, in: NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland, hrsg. von Christoph Butterwegge, Baden-Baden 1997, S. 39-49; Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg der bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999.

Auswahl-Bibliographie Rolf Richter

- Die Gründung der Alten Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1926. Staatsexamensarbeit am Pädagogischen Institut »K. F. W. Wander« – Historisch-philologische Fachrichtung, Dresden 1967.
- Zur Faschismusinterpretation in der bürgerlichen Historiographie der USA, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 22. Jg., 1974, Heft 8, S. 789-800.
- Historisch-politische Grundprobleme der Faschismusinterpretation der dominierenden bürgerlichen US-Historiographie (unter besonderer Berücksichtigung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden zur bürgerlichen BRD-Historiographie). Phil. Diss. A, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1974.
- Zusammen mit Peter Gerstenberger und Alfred Loesdau:* Einwirkungen auf die bürgerliche Historiographie der BRD durch historisch-politische und geschichtsmethodologische Konzepte der Geschichtsschreibung der USA, Großbritanniens und Frankreichs, in: Unbewältigte Vergangenheit. Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der BRD, hrsg. von Gerhard Lozek u. a., 3., neu bearb. u. erweit. Aufl., Berlin 1977, S. 160-200.
- Zur historiographischen und politisch-ideologischen Funktion der dominierenden bürgerlichen Faschismusinterpretationen in der BRD, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Heft 43, 1978, S. 137-146.
- Zusammen mit Gerhard Lozek:* Legende oder Rechtfertigung? Zur Kritik der Faschismustheorien in der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Akademie Verlag, Berlin 1979 u. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt a. M. 1980.
- Zur führenden Rolle der KPD im antifaschistischen Widerstandskampf, in: Berliner Arbeiterbewegung, Heft 19, 1979, S. 7-31.
- Zur Funktion der reformistischen »Amerika«-Propaganda in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in Deutschland, in: Theoretische Information und Dokumentation (TID), Reihe B, Heft 15, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1979, S. 112-118.
- Zusammen mit Gerhard Lozek:* Zur Auseinandersetzung mit vorherrschenden bürgerlichen Faschismustheorien, in: Faschismus-Forschung. Positionen – Probleme – Polemik, hrsg. von Dietrich Eichholtz u. Kurt Gossweiler, Berlin u. Köln 1980, S. 417-451.
- Zu aktuellen Tendenzen bürgerlicher Faschismus-Darstellung, in: Soziale Grundlagen und Herrschaftsmechanismen des deutschen Faschismus. Der antifaschistische Kampf, Teil 1, hrsg. von Werner Kowalski, Halle (Saale) 1980, S. 75-93.
- Beiträge zur Analyse und Kritik bürgerlicher und anderer nichtmarxistischer Faschismuskonzeptionen und -darstellungen. Phil. Diss. B, Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1980.
- Zur Rezeption des Modernisierungskonzepts durch die bürgerliche Historiographie der BRD über den Faschismus (1965–1981), in: Thematische Information und Dokumentation (TID), Reihe B, Heft 32, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1982, S. 64-75.
- 1933 – reicht es aus, sich mit dem »Alltag« zu befassen? Zur Analyse und Kritik der nichtmarxistischen Alltagsgeschichtsschreibung, in: Konsequent. Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis, Westberlin, Heft 4/1982, S. 81-91.
- Zusammen mit Konrad Irmschler und Jürgen Steinbach:* Sozialreformistische Geschichtsdarstellungen zur Weimarer Republik, in: Zeitalter im Widerstreit. Grundprobleme der historischen Epoche

- seit 1917 in der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1982, S. 171-199.
- Herausgeber: Georgi Dimitroff, Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften, Reclam Verlag, Leipzig 1982.
- Zur Analyse und Kritik der nichtmarxistischen Geschichtsschreibung über den Alltag im deutschen Faschismus, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 25. Jg., 1983, Heft 6, S. 824-834.
- Antifaschistischer Kampf oder »Resistenz«?, in: Geschichte – Ideologie – Politik. Auseinandersetzungen mit bürgerlichen Geschichtsauffassungen in der BRD, hrsg. von Peter Bachmann, Ernst Diehl, Heinz Heitzer u. Gerhard Lozek, Berlin 1983, S. 150-161.
- Die revolutionären Kämpfe in der deutschen Novemberrevolution als Tradition der DDR, in: Pädagogik, 38. Jg., 1983, Heft 10, S. 753-762.
- Zu fünf Aspekten aus Georgi Dimitroffs theoretischen Leistungen im Friedenskampf 1935–1939, in: Beiträge zum Friedenskampf der KPD in der Weimarer Republik, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1984, S. 145-152.
- Zum Kampf der KPD für die ökonomischen und sozialen Interessen der Werktätigen, in: Beiträge zur Geschichte der sozialen und ökonomischen Kämpfe der KPD in der Weimarer Republik, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Heft 1, Berlin 1985, S. 5-10.
- Zum Engagement für Antifaschismus, Frieden und Humanität. Über regionalgeschichtliche Projekte in der BRD und Westberlin, in: Blätter für Heimatgeschichte, Studienmaterial 1986, S. 68-73.
- Zusammen mit Helga Kanzig*: Volksentscheid von historischer Tragweite (Zum Volksentscheid in Sachsen am 30. Juni 1946 für die entschädigungslose Enteignung von Großgrundbesitzern und Kriegsverbrechern), in: Einheit, 41. Jg., 1986, Heft 6, S. 562-566.
- Geschichtliche Benennung im Dienste des Friedens. Eine Westberliner Ausstellung über »Frauenleben im Zweiten Weltkrieg«, in: Mitteilungsblatt der Forschungsgemeinschaft »Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau«, Heft 1/1987, S. 19-26.
- Zusammen mit Gerhard Lozek*: Vergangenheit, die nie vergeht. Bemerkungen zum Historikerstreit in der BRD über den Faschismus, in: Die Wochenpost, 20.3.1987, S. 16/17.
- Vorwort (Zur Geschichtsschreibung in der DDR zu Faschismus und Antifaschismus), in: Kurt Gossweiler: Aufsätze zum Faschismus, 2. Auflage, Berlin 1986, S. XI-XXX.
- Zusammen mit Heinz Kühnrich und Horst Helas*: Über den antifaschistischen Widerstandskampf in Deutschland, in: Sozialismus in der DDR. Gesellschaftsstrategie mit dem Blick auf das Jahr 2000, hrsg. von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin 1988, S. 251-268.
- Antifaschismus als Tradition und als Aufgabe, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 31. Jg., 1989, Heft 3, S. 313-319.
- Über einige Aspekte der Faschismuskritik im emigrierten Frankfurter Institut für Sozialforschung, in: Rostocker Wissenschaftstheoretische Manuskripte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Heft 17, Rostock 1989, S. 35-41.
- Über die Demokratieauffassung der KPD als Lernprozess, in: Perspektive und Aktion. Erfahrungen deutscher Arbeiterbewegung. Protokoll eines Geschichtsforums über August Bebel und die Arbeiterbewegung an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sowie über Massenbewegungen und parlamentarische Demokratie in den ersten Jahren der Weimarer Republik (30./31. Mai 1989), Jena 1989, S. 83-90.
- Faschistischer Terror und antifaschistischer Widerstand in der Historiographie der DDR, in: Deutscher Faschismus – Terror und Widerstand. Zur 2. Tagung der IREX-Unterkommission »Faschismus-Theorie und Praxis« von Historikern der USA und der DDR in Princeton, N. Y., im Mai 1989, Berlin 1989, S. 5-31.
- In der Pflicht des Antifaschismus, in: Die Einheit, 44. Jg., 1989, Heft 12, S. 1143-1146.
- Gänzlich neu die Geschichte der Arbeiterbewegung erforschen, in: Wissenschaftliche Mitteilungen der Historiker-Gesellschaft der DDR, Jg. 1990, Heft 1, S. 20-25.

- Zusammen mit Norbert Madloch, Manfred Otto, Reiner Zilkenat, Horst Dohle u. Klaus Böttcher:* Thesenentwurf – Der Antifaschismus, die PDS und die Auseinandersetzungen unserer Zeit. Eine Verständigung, Berlin 1990.
- Sozialökonomische und politische Aspekte der Faschismuskussion im emigrierten Frankfurter Institut für Sozialforschung, in: Helga Grebing u. Klaus Kinner, (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismus-Interpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung, Essen 1990, S. 168-175.
- Ist Antifaschismus noch zeitgemäß?, in: Jugend und Rechtsextremismus in Berlin-Ost. Fakten und Gegenstrategien, hrsg. von der Magistratsverwaltung für Jugend, Familie und Sport, Berlin 1990, S. 63-68.
- Antifaschismus vor neuen Anforderungen, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 32. Jg., 1990, Heft 6, S. 772-778.
- Antifaschismus – kritisch befragt und erneuern oder preisgeben?, in: Rechtsextremismus und Neozitismus unter Jugendlichen Ostberlins. Beiträge zur Analyse und Vorschläge zu Gegenmaßnahmen. Ein Berliner Projekt, gefördert vom Bundesministerium für Jugend und Sport der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 260-275.
- Historisches Wissen und Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Deutschland, in: ebenda, S. 334-342.
- Zur Charakterisierung von Rechtsextremismus. Theoretische Verständigung, in: Angriff von Rechts. Beiträge zur Analyse und Vorschläge zu Gegenmaßnahmen, hrsg. von Robert Harnischmacher, Berlin 1991, S. 1-4.
- Zusammen mit Peter Finke, Petra Warschat und Simone Greiser:* Jugend und Demokratie. Eine Studie zu politischen Einstellungen Schuljugendlicher aus Ostberliner Neubaubezirken zu Demokratie, Antifaschismus und Rechtsextremismus, hrsg. von der Gesellschaft zur Förderung angewandter Jugendforschung e.V. und vom Institut für angewandte Jugendhilfeforschung Berlin, Berlin 1993.
- Über Uneingelöstes im Antifaschismus der deutschen kommunistischen Bewegung, in: Gibt es erledigte Fragen an die Geschichte?, hrsg. von Wolfgang Küttler, Berlin 1996, S. 58-64.
- Über die Versöhnungsanstrengungen des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR in der Zeit der 70er Jahre gegenüber Polen, in: Berliner Dialog-Hefte, 8. Jg., 1997, Heft 1, S. 47-56.
- Aus dem Leben der Russischen Orthodoxen Kirche in Berlin, Verlag im Park, Berlin 1999.
- Versöhnungsarbeit mit Polen. Zu einer vom Vergessen bedrohten Leistung der Evangelischen Kirchen in der DDR, in: Rassismus, Faschismus, Antifaschismus. Forschungen und Betrachtungen – Gewidmet Kurt Pätzold zum 70. Geburtstag, hrsg. von Reinhard Kühnl u. Manfred Weißbecker, Köln 2000, S. 365-392.
- Zusammen mit Klaus Kinner:* Herausgeber, Rechtsextremismus und Antifaschismus, Karl Dietz Verlag, Berlin 2000.
- Über Theoretisches und Praktisches im heutigen Antifaschismus, in: ebenda, S. 14-44.
- Bemerkungen zum Beitrag von Tim Peters in Heft 2-3/2004: »Wie demokratisch ist der Antifaschismus der PDS?«, in: Rundbrief, hrsg. von der AG Rechtsextremismus und Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS, Heft 4/2004, S. 51/52.
- War die ASPD eine antifaschistische Partei?, in: ebenda, Heft 3/2006, S. 24-26.